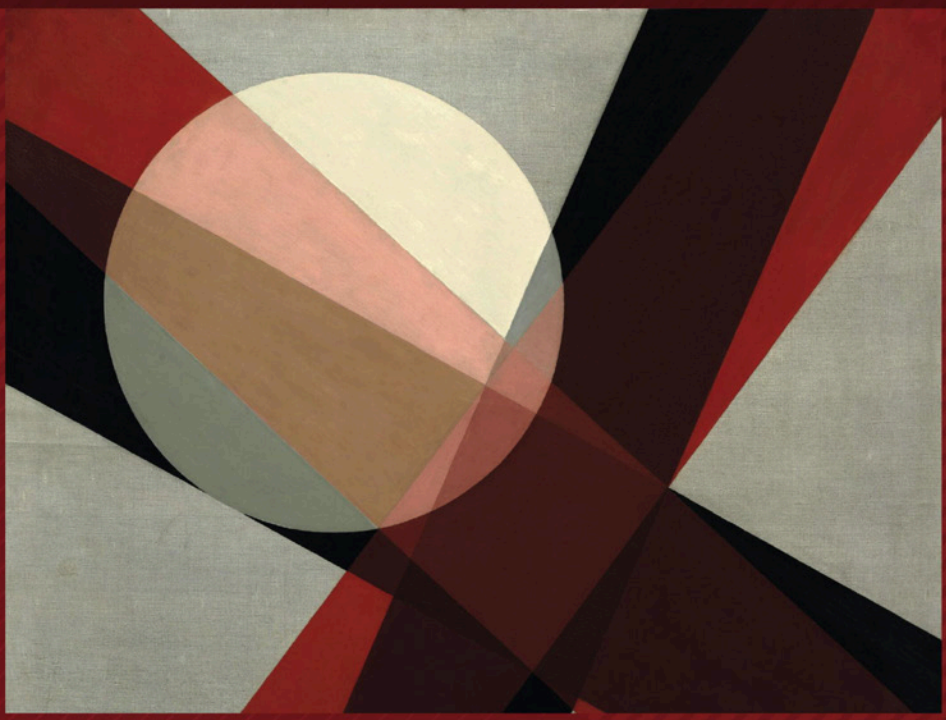
Oliver Decker, Ayline Heller,
Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.)

Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären

Sehnsucht nach Vergangenem und Erlösung durch Zerstörung



Leipziger Autoritarismus Studie 2026

Psychosozial-Verlag

Oliver Decker, Ayline Heller, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.)
Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

OBS OTTO BRENNER STIFTUNG

Forschung Psychosozial

Oliver Decker, Ayline Heller,
Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hg.)

Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären

Sehnsucht nach Vergangenem und Erlösung durch Zerstörung

Leipziger Autoritarismus Studie 2026

Mit Beiträgen von Elmar Brähler, Kazim Celik, Oliver Decker,
Marius Dilling, Julia Dresselhaus, Rolf Frankenberger,
Tim Fröhlich, Barbara Handke, Nina Heinke, Ayline Heller,
Kim Hesch, Johannes Kiess, Johanna Niendorf,
Gert Pickel und Timo Seitz

Psychosozial-Verlag

Die Veröffentlichung der Leipziger Autoritarismus Studie
erfolgt in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung
und der Otto Brenner Stiftung.

Die Open-Access-Veröffentlichung wurde gefördert durch
den Open-Access-Publikationsfonds der Universität Leipzig.

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-SA 4.0 lizenziert.
Die vollständigen Lizenzbedingungen finden Sie unter:
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/



Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial.
Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Originalausgabe
© 2026 Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG
Gesetzlich vertreten durch die persönlich haftende Gesellschaft Wirth GmbH,
Geschäftsführer: Johann Wirth
Walltorstraße 10, 35390 Gießen, Deutschland
0641 96 99 78 0
info@psychosozial-verlag.de
www.psychosozial-verlag.de

Umschlagabbildung: László Moholy-Nagy, *A 19*, 1927
Umschlaggestaltung und Innenlayout nach Entwürfen von Hanspeter Ludwig, Wetzlar
Lektorat und Redaktion: Dr. Barbara Handke
Korrektorat: Falk Haberkorn
Satz: Katrin Hofmann, makena plangrafik GbR
Druck und Bindung: Druckhaus Bechstein GmbH,
Willy-Bechstein-Straße 4, 35576 Wetzlar, Deutschland
Printed in Germany

ISBN 978-3-8379-3574-5 (Print)
ISBN 978-3-8379-6480-6 (E-Book-PDF)
https://doi.org/10.30820/9783837964806
ISSN 2627-0382 (Print)
ISSN 3053-481X (Digital)

Inhalt

Vorwort der Stiftungen 7

1. Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären 9
Oliver Decker, Ayline Heller, Johannes Kiess & Elmar Brähler

2. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2026:
Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf 19
Oliver Decker, Marius Dilling, Kazim Celik, Kim Hesch,
Ayline Heller, Johannes Kiess & Elmar Brähler

3. Apokalypse und Antisemitismus im späten Neoliberalismus 77
Oliver Decker, Kim Hesch, Nina Heinke & Barbara Handke

4. Regressive Nostalgie und AfD-Wahlpräferenz 105
Johannes Kiess, Oliver Decker & Elmar Brähler

5. Hostiler Sexismus und Antifeminismus – autoritäre
Abwehrreaktion und antidemokratisches Gefahrenpotenzial 125
Johanna Niendorf, Julia Dresselhaus, Gert Pickel & Ayline Heller

6. Klassenidentität, Autoritarismus und politische Orientierung 147
Kazim Celik, Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler

7. Rechtsextremismus und raumbezogene Identität –
wie Land- und Stadtidealisierung rechtsextreme
Einstellungen beeinflussen 175
Rolf Frankenberger & Tim Fröhlich

8. Die vermessene ›Mitte‹ – zwischen Antwortstil, sozialer Erwünschtheit und latenter Zustimmung 201
Ayline Heller, Marius Dilling & Timo Seitz

Liste aller bisher erschienenen Studien dieser Reihe 2002–2024 221
2002–2024

Autorinnen und Autoren 223

Vorwort der Stiftungen

Otto Brenner Stiftung & Heinrich-Böll-Stiftung

Empirisch fundierte Analysen sind wichtige Werkzeuge für politische Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement, um gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland adäquat verstehen und aufgreifen zu können. Zum dreizehnten Mal erhebt die Leipziger Autoritarismus Studie demokratische wie antidemokratische, pluralistische wie autoritäre Einstellungsmuster und zeichnet daraus ein detailliertes, facettenreiches Bild von Ansichten, Werten und Stimmungen in der Bevölkerung. Eine besondere Qualität der Studie besteht darin, dass die ihr zugrunde liegenden Befragungen in Präsenz stattfinden und nicht online bzw. telefonisch durchgeführt werden.

Deutlich sichtbar wurde bei dieser Erhebung: Die Demokratie in der Bundesrepublik gerät weiter unter Druck. Die Zufriedenheit mit der Demokratie als Idee, als Verfassungsordnung und als Alltagserfahrung ist im Bundesdurchschnitt – nach rund 25 Jahren Untersuchung – auf dem niedrigsten jemals gemessenen Niveau. Mit der real erlebten Demokratie zeigt sich nur noch knapp ein Drittel (Westdeutschland) bzw. ein Fünftel (Ostdeutschland) zufrieden. Es bleibt daher eine dringliche Aufgabe der politischen Bildungsarbeit, Ursachen der wachsenden Unzufriedenheit zu identifizieren, zur Stärkung politischer Teilhabe beizutragen und ein realistisches Verständnis demokratischer Prozesse zu vermitteln.

Dabei sollten Politik und politische Bildung die derzeit weit verbreiteten Krisenwahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. Die Studienergebnisse zeigen, dass Zukunftsängste gegenwärtig in Wünsche nach klaren und einfachen Entscheidungen münden: Nostalgische Vergangenheitsverklärung und/oder apokalyptische Zukunftserwartung treffen bei über der Hälfte der Bevölkerung manifest oder latent auf große Resonanz. Dass auch junge Leute sich eine nie erlebte Vergangenheit zurückwünschen, macht deutlich, dass es nicht um reale Erfahrungen, sondern um politische Deutungs- und Verarbeitungsangebote geht: Eine posi-

tive, Mut machende Erzählung von der Zukunft sollte daher ein Teil der Antwort auf Destruktions- und Nostalgie-Fantasien sein.

Die Anziehungskraft destruktiver Verarbeitungsangebote zeigt sich auch in der Fortführung des seit einigen Jahren verzeichneten Wiederanstiegs rechtsextremer Einstellungen: Insbesondere chauvinistische und ausländerfeindliche Einstellungen weisen hohe Zustimmungswerte auf und sind unter Berücksichtigung der latenten Zustimmung mittlerweile mehrheitsfähig. Zu konstatieren ist auch ein weiterer Anstieg des Antisemitismus, insbesondere des israelbezogenen Antisemitismus.

Sexistische und antifeministische Einstellungen verbleiben mit Zustimmungswerten zwischen einem Fünftel bis einem Drittel der Befragten auf hohem Niveau. Deutlich wird, dass solche Einstellungen für das demokratische Gemeinwesen nicht folgenlos bleiben: Wer Geschlechtergerechtigkeit ablehnt, neigt beispielsweise häufiger zu antidemokratischen und gewaltlegitimierenden Einstellungen – ein Alarmzeichen für die Stabilität unserer Demokratie. Daher bleibt die Auseinandersetzung mit Antifeminismus und Sexismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für eine selbstbestimmte, demokratische Gesellschaft, in der alle Menschen in Freiheit und Sicherheit leben können.

Der besondere Blick der diesjährigen Untersuchung auf die Zusammenhänge zwischen sozialer Klasse und autoritären Orientierungen ist sehr detailliert und zeitigt differenzierte Ergebnisse: Einerseits konstatiert die Studie eine tendenzielle Rechtsorientierung der Arbeiterschaft bei Parteipräferenzen und politischer Selbsteinschätzung. Andererseits zeigt sich, dass auch hier die Frage, wie gesellschaftliche Konflikte und (Ungleichheits-)Erfahrungen politisch gedeutet werden, zentral bleibt. Neben Bildung im Allgemeinen identifiziert die Studie insbesondere eine fundierte Kenntnis der eigenen (Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnen-)Interessen als Resilienzfaktoren gegen autoritäre Orientierungen einer breit verstandenen Arbeiterschaft.

Die Leipziger Autoritarismus Studien bilden einen zentralen Referenzpunkt für die offene gesellschaftspolitische Debatte. Sie zu fördern ist für uns ein wichtiger Beitrag, um unsere Demokratie von innen heraus zu stärken. Für die bewährte Zusammenarbeit danken wir dem Team um Oliver Decker und Elmar Brähler – und wünschen eine anregende Lektüre.

Berlin und Frankfurt am Main im Herbst 2026
Heinrich-Böll-Stiftung *Otto Brenner Stiftung*

1. Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären

Oliver Decker, Ayline Heller, Johannes Kiess & Elmar Brähler

Mit der Leipziger Autoritarismus Studie 2026 legen wir die Ergebnisse und Analysen aus der dreizehnten Erhebung unseres Forschungsprojekts vor.[1] Seit 2002, also nahezu einem Vierteljahrhundert, begleiten wir mit repräsentativen Erhebungen zur politischen Einstellung der Bürgerinnen und Bürger die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Jahr geben wir Einblick in eine Nation, die durch eine antidemokratische Mobilisierung geprägt wird. Zum ersten Mal seit 1945 hat eine Partei eine Landtagswahl deutlich gewonnen, die extrem rechts steht und in relevanten Teilen völkisch-nationale Ziele verfolgt. Sie könnte den Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt stellen und wird das Gesicht dieses Bundeslandes verändern; aber auch in ganz Deutschland ist die demokratische Politik durch dieselben Tendenzen bedroht. Mittlerweile ist die extreme Rechte in den Parlamenten in einer Größenordnung vertreten, die lange als ausgeschlossen galt, denn in dieser Hinsicht wurde Deutschland im europäischen Vergleich als Sonderfall angesehen. Erst mit der Gründung der AfD 2013 hat sich das geändert, denn ihr gelang, was NPD, Republikaner und DVU vergeblich angestrebt hatten: große Teile der Wählerschaft mit antidemokratischer Einstellung auf sich zu vereinen.

Wir haben unsere Untersuchungsreihe unter dem Eindruck der Pogrome und neonazistischen Gewalt der 1990er Jahre begonnen. Heute forschen

1 Die Arbeitsgruppe unter Leitung von Elmar Brähler und Oliver Decker führt diese Studienreihe seit 2002 durch. Zunächst wurde sie als die *Leipziger »Mitte«-Studien* bekannt, ab 2018 haben wir sie in *Leipziger Autoritarismus Studien* umbenannt. Von 2006 bis 2012 bestand eine Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, von 2016 bis heute besteht eine Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung. 2016 war auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung einmal Kooperationspartner.

wir in einer politischen Situation, die der vorläufige Höhepunkt einer seit zehn Jahren anschwellenden extrem rechten und autoritären Agitation gegen die Demokratie ist – diesmal jedoch in den Parlamenten. Das Thema, dem wir uns in unserer Studienreihe widmen, ist mit dieser zunehmenden politischen Gestaltungsmöglichkeit rechtsautoritärer Bewegungen und Parteien immer relevanter geworden. Wir werden mit dieser Publikation die aktuelle Verbreitung und Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen vorstellen, die wir wieder mit einem aufwendigen Verfahren erhoben haben, um eine solide Datengrundlage zu schaffen; darüber hinaus werden wir aber auch Analysen zum Verständnis dieser gesellschaftlichen Zuspitzung und der Motive vorlegen, der sich die autoritäre Propaganda bedient.

Rechtsextreme Einstellungen in der »Mitte« der Gesellschaft sind seit Beginn der Studienreihe unser Untersuchungsgegenstand. Die Studienreihe wurde zunächst sogar unter dem Titel *Leipziger »Mitte«-Studien* bekannt. 2018 änderten wir den Reihentitel von der *»Mitte«* zum *Autoritarismus*, um schon im Namen vor Augen zu führen, dass die antidemokratische und gewaltvolle Mobilisierung nicht ohne die Gesellschaft selbst zu verstehen ist, in der diese Destruktivität grassiert. Letztlich geht es uns um die gesellschaftliche Dynamik, die die autoritären Bedürfnisse der Individuen hervorbringt. Dagegen wurde unser »Mitte«-Begriff oft und fälschlicherweise als konkreter Fingerzeig auf die Träger der extrem rechten Mobilisierung verstanden, als hätten wir Namen und Vereinslokal der Trägergruppe benannt. Dabei wollten wir schon mit der »Mitte« nicht in erster Linie eine gesellschaftliche Lage oder Gruppe bezeichnen. Zwar war es uns ein Anliegen, die Fiktion auszuräumen, die Demokratie wäre nur von den gesellschaftlichen Rändern her bedroht, aber es ging uns noch um etwas anderes. Wenn autoritäre Bedürfnisse große Teile einer Gesellschaft erfassen, muss in ihrem Innern – nicht am Rand, sondern im Zentrum – die Möglichkeit dazu schon angelegt sein. Etwas in ihr bringt selbst hervor, was sie in ihrem Bestand bedroht. Und auch wenn wir auf die Gesellschaft und die in ihr herrschenden Kräfte verweisen wollen – auf sie reduzieren lässt sich die gesellschaftliche Dynamik nicht. Ohne die Gesellschaftsmitglieder, ihr Wollen und ihre Bedürfnisse, wäre die politische Entwicklung nicht zu verstehen, gäbe es keine antidemokratischen Bewegungen. Doch die Motivation eines Menschen lässt sich nicht eins zu eins aus den gesellschaftlichen Bedingungen ableiten, in denen er lebt. Es braucht eine Sozialtheorie, die es gestattet, die Wechselwirkung der Gesellschaft und ihrer Dynamik mit den in ihr lebenden Menschen zu verstehen.

Der Autoritarismus-Begriff ist in der Kritischen Theorie verankert und greift auf die Psychoanalyse zurück. Er verbindet das individuelle Wollen und die gesellschaftliche Dynamik miteinander. Beide sind in ihrer wechselseitigen Beziehung nicht statisch, sondern in andauernder Bewegung, wovon schon die ständigen Umbrüche der Gesellschaft zeugen. Und doch besitzen die vielen Veränderungsprozesse einen Kern, der gleichbleibend ist, aber immer neue Ausdrucksformen findet: etwas Identisches im Wechsel, etwas Wiederkehrendes, Nachträgliches.

Unser Rückgriff auf das Autoritarismus-Konzept hat mit dieser Kontinuität zu tun. Seine noch immer aktuelle Bedeutung für die Gesellschaftsanalyse erlangte dieses Erklärungsmodell angesichts der Erfolge faschistischer Bewegungen in den 1920er und 1930er Jahren in Europa. Mit unserem begrifflichen Verweis auf die Dynamiken und massenpsychologischen Phänomene der Vergangenheit geben wir unserer Analyse der demokratischen Gesellschaft und der in ihr wirkenden Kräfte einen erweiterten zeitlichen Rahmen. Moderne Gesellschaften sind nahezu zwanghaft auf Innovation und Fortschritt ausgerichtet – man könnte sagen, sie sind von der Zukunft gejagt. Zugleich zeigt sich in den Mobilisierungserfolgen der antidemokratischen Bewegungen jedoch das Unerledigte der Geschichte, denn moderne Gesellschaften sind von den uneingelösten Hoffnungen in ihrer Vergangenheit genauso besessen wie von den Spuren der Gewalt vorheriger Generationen. Die Nachwirkung – oder in psychoanalytischer Terminologie: die Nachträglichkeit – von scheinbar längst Vergangenem und der unreflektierte Fortschrittsglaube hängen eng zusammen. Mit der Untersuchung der Gegenwart ist nicht nur sie selbst, sondern auch das Spannungsverhältnis von Geschichte und Zukunft zu verstehen.

Die Wahl des Titels für die diesjährige Veröffentlichung steht mit dieser Erkenntnis in Einklang. Angesichts der Wahlerfolge der AfD und der zunehmenden Verbreitung von autoritären Bedürfnissen haben wir unsere Studie *Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären* genannt. Damit greifen wir ein Theaterstück von Bertolt Brecht mit dem Titel *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui* auf, das er 1941 im US-amerikanischen Exil geschrieben hatte. Es wurde erst 1958, zwei Jahre nach dem Tod des Autors, im Württembergischen Staatstheater Stuttgart uraufgeführt. Die Idee zu diesem Stück war Brecht aber schon 1934 gekommen, denn kaum im Exil, fiel ihm die Analogie zwischen der organisierten Kriminalität in den USA und dem Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung auf. Das Stück zeigt die Erfolgsgeschichte der Titelfigur Arturo Ui, dem Chef einer Gangsterorga-

nisation. Zu Beginn befindet sich das »Karfiolkartell«, ein Zusammenschluss von Blumenkohlhändlern, in der ökonomischen Krise. In Brechts fiktiver »City« paktieren nun die Mitglieder des Kartells mit dem Gangsterboss – so wie das Kapital in der Weimarer Republik mit den Faschisten. Doch noch vor der Herrschaft des Verbrechens findet bereits ein Betrug statt, denn schon im Regelbetrieb der Gesellschaft – nicht nur der, die Brecht auf die Bühne bringt – wird die Mehrheit der Menschen um ihren Anteil am gemeinsam erwirtschafteten Reichtum betrogen. Denn der Marktlogik folgend, gehen Produzenten entweder im Konkurrenzkampf unter oder halten sich dadurch über Wasser, dass sie sich mehr aneignen, als ihnen zusteht. Brechts Parabel zufolge waren den Industriellen in der Weimarer Republik die Faschisten als Bündnispartner so recht wie dem »Karfiolkartell« der Gangsterboss.

Arturo Ui kann sich zwar durchsetzen, aber ob es für ihn immer weiter aufwärts gehen wird, ist nicht ausgemacht. Im Titel des Stücks nutzt Brecht deswegen einen sprachlichen Kniff und erfindet das Adjektiv »aufhaltsam« anstelle etwa von »abwendbar«. Sprachlich wie inhaltlich stolpern wir hier, sind irritiert, denn im Alltag sind wir es gewohnt, von einem »unaufhaltsamen Ereignis« zu sprechen. Dass der gewohnte Sprachfluss, die eingeübte Redewendung, aufgebrochen wird, hat einen analytischen und einen Aufforderungscharakter: Der Aufstieg des NS zur Herrschaft, der Angriffs- und Vernichtungskrieg und die Ermordung der europäischen Juden folgten alle keinem automatisierten Ablauf, sondern hätten aufgehalten werden können – und müssen.

Wegen dieser Botschaft diente das Theaterstück auch als Spiegel, der den Zuschauern in der Nachkriegszeit vorgehalten wurde, Deutschen in Ost und West. Sie waren in der großen Masse für den Aufstieg und nicht für den Fall des NS verantwortlich. Dennoch zelebrierten sie die Bühnen-Inszenierung, als wäre darin nur von fremdem Unrecht die Rede. Brecht sah das wohl voraus, denn im Epilog lässt er einen Schauspieler sagen: »Es gibt den oder jenen heiklen Gegenstand, an den ein gewisser zahlender Teil des geehrten Publikums nicht wünscht erinnert zu werden«; daher sei der Ort der Ereignisse verlegt worden, die Erzählung spiele nun »in einer weit entfernten Stadt« (Brecht, 1941, S. 391). Dennoch lässt Brecht das Stück mit der Warnung enden: »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!« (ebd., S. 494).

Sie richtet sich an das Theaterpublikum, dem Brecht in der Zeit nach dem Untergang des nationalsozialistischen Deutschlands nicht traute.

Dem Sozialphilosophen und Autoritarismus-Forscher Theodor W. Adorno ging es ähnlich. Auch er war aus dem Exil ins postnationalsozialistische Deutschland zurückgekehrt und hatten dessen Realität in Ost und West vor Augen. Adorno betrachtete »das Nachleben des Nationalsozialismus *in* der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie« (Adorno, 1959, S. 555f.). Innerhalb der neuen Ordnungen also existierten die alten Denkweisen weiter. Seine Zeilen stammen aus den 1950er Jahren, als auch *Arturo Ui* in Deutschland auf die Bühne kam. Das, was »Aufarbeitung der Vergangenheit« hieß, sei ihm verdächtig, schreibt Adorno, denn die Demokratie habe sich keinesfalls eingebürgert, sondern sei durch die »unbewußt schwelende Identifikation« mit dem gerade Untergegangen bedroht (ebd., S. 564). Im Westteil des Landes erhielt die Demokratie ihre Legitimation, wenn überhaupt, nur durch die wirtschaftliche Prosperität, denn sie brachte »die Vergangenheit in Übereinstimmung mit den narzißtischen Wünschen« der Gegenwart (ebd.). Das »Wirtschaftswunder« bot den gekränkten Größenphantasien der Deutschen Ersatz für den Nationalismus sowie eine Autorität ohne Führer und gestatte es, die eigenen Taten zu verleugnen (Decker, 2019).

Verleugnung ist einer der Abwehrmechanismen, die die Psychoanalyse beschreibt. Wer verleugnet, betreibt gewissermaßen doppelte Buchführung: Er erkennt den Verlust nach außen hin an, in seinem Innern aber bleibt das begehrte Objekt unbeschädigt erhalten. Auch in der Außenwelt findet sich ein Ersatzobjekt, das überwertig verehrt wird. Beim Individuum spricht die Psychoanalyse bei einem solchen äußeren Ersatz von einem Fetisch. Nicht anders verfahren Massen. Auch sie verwenden viel Energie darauf, den Anschein zu erwecken, die kränkende Realität anzuerkennen. Aber am Gruppenideal geht diese Pseudo-Anerkennung spurlos vorbei und deshalb braucht es auch hier einen Platzhalter, der im gesellschaftlichen Leben an die Stelle des beschädigten Objekts geschoben wird. Es kommt so zu einem Einschnitt zwischen Realität und Gruppenerleben. Deshalb will eine solche Gemeinschaft auch nicht konfrontiert werden: weder mit dem Verlust noch mit dem Fetischcharakter des Ersatzobjekts. Das bekommen diejenigen zu spüren, die bei der Verleugnung nicht mitspielen.

Das gefeierte »Wirtschaftswunder« lief auf eine Betriebsamkeit hinaus, in der für Scham oder Trauer kein Platz war (Mitscherlich & Mitscherlich, 1967), mit der aber die Anpassung an die neuen Verhältnisse gelang. Denn auch hier konnte man an Altes anknüpfen, war doch schon der Wirtschaftsaufschwung durch die Kriegswirtschaft in Nazideutschland als »Wirtschafts-

wunder« wahrgenommen und bezeichnet worden. Kam vom Reichtum in den 1930er Jahren auch wenig beim Einzelnen an – der Verkauf von Kriegsgütern lohnte sich nur für die Schwerindustrie –, verschaffte der wirtschaftliche Aufschwung dem NS doch Legitimation. Nach dem Krieg richteten die Deutschen im Westen, wo dieser Weg offenstand, ihr Handeln an ökonomischer nationaler Größe aus, sodass ein Wirtschaftsfetischismus den völkischen Größenwahn der Nazi-Ideologie zu ersetzen begann. Brecht lag demnach einerseits richtig, wenn er die Ökonomie für den Aufstieg des NS verantwortlich machte; andererseits griff er zu kurz: Das Primat der Ökonomie funktionierte nicht deshalb so gut, weil der Betrug so geschickt eingefädelt worden wäre, sondern weil dieser Selbstbetrug den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen entsprach. So wurden Wirtschaftswachstum und Prosperität auch von denen begehrt, die nicht daran teilhatten. Nach dem Krieg fiel die Verdrängung der NS-Geschichte leichter, weil es einen Ersatz gab, die »narzisstische Plombe« des Wirtschaftswachstums (Decker, 2019).

Im Osten stand dieser Ersatz nicht zur Verfügung. Auch wenn hier nach der Zerstörung des Krieges ebenfalls ein Wirtschaftswachstum einsetzte, fiel es deutlich geringer aus und blieb von einem »Wunder« weit entfernt. Einer der Gründe dafür war der Abbau von Infrastruktur, da sich die Sowjetunion für die Reparationszahlungen an den von ihr verwalteten Teil des besiegten Deutschlands hielt. Die DDR kam somit in viel stärkerem Maße für die Folgen des Krieges in den angegriffenen Ländern auf (Buchheim, 1999). An die Stelle der alten Ideologie rückte im Osten daher eine neue, die jedoch die Rolle der »narzisstische Plombe« nicht ebenso gut erfüllen konnte. Die ökonomische Prosperität des Westens wurde so auch für den Osten der Orientierungspunkt und das ersehnte Surrogat für die verlorene Identifikation mit nationaler Größe.

Was verleugnet wurde, ist unverarbeitet, es ändert bloß seine Gestalt durch Verschiebungen, Verdichtungen und Entstellungen. Die Bedeutung des Wirtschaftswachstums und die manische Geschäftigkeit sind nur zwei Beispiele unter vielen für das Nachleben des NS, für seine Gefühlserbschaft (Lohl & Moré, 2014). Doch ob das solcherart Überdeckte wieder in seiner ureigenen Gestalt hervortritt, ist keine Zwangsläufigkeit. So wie Brecht den Aufstieg des Faschismus in der Zwischenkriegszeit nicht für ein autonom ablaufendes Programm hielt, in das niemand hätte eingreifen können, so ist auch das Nachwirken der deutschen Geschichte in der heutigen Zeit reflektierbar und damit zu gestalten. Mit der Nachträglichkeit wird die

Zeitlichkeit gesellschaftlicher und individueller Entwicklungen deutlich: Menschen beziehen sich bewusst und unbewusst auf die Vergangenheit und entwerfen Pläne für die Zukunft. Welche Elemente des Vergangenen allerdings in der Gegenwart Geltung erlangen, welche Gestalt sie annehmen und welche Form der Zukunft ersehnt wird, unterliegt einem dynamischen Prozess. Nicht alles, was erlebt wurde, nicht einmal alles, was verdrängt wurde, fließt zu jeder Zeit als Motivation in die Handlung ein – bewusst oder unbewusst findet eine Auswahl statt. Auch die Vergangenheit erhält ihre Bedeutung für die Gegenwart nicht passiv als Überwältigung, sondern in einer aktiven Handlung: Menschen deuten ihre Gegenwart vor dem Hintergrund der Vergangenheit, und in der Zukunft soll sich einstellen, was ihnen heute bedeutsam erscheint.

Das Zeiterleben ist seit Längerem von einem intensiven Krisenerleben geprägt. Herausforderungen gab und gibt es viele, aber dass sie in dichter Folge als *Krisen* – also als Entscheidungsmomente – ins öffentliche Bewusstsein rücken, ist für unsere Zeit charakteristisch (s. Kap. 3). Das Wort *Krisenmodus*, das 2023 von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum »Wort des Jahres« gewählt wurde, bringt diese Entwicklung auf den Punkt. Die geschichtliche Bedeutung des Wirtschaftswachstums vor Augen, überrascht es nicht, dass die einschneidendsten Krisen in den Momenten wirtschaftlicher Stagnation wahrgenommen werden. Es sind auch die Momente, in denen die Legitimation der Demokratie sinkt und das Ressentiment steigt. Schon die neonazistische NPD verzeichnete nach der ersten Weltwirtschaftskrise 1967 Wahlerfolge, und bis in die jüngere Zeit waren offen vorgetragene antisemitische Ressentiments oder die Diffamierung von Migranten in Deutschland in Zeiten der ökonomischen Regression verbreiteter, etwa in den Jahren der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008 bis 2012. Besonders die AfD bewirtschaftet das Krisenerleben erfolgreich, spitzt es zu und verspricht das Entscheidungsmoment herbeizuführen, das jeder Krise innewohnt. Ihr Geschäft ist die Apokalypse, also der Untergang des Bestehenden. Die AfD reagiert damit auf den Glaubwürdigkeitsverlust des ökonomischen Prosperitätsversprechens in der Spätphase des Neoliberalismus. Die große Bedeutung ausgerechnet dieses Scheiterns liegt auch in der Funktion der Ökonomie, die Kränkungen nach dem verlorenen Krieg zu kompensieren. Zugunsten dieser Kompensation hatte man sich zuletzt auf den entgrenzten Neoliberalismus eingelassen. In dem Moment, in dem auch dieses Akkumulationsregime an sein vorläufiges Ende kommt, steigt die Wut über die sich ankündigende Schwäche der Autorität – aber auch

auf die eigene freiwillige Unterwerfung. Die AfD profitiert von der Situation trotz oder wegen ihrer paradoxen Programmatik: Auf der einen Seite erneuert sie mit ihrem neoliberalen und antisozialen Programm das Wachstumsversprechen, auf der anderen legitimiert sie mithilfe der Spaltung in ›gut‹ und ›böse‹ autoritäre Aggressionen. In unserer Analyse wird ein übersehener Bestandteil von Krise und Apokalypse deutlich: Das, was wir kennen, soll zu Ende gehen, damit eine bessere Zeit beginnen kann. Der destruktive Untergangswunsch ist also auf das Engste mit der Sehnsucht nach einem Neuanfang verbunden.

Deshalb stellen wir in der LAS 2026 das komplexe Thema des politischen Zeiterlebens in den Mittelpunkt und betrachten es in doppeltem Sinn: Wie wird die politische Gegenwart von den Bundesbürgern gesehen? Und welche Funktion erfüllt die Sehnsucht zum einen nach der Vergangenheit, zum anderen nach der Erlösung in der Zukunft? Denn auch die Flucht aus der Gegenwart kennt zwei Richtungen: Sie kann in die Zukunft gehen oder in die Vergangenheit, was wir hier mit dem Begriff der *regressiven Nostalgie* fassen. Während die Apokalypse die Wunscherfüllung in die Zukunft verlegt, wird sie im Fall der regressiven Nostalgie in einer idealisierten Vergangenheit gesucht (s. Kap. 4). Beiden ist erstens gemeinsam, dass die Zumutungen der Gegenwart verschwinden sollen, zweitens aber die Wut über die ausgebliebene Einlösung eines Versprechens. Am Schnittpunkt dieser Sehnsüchte sammelt die AfD ihre Stimmen. Beide Wunschzeiten kann sie nicht herbeiführen. Sie kann nur auf die angestauten Aggressionen setzen, auf den Frust und die Wut, die die Anhänger loswerden möchten – doch Loswerden ist nicht dasselbe wie die zutiefst ersehnte Erlösung.

Der Fokus unserer diesjährigen Studie liegt auf der Frage nach dem Einfluss des politischen Zeitempfindens, das sich mit den Möglichkeiten einer demokratischen Gestaltung der Zukunft verbindet. Die Apokalypse-Sehnsucht erweist sich als eine Ursache des Antisemitismus, wogegen die Nostalgie für den Wunsch nach einer rechtsautoritären Politik ausschlaggebend ist, aber auch für misogyne Einstellungen (s. Kap. 3, 4 und 5). Welche Rolle unter diesen Bedingungen die Identifikation mit einer Gruppe spielt, wie bedeutsam sie für das Zustandekommen sowohl der rechtsautoritären Bedürfnisse als auch der Wahlentscheidung ist, sehen wir mit der Idealisierung des Stadt- oder Landlebens und in der Klassenlage bestätigt (s. Kap. 6 und 7). Dass wir die Entwicklung des Antisemitismus in seiner Zunahme valide erfassen, aber seine Verbreitung gleichzeitig unterschätzen, verdeut-

licht die Dringlichkeit demokratischer Reaktionen auf diese Entwicklung (s. Kap. 8). Dabei sind diese Befunde nicht nur für eine Antwort auf die autoritäre Zuspitzung wichtig – die mehr als eine Reaktion sein sollte –, sondern auch im Sinne einer Einlösung dessen, was Demokratie sein soll und noch nicht ist. Auch wenn die Aufgabe darin besteht, die Demokratie zu verteidigen, so ist sie gegenwärtig selbst noch eine Utopie. Nicht alles, was sie sein könnte, ist umgesetzt. Gerät das in Vergessenheit und unter die Programmatik eines Sachzwangs, fehlt die demokratische Alternative zum Bestehenden. Die Bundesrepublik ist die bislang freieste Gesellschaft in der Geschichte Deutschlands, was viel über die Geschichte des Landes aussagt, aber wenig über das, was notwendig wäre. Wir leben in einer Gesellschaft der *Demokratisierung*, doch damit sie eine wirklich demokratische Gesellschaft wird, braucht es die Sicherung dieses Prozesses. Daher geht es heute nicht darum, das Gegebene kritiklos zu verteidigen, sondern vielmehr darum, auf die Einlösung dessen hinzuarbeiten, was an Demokratie noch aussteht. Denn von ihr hängt ab, ob die autoritären Sehnsüchte aufgegeben werden können.

Literatur

Adorno, T. W. (1959). Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften, Bd. 10.2* (S. 555–572). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Brecht, B. (1941). Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui. In W. Hecht, W. Jeske & J. Knopf (Hrsg.), *Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Stücke 2* (S. 389–494). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Buchheim, C. (1999). Kriegsfolgen und Wirtschaftswachstum in der SBZ/DDR. *Geschichte und Gesellschaft, 25*, 515–529.

Decker, O. (2019). Secondary authoritarianism – the economy and right-wing extremist attitudes in contemporary Germany. *Journal of Psychosocial Studies, 12*, 203–213.

Lohl, J. & Moré, A. (Hrsg.) (2014). *Unbewusste Erbschaften des Nationalsozialismus. Psychoanalytische, sozialpsychologische und historische Studien.* Gießen: Psychosozial.

Mitscherlich, A. & Mitscherlich, M. (1967). *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens.* München: Piper.

2. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2026: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf

Oliver Decker, Marius Dilling, Kazim Celik, Kim Hesch, Ayline Heller, Johannes Kiess & Elmar Brähler

Seit 2002 erheben wir mit den Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) die Verbreitung rechtsextremer, autoritärer und antidemokratischer Einstellungen in Deutschland und tragen damit zur Bestandsaufnahme und Untersuchung autoritärer Dynamiken in Deutschland bei. Im Zentrum jeder Erhebung steht der *FR-LF*, der *Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form* (Decker et al., 2013; Heller et al., 2020), doch auch die Fragebögen zum Autoritarismus, die wir ebenfalls seit 2002 einsetzen, sind zur Analyse der antidemokratischen Einstellung mehr und mehr in den Fokus gerückt. Seit 2016 legen wir damit einen unserer Schwerpunkte auf verschiedene Dimensionen des Autoritarismus, den wir in Anlehnung an die Forschung des Instituts für Sozialforschung in der Tradition der Kritischen Theorie (Adorno et al., 1950; Decker et al., 2020) als Triebkraft hinter einer Vielzahl von Vorurteilen und Ressentiments verstehen. Da es unser Anspruch ist, die individuellen Einstellungen nicht nur zu dokumentieren, sondern sie auch und vor allem in ihrer gesellschaftlichen Dynamik zu verstehen, ergänzen wir den FR-LF in jeder Erhebungswelle durch weitere Fragebögen zu relevanten Themenfeldern. Einige von ihnen haben wir bereits mehrfach eingesetzt, andere sind erstmals in die Befragung eingeflossen, weil sie aktuelle politische Entwicklungen beleuchten.

In diesem Kapitel präsentieren wir die Ergebnisse der diesjährigen Befragung und bereiten damit die vertiefte Analyse in den nächsten Kapiteln vor. Wir beschreiben die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in den sechs Dimensionen, die wir seit 2002 beobachten und die wir daher sowohl für 2026 als auch im Zeitverlauf darstellen können. Anschließend wird es darum gehen, in welchen Bevölkerungsgruppen rechtsextreme Einstellungen besonders häufig auftreten und wie stark das autoritäre Syndrom – mit den Dimensionen Sadomasochismus und Fetischismus – verbreitet ist.

Nach den ungerichteten Aggressionen (allgemeine Unterwerfungsbereitschaft, Fixierung auf Konventionen, autoritäre Aggressionen, Verschwörungsmentalität und Aberglaube) beschreiben wir die Abwertungsformen, die sich gegen spezifische Gruppen richten (diverse Formen des Antisemitismus, Muslimfeindschaft, Antiziganismus, Sexismus und Antifeminismus). Zum ersten Mal haben wir die Sehnsucht nach einer Flucht aus der Gegenwart erfasst (s. Kap. 1): erstens als aktivistische Apokalypse, die in naher Zukunft einen radikalen Bruch mit dem Bestehenden erwartet (s. vertiefende Analyse in Kap. 3), zweitens als Nostalgie, die die Naherwartung einer besseren Welt in die Vergangenheit verlegt (s. Kap. 4). Mit der Einstellung gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat und der Haltung zum Wert der Solidarität dokumentieren wir aber auch Ressourcen.

Methode und Stichprobe

Um die Qualität der Erhebung und die Vergleichbarkeit der Ergebnisse im Zeitverlauf sicherzustellen, wird die Stichprobe der LAS seit 2002 stets mit demselben Verfahren gewonnen. Dafür beauftragen wir regelmäßig das unabhängige Umfrageinstitut USUMA, das nach geltenden Qualitätsstandards eine repräsentative Auswahl der Bevölkerung in Deutschland ermittelt: Für das eingesetzte mehrstufige Zufallsverfahren, das ADM-Stichprobenverfahren, wird zunächst die Fläche Deutschlands in 258 *Sample Points* eingeteilt, die von geschulten Interviewerinnen und Interviewern angefahren werden. Sowohl die Haushalte als auch die Zielpersonen, die letztlich zur Teilnahme an der Befragung aufgefordert sind, werden zufällig ausgewählt, im ersten Fall mithilfe des Random-Route-Verfahrens (Heller et al., 2024), im zweiten des Schwedenschlüssels (ebd.). Dieses Vorgehen hebt sich von vielen heute verbreiteten Erhebungsmethoden durch seine hohe Qualität ab, insbesondere von den »Online-Access-Panels« (Online-Stichproben), die aus Kostengründen häufig eingesetzt werden. Obwohl sie das zentrale Merkmal einer Zufallsstichprobe nicht erfüllen, werden sie fälschlicherweise oft als repräsentative Stichproben bezeichnet (ESRA Committee, 2026). Ohne Zufallsauswahl ist aber keine repräsentative Stichprobe der Gesamtbevölkerung möglich.

Die Interviews begannen stets mit einer kurzen Aufklärung über das Vorgehen, die Zeitdauer und die Freiwilligkeit der Befragung. Für die Teilnahme waren einerseits ausreichende Deutschkenntnisse nötig, um den

Fragebogen verstehen und bearbeiten zu können, andererseits ein Mindestalter von 16 Jahren. Die Interviewer nahmen zunächst die soziodemografischen Merkmale auf und übergaben dann den Fragebogen an die Befragten, die ihn eigenständig ausfüllten. In diesem Hauptteil der Befragung standen die Interviewenden lediglich für Rückfragen zur Verfügung. Außerdem konnte der ausgefüllte Fragebogen am Ende in einem verschlossenen Umschlag übergeben werden. Mit diesen Maßnahmen wurde die Anonymität der Umfrage sichergestellt und die Gefahr sozial erwünschten Antwortverhaltens reduziert.

Die Erhebung fand vom 16. März bis 3. Juni 2026 statt und umfasste eine Gesamtstichprobe von 2.507 Personen. Die Ausschöpfungsquote lag diesmal bei 36,6 % (vgl. Heller et al., 2024). Eine Übersicht über die Zusammensetzung der Stichprobe findet sich in Tabelle 1. Die ostdeutsche Bevölkerung ist überquotiert ($N = 506$), also anteilmäßig stärker vertreten als in der Allgemeinbevölkerung, damit für diese relevante Teilgruppe eine ausreichend große Zahl an Probanden für die Analysen zur Verfügung steht. Das mittlere Alter der Gesamtstichprobe beträgt 48,8 Jahre (SD = 17,6 Jahre); 51,8 % der Befragten sind weiblich, 48,2 % männlich und zwei Befragte divers. Entgegen dem weitverbreiteten Bildungsbias in sozialwissenschaftlichen Umfragen (Stein et al., 2026) findet sich in unserer Stichprobe keine Überrepräsentation von Befragten mit Hochschulzugangsberechtigung (Statistisches Bundesamt/Destatis, 2026). Insgesamt handelt es sich um einen aussagekräftigen Querschnitt der Bevölkerung in Deutschland.

Tabelle 1: Soziodemografische Beschreibung der Stichprobe LAS 2026 (mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit, ab 16 Jahre)

Gesamtstichprobe (*N* = 2.507)

Merkmal	Ausprägung	absolut	in %
Alter in Jahren	Mittelwert	48,8	–
	Standardabweichung	17,6	–
Altersgruppen	bis 24 Jahre	252	10,1
	25–34 Jahre	382	15,2
	35–44 Jahre	391	15,6
	45–54 Jahre	449	17,9
	55–64 Jahre	503	20,1
	65–74 Jahre	360	14,4
	ab 75 Jahre	170	6,8
Geschlecht	männlich	1.207	48,2
	weiblich	1.298	51,8
	divers	2	0,1
Partnerschaft	verheiratet, zusammenlebend	997	41
	verheiratet, getrennt lebend	63	2,6
	ledig	866	35,6
	geschieden	322	13,2
	verwitwet	184	7,6
Schulabschluss	kein Schulabschluss	77	3,1
	Haupt-/Volksschulabschluss	498	20
	Mittlere Reife/Realschulabschluss	849	34,1
	POS/10. Klasse	183	7,3
	Fachschulabschluss (ohne Anerkennung als Fachhochschule)	116	4,7
	Abitur/ohne abgeschlossenes Studium	390	15,7
	abgeschlossenes Hochschul-/ Fachhochschulstudium	327	13,1
	Schüler(in) einer allgemeinen Schule	50	2
Erwerbstätigkeit	Vollzeit mit ≥ 35 h/Woche	1.143	45,9
	Teilzeit mit 15–35 h/Woche	323	13
	stundenweise erwerbstätig (< 15 h)	76	3,1

Merkmal	Ausprägung	absolut	in %
	Freiwilligendienst oder Mutterschutz / Erziehungsurlaub	17	0,7
	arbeitslos / 0-Kurzarbeit	95	3,8
	in Rente / Vorruhestand	578	23,2
	nicht berufstätig / Hausfrau / Hausmann	80	3,2
	in Berufsausbildung (auch Fachschule für gewerbliche Berufe)	53	2,1
	in Schulausbildung (auch Uni, Hochschule)	124	5
Beruf	noch nie berufstätig	123	4,9
	Arbeiter(in)	360	14,5
	Facharbeiter(in)	6	0,2
	freie Berufe	22	0,9
	Selbstständige	230	9,3
	Angestellte	1.634	65,7
	Beamte	111	4,5
Haushaltsäquivalenzeinkommen/ Monat	bis 1.250 €	412	16,4
	1.251 bis 2.000 €	608	24,3
	2.001 bis 3.000 €	784	31,3
	ab 3.001 €	694	27,7
	keine Angabe	9	0,4
konfessionelle Bindung bzw. Angehörige einer Religionsgemeinschaft	nein	845	33,7
	ja	1.648	65,7
	keine Angabe	14	0,6
Befragte in	Ostdeutschland	506	20,2
	Westdeutschland	2.001	79,8
bis zum 14. Lebensjahr überwiegend aufgewachsen in	Westdeutschland	1.762	71,1
	Ostdeutschland	559	22,6
	einem anderen Land	156	6,3

Der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung

Das zentrale Element unserer Untersuchungen ist seit 2002 der *Fragebogen rechtsextreme Einstellung – Leipziger Form,* kurz *FR-LF* (Decker et al., 2013; Heller et al., 2020). Tabelle 2 stellt die 18 Items mit den diesjährigen Ergebnissen vor. Jeweils drei dieser Items bilden eine Dimension: Zustimmung zu einer rechtsautoritären Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, NS-Verharmlosung, Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus. Die ersten vier dieser Dimensionen fassen wir als Bestandteile einer *Neo-NS-Ideologie* zusammen, die letzten beiden als *Ethnozentrismus* (Heyder & Decker, 2011). Mit dem Fragebogen wird die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen erfasst. Die Antwortkategorie »1 = lehne völlig ab« bedeutet demnach, dass die Befragten der Aussage gar nicht zustimmen, im Gegensatz zur Kategorie »5 = stimme voll und ganz zu«; dazwischen sind drei Abstufungen möglich, was bedeutet, dass Kategorie »2 = lehne überwiegend ab« bereits eine geringe Bereitschaft anzeigt, die Aussage in Betracht zu ziehen (Heller et al., 2024). Insbesondere die Mittelkategorie »3 = stimme teils zu, teils nicht zu« enthält bereits ein Moment der Zustimmung, gewissermaßen ein Zustimmungspotenzial, da man sich nicht mehr zu einer Ablehnung entscheiden kann, weswegen wir sie im Folgenden als latente Zustimmung interpretieren (genauer hierzu s. Kap. 8).

Tabelle 2: Der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Zustimmung auf Item-Ebene (in %)

	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
Rechtsextremismus	1	2	3	4	5
1. Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	58,7	18,7	16,8	4,5	1,3
2. Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	58,6	17,1	17	5,5	1,7
3. Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	35,5	17	24,3	15,3	7,9

	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
Rechtsextremismus	1	2	3	4	5
4. Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	52,4	17,6	18,7	7,4	3,9
5. Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	48,5	22,2	20,2	6,8	2,3
6. Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	21,2	16,4	30,2	18,9	13,4
7. Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	41,9	20,8	21,7	10,2	5,4
8. Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	20,1	14,2	27,2	22,5	16
9. Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	49,3	21,2	20	7,4	2,2
10. Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	32,3	22,3	24,4	11,9	9,1
11. Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	55	21,2	16,2	5,4	2,2
12. Was unser Land braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	26,3	19,4	25,8	18	10,5
13. Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	49,1	21,3	19,6	6,1	3,9
14. Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	31,6	18,6	26	15,7	8,2
15. Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	65,1	13,8	12,9	5,4	2,8
16. Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	23,9	16,8	24,4	19,7	15,2
17. Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	51	20	19	6,2	3,9
18. Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	55,2	19,1	19,1	4,4	2,3

Um den Bericht auf der Ebene der Einzelitems zu vereinfachen, fassen wir die Antwortkategorien zusammen (Tab. 3). Dem semantischen Gehalt der Skala entsprechend betrachten wir die Kategorien 1 und 2 als »Ablehnung«, da sie die jeweilige Aussage zurückweisen. Diese Werte werden aber in der Regel nicht mehr gesondert berichtet. Den Wert 3 interpretieren wir als latente Zustimmung, die Kategorien 4 und 5 fassen wir als manifeste Zustimmung zusammen. Als konservativen Schätzwert über die Verbreitung einer manifesten Einstellung je Dimensionen summieren wir die drei Items je Dimension und nutzen einen Cut-Off-Wert von 12: Wer also im Durchschnitt allen drei Aussagen einer Dimension mindestens »überwiegend« zustimmt (mit 4 oder 5), weist eine manifeste Einstellung auf.

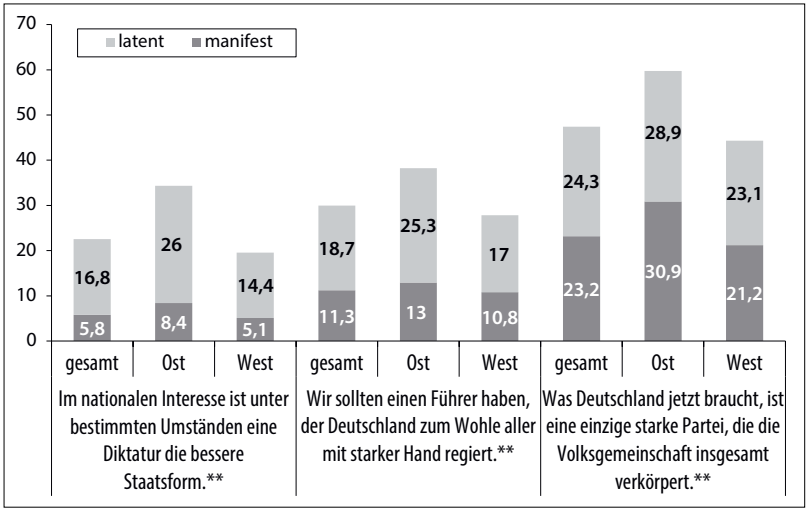
Tabelle 3: Übersicht der Antwortkategorien des Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung

Antwort-kategorie	**lehne völlig ab**	**lehne überwie-gend ab**	**stimme teils zu, teils nicht zu**	**stimme überwie-gend zu**	**stimme voll und ganz zu**
Skalenwert	1	2	3	4	5
inhaltliche Zuordnung	Ablehnung		latente Zustimmung	manifeste Zustimmung	

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellung

Im Folgenden stellen wir dar, wie die Befragten 2026 auf die einzelnen Aussagen des FR-LF geantwortet haben, bevor wir uns dem Zeitverlauf widmen. Wir beginnen mit den vier Dimensionen der Neo-NS-Ideologie. Die Zustimmungswerte zu den Aussagen der Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« sind Grafik 1 zu entnehmen. Die Aussage, »unter bestimmten Umständen« sei »eine Diktatur die bessere Staatsform«, findet bei knapp 6 % der Befragten manifeste Zustimmung, weitere 16,8 % stimmen der Aussage noch teilweise zu. Einen »Führer« wünscht sich jeder Zehnte manifest, hinzu kommt die latente Zustimmung, die mit über 18 % auch noch einmal sehr hoch ausfällt und in Ostdeutschland sogar bei über 25 % liegt. Am höchsten ist die Zustimmung zur Aussage »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«, der 23,2 % der Befragten manifest und

Grafik 1: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« (Neo-NS-Ideologie; in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost/West getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

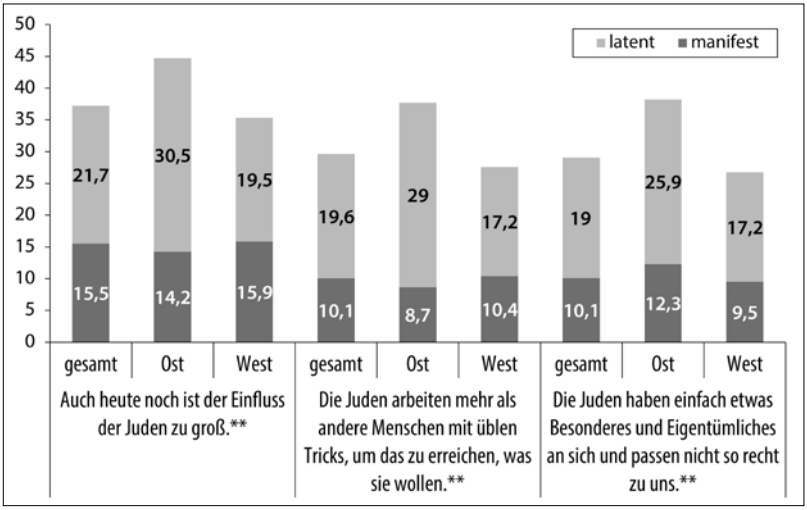
noch einmal 24,3 % latent zustimmen. Besonders im Osten findet diese Aussage bei 30,9 % manifeste und 28,9 % latente Zustimmung, sodass hier nur eine Minderheit diese völkische Aussage »voll und ganz« oder »überwiegend« ablehnt. Im Westen fallen die Werte zwar niedriger aus, aber auch hier stimmen 21,2 % manifest und 23,1 % latent zu. Die Unterschiede zwischen den Landesteilen sind statistisch signifikant. Da die Begriffe Diktatur, Führer und Volksgemeinschaft in ihrer historisch gesättigten Eindeutigkeit unmissverständlich sind, müssen die hohen Zustimmungswerte in allen Landesteilen alarmieren.

Auch die Dimension »Antisemitismus« gehört zur Neo-NS-Ideologie (Grafik 2). Mit dem FR-LF messen wir zunächst nur den tradierten Antisemitismus, während wir weitere Formen mit zusätzlichen Fragebögen in der LAS 2026 erfassen (s. weiter unten und Kap. 3). Antisemitismus ist mehr als ein Ressentiment gegen eine Gruppe – er enthält auch die Vorstellung, Jüdinnen und Juden wären eine Bedrohung. Das »Gerücht über die Juden« (Adorno, 1954, S. 200) findet jedoch insbesondere *latente* Zustimmung, wie schon Werner Bergmann und Rainer Erb in ihrer einschlägigen Studie (1986) zeigen konnten, denn in Deutschland existiert

eine »Kommunikationslatenz« des Antisemitismus: Wir unterschätzen ihn mit Messungen, weil die Befragten ihr Ressentiment nicht offen äußern wollen (s. Kap. 8).

Die Aussage »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß« erhält dennoch von rund 15 % der Befragten manifeste Zustimmung, weitere 21,7 % stimmen ihr teilweise zu bzw. lehnen sie nur teilweise ab. Über ein Drittel der Befragten weist diese Aussage also nicht explizit zurück. Im Osten ist die manifeste Zustimmung etwas niedriger als im Westen (14,2 % vs. 15,9 %), doch bei der latenten Zustimmung ist das Verhältnis umgekehrt: Deutlich mehr Ost- als Westdeutsche (30,5 % vs. 19,5 %) wählen hier die Mittelkategorie. Der zweiten Aussage dieser Dimension, »Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu bekommen, was sie wollen«, stimmen etwa 10 % der Befragten manifest und fast 20 % latent zu. Die Ost-West-Unterschiede zeigen sich abermals vor allem im latenten Antwortverhalten (29 % im Osten vs. 17,2 % im Westen). Schließlich stimmen auch der dritten Aussage »Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns« 10 % der Befragten zu, weitere 19 % wollen dieser Aussage

Grafik 2: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Antisemitismus« (Neo-NS-Ideologie; in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost/West getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

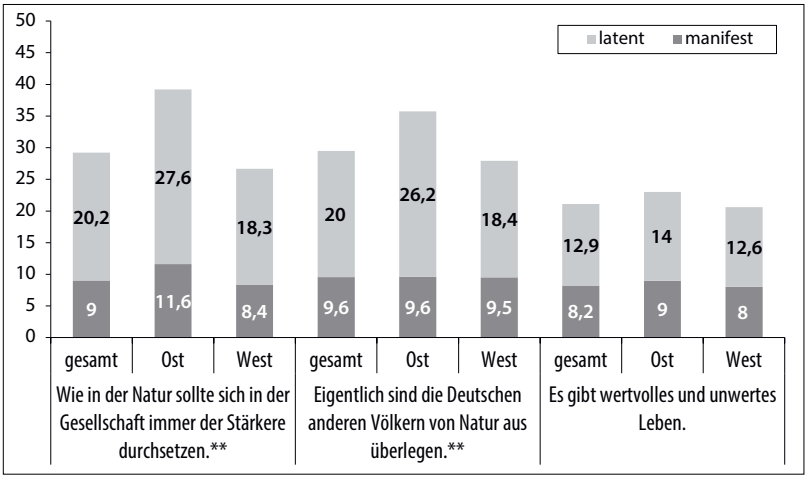
nicht widersprechen. Auch hier zeigen sich Unterschiede zwischen den Landesteilen: Diesmal sind sowohl die manifeste als auch die latente Zustimmung im Westen niedriger (9,5 % und 17,2 %) als im Osten (12,3 % und 25,9 %).

Auf der Ebene dieser Einzelaussagen stellen wir einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu 2024 fest. Vor zwei Jahren wurde zum Beispiel die Aussage »Die Juden arbeiten mehr als anderen Menschen mit üblen Tricks« von 6,8 % der Befragten (Ost: 3,4 %; West: 7,7 %) bejaht, 16,4 % wählten die Teils-teils-Option (Ost: 19,8 %; West: 15,5 %). Hier entsteht der Eindruck, dass die soziale Sanktionierung des Ressentiments offenbar nicht mehr im selben Maß befürchtet wird wie in der Vergangenheit (Decker et al., 2024b, S. 39). Mit dem antisemitischen Ressentiment werden wir uns in Kapitel 3 eingehender beschäftigen.

Die Zustimmungswerte zur Dimension »Sozialdarwinismus« sind in Grafik 3 abgebildet. Zusammengefasst geht es dabei um die problematische Übertragung von Darwins für die Natur entwickelte Evolutionstheorie auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die drei Items, mit denen wir diese Einstellung operationalisieren, lassen bereits erkennen, dass hier gleiche Rechte für alle Menschen nicht als zivilisatorischer Erfolg anerkannt werden. Die Naturalisierung von Unterschieden zwischen den Menschen geht zudem mit einer Ideologie der Härte einher, die in historischen und gegenwärtigen faschistischen Strömungen propagiert wird (Redecker, 2026). Die Ergebnisse der diesjährigen Befragung zeigen ein ähnliches Bild wie in den Vorjahren: Der Wunsch, dass sich »in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen« sollte, wird von 9 % der Befragten geteilt, weitere 20 % stimmen dieser Aussage teilweise zu. Der Ost-West-Unterschied ist insbesondere bei dieser latenten Zustimmung deutlich (Ost: 27,6 %; West: 18,3 %). Ähnlich fallen die latente und die manifeste Zustimmung zu der Aussage aus »Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.« Die Behauptung, es gebe »wertvolles und unwertes Leben«, bejahen 8,2 % der Befragten manifest, und weitere 12,9 % wollen sie zumindest nicht verneinen. Neben der manifesten Zustimmung einer kleinen Minderheit zu den sozialdarwinistischen Items unseres Fragebogens verweist die latente Zustimmung daher auf ein Mobilisierungspotenzial größeren Ausmaßes.

Als vierte Dimension der Neo-NS-Ideologie erfassen wir schließlich die »Verharmlosung des Nationalsozialismus«. Diese Einstellung ist durch Geschichtsrevisionismus gekennzeichnet, der das Ausmaß der destruktiven

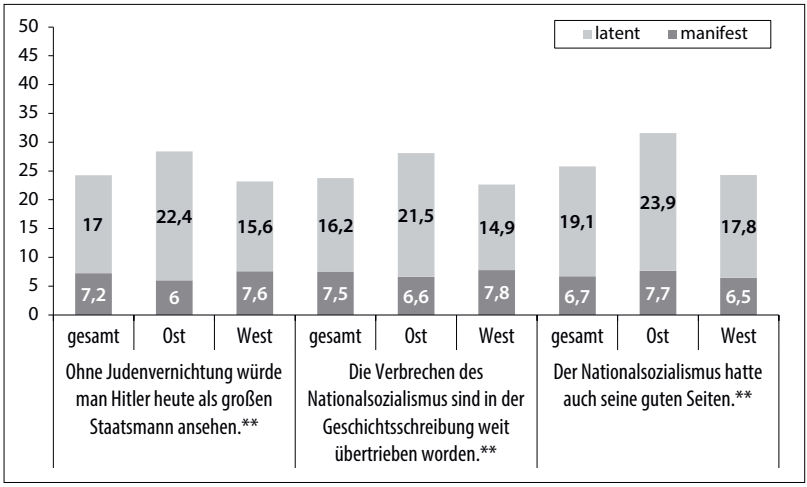
Grafik 3: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Sozialdarwinismus« (Neo-NS-Ideologie; in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost/West getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Auswirkungen der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland von 1933 bis 1945 nicht anerkennt. Insgesamt liegen bei diesen Fragen die manifesten Zustimmungswerte im einstelligen Bereich (Grafik 4). Ein deutlich größerer Anteil der Befragten vermag es allerdings nicht, sich von diesen Aussagen klar zu distanzieren. Beispielsweise stimmen der Aussage »Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen« 7,2 % manifest zu, während sich 17 % für »teils/teils« entscheiden. Der Vergleich zwischen den Landesteilen ergibt ein Bild, das schon bei den vorherigen Dimensionen aufgefallen ist: Während sich die manifesten Zustimmungswerte nur leicht voneinander unterscheiden, übertrifft die latente Zustimmung im Osten die im Westen deutlich (Ost 22,4 %; West: 15,6 %). Die zweite Aussage wird von den Befragten ähnlich beantwortet, denn 7,5 % von ihnen halten die Verbrechen des Nationalsozialismus für »übertrieben« dargestellt, wohingegen dies 16,2 % nur teilweise ablehnen. Auch hier sind die Ost-West-Unterschiede vor allem in der Mittelkategorie zu finden (Ost: 21,5 %; West: 14,9 %). Knapp 7 % der Befragten stimmen schließlich auch der Aussage »Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten« manifest zu. Die latente Zustimmung ist ähnlich hoch wie bei den ersten beiden Aussagen. Diese Zahlen zeigen aber

Grafik 4: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« (Neo-NS-Ideologie; in %)

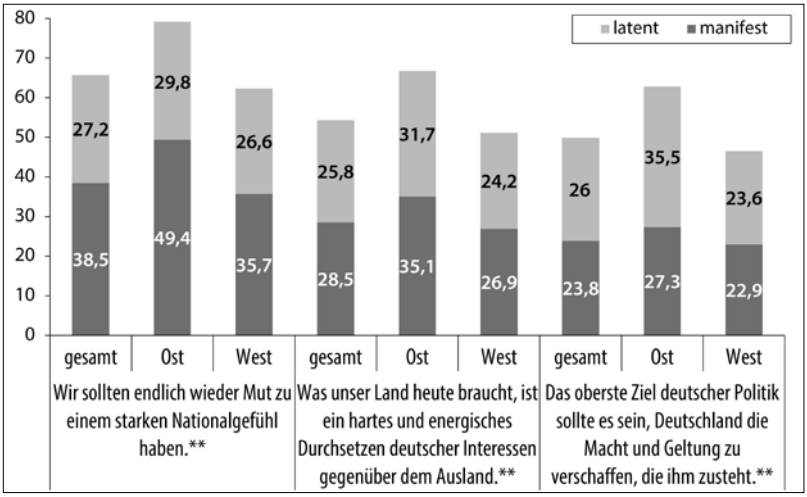


Signifikante Unterschiede zwischen Ost/West getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

auch, dass die Mehrheit der Befragten diese Aussagen »voll und ganz« oder »überwiegend« ablehnte.

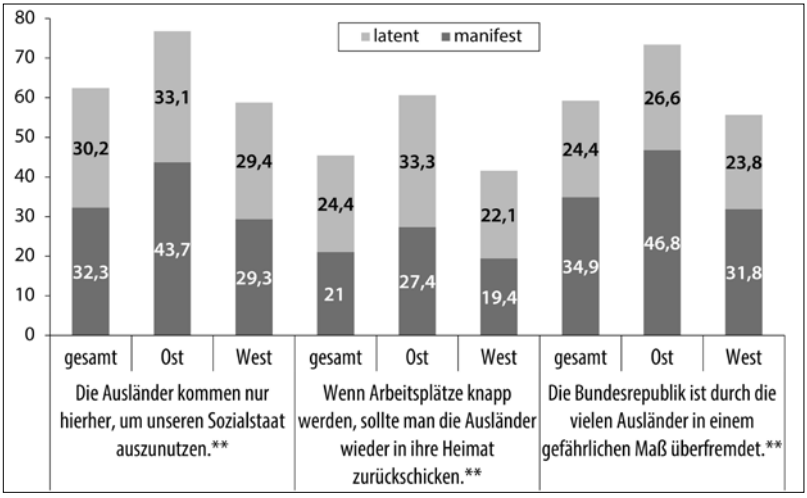
Mit den ethnozentrischen Dimensionen »Chauvinismus« und »Ausländerfeindlichkeit« messen wir einerseits die Überhöhung der Eigengruppe, andererseits die Abwertung einer ›Fremdgruppe‹. Die Zustimmungswerte zum Chauvinismus sind in Grafik 5 abgebildet. Fast 40 % der Befragten vermissen »den Mut zu einem starken Nationalgefühl« explizit; fast 30 % antworten hier zudem in der Mittelkategorie. Nur ein Drittel lehnt diese Aussage »überwiegend« oder »voll und ganz« ab. Besonders die manifeste Zustimmung ist im Osten mit fast 50 % auffallend hoch. Auch »ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland« befürwortet mehr als ein Viertel der Befragten, ein weiteres Viertel kann dem teilweise etwas abgewinnen. Im Osten sind es bei dieser Aussage sogar jeweils etwa ein Drittel. Wiederum etwa ein Viertel aller Befragten ist mit der dritten Aussage einverstanden: »Das oberste Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht«, während ein weiteres Viertel die Teils-teils-Option wählt. Die Werte liegen auch hier im Osten höher, wo diejenigen, die diese Aussage ablehnen, in die Minderheit geraten sind.

Grafik 5: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Chauvinismus« (Ethnozentrismus; in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost/West getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Grafik 6: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Ausländerfeindlichkeit« (Ethnozentrismus; in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost/West getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Die Ausländerfeindlichkeit bzw. das Thema Migration ist seit Jahrzehnten das zentrale Agitationsmotiv der extremen Rechten. Die Zustimmung zu den Aussagen, mit denen wir die ausländerfeindliche Einstellung messen, fällt insgesamt hoch aus, und dies in beiden Landesteilen, wobei sich die Lage im Osten noch zugespitzter darstellt (Grafik 6). So stimmen über 30 % manifest und weitere 30 % latent der ersten Aussage zu, »die Ausländer« kämen nur nach Deutschland, »um unseren Sozialstaat auszunutzen«. Fast 35 % der Befragten – und im Osten fast 47 % – sind der Ansicht, dass die »Bundesrepublik [...] durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet« sei. Zusätzliche 24,4 % lehnen dies nur »teils« ab. Lediglich die zweite Aussage findet keine Mehrheit: Die Aussage, »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken«, drückt aber dennoch für 21 % der Befragten eine Forderung aus, der sie sich anschließen können, und weitere 24,4 % akzeptieren sie in Teilen.

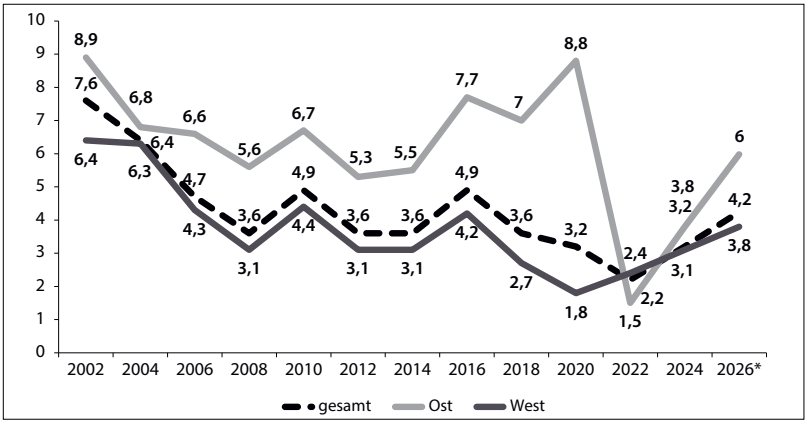
Die rechtsextreme Einstellung im Zeitverlauf

Seit 2002 hat die Arbeitsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker mit den Leipziger Autoritarismus Studien – früher als »Mitte«-Studien bekannt – kontinuierlich alle zwei Jahre mit demselben methodischen Vorgehen und Instrumentarium die politische Einstellung in Deutschland erfasst. Daher eröffnen die Datensätze die besondere Möglichkeit, die Entwicklung der rechtsextremen Einstellung für die letzten 24 Jahre nachzuvollziehen.

Im Vergleich zur letzten Erhebung 2024 verzeichnen wir 2026 durchgehend einen deutlichen Anstieg der rechtsextremen Einstellung. Die folgenden Grafiken (7–12) geben jeweils den Anteil der Befragten in Prozent an, die *allen drei* Aussagen einer Dimension im Mittel *mindestens überwiegend zustimmen* und damit eine geschlossene Einstellung offenbaren (Cut-off-Wert größer oder gleich 12; s. Tab. 3). Wir zeigen also nur den Verlauf der manifesten Zustimmung zu allen drei Aussagen.

Grafik 7 zeigt die Entwicklung der »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur«, die 2002 mit dem Höchstwert von 7,6 % startete, über die Jahre tendenziell abfiel und 2022 ihren niedrigsten Stand von 2,2 % erreichte. Bei dieser Dimension waren die Werte in Ostdeutschland stets höher, außer 2022, als sie – noch unter dem Eindruck der Pandemie –

Grafik 7: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« 2002–2026 (Neo-NS-Ideologie; in %)



Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung, Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05

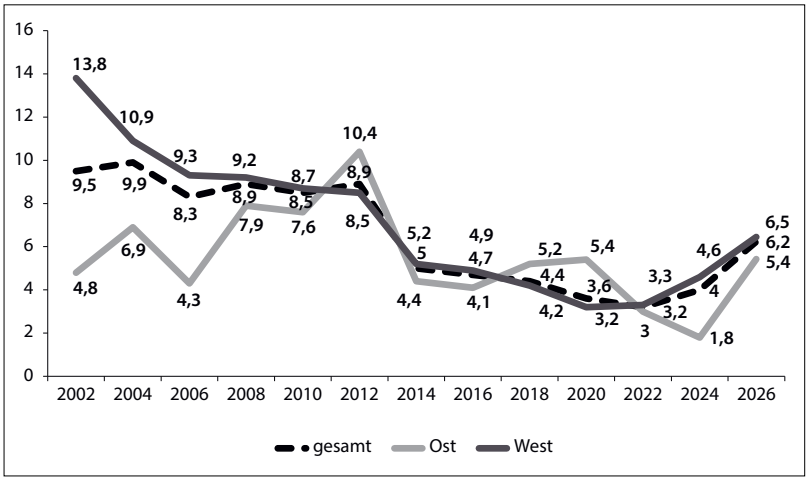
deutlich zurückgingen und der Messung eher im latenten Bereich zugänglich waren. 2026 ist der Wert bundesweit wieder deutlich auf nunmehr 4,2 % angestiegen, wobei 6 % der Ostdeutschen und 3,8 % der Westdeutschen durchschnittlich alle drei Aussagen bejahen.

Für den tradierten Antisemitismus beobachteten wir stets relativ niedrige Werte, was wir auf das Kommunikationstabu zurückführen. Der aktuelle Wert von 6,2 % übertrifft die Durchschnittswerte der letzten zehn Jahre, ist allerdings noch nicht so hoch wie zu Beginn der Studienreihe (2002: 9,5 %). Damals waren auch die Zustimmungswerte in Westdeutschland fast dreimal so hoch wie im Osten (Grafik 8). Über die Zeit haben sich die Werte angeglichen und lagen 2012, 2018 und 2020 im Osten sogar über jenen im Westen. Für 2026 liegt der Anteil derjenigen, die den Aussagen zum Antisemitismus manifest zustimmen, im Westen nun um etwa einen Prozentpunkt höher als im Osten.[1]

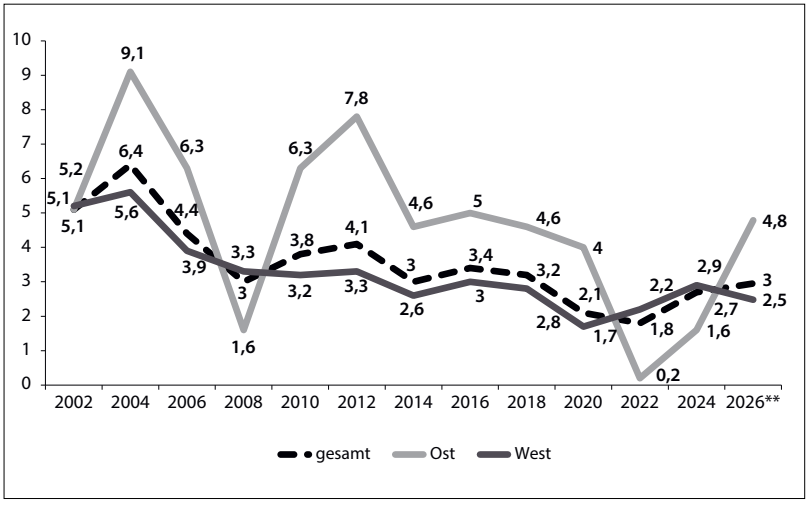
Die Zustimmung zur Dimension »Sozialdarwinismus« war lange leicht rückläufig, hat 2026 aber wieder das Niveau von 2014 überholt (Grafik 9).

1 In den Abbildungsunterschriften berichten wir nur signifikante Unterschiede für den Ost-West-Vergleich. Für die Ergebnisse in den Grafiken 8, 10, 13, 17, 21, 22, 23, 27, 28 und 29 ergab die Prüfung keine signifikanten Unterschiede (Pearsons Chi-Quadrat).

Grafik 8: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension »Antisemitismus« 2002–2026 (Neo-NS-Ideologie; in %)



Grafik 9: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension »Sozialdarwinismus« 2002–2026 (Neo-NS-Ideologie; in %)



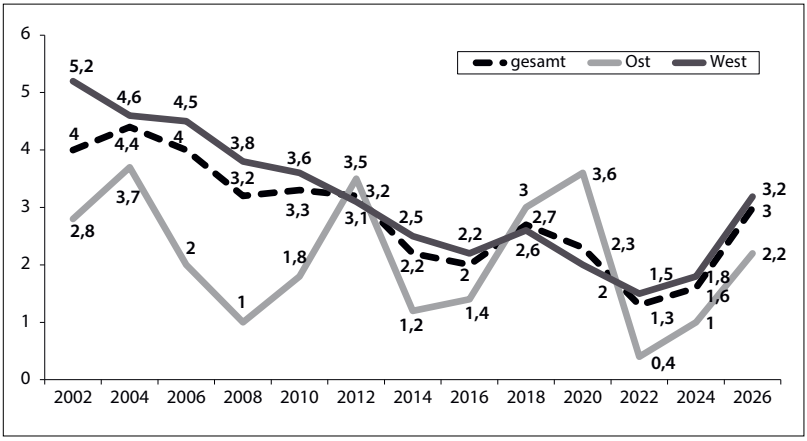
Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Zu den meisten Erhebungszeitpunkten fanden sozialdarwinistische Aussagen im Westen weniger Akzeptanz, allerdings unterlagen sie im Osten auch starken Schwankungen, die auf Verschiebungen zwischen verdeckter und offener Äußerung zurückgeführt werden können. Aktuell ist für den Westen ein leicht abnehmender Trend zu beobachten, während die Werte im Osten seit 2022 wieder ansteigen. 2026 lag der Wert bei 3 % (Ost: 4,8 %; West: 2,5 %).

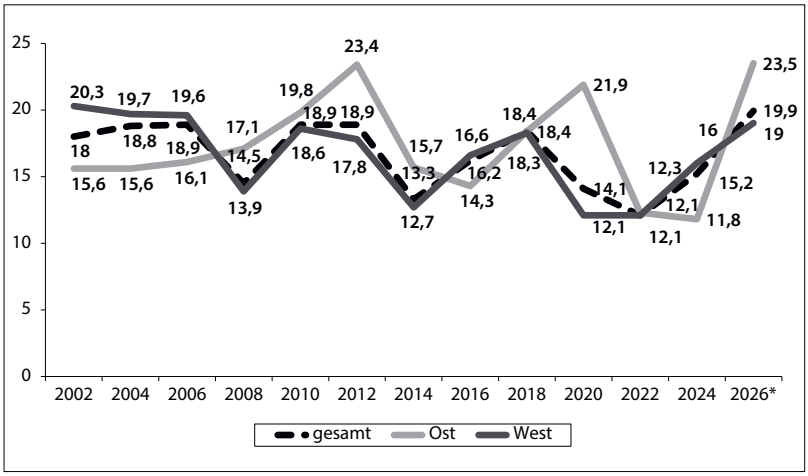
Auch in der Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« verzeichnen wir ein Auf und Ab (Grafik 10). Während sich 2004 4,4 % der Befragten mit diesen Aussagen einverstanden zeigten, waren es 2022 1,3 %. 2026 haben sich die Werte im Vergleich zu 2024 (1,6 %) verdoppelt und liegen nun bei 3 %. Die Schwankungen sind im Osten besonders groß; darüber hinaus waren die Werte dieser Kurve in manchen Jahren im Osten, in manchen Jahren im Westen höher. 2026 übertrifft der Westen den Osten um einen Prozentpunkt (Ost: 2,2 %; West: 3,2 %).

Die Dimension »Chauvinismus« ist bundesweit und auf hohem Niveau großen Schwankungen unterworfen (Grafik 11). 2026 erreichen sämtliche Kurven ein Allzeithoch: 19,9 % der Befragten stimmen chauvinistischen Aussagen manifest zu und übertreffen damit den vorherigen Höchstwert von 18,9 %; im Osten erreicht der Wert nun erstmals 23,5 %, im Westen 19 %.

Grafik 10: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« 2002–2026 (Neo-NS-Ideologie; in %)

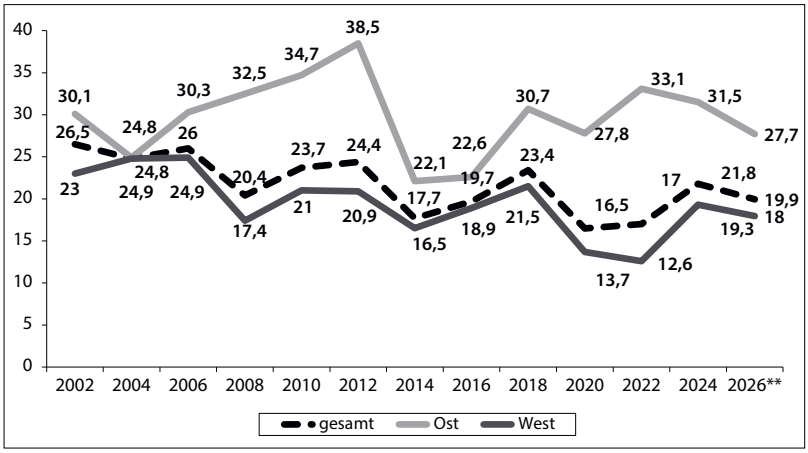


Grafik 11: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension »Chauvinismus« 2002–2026 (Ethnozentrismus; in %)



Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05

Grafik 12: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension »Ausländerfeindlichkeit« 2002–2026 (Ethnozentrismus; in %)

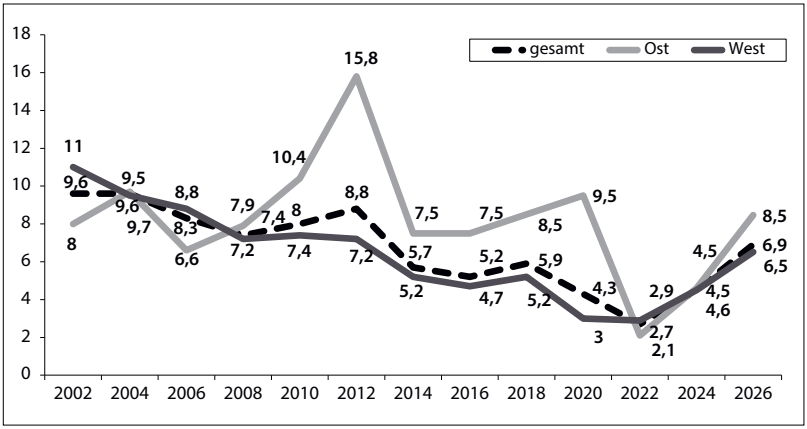


Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

In der Dimension »Ausländerfeindlichkeit« beobachten wir einen leichten Rückgang: 2026 haben sich 19,9 % der Befragten in diesem Sinne ausgesprochen, während es zwei Jahre zuvor noch 21,8 % gewesen waren (Grafik 12). Für den gesamten Zeitverlauf fällt besonders die unruhige Kurve des Ostens auf, die für das Jahr 2012 eine manifeste Zustimmung von 38,5 % verzeichnet, dann auf 22,1 % abfällt und weiter im Zickzack verläuft. Nun liegt der Wert etwa im langjährigen Durchschnitt bei etwas unter 30 %. Der Westen kommt derzeit auf 18 %. Das Mobilisierungspotenzial der Aggressionen gegen die Gruppe der ›Ausländer‹ ist in Westdeutschland damit zwar etwas geringer, aber doch deutlich vorhanden.

Grafik 13 zeigt, wie hoch der Anteil an Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild zu den jeweiligen Messzeitpunkten war. Das Kriterium eines solchen Weltbildes erfüllt nur, wer einen weiteren Wert erreicht oder übertrifft, den wir aus dem Antwortverhalten über alle sechs Dimensionen der rechtsextremen Einstellung ermitteln: Da sich bei 18 Items anhand der Antwortskala von 1 bis 5 ein Minimalwert von 18 und ein Maximalwert von 90 ergeben, entspricht der von uns genutzte Cut-Off-Wert von 63 einer mittleren Zustimmung von 3,5. Dieser Indexwert unterscheidet sich von jenem, den wir für die Einzeldimensionen anlegen, weil erst die größere Zahl der Items die Beschreibung eines Probanden als Träger eines geschlossen rechtsextremen Weltbildes absichert.

Grafik 13: Anteil an Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild 2002–2026 (in %)



Nachdem der Anteil an Menschen, die in Deutschland ein solches Weltbild haben, bis 2022 auf 2,7 % abgesunken war, müssen wir für 2026 wieder einen deutlichen Anstieg auf 6,9 % verzeichnen. Unter den Ostdeutschen sind damit aktuell 8,5 %, unter den Westdeutschen 6,5 % als Menschen mit geschlossen rechtsextremem Weltbild zu betrachten. Insgesamt verläuft die Kurve für den Osten unruhiger, während die für den Westen relativ stetig abfiel, bis sie nun zum zweiten Mal in Folge wieder ansteigt.

Die rechtsextreme Einstellung nach sozialen Gruppen

Im Folgenden schlüsseln wir die Zustimmungswerte für 2026 zu den sechs Dimensionen der rechtsextremen Einstellung noch einmal auf. Nun interessiert uns, ob und wie sich bestimmte Merkmale, die wir den soziodemografischen Angaben der Befragten entnehmen, auf die Verteilung der Befürwortung extrem rechten Gedankenguts auswirken.

Tabelle 4 liefert zunächst eine Übersicht über den Anteil derer, die sich jeweils zu den Aussagen einer Dimension bekennen. Da im ersten Schritt die Unterschiede zwischen den Landesteilen beleuchtet werden, finden sich hier nochmals die Informationen über den Wohnort in Ost oder West. Generell verdeutlicht diese Darstellung zweierlei: erstens eine größere Akzeptanz des Ethnozentrismus gegenüber der Neo-NS-Ideologie;

Tabelle 4: Manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension in Ost- und Westdeutschland (in %)

	gesamt (*N* = 2.507)	**Ost** (*N* = 506)	**West** (*N* = 2.001)
Neo-NS-Ideologie			
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur*	4,2	6	3,8
Antisemitismus	6,2	5,4	6,4
Sozialdarwinismus**	2,9	4,8	2,5
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3	2,2	3,2
Ethnozentrismus			
Chauvinismus*	19,9	23,5	19
Ausländerfeindlichkeit**	19,9	27,7	18

Signifikante Unterschiede zwischen Ost/West getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05, **p < .01

zweitens das nach wie vor unterschiedliche Antwortverhalten in Ost und West. Bei den Dimensionen Chauvinismus, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Sozialdarwinismus und Ausländerfeindlichkeit beobachten wir in Ostdeutschland jeweils signifikant höhere Werte. Beim tradierten Antisemitismus und bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus zeigen sich höhere Werte im Westen, die allerdings statistisch nicht signifikant ausfallen.

Da die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland historische Gründe haben, liegt es nahe, das jeweilige Antwortverhalten auch nach Alter zu differenzieren (Tab. 5). Hier zeigt sich allerdings kein eindeutiges Bild, denn weder steigt oder sinkt die Akzeptanz rechtsextremer Aussagen grundsätzlich mit dem Alter, noch ist eine bestimmte ostdeutsche Generation allein für die zugespitzte Lage in diesem Landesteil verantwortlich.

Folgende Werte fallen in der Übersicht auf: Für die Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« beobachten wir die höchste Zustimmung unter den in Ostdeutschland wohnhaften Befragten zwischen 31 und 60 Jahren (8,4 %); unter denen über 60 Jahre ist in Ost wie West die Zustimmung am niedrigsten. Für den tradierten Antisemitismus sind dagegen die Älteren, insbesondere im Westen (7,2 %), am empfänglichsten, allerdings sind diese Unterschiede statistisch nicht signifikant. Beim Sozialdarwinismus liegen die jungen Ostdeutschen mit 6,6, % an der Spitze, während sich dieselbe Altersklasse im Westen mit 1,4 % unauffällig zeigt. Hervorstechende Werte zeigen sich auch in der Dimension »Chauvinismus«: Während er bei den älteren Ostdeutschen am weitesten verbreitet ist, gibt es unter den 16- bis 30-Jährigen keinen Ost-West-Unterschied. Anders ist dies wiederum bei der Ausländerfeindlichkeit: Hier beobachten wir in allen Altersgruppen einen deutlichen Ost-West-Unterschied, der bei den 16- bis 30-Jährigen am größten ausfällt. Am wenigsten ausländerfeindlich sind junge Befragte in Westdeutschland (11,6 %).

Das nächste soziodemografische Merkmal in unserer Betrachtung ist die formale Bildung (Tab. 6). Es zeigt sich, dass die Höhe des Schulabschlusses durchgehend mit der Zustimmung zu den Aussagen des Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung zusammenhängt: Befragte mit Abitur weisen signifikant niedrigere Werte auf als Menschen ohne Abitur. Nur für die Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« ist dieser Unterschied statistisch nicht signifikant. Anzumerken ist, dass Menschen mit höherem Bildungsgrad eher um die soziale Unerwünschtheit dieser Aussagen wissen. Außerdem steht der formale Bildungsgrad auch stellvertretend für weitere

Tabelle 5: Manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension in Abhängigkeit vom Alter (in %) nach Ost/West

		16–30 Jahre Ost: *N* = 61 West: *N* = 426	**31–60 Jahre** Ost: *N* = 254 West: *N* = 1.052	**ab 61 Jahre** Ost: *N* = 191 West: *N* = 523
Neo-NS-Ideologie				
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	Ost	4,9	8,4*	3,2
	West	3,8	4,6*	2,1
Antisemitismus	Ost	3,3	4,9	6,9
	West	4,5	6,9	7,2
Sozialdarwinismus	Ost	6,6**	6*	2,6
	West	1,4**	3,1*	2,1
Verharmlosung des Nationalsozialismus	Ost	1,6	2	2,6
	West	4	3,5	1,9
Ethnozentrismus				
Chauvinismus	Ost	16,4	22,3	27,4*
	West	14,9	20,1	20,3*
Ausländerfeindlichkeit	Ost	27,9**	28,7**	26,3
	West	11,6**	18,9**	21,3

Signifikante Unterschiede zwischen Ost/West getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05, **p < .01

Tabelle 6: Manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension und Bildungsgrad (in %)

	mit Abitur (*N* = 717)	**ohne Abitur** (*N* = 1.773)
Neo-NS-Ideologie		
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	1,7	5,3
Antisemitismus**	3,5	7,4
Sozialdarwinismus**	1,6	3,5
Verharmlosung des Nationalsozialismus	2,1	3,4
Ethnozentrismus		
Chauvinismus**	11	23,6
Ausländerfeindlichkeit**	9,6	24,1

Signifikante Unterschiede zwischen Bildungsgraden getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Einflüsse, etwa den Erwerb sozialer Kompetenzen und den familiären Hintergrund. Dennoch sind die Bildungsinstitutionen ein zentraler Ansatzpunkt für die Stärkung demokratischer Einstellungen (z. B. Kiess, 2022).

Tabelle 7 zeigt, wie hoch das Geschlecht mit der Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen assoziiert ist. Demnach sind Männer eher chauvinistisch eingestellt als Frauen und befürworten fast doppelt so häufig eine rechtsautoritäre Diktatur. Die weiteren Unterschiede sind statistisch nicht signifikant, weisen aber in dieselbe Richtung: Weniger Frauen als Männer sind rechtsextrem eingestellt, doch sind die Unterschiede oft gering und nicht signifikant.

Tabelle 7: Manifest-rechtsextreme Einstellung je Dimension bei Männern und Frauen (in %)

	Männer (*N* = 1.207)	**Frauen** (*N* = 1.298)
Neo-NS-Ideologie		
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	5,6	3
Antisemitismus	6,8	5,7
Sozialdarwinismus	3,7	2,3
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3,7	2,3
Ethnozentrismus		
Chauvinismus*	22	18
Ausländerfeindlichkeit	20,9	19,1

Signifikante Unterschiede zwischen Geschlechtern getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05, **p < .01; die Fallzahl für das Geschlecht »divers« von lediglich zwei ermöglichte keine Analyse

In Tabelle 8 unterscheiden wir die Zustimmungswerte nach Erwerbsgruppen und stellen einige wichtige Unterschiede fest. Wer zum Zeitpunkt der Befragung nicht berufstätig oder arbeitslos war, hat eher antisemitisch und chauvinistisch geantwortet und auch eher eine rechtsautoritäre Diktatur befürwortet. Mit großem Abstand verharmlosen die nicht berufstätigen Befragten den Nationalsozialismus am häufigsten. Erwerbstätige dagegen erreichen beim Sozialdarwinismus den höchsten Wert (statistisch nicht signifikant). Insgesamt sind die Befragten in Schul- oder Berufsausbildung am seltensten rechtsextrem eingestellt.

Was das Einkommen betrifft, haben wir schon in früheren Erhebungswellen festgestellt, dass dessen Höhe keine großen Auswirkungen auf die

Tabelle 8: Manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension nach Erwerbsgruppen (in %)

	Schul-/ Berufsausbildung (*N* = 177)	**Erwerbstätige** (*N* = 1.559)	**Arbeitslose** (*N* = 95)	**nicht-berufstätig (Hausfrau/ Hausmann)** (*N* = 80)	**Ruhestand** (*N* = 578)
Neo-NS-Ideologie					
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	1,7	4,7	8,4	11,5	2,1
Antisemitismus**	1,7	6,1	8,4	16,7	6,5
Sozialdarwinismus	2,8	3,4	2,1	1,3	2,1
Verharmlosung des Nationalsozialismus**	2,2	2,8	2,1	12,7	2,5
Ethnozentrismus					
Chauvinismus*	11,9	20	24,2	25,3	21,5
Ausländerfeindlichkeit	12	19,8	18,9	25,3	22,7

Signifikante Unterschiede zwischen Erwerbsgruppen getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05, **p < .01

rechtsextreme Einstellung hat. Auch 2026 sind die Unterschiede nach Einkommensgruppen wieder gering (Tab. 9). Für die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, den Sozialdarwinismus sowie die Ausländerfeindlichkeit zeigen sich schwache Effekte, die allerdings nicht linear sind. Es gibt also weder einen eindeutig positiven noch einen eindeutig negativen Zusammenhang von höherem oder niedrigerem Einkommen auf die rechtsextreme Einstellung. Signifikant sind diese Unterschiede zudem nur beim Sozialdarwinismus (leicht fallend bei steigendem Einkommen) und der Ausländerfeindlichkeit (in der höchsten Einkommensgruppe am niedrigsten).

Die Einstellungsunterschiede zwischen Stadt und Land sind ein dauerhaftes Desiderat der Forschung. Nehmen wir die Einwohnerzahl am Wohnort der Befragten als Hinweis auf ein eher ländlich, städtisch oder großstädtisch geprägtes Lebensumfeld, so zeigen sich einige Unterschiede im Antwortverhalten bei den Dimensionen der rechtsextremen Einstellung, insbesondere beim Ethnozentrismus (Tab. 10). Eine vertiefende Analyse

Tabelle 9: Manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension und Haushaltsäquivalenzeinkommen (in %)

	bis 1.250 € (*N* = 412)	**1.251–2.000 €** (*N* = 608)	**2.001–3.000 €** (*N* = 784)	**mehr als 3.000 €** (*N* = 694)
Neo-NS-Ideologie				
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	4,2	3,3	5,5	3,4
Antisemitismus	7,7	6	5,4	6,5
Sozialdarwinismus*	3	4,7	2,6	1,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3,9	3	3,1	2,2
Ethnozentrismus				
Chauvinismus	21,6	19,7	21	18
Ausländerfeindlichkeit**	22	19,1	22,6	15,8

Signifikante Unterschiede zwischen Haushaltsäquivalenzeinkommen getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Tabelle 10: Manifest-rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl des Wohnorts (in %)

	bis unter 20.000 Einwohner (*N* = 343)	**20.000 bis unter 100.000 Einwohner** (*N* = 460)	**größer gleich 100.000 Einwohner** (*N* = 1.704)
Neo-NS-Ideologie			
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	4,4	5,8	3,8
Antisemitismus	5,9	4,7	6,7
Sozialdarwinismus**	5,3	5,8	1,7
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3	2,9	3
Ethnozentrismus			
Chauvinismus*	23,3	22,6	18,5
Ausländerfeindlichkeit**	25,9	23,9	17,7

Signifikante Unterschiede nach Einwohnerzahl des Wohnorts getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05, **p < .01.

legen wir in Kapitel 7 vor. Hier lässt sich festhalten, dass wir in Großstädten die manifest-antidemokratische Einstellung seltener vorfinden als in kleinstädtischen oder ländlich geprägten Regionen. Nicht signifikant, aber im Kontrast zu den bisher berichteten Ergebnissen interessant, sind die etwas höheren Zustimmungswerte zum Antisemitismus in Großstädten gegenüber dem Land.

Neben soziodemografischen Themen enthält unserer Erhebung auch die sogenannte Sonntagsfrage, d. h. die Befragten können angeben, für welche Partei sie stimmen würden, wenn am folgenden Sonntag die Wahl zum Deutschen Bundestag stattfinden würde (Tab. 11). Erwartungsgemäß

Tabelle 11: Anteil der Befragten mit manifest-rechtsextremen Einstellungen je Dimension unter den Parteiwählerinnen und -wählern (in %)

	CDU/CSU (*N* = 355)	**SPD** (*N* = 205)	**FDP** (*N* = 42)	**Grüne** (*N* = 173)	**Die Linke** (*N* = 140)	**AfD** (*N* = 324)	**BSW** (*N* = 43)	**Nichtwähler und Nichtwählerinnen** (*N* = 258)	**Parteiwahl unsicher** (*N* = 144)	**Wahlteilnahme unklar** (*N* = 227)
Neo-NS-Ideologie										
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	2,3	1	2,4	0,6	2,1	13,1	9,3	1,9	1,4	4
Antisemitismus**	3,5	3,4	7,3	1,2	2,9	13,1	16,3	7,8	4,3	4,9
Sozialdarwinismus**	1,4	1,5	4,9	0,6	0,7	9	4,7	4,3	–	1,8
Verharmlosung des Nationalsozialismus**	0,3	1	2,4	1,2	1,4	9,1	9,3	3,5	0,7	3,5
Ethnozentrismus										
Chauvinismus**	14,4	15,7	12,2	5,2	10,7	45,8	23,3	20,2	20,6	18,6
Ausländerfeindlichkeit**	17	14,2	19,5	4,6	5,8	45,5	16,3	20,2	12,8	17,2

Signifikante Unterschiede nach Parteipräferenz getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

erreichen diejenigen, die die AfD wählen würden, die höchsten Werte auf dem Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung. Ausnahmen gibt es allerdings beim Antisemitismus und bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus – bei diesen Themenfeldern liegen die Anhängerinnen und Anhänger des BSW vorn, die im Vergleich zu 2024 deutlich rechtsextremer geworden sind (Decker et al., 2024b, S. 56). Im Verhältnis zu früheren Erhebungen stellen die Nichtwähler kein so deutlich rechtsextremes Wählerpotenzial mehr dar (vgl. z.B. Decker et al., 2016).

Tabelle 12 zeigt die Parteipräferenz der Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild im Zeitverlauf. 2026 würde die große Mehrheit von etwa 70 % wählen gehen; knapp 60 % würde für die AfD stimmen. Mit zusammen etwa 15 % ist nur ein kleiner Teil dieser Gruppe von Union und SPD ansprechbar, noch weniger tendieren zu FDP, Grünen und Die Linke. 6,8 % dieser Gruppe würden das BSW und 8,5 % eine andere Partei wählen. Für den Zeitverlauf lässt sich konstatieren, dass Menschen mit ausgeprägt rechtsextremen Ansichten immer häufiger an Wahlen teilnehmen (2020: 55,7 %, 2026: 69,4 %), aber auch, dass die AfD in dieser Gruppe ihre Anhängerschaft seit 2022 nicht mehr substanziell ausbauen konnte (2022: 57,1 %, 2024: 56,8 %, 2026: 58,5 %).

Tabelle 12: Das Wahlverhalten von Menschen mit geschlossen rechtsextremem Weltbild im Zeitverlauf (in %)

	gesamt (*N* = 170)				**bei Wahlteilnahme** (*N* = 108)									
	Wahlteilnahme	keine Wahlteilnahme	Wahlteilnahme unsicher	nicht wahlberechtigt	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	AfD	BSW	Freie Wähler	andere Partei/ keine Angabe	weiß noch nicht, welche Partei
2020	55,7	20,8	15,1	–	24,6	11,8	1,9	–	3,8	32,1	–	–	11,3	15,1
2022	72,1	16,2	8,8	2,9	16,3	10,2	2	2	6,1	57,1	–	–	–	4,1
2024	71,7	12,4	6,2	3,5	14,8	8,6	1,2	–	2,5	56,8	1,2	7,4	4,9	2,5
2026	69,4	9,4	9,4	5,3	6,8	7,6	0,8	1,7	3,4	58,5	6,8	4,2	8,5	1,7

2026 machten 6,4 % der Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild keine Angabe zur Wahlteilnahme.

Die bisherigen Abschnitte zusammenfassend können wir feststellen, dass rechtsextreme Einstellungen 2026 wieder vermehrt gesellschaftsfähig geworden sind: Zum zweiten Mal in Folge beobachten wir Anstiege in den Zustimmungswerten insgesamt, aber auch in fast allen Teildimensionen. Insbesondere für den Antisemitismus verzeichnen wir mehr als eine Verdopplung des Zustimmungswertes von 2022 auf aktuell 6,2 %. Der Abwärtstrend, den wir seit Beginn der Studienreihe in den Zustimmungswerten beobachten konnten, ist damit gebrochen; derartige Anstiege im Gesamtwert in zwei aufeinanderfolgenden Erhebungen hatten wir zuletzt im Kontext der Bankenkrise 2008 beobachtet. Dies verweist auf ein verändertes gesellschaftliches Klima und kann auch mit einer gesteigerten Krisenwahrnehmung in Verbindung gebracht werden (s. Kap. 1). Dass diese Veränderungen nicht nur auf eine abnehmende Orientierung an sozialen Normen im Antwortverhalten zurückzuführen sind, analysieren wir in Kapitel 8. Wir verstehen diese Entwicklung als Ausdruck einer autoritären Dynamik in der Gesellschaft, die wir im Folgenden näher beschreiben.

Die Elemente des autoritären Syndroms

In unserer Studienreihe versuchen wir, das Zustandekommen von antidemokratischen Einstellungen mithilfe des Konzepts des Autoritarismus zu verstehen. Gleichzeitig dokumentieren wir mit der autoritären Orientierung ein noch nicht politisiertes Bedürfnis nach einer ersatzweisen Sicherheit (Erich Fromm nannte sie »Prothesensicherheit«; Fromm, 1936, S. 179) – und damit ein Bedürfnis, das die Menschen zunächst unabhängig von einer bestimmten Ideologie für eine antidemokratische Mobilisierung empfänglich macht. Grundsätzlich geht es uns bei der Verwendung des Autoritarismus-Konzepts der Kritischen Theorie um das Verständnis *gesellschaftlicher* Dynamiken, doch da politische Einstellungen immer an Individuen gebunden sind, können wir sie auch nur am Einzelnen konkret untersuchen. Daher arbeiten wir auf der Individualebene mit dem *autoritären Syndrom* (Decker et al. 2020; Decker 2022), das von der *autoritären Dynamik* auf der gesellschaftlichen Ebene bestimmt bzw. erst hervorgebracht wird. Das autoritäre Syndrom setzt sich aus den beiden Komponenten *Sadomasochismus* und *Fetischismus* zusammen (Dilling et al., 2026). Diese Benennung ist nicht pathologisierend zu verstehen, vielmehr verweist sie auf innerpsychische Konfliktverarbeitungsformen, über

die alle Menschen aufgrund ihrer individualpsychologischen Entwicklung verfügen und auf die sie als Erwachsene zurückgreifen. In der Psychoanalyse werden sie als Abwehrmechanismen verstanden (z. B. Verleugnung, Projektion, Identifikation mit dem Aggressor, Idealisierung): Diese beschränken in unterschiedlichem Maß die Auseinandersetzung des Individuums mit der äußeren Umwelt. Wenn durch gesellschaftliche Dynamiken, wie etwa soziale oder ökonomische Umbrüche, ein großer Teil der Bevölkerung auf ähnliche Formen der Konfliktverarbeitung zurückgreift, werden diese gesellschaftlich und politisch wirksam.

Die autoritäre Psychodynamik des *Sadomasochismus*, die wir in Anlehnung an die frühen Arbeiten Fromms ([1936] 1987) als eine »Ich-Schwäche« verstehen, setzt sich aus den drei Dimensionen *autoritäre Submission*, *autoritäre Aggression* und *Konventionalismus* zusammen. Eine Autorität stabilisiert das Ich wie eine »Prothese« (Fromm, 1936, S. 179). Bei dieser Dynamik gibt das Individuum die Verantwortung für das eigene Verhalten an einen Führer ab und unterwirft sich dessen Vorgaben und Entscheidungen *(autoritäre Unterwerfung)*. Der Führer wird idealisiert, also mit nur positiven Eigenschaften belegt. Identifizieren sich ganze Gruppen mit ihm und seinen Vorgaben, entsteht daraus ein destruktiver Gruppenzusammenhalt, der interne Differenzen nicht zulässt. Psychoanalytisch gesprochen bleibt das »Ich« in dieser Dynamik gefangen, denn die Identifikation mit einer idealisierten Autorität beinhaltet auch, ihre Forderungen nach Anerkennung der herrschenden Realität zu erfüllen und auf eigene Wünsche und Lebensentwürfe zu verzichten. Daraus erwachsen negative Affekte, die nach außen, auf Feindbilder, projiziert und dort bekämpft werden *(autoritäre Aggression)*. Dabei werden die starren Anforderungen der Autorität, die eigentlich zur Stabilisierung des schwachen Ichs übernommen wurden *(Konventionalismus),* zur Legitimation der Aggression: Wer der Konvention nicht folgt, zieht Wut auf sich, deren Herkunft eigentlich im Verzicht auf das Eigene lag.

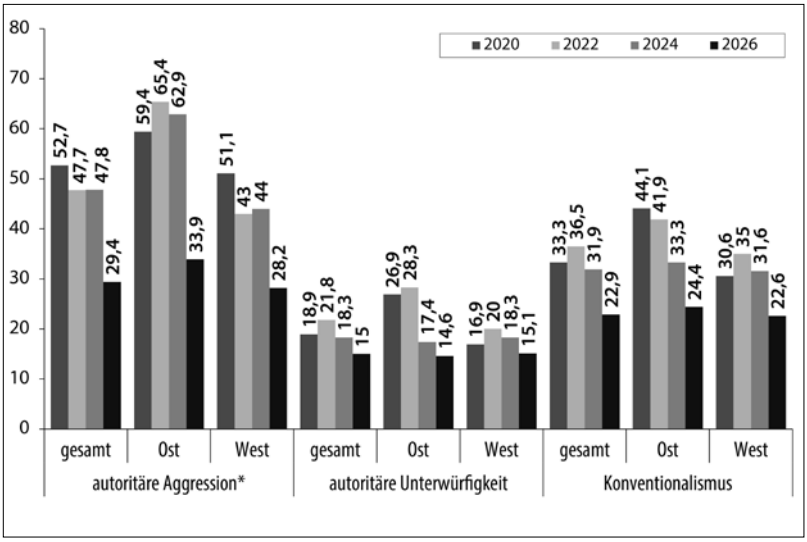
Ergänzend erfassen wir mit dem *Fetischismus* eine zweite autoritäre Psychodynamik, die mit den Coronaprotesten 2020 wieder stärker in den sozialwissenschaftlichen Fokus gerückt ist. Auch mit dem Fetischismus verweisen wir nicht auf individuelle Psychopathologien, sondern auf eine gesellschaftliche Verarbeitungs- und Bewältigungsform (Morgenthaler, 1974), die auf der Verleugnung einer belastenden Realität basiert. In der fetischistischen Psychodynamik, anders als in der sadomasochistischen, wird die Realität zugunsten eines phantastisch verzerrten Größenerlebens verleugnet.

Während im Sadomasochismus noch die Teilhabe an der Macht und Stärke einer äußeren Autorität begehrt wird, deren Realitätsanforderungen noch anerkannt und psychisch wirksam werden, hat das »Ich« im Fetischismus »aufgegeben« (Adorno et al., 1950, S. 236). Trotzdem verschmilzt das individuelle »Ich« in einer Gruppe, die ebenfalls die aggressive Verfolgung ermöglicht – allerdings nicht mehr wegen projektiv wahrgenommener Normverstöße von ›Anderen‹, sondern wegen der Differenzerfahrung im Kontakt mit dem Außen. Dieses Außen wird zur fundamentalen Kränkung, weil es die eigenen Größenphantasien bedroht. In psychoanalytischer Terminologie handelt es sich um einen Abwehrmechanismus, der mit Regression auf ein noch früheres Stadium als beim Sadomasochismus verbunden ist, weil hier der Wunsch nach Verschmelzung mit einer als allmächtig imaginierten Gruppe im Zentrum steht (Chasseguet-Smirgel, 1987).[2] Diese zweite Dynamik erfassen wir über *Aberglaube* und *Verschwörungsmentalität*, deren Verbreitung bereits in den *Studien zum autoritären Charakter* (Adorno et al., 1950) erhoben wurde und die aktuell wieder an gesellschaftlicher Relevanz gewinnen.

Grafik 14 zeigt die Entwicklung des Sadomasochismus seit 2020. In allen Dimensionen sehen wir einen Rückgang der noch nicht politisierten autoritären Bedürfnisse. Besonders die autoritäre Aggression, die in den Vorjahren sehr großen Widerhall gefunden hatte, ist in ihrer unspezifischen Form (z.B. gegen »Unruhestifter«) stark rückläufig: Hier sind die Werte um 18 Prozentpunkte gesunken, von 47,8 % im Jahr 2024 auf 29,4 % für 2026. Wenn auch nicht mehr die Hälfte, so äußert doch fast ein Drittel der Befragten nun manifeste Zustimmung zur autoritären Aggression. In dieser Dimension zeigt sich zudem ein signifikanter Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland, wobei die Zustimmungswerte im Osten um fast 6 Prozentpunkte höher liegen als im Westen. Bei der autoritären Unterwürfigkeit und dem Konventionalismus finden wir in der diesjährigen Erhebung dagegen keine signifikanten Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen.

2 In der Vergangenheit haben wir für den Fetischismus deswegen auch den Begriff der ›Verschmelzung‹ verwendet. Allerdings erscheint uns die individuelle Realitätsverleugnung besonders wichtig, die sich wiederum mit der gesellschaftlichen Verleugnung verbindet, die für die gegenwärtige Wirtschaftsweise konstitutiv ist: den Fetischcharakter der Waren. Durch ihn werden die Bedingungen und die Folgen der gesellschaftlichen Produktion verleugnet (Decker, 2011).

Grafik 14: Sadomasochismus im Zeitverlauf 2020–2026 (in %)

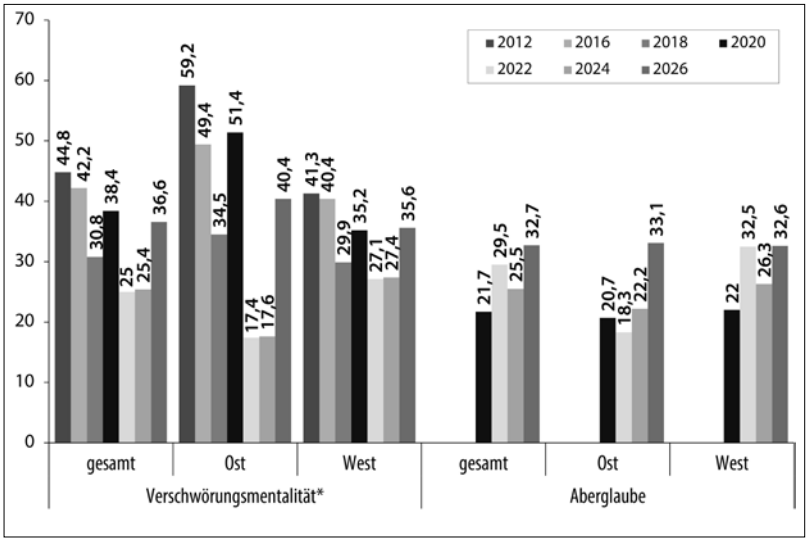


Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05

Genau andersherum verhalten sich die Ergebnisse beim Fetischismus, denn hier sehen wir in beiden Dimensionen einen deutlichen Anstieg (Grafik 15): Die Verschwörungsmentalität erhält etwa 11 und der Aberglaube etwa 8 Prozentpunkte mehr Zustimmung als im Jahr 2024. Damit liegen die Werte nun für die Verschwörungsmentalität bei 36,6 % und für den Aberglauben bei 32,7 %. Das heißt, dass jeweils etwa ein Drittel der Bevölkerung diesen Vorstellungen Glauben schenken möchte. Besonders auffällig ist die Entwicklung in Ostdeutschland: Mit einem Zuwachs bei der Verschwörungsmentalität um etwa 23 Prozentpunkte hat sich die Zustimmung mehr als verdoppelt und liegt somit signifikant höher als in Westdeutschland. Auch die Zustimmung zum Aberglauben hat in Ostdeutschland von 22,2 % (2024) zu 33,1 % (2026) einen großen Sprung gemacht.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass der sadomasochistische Autoritarismus derzeit abnimmt. Ihn zeichnet die Unterwerfung unter eine Autorität aus, die mit der Anerkennung ihrer Ansprüche einhergeht. Dagegen gewinnen jene Formen des Autoritarismus an Verbreitung, bei denen die Realitätsverleugnung im Vordergrund steht und die wir als Fetischismus

Grafik 15: Fetischismus im Zeitverlauf 2012 und 2016–2026 (in %)



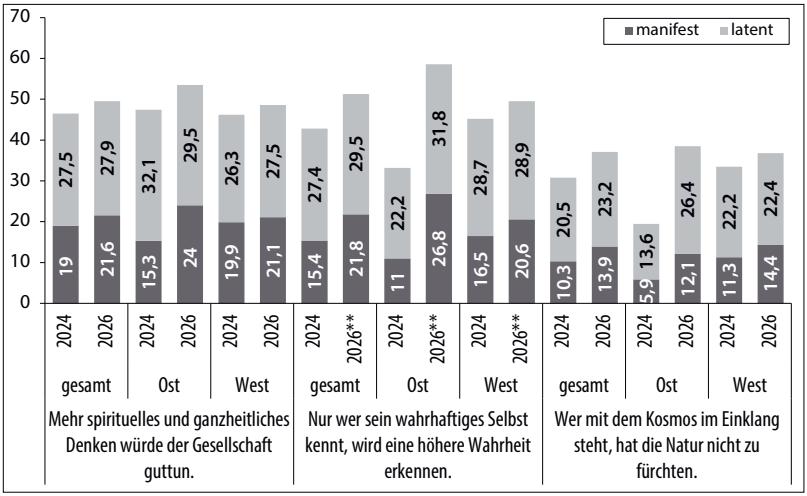
Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05

bezeichnen. Die Gruppenidentität konstituiert sich nun eher über eine Welterklärungsideologie als über die Identifikation mit einem Führer.

In eine ähnliche Richtung wie bei der Dimension des Fetischismus zielt unser Fragebogen zur Verbreitung esoterischen Denkens, das wir seit 2024 mit drei Aussagen messen, von denen alle zunehmende Billigung erfahren (Grafik 16). Die ersten beiden Aussagen, »Mehr spirituelles und ganzheitliches Denken würde unserer Gesellschaft guttun« und »Nur wer sein wahrhaftiges Selbst kennt, wird eine höhere Wahrheit erkennen«, werden nun von jeweils fast 22 % der Befragten unterstützt; die dritte, »Wer mit dem Kosmos im Einklang steht, hat die Natur nicht zu fürchten«, von fast 14 %. Es fällt auf, dass der Anstieg in Ostdeutschland beim zweiten Item besonders deutlich ist. Alle Aussagen werden zudem häufig in der Mittelkategorie beantwortet.

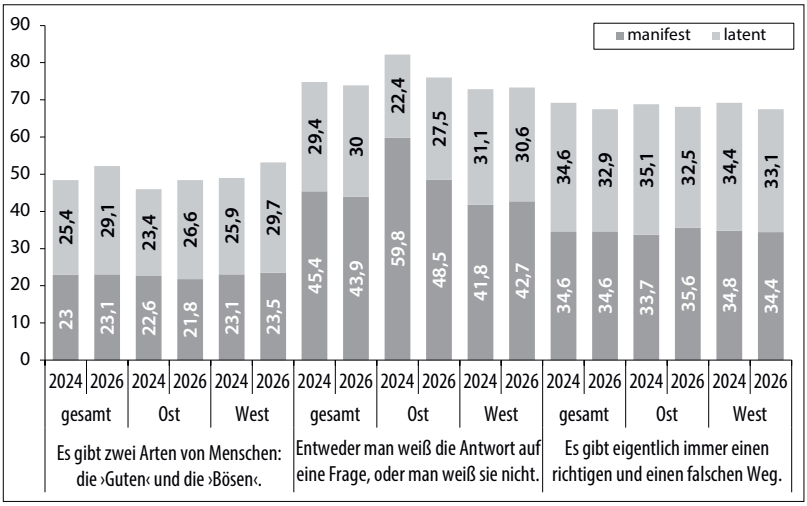
In den letzten Jahren hat der Begriff der *Ambiguitätstoleranz*, den Else Frenkel-Brunswik geprägt hat, Eingang in das Alltagsvokabular gefunden. Er bezeichnet die Fähigkeit eines Menschen, fehlende Eindeutigkeit zu ertragen, Interesse am Unbestimmten und Mehrdeutigen zu entwickeln und

Grafik 16: Manifeste und latente Zustimmung zur Esoterik 2026 (in %)



Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Grafik 17: Manifeste und latente Zustimmung zur Ambiguitätsintoleranz 2026 (in %)



damit letztlich die Komplexität der Welt anzuerkennen. Da wir uns in der LAS dafür interessieren, ob das *Fehlen* dieser Fähigkeit die rechtsextreme Einstellung befördert, messen wir in Anlehnung an Frenkel-Brunswik (1949) die Ambiguitäts*in*toleranz, also die Abwehr und Abwertung des Uneindeutigen und den Wunsch nach Komplexitätsreduktion.

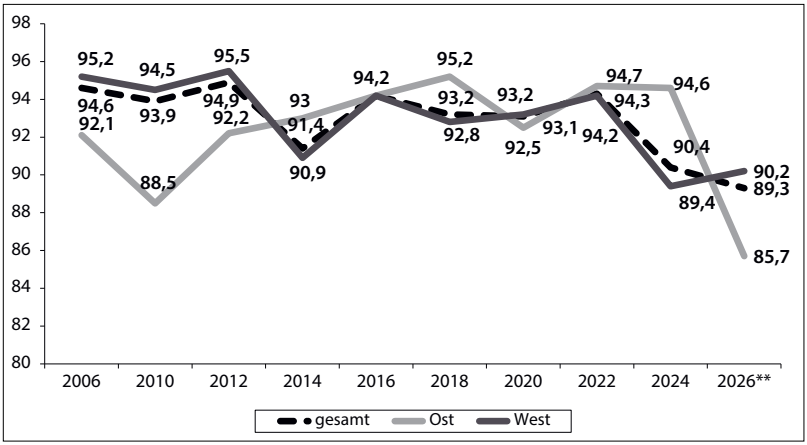
Bisher liegen uns die Daten von zwei Messzeitpunkten vor (Grafik 17). 2026 beobachten wir im Vergleich zur ersten Erhebung 2024 in der manifesten und latenten Zustimmung nur wenig Veränderung. Einzig die Zustimmung zur Aussage »Entweder man weiß die Antwort auf eine Frage, oder man weiß sie nicht« geht in Ostdeutschland deutlich zurück. Insgesamt äußern sich in diesem Jahr je nach Item zwischen einem Fünftel und der Hälfte aller Befragten manifest ambiguitätsintolerant; außerdem entfällt jeweils ein nennenswerter Anteil der Antworten auf die Mittelkategorie, sodass sich in diesem Jahr nur die Minderheit als klar ambiguitätstolerant – also ›komplexitätsbereit‹ – erweist.

Einstellungen zur Demokratie, politische Deprivation und Gewaltbereitschaft

Bereits seit 2006 erheben wir, wie die Menschen in der Bundesrepublik zur Demokratie stehen. Dazu fragen wir erstens, ob sie die Idee der Demokratie befürworten, ob sie, zweitens, die verfassungsmäßige Organisation der Demokratie in der Bundesrepublik unterstützen und drittens, wie sie ihr tatsächliches Funktionieren einschätzen. Eng damit verwandt ist der nächste Fragenkomplex nach dem Gefühl, politisch etwas bewirken zu können, das wir anhand von zwei Aussagen zur politischen Deprivation untersuchen. Und nicht zuletzt interessiert uns, ob die Befragten die Anwendung von Gewalt akzeptieren oder gar bereit sind, selbst Gewalt auszuüben.

Die »Demokratie als Idee« – also die grundsätzliche Bejahung dieser Staatsform gegenüber anderen – ist in unseren Erhebungen stets auf sehr große Resonanz gestoßen. Mit kleineren Schwankungen lag die Befürwortung in allen vorherigen Erhebungswellen bei über 90 % (Grafik 18). 2026 ist sie jedoch leicht auf 89,3 % abgefallen und unterschreitet damit erstmals die 90-Prozent-Marke, was sich auf den drastischen Abfall in Ostdeutschland zurückführen lässt: Hier sank die Demokratiebefürwortung von 94,6 % im Jahr 2024 auf nun 85,7 % und somit auf den tiefsten Stand seit Beginn der Messungen. In Westdeutschland konnte dagegen ein leichter

Grafik 18: Zustimmung zur »Demokratie als Idee« 2006–2026 (in %)



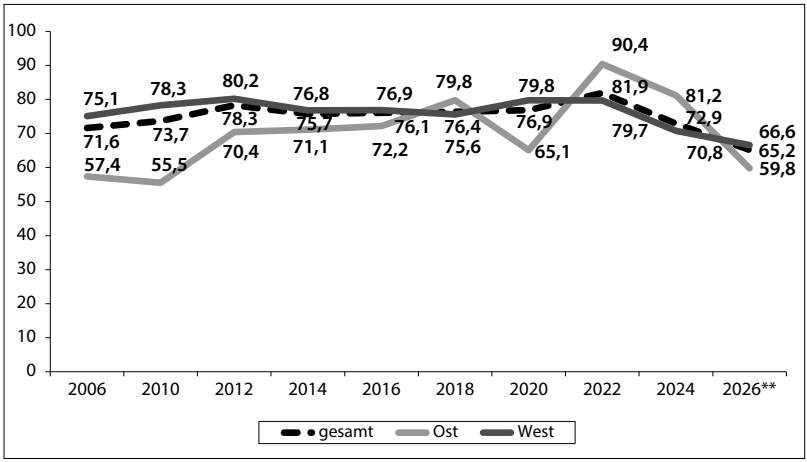
Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Anstieg in der Bewertung der Demokratie als Idee im Vergleich zur letzten Erhebung verzeichnet werden. Trotzdem ergibt sich in der Gesamtschau zum zweiten Mal in Folge ein Tiefstwert.

Wenn es konkreter wird und sich die Frage auf die Demokratie richtet, »wie sie in der Verfassung festgelegt ist«, fiel die Zustimmung stets geringer aus und kam über die verschiedenen Messzeitpunkte hinweg von etwa drei Viertel der Befragten (Grafik 19). Lag die Zustimmung 2022 in der Gesamtbevölkerung noch bei 81,9 % und 2024 bei 72,9 %, wurde dieses Jahr nur noch ein Wert von 65,2 % gemessen. Das ist der niedrigste Wert seit Beginn der Messung. Auch hier fand ein besonders starker Abfall in Ostdeutschland statt: Nur noch 59,8 % der hier wohnenden Befragten gaben an, mit der Verfasstheit der Demokratie zufrieden zu sein – das sind etwa 21 Prozentpunkte weniger als 2024 – und zudem signifikant weniger als die 66,6 % der Westdeutschen, die in diesem Jahr ihre Zustimmung äußerten. Doch auch im westlichen Landesteil ist das Einverständnis mit dem politischen System in Deutschland zuletzt gesunken.

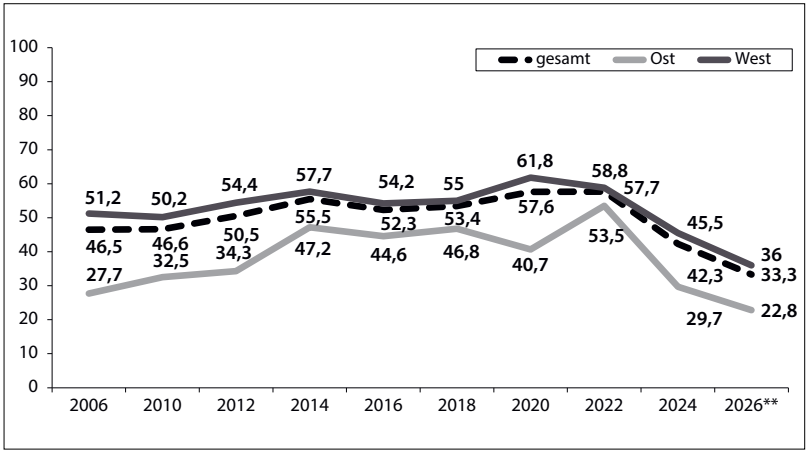
Seit Beginn unserer Messung wird in der deutschen Bevölkerung die konkrete Umsetzung der Demokratie am kritischsten gesehen. Über viele Messzeitpunkte hinweg hatte sich stets etwa die Hälfte der Befragten zufrieden geäußert (Grafik 20). Zuletzt aber haben wir einen abfallenden

Grafik 19: Zustimmung zur »Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist« 2006–2026 (in %)



Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Grafik 20: Zustimmung zur »Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert« 2006–2026 (in %)

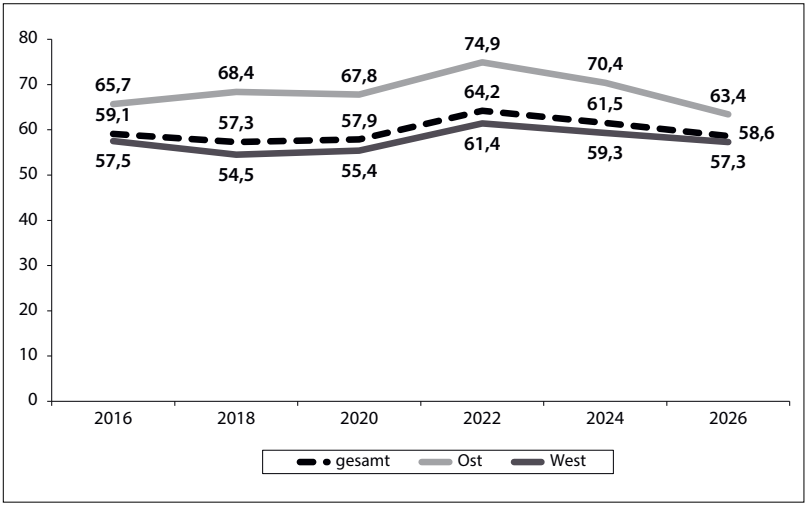


Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Trend beobachtet und in diesem Jahr ebenfalls einen Tiefstwert gemessen – und zwar in Ost wie West. Mit 33,3 % Zustimmung in der Gesamtbevölkerung sank die Zufriedenheit mit der Alltagsdemokratie um weitere 9 Prozentpunkte. In Ostdeutschland hat mit 22,8 % gar nur noch jeder Fünfte den Eindruck, dass die Demokratie in Deutschland gut funktioniert. Das ist ein signifikant geringerer Anteil als in Westdeutschland – wobei auch hier ein Rückgang von nahezu zehn Prozentpunkten verzeichnet wurde.

Unsere Fragen zur politischen Deprivation sollen erfassen, ob sich die Befragten politisch wirkmächtig fühlen, sich also als Bürgerinnen und Bürger begreifen, die Einfluss auf die Entwicklungen im Land nehmen können. Wer sich hier depriviert fühlt, hat den Eindruck, ohne Mitbestimmungsmöglichkeiten zu sein. Wir messen die politische Deprivation anhand von zwei Aussagen mit vierstufigem Antwortformat ohne Mittelkategorie: »Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut« und »Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren«. Als politisch depriviert verstehen wir diejenigen, die beide Items im Durchschnitt mindestens mit der Antwortkategorie 3 (»trifft eher zu«) beantworten, setzen also einen Cut-Off-Wert von ≥ 6 an. Beide Aussagen müssen gültig beantwortet sein. Grafik 21 zeigt einen ruhigen Verlauf auf

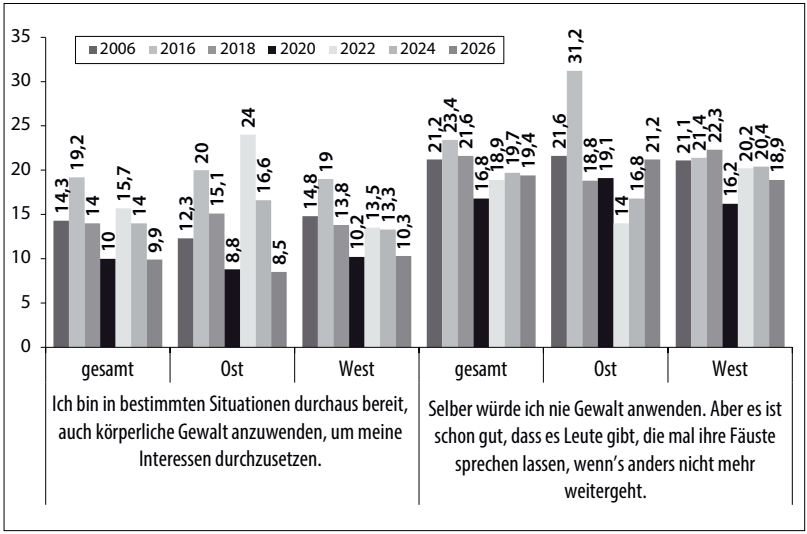
Grafik 21: Politische Deprivation 2016–2026 (in %)



insgesamt hohem Niveau. 2026 liegt das Deprivationserleben bei 58,6 % – ein leichter Rückgang in beiden Landesteilen. Das Empfinden von fehlenden politischen Einflussmöglichkeiten ist damit zwar leicht gesunken, aber es gilt zu beachten, dass sich mit 57,3 % der Westdeutschen und 63,4 % der Ostdeutschen der Großteil der Bevölkerung als politisch depriviert wahrnimmt.

Auch in der diesjährigen Erhebung haben wir wieder die Einstellung der Befragten zur Gewalt erhoben. Dabei differenzieren wir nach ihrer Bereitschaft, erstens *selbst* zu gewaltsamen Mitteln zu greifen und zweitens die Gewaltanwendung *anderer* zu billigen (Ulbrich-Herrmann, 1995). Grafik 22 zeigt, dass sich aktuell 9,9 % der Befragten der Aussage anschließen: »Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.« Dies ist der niedrigste Wert, den wir bisher gemessen haben. Im Osten, wo die Kurve stärker schwankt, ist der rückläufige Trend besonders ausgeprägt: 2022 stimmten 24 % dieser Aussage zu, 2024 16,6 % und 2026 nur noch 8,5 % und damit weniger als im Westen (10,3 %). Im Gegensatz dazu ist jedoch die Gewaltakzeptanz im Osten gestiegen: 21,2 % der hier Lebenden geben an, zwar selbst keine Gewalt ausüben zu wollen, sie aber bei anderen zu

Grafik 22: Gewaltbereitschaft und Gewaltakzeptanz 2006 und 2016–2026 (in %)



unterstützen. Dies ist ein Zuwachs von über 4 Prozentpunkten im Vergleich zu 2024. Im Westen dagegen sank die Gewaltakzeptanz im selben Zeitraum von 20,4 % auf 18,9 %, sodass sich im gesamten Erhebungsgebiet ein leichter Rückgang auf nun 19,4 % verzeichnen lässt.

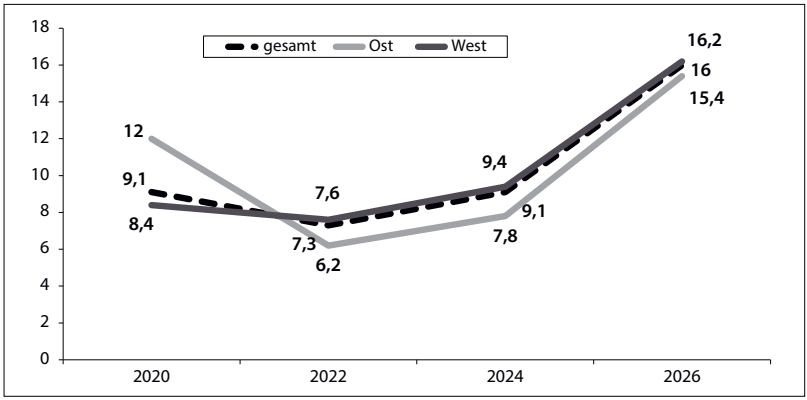
Formen des Antisemitismus

Um das Ausmaß antisemitischer Ressentiments in der deutschen Bevölkerung zu erforschen, braucht es mehr als eine direkte Abfrage des tradierten Antisemitismus; denn seit den 1980er Jahren hat sich die Auseinandersetzung mit der Verantwortung für die Shoah zwar intensiviert, doch ist der Antisemitismus dadurch noch nicht tiefgreifend bearbeitet worden. Die Äußerung von Vorbehalten, Groll oder Abneigung gegen Jüdinnen und Juden unterliegt nun lediglich – und oft nur an der Oberfläche – der sozialen Ächtung. Tatsächlich existiert der Antisemitismus weiterhin, nur wird er eher auf anderen, indirekten Wegen mitgeteilt, die weniger stark sanktioniert sind – eine Beobachtung, die Bergmann und Erb als »Umwegkommunikation« bezeichnet haben (Bergmann & Erb, 1986).

Aus diesem Grund erheben wir in den LAS mehrere Ausdrucksformen des antisemitischen Ressentiments. Dazu zählen seit Längerem der *israelbezogene Antisemitismus*, der den Staat Israel mit den Juden gleichsetzt und dämonisiert (nicht aber, ob Handlungen der israelischen Regierung kritisiert werden), und der *Schuldabwehrantisemitismus*, der die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands bagatellisiert. Seit der letzten Erhebung und in Reaktion auf den erstarkten Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023 beschäftigt uns außerdem der *postkoloniale Antisemitismus* (Decker et al., 2024a). Wir greifen damit die Legitimation des Antisemitismus mit Ideologien auf, die auch in linken Milieus anzutreffen sind, um zu vermeiden, den Antisemitismus von links zu unterschätzen.

Den Index zum israelbezogenen Antisemitismus bilden wir mittlerweile aus drei Items: »Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer«, »Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg« und »Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten«. Wieder ist es möglich, diese Aussagen völlig abzulehnen (1), ihnen völlig zuzustimmen (5) oder eine Abstufung dazwischen zu wählen, sodass sich pro Befragtem ein Wert von 3 bis 15 Punkten ergeben kann

Grafik 23: Manifeste Zustimmung zum israelbezogenen Antisemitismus 2020–2026 (in %)

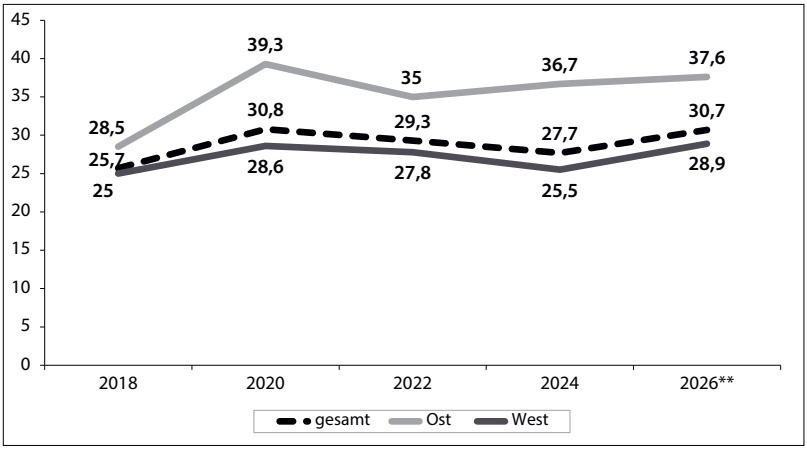


(s. Tab. 3). Nur wer mindestens einen Wert von 12 erreicht, ist nach unserer Definition manifest israelbezogen antisemitisch.

Die Ergebnisse in Grafik 23 zeigen, dass im Jahr 2026 16 % der Befragten ihren Antisemitismus indirekt über den Staat Israel offenbaren. Nachdem ihr Anteil im Zeitverlauf zunächst schwankte, ist aktuell der bisherige Höchstwert erreicht. Während der Wert 2020 im Osten mit 12 % höher lag als im Westen mit 8,4 %, kehrte sich dieses Verhältnis in den folgenden Erhebungen um; seither findet sich mehr israelbezogener Antisemitismus im Westen. 2026 liegen die Werte mit 15,4 % im Osten und 16,2 % im Westen jedoch nah beieinander. Der jüngste Anstieg ist somit in beiden Landesteilen zu beobachten und deutet eher auf eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung als auf ein spezifisch ost- oder westdeutsches Phänomen hin.

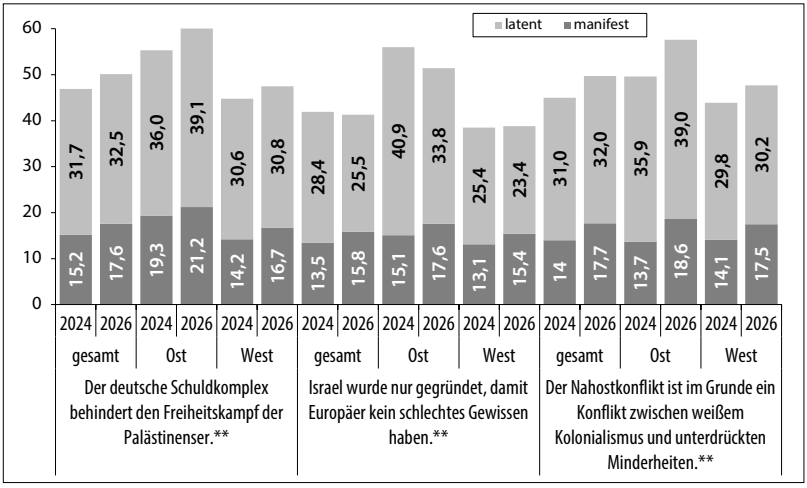
Der Index zum Schuldabwehrantisemitismus umfasst ebenfalls drei Items: »Es macht mich wütend, dass die Vertreibung der Deutschen und die Bombardierung deutscher Städte immer als kleinere Verbrechen angesehen werden«, »Reparationsforderungen an Deutschland nutzen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten« und »Wir sollten uns lieber gegenwärtigen Problemen widmen als Ereignissen, die mehr als 70 Jahre vergangen sind«. Wieder können also 3 bis 15 Punkte erreicht werden. Ab einem Indexwert von 12 stufen wir den Schuldabwehrantisemitismus als manifest ein, was einem durchschnittlichen Itemwert von mindestens 4 und damit einer manifesten Zustimmung entspricht;

Grafik 24: Manifeste Zustimmung zum Schuldabwehrantisemitismus 2018–2026 (in %)



Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Grafik 25: Manifeste und latente Zustimmung zum postkolonialen Antisemitismus 2024 und 2026 (in %)



Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

und auch hier müssen mindestens zwei der drei Items gültig beantwortet sein. Die interne Konsistenz ist gut (Cronbachs Alpha von $\alpha = .81$).

Beim Schuldabwehrantisemitismus zeigen sich über den gesamten Zeitraum vergleichsweise hohe und relativ stabile Zustimmungswerte (Grafik 24). In der Gesamtstichprobe stieg der Anteil zunächst von 25,7 % im Jahr 2018 auf 30,8 % im Jahr 2020, ging anschließend bis 2024 auf 27,7 % zurück und erreicht 2026 erneut 30,7 %. Bei dieser Form des Antisemitismus sind die Werte in Ostdeutschland durchgehend höher: Hier stiegen sie im Jahr 2020 auf 39,3 % und liegen auch 2026 mit 37,6 % auf hohem Niveau. In Westdeutschland bewegen sie sich zwischen 25 % und 28,9 % (2026).

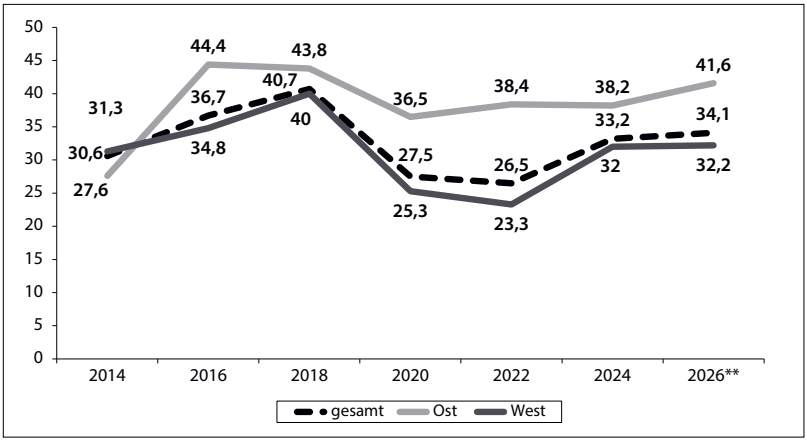
Die drei Items, mit denen der postkoloniale Antisemitismus gemessen wurde, sind Grafik 25 zu entnehmen. Das Antwortverhalten variiert zwischen den Aussagen nur wenig. Durchgehend erkennen wir einen leichten Anstieg der manifesten Zustimmung seit 2024: 2026 sind zwischen 15,8 % und 17,7 % der Befragten mit der jeweiligen Aussage einverstanden. Die latente (also die teilweise) Zustimmung stieg beim ersten und dritten Item ebenfalls leicht. Zudem besteht ein signifikanter Unterschied im Antwortverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland, wobei die Zustimmungswerte im Osten zwischen 1 und 5 Prozentpunkte höher ausfallen als im Westen.

Muslimfeindschaft, Antiziganismus und Abwertung von Frauen

Neben den rechtsextremen Einstellungen erheben wir in der LAS auch stets weitere Formen der Abwertung. Wir nutzen hierfür die von der Forschungsgruppe »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« Anfang der 2000er Jahre entwickelten Dimensionen (zuletzt: Heitmeyer, 2011). Damit erfassen wir autoritäre Aggressionen, die nicht mehr unspezifisch bleiben, sondern durch die projektive Aufladung einer bestimmten Gruppe konkretisiert sind.

Die Muslimfeindschaft erheben wir seit 2014 anhand der zwei Items »Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden« und »Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land«. Wieder können diese Aussagen völlig zurückgewiesen oder völlig anerkannt werden, diesmal allerdings ohne eine Mittelkategorie und mit nur vier Antwortoptionen, da wir uns an der Skalierung

Grafik 26: Manifeste Zustimmung zur Muslimfeindschaft 2014–2026 (in %)



Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West der diesjährigen Erhebung getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

der Fragebogenautoren orientieren. Daher können die Befragten auf mindestens 2 und höchstens 8 Punkte kommen. Ab einem Wert von 6 gilt die Muslimfeindschaft als ausgeprägt; dies entspricht einem durchschnittlichen Itemwert von mindestens 3, also einer Zustimmung. Beide Items müssen gültig beantwortet sein. Die interne Konsistenz ist mit einem Cronbachs Alpha von $\alpha = .86$ gut.

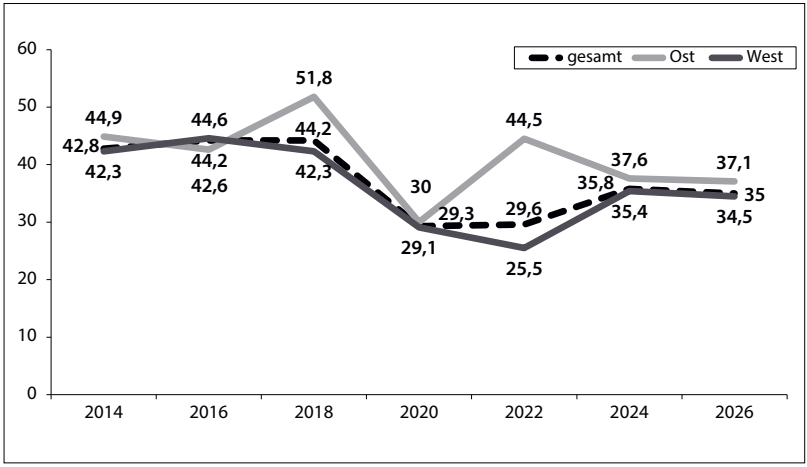
2026 sind 34,1 % der Befragten in diesem Sinne muslimfeindlich, also etwa ein Drittel der Bevölkerung (Grafik 26). Dass dieses Ressentiment sehr weit verbreitet ist, war auch schon das Ergebnis unserer früheren Erhebungen, und so sticht der diesjährige Wert aus unserer Messreihe keineswegs heraus. Insgesamt zeigt diese einen wechselhaften Verlauf: Nach einem Höchstwert von 40,7 % im Jahr 2018 folgte zunächst ein Rückgang auf deutlich unter 30 %, der seit 2024 einem erneuten Anstieg gewichen ist (Grafik 26). Zugleich treten regionale Unterschiede hervor. Während die Werte 2014 in den beiden Landesteilen noch nah beieinander lagen (Ost: 27,6 %; West: 31,3 %), fielen sie seit 2016 im Osten durchgehend höher aus. So auch 2026: 41,6 % der Ost- und 32,2 % der Westdeutschen stimmen den muslimfeindlichen Aussagen zu.

Der Antiziganismus – die Feindseligkeit gegenüber Sinti und Roma – wurde in der LAS 2026 wieder mit demselben Fragebogen erfasst wie seit

2014. Wir greifen auch hier auf Fragebögen der Studiengruppe *Deutsche Zustände* mit einer vierstufigen Skalierung zurück (Heitmeyer, 2011). Den Befragten werden drei Aussagen zur Bewertung vorgelegt, die jeweils Auskunft über den Wunsch geben, mit Sinti und Roma möglichst nicht in Kontakt zu kommen. Diese Aussagen konnten (völlig) abgelehnt (1, 2) oder (völlig) anerkannt (3, 4) werden und lauteten: »Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten«, »Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden« und »Sinti und Roma neigen zur Kriminalität«. Der Index mit diesen drei Items reicht von 3 bis 12 Punkten. Werte ab 9 werden als ausgeprägter Antiziganismus gewertet, entsprechend einem durchschnittlichen Itemwert von mindestens 3, also einer Zustimmung. Für die Indexbildung müssen auch hier mindestens zwei der drei Items gültig beantwortet sein. Die interne Konsistenz ist mit einem Cronbachs Alpha von $\alpha = .94$ sehr hoch.

Das Ergebnis: Die Werte fallen beim Antiziganismus noch höher aus als bei der Muslimfeindschaft. 2026 sind 35 % der Befragten antiziganistisch eingestellt (Grafik 27). Der Verlauf ist über die Messzeitpunkte zwar wechselhaft, erreicht aber nie ein niedriges Niveau. Der Anteil lag 2014 bei 42,8 %, 2016 und 2018 bei jeweils 44,2 %; 2020 ging er deutlich auf 29,3 % zurück und blieb 2022 mit 29,6 % nahezu unverändert. 2024 war ein neuer Anstieg auf 35,8 % zu beobachten, gefolgt von einem schwachen

Grafik 27: Manifeste Zustimmung zum Antiziganismus 2014–2026 (in %)

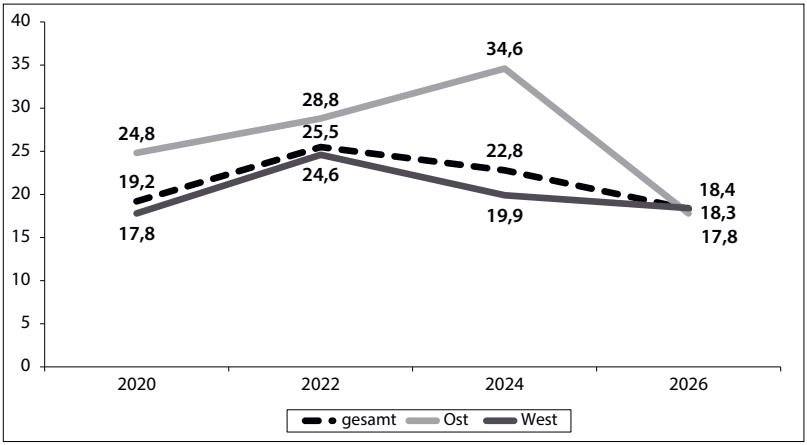


Rückgang auf nun 35 %. In Ostdeutschland fallen die Schwankungen stärker aus: Besonders hohe Werte zeigten sich 2018 mit 51,8 % und 2022 mit 44,5 %, doch 2020 waren es 30 %. In Westdeutschland wurde 2022 mit 25,5 % der niedrigste Wert des gesamten Zeitraums erreicht. In den Jahren 2024 und 2026 nähern sich die regionalen Werte wieder an, wobei die Zustimmung im Osten weiterhin etwas höher ausfällt.

Außerdem untersucht die LAS seit 2020, wie verbreitet Ressentiments gegenüber Frauen in der deutschen Bevölkerung sind (zur Theorie und Operationalisierung s. Höcker et al., 2025). Unser Fokus richtet sich erstens auf den *Antifeminismus*, zweitens auf den *Sexismus*. Als Antifeminismus wird jene Form der Abwertung bezeichnet, die sich dezidiert gegen weibliche Emanzipationsbestrebungen richtet und meist eine politische Dimension hat; mit Sexismus ist die generelle Feindseligkeit gegenüber Frauen gemeint.

Der Antifeminismus ist mit vier Items operationalisiert, die auf einer vierstufigen Skala von völliger Zustimmung bis völliger Ablehnung beantwortet werden können. Alle Aussagen diskreditieren die Bemühungen von Frauen zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, z.B. die Aussage »Frauen machen sich in der Politik häufig lächerlich« (alle Aussagen des Fragebogens vgl. Höcker et al., 2020). Wer diese und die anderen Aussagen voll und ganz ablehnt, erreicht jeweils einen Punktwert von 1, also den niedrigsten Wert von 4 im Antifeminismus-Index; wer da-

Grafik 28: Zustimmung zum Antifeminismus 2020–2026 (in %)

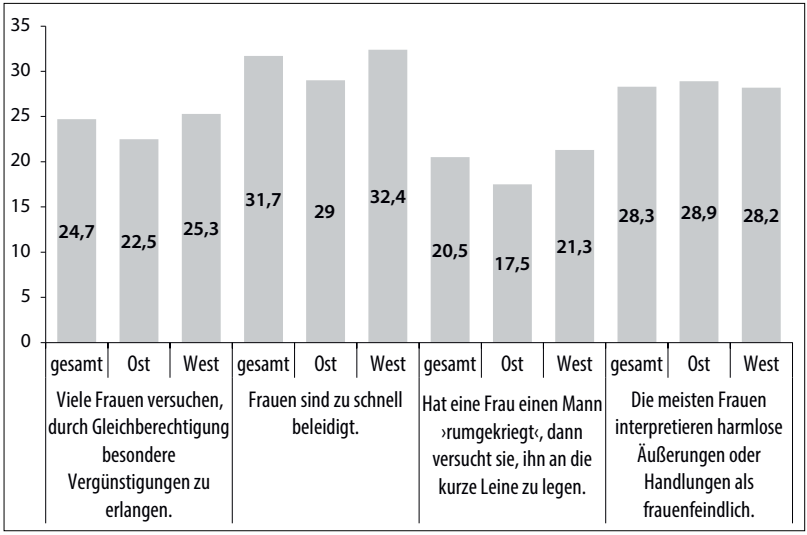


gegen jeweils völlig einverstanden ist, erreicht den höchsten Wert von 16. Ab einem Wert von 10 wird der Antifeminismus als ausgeprägt klassifiziert. Dies entspricht einem durchschnittlichen Itemwert von mindestens 2,5. Wenigstens drei der vier Items müssen zudem gültig beantwortet sein. Das Cronbachs Alpha der Antifeminismus-Skala ist mit $\alpha = .86$ als gut zu bewerten.

Antifeministische Aussagen sind in der diesjährigen Erhebung für 18,3 % der Befragten zustimmungsfähig (Grafik 28). Dies ist zwar der bisherige Tiefstwert, doch nach wie vor ist fast jeder Fünfte bereit, emanzipatorische Bemühungen herabzusetzen. Die Unterschiede in den beiden Landesteilen sind sehr auffällig: Bisher war ein höherer Anteil an Ostdeutschen gegen feministische Bestrebungen eingenommen, doch während 2024 die Differenz am größten ausfiel (Ost: 34,6 %; West 19,6 %), ändert sich 2026 das Bild (Ost: 17,8 %; West: 18,4 %), sodass nun kaum noch regionale Unterschiede messbar sind. Insgesamt sprechen die Werte für einen Rückgang antifeministischer Einstellungen, insbesondere in Ostdeutschland. Dass dies jedoch keinesfalls Entwarnung bedeutet, zeigen die Analysen in Kapitel 5.

Was den Sexismus betrifft, haben wir den Fragebogen in dieser Erhebungswelle ausgetauscht, da wir mit dem bisher verwendeten vor allem

Grafik 29: Zustimmung zum hostilen Sexismus 2026 (in %)



Rollenstereotype innerhalb der Familie erfassten. Um aber weitere Erscheinungsformen des Sexismus erkennen zu können, haben wir vier neue Items zum *hostilen Sexismus*, einer Unterform eines ambivalenten Sexismus, eingesetzt (Glick & Fiske, 1996; zur Auswahl der Items und Einordnung des Konstrukts sowie für weitere Analysen s. Kap. 5). Diese feindseligen Einstellungen gegenüber Frauen sind dem Antifeminismus ähnlich, doch geht es nun um Alltagserfahrungen von Frauen.

Grafik 29 sind die Aussagen zu entnehmen, die in von den Befragten auf einer vierstufigen Skala von völliger Zustimmung bis zur völligen Ablehnung bewertet wurden. Die Zustimmungswerte zum hostilen Sexismus sind höher als beim Antifeminismus und liegen in einer Spanne zwischen einem Fünftel und knapp einem Drittel der Befragten. Sexistische Ressentiments sind demnach bei Weitem kein Randphänomen. Insbesondere die Aussage »Frauen sind zu schnell beleidigt« bestätigt fast jeder Dritte. Die Zustimmung fällt im Osten etwas geringer aus als im Westen, doch sind diese Unterschiede statistisch nicht signifikant.

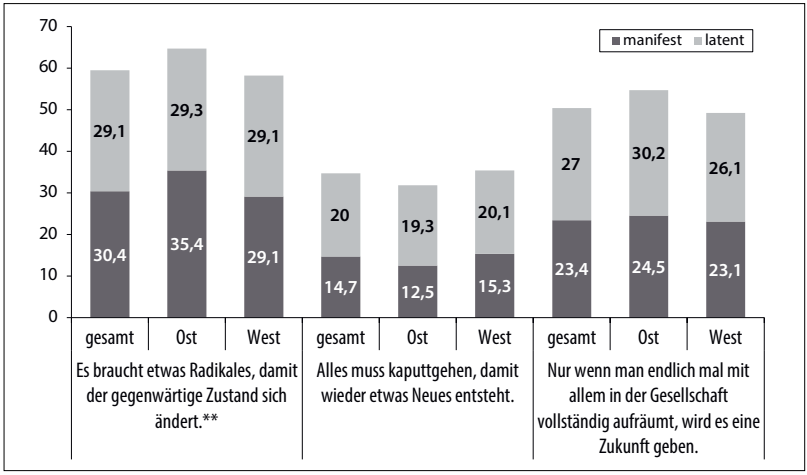
Auf der Suche nach der besseren Zeit: Aktivistische Apokalypse und Nostalgie

Ebenfalls neu ist ein Fragekomplex, mit dem wir die Hintergründe politischer Einstellungen beleuchten wollen. Daher erfassen wir in der LAS 2026 erstmals die regressive Sehnsucht nach einem gesellschaftlichen Umbruch, und zwar in zweierlei Hinsicht: als *aktivistische Apokalypse,* die sich auf einen grundlegenden Umbruch und ein erlösendes Morgen in der unmittelbaren Zukunft richtet, und als *regressive Nostalgie,* die die Wunschzeit in eine idealisierte Vergangenheit verlegt (s. Kap. 1, 3 und 4).

Die Sehnsucht nach der Apokalypse haben wir mit einer Skala zur aktivistischen Apokalypse operationalisiert, deren Items den Wunsch nach Zerstörung erfassen, der mit der Hoffnung auf etwas Neues und Besseres verbunden ist, das aus der Zerstörung hervorgehen soll. Die Skala haben wir im Rahmen einer Pilotstudie entworfen und geprüft.[3] Die manifesten

3 Für die Pilotstudie wurden vier Items pro Dimension über den Anbieter Bilendi im Rahmen einer Online-Panelstudie ausgegeben (N = 618). Nach einer Faktorenanalyse wurden die Items mit bester Trennschärfe und höchster Faktorladung ausgewählt. In der hier vorliegenden Untersuchung konnte die Güte des Fragebogens bestätigt werden; sie ist mit Cronbachs Alpha von α = .81 als gut zu bewerten.

Grafik 30: Manifeste und latente Apokalypse-Sehnsucht 2026 (in %)

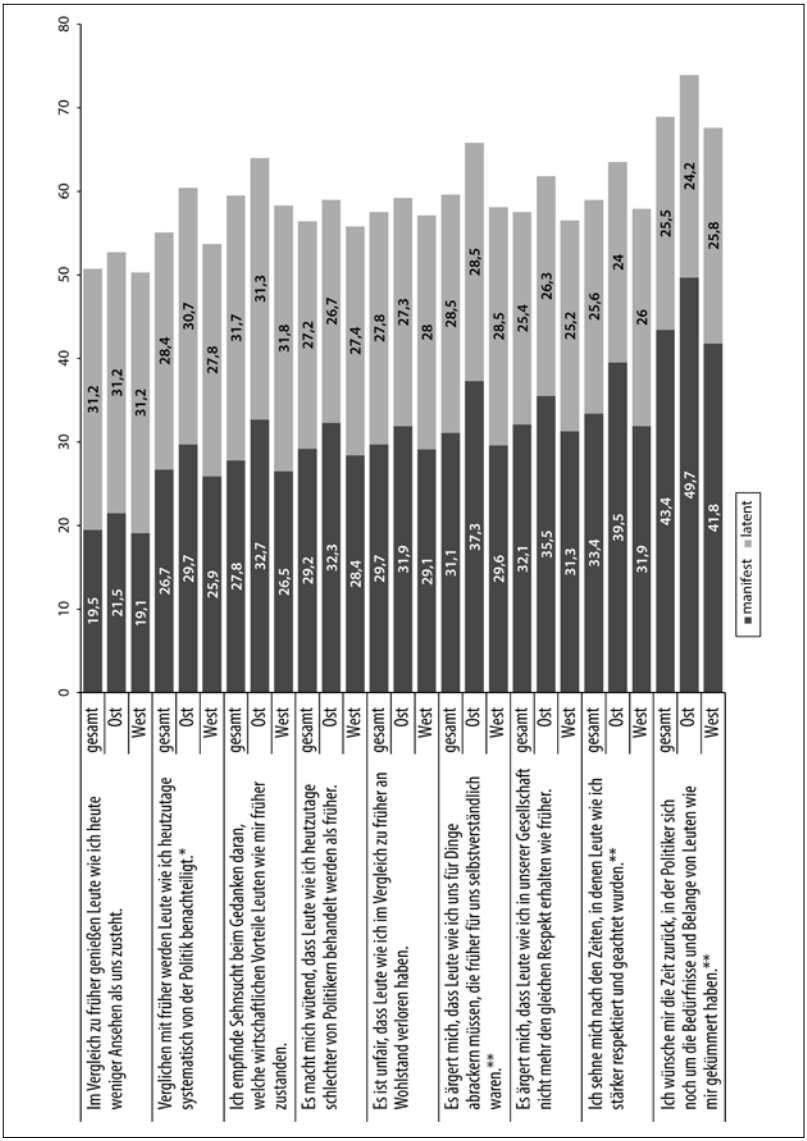


Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Zustimmungswerte liegen je nach Aussage zwischen 14,7 % und 30,4 % (Grafik 30). Am meisten Zuspruch erhält die Aussage: »Es braucht etwas Radikales, damit der gegenwärtige Zustand sich ändert«, der über 30 % der Befragten manifest und knapp weitere 30 % latent beipflichten. Dem Item »Nur wenn man endlich mit allem in der Gesellschaft vollständig aufräumt, wird es eine Zukunft geben« stimmen insgesamt über 50 % zumindest teilweise zu. Am wenigsten Resonanz findet die Aussage: »Alles muss kaputtgehen, damit wieder etwas Neues entsteht«, wobei auch hier mehr als jeder Dritte eine manifeste oder latente Zustimmung äußert. Aus den Daten gehen keine systematischen Unterschiede zwischen den Landesteilen hervor, und zwar weder bei den manifesten noch bei den latenten Antworten. In Kapitel 3 wird die Bedeutung der aktivistischen Apokalypse beim Zustandekommen des Antisemitismus untersucht.

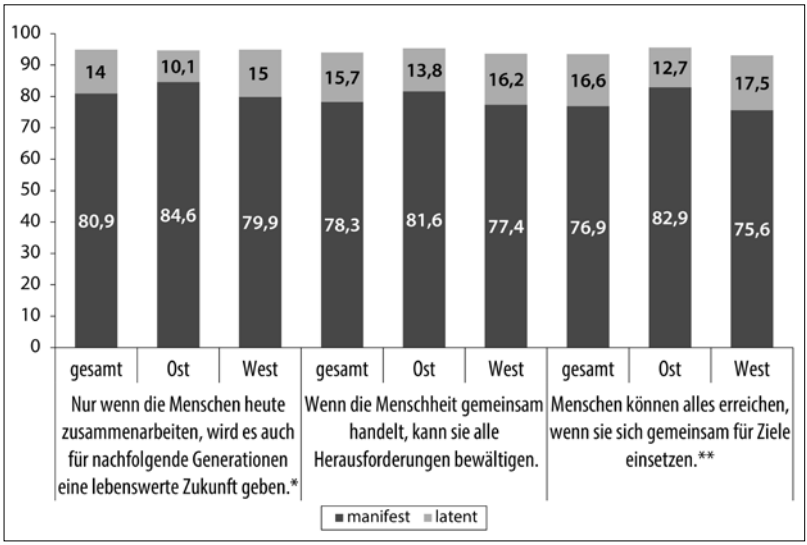
Die Sehnsucht nach einem idealisierten Zustand, der in der Vergangenheit liegt, haben wir mit einem Fragebogen zur *Nostalgie* erhoben. Er misst nicht positive Referenzen auf frühere Zeiten an sich, sondern erfasst die Frustration, die aus dem Vergleich des Heute mit einem idealisierten Gestern entsteht. Dieser Fragebogen wurde von Grosche und Rothmund eingeführt, um das Konzept der »nostalgischen Deprivation« zu messen (Grosche & Rothmund, 2025. Zwar übernehmen wir ihre Bezeichnung

Grafik 31: Manifeste und latente Nostalgie 2026 (in %)



Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05, **p < .01

Grafik 32: Manifeste und latente Zustimmung zur Solidarität 2026 (in %)



Signifikanzprüfung jeweils für den Vergleich Ost/West getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05, **p < .01

nicht (s. Kap. 4),[4] haben uns jedoch von der Qualität des Fragebogens überzeugt. Er weist eine einfaktorielle Struktur auf und mit Cronbachs Alpha von $\alpha = .95$ eine sehr gute Reliabilität.

Alle Aussagen lassen sich der Darstellung in Grafik 31 entnehmen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass sich ein nennenswerter Anteil der Befragten in ihnen wiederfindet. Betrachtet man die manifeste und latente Zustimmung gemeinsam, zeigt sich eine breite Zustimmung über alle Items hinweg: Jeweils stimmen mindestens die Hälfte der Befragten mindestens teilweise zu. Mit Abstand die höchste Akzeptanz erfährt das Item: »Ich

4 Das zugrundeliegende theoretische Konzept bei Grosche und Rothmund stammt aus der Kognitionspsychologie. Nostalgie wird dort als ein »emotional-kognitives Syndrom« vorgestellt, während uns an der Einbettung in eine gesellschaftliche Entwicklung und in den historischen Hintergrund gelegen ist. Zudem ist die Bezeichnung »nostalgische Deprivation« irreführend. Vergleichbare Begriffspaare wie etwa die ökonomische oder soziale Deprivation verweisen auf die Erfahrung eines Mangels, der im Adjektiv genannt ist. Bei der nostalgischen Deprivation fehlt es aber nicht an Nostalgie, sondern sie ist selbst die Reaktion auf einen als mangelhaft empfundenen Zustand.

wünsche mir die Zeit zurück, in der Politiker sich noch um die Bedürfnisse und Belange von Leuten wie mir gekümmert haben«, dem sich 43,4 % der Befragten manifest anschließen; weitere 25 % lehnen die Aussage jedenfalls nicht ab. Die Werte in Ostdeutschland liegen stets etwas über denen in Westdeutschland. In Kapitel 4 und 5 greifen wir auf den Nostalgie-Fragebogen zurück, um das Wahlverhalten und die antifeministische Einstellung vertiefend zu analysieren.

Abschließend betrachten wir die Einstellung der Befragten zur Solidarität. Die Aussagen dieser Skala drücken die Wertschätzung des gemeinsamen Handelns aus, aber auch den Glauben daran, dass sich die Dinge durch konstruktive Zusammenarbeit zum Positiven wenden lassen (Grafik 32). Daher geht es hier, wie schon bei der Demokratiebefürwortung, um eine Ressource. Die drei Aussagen finden jeweils das klare Einverständnis von mindestens drei Vierteln der Befragten. Bezieht man die latente Zustimmung ein, liegen sämtliche Werte bei über 90 %. Die Landesteile unterscheiden sich jeweils um einige Prozentpunkte, wobei der Osten vorn liegt – hier wird Solidarität offenbar noch positiver bewertet als im Westen. Der Fragebogen zeigt einen sogenannten Deckeneffekt, aber gerade der Umstand, dass Solidarität fast allen Befragten als ein Desiderat gilt, ist durchaus bemerkenswert.

Fazit

Die LAS 2026 ist eine bevölkerungsrepräsentative Studie, da die Befragten aus dem gesamten Bundesgebiet zufällig ausgewählt wurden. Das bedeutet, dass jeder und jede dieselbe Chance hatte, in die Stichprobe einzugehen. Aus diesem Grund – und weil es die Stichprobengröße (N = 2.507) zulässt – ist das Antwortverhalten derer, die tatsächlich an der Erhebung teilgenommen haben, für die Bevölkerung in Deutschland verallgemeinerbar: Sind z. B. 10 % der Befragten einer bestimmten Ansicht, können wir annehmen, dass auch etwa 10 % der bundesdeutschen Bevölkerung dieser Ansicht sind. Dies ist unser Anliegen, denn wir fragen: Wie steht es um das politische Klima in unserem Land? Was sind die Trends und Entwicklungslinien der politischen Einstellung der Menschen? Und was beeinflusst sie? Mit Blick auf die bisher berichteten Ergebnisse nehmen wir eine erste Einordnung vor, doch das Fazit dient auch der Vorbereitung der vertiefenden Analysen in den folgenden Kapiteln.

Unser Ergebnisbericht macht deutlich, dass rechtsextreme Einstellungen zum zweiten Mal in Folge zugenommen haben. Dies trifft auf nahezu alle Dimensionen zu, die wir im Langzeitverlauf messen, einerseits also auf die Neo-NS-Ideologie mit Antisemitismus, Sozialdarwinismus, NS-Verharmlosung und Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, andererseits auf den Ethnozentrismus mit zunehmendem Chauvinismus und einer Ausländerfeindlichkeit, die auf hohem Niveau verharrt.

Waren diese Einstellungen bis vor einer Dekade nicht wahlentscheidend, müssen wir in der LAS 2026 konstatieren, dass ein Großteil der Wahlberechtigten mit dieser Orientierung die AfD präferiert. Dieser extrem rechten Partei gelingt es weitaus besser als zuvor beispielsweise der NPD, breite Wählerschichten dauerhaft an sich zu binden. In ihrer gewaltvollen Rhetorik verspricht die AfD, die politischen Ziele der extrem rechten Ideologie zu realisieren; jenseits des Wahlprogramms bilden Form und Inhalt dieser Rhetorik genau die Botschaft, die ein relevanter Anteil der Bevölkerung hören möchte. Sie bietet jenen eine politische Heimat, die extrem rechtem Denken anhängen, und präsentiert sich gleichzeitig als anschlussfähig an eine breite Gesellschaftsschicht.

Die Verteilung der rechtsextremen Einstellung zwischen städtischer und ländlicher Wohnbevölkerung zeigt eindeutig ein Vorherrschen des Ethnozentrismus in ländlichen Regionen. Aber auch in städtischen Gebieten sind die extrem rechten Aussagen für viele zustimmungsfähig; insbesondere der Antisemitismus ist in Stadt und Land gleichermaßen ausgeprägt. Um diesen Einflussfaktor beim Zustandekommen der Einstellung zu untersuchen, haben wir ihm eine vertiefende Analyse gewidmet (s. Kap. 7).

Eines der wichtigsten Ergebnisse der LAS 2026 ist, dass die Demokratiezufriedenheit den tiefsten Stand seit Beginn der Messung erreicht hat. Dieses Tief erstreckt sich auf *alle* Facetten: von der Identifikation mit der Idee der Idee der Demokratie, über die Zufriedenheit mit ihrer Verfasstheit bis hin zur konkreten Alltagserfahrung. Zu allen früheren Messzeitpunkten seit 2002 standen mehr Menschen als jetzt hinter dieser Staatsform. Sowohl die hohen politischen Deprivationswerte akzentuieren diesen Effekt als auch der Kontrast zum bisherigen Zufriedenheitshoch: Es liegt im Jahr 2022 und damit gerade einmal vier Jahre zurück. Unsere damalige Interpretation war, dass die starke Exekutive während der Pandemie in weiten Teilen der Bevölkerung ein autoritäres Bedürfnis befriedigt hat. Gerade während der Pandemie war dieses Bedürfnis gewachsen, sodass die in Anspruch genommene Autorität der Exekutive auf das Einverständnis einer

großen Mehrheit zählen konnte. Auf diesem Weg waren zwar weniger Beteiligungsmöglichkeiten gegeben, aber der Legitimation der Demokratie kam dies dennoch zugute, denn die Krisenwahrnehmung fand ein Ventil.

Eine der Kehrseiten dieser Ereignisse zeigt sich in einem weit verbreiteten Wunsch nach Destruktion, einer Apokalypse-Sehnsucht, von der sich große Teile der Bevölkerung offenbar Erleichterung und Verbesserung erhoffen. Der Wunsch nach einem radikalen Bruch, wie er sich in der aktivistischen Apokalypse zeigt, aber auch die nostalgische Sehnsucht nach einem sicheren Morgen in der verklärten Vergangenheit sind Krisenreaktionen, die schon länger schwelen und nun mehr und mehr Raum bekommen (s. Kap. 1, 3 und 4). Es ist zu vermuten, dass sie sich auch in den massiven Aggressionen zeigen, die gegen bestimmte Gruppen gerichtet sind: Die gesellschaftlichen Bedingungen können aus Sicht vieler Befragter nur in einer gewaltigen, destruktiven ›Reinigung‹ überwunden werden. In der LAS 2026 haben wir abermals eine weite Verbreitung der Feindlichkeit gegen bestimmte Gruppen gefunden, etwa gegen Juden, Muslime, Sinti und Roma, aber auch gegen Frauen.

Auch unsere Messergebnisse zum autoritären Syndrom weisen auf das Destruktionspotenzial der aktuellen Dynamik hin. Der Sadomasochismus ist in der LAS 2026 zurückgegangen und damit die *ungerichteten* Aggressionen, die noch auf niemanden konkret abzielen, sondern eher »Unruhestifter« meinen; das übermäßige Festhalten an Konventionen richtet sich ebenfalls noch nicht gegen konkrete Gruppen, auch wird hier die ersehnte Autorität nicht benannt. Dagegen verzeichnen wir jedoch eine Zunahme der *gerichteten* Aggressionen, etwa beim Antisemitismus. Ein größerer Teil der Aggressionen ist nun offenbar ›politisiert‹, d. h. gegen bestimmte Gruppen und auf politische Ziele gerichtet. So äußert sich auch der Wunsch nach autoritären Gesellschaftsformen in der Sehnsucht nach Autorität (»starke Partei«), die eine idealisierte und differenzfreie Eigengruppe (»Volksgemeinschaft«) repräsentiert. Angesichts der gestiegenen fetischistisch-autoritären Sehnsüchte – also des Aufschwungs von Verschwörungsmentalität und Aberglaube – wird diese regressive Dynamik in Richtung einer widerspruchsfreien Binnenwelt akzentuiert, die durch ein bösartiges ›Außen‹ bedroht ist. Auch in diesem schwarz-weißen Weltbild finden wir ein Echo der Sehnsucht nach einem Entscheidungsmoment – es soll zwischen Eigen- und Fremdgruppe geschieden werden.

Grundsätzlich positiv könnte die hohe Akzeptanz von Solidaritätsnormen stimmen. Allerdings zeigen die Ergebnisse zur Verbreitung der

Sehnsucht nach einer »starken Partei«, die die »Volksgemeinschaft« verkörpert, dass viele der Befragten eben nicht auf eine politisch-demokratische Veränderung hoffen. In die große Akzeptanz der Solidarität könnte zudem hineinspielen, dass ihr auch Menschen zustimmen, die sie exklusiv verstehen, sie also nicht für alle, sondern nur für die völkische Gemeinschaft vorsehen. Konsequenterweise liegt für einen großen Teil der Menschen die ideale Zukunft im Gestern. Einen Hinweis darauf liefern auch die verbreiteten sexistischen und antifeministischen Vorstellungen, die als Sehnsucht nach einer Vergangenheit mit ›intakter‹ Geschlechterordnung interpretiert werden können und eng mit Gewaltakzeptanz zusammenhängen (s. Kap. 5).

In der LAS 2026 haben wir zudem beobachtet, dass der Antisemitismus weiter zunimmt, ein Befund, der sich nicht ausschließlich auf Veränderungen in der Orientierung an sozialen Normen zurückführen lässt, sondern als Zunahme ernstgenommen werden muss (s. Kap. 8). Zum einen ist der tradierte Antisemitismus deutlich angestiegen, zum anderen finden sich neuere Formen, die für breitere Bevölkerungsschichten zustimmungsfähig sind. Der weltweit stark verbreitete israelbezogene Antisemitismus hat weiter zugelegt und wird nun von jedem Sechsten in Deutschland geteilt; in Ostdeutschland ist das eine Verdoppelung. Der Schuldabwehrantisemitismus und der postkoloniale Antisemitismus haben ebenfalls entweder zugenommen oder sind auf dem hohen Niveau von einem Drittel der Bevölkerung stabil. Ebenfalls ein Drittel ist muslimfeindlich sowie antiziganistisch eingestellt. Zu jedem Messzeitpunkt der LAS finden wir diese oder ähnliche Ergebnisse; offenbar bleiben die Aggressionen gegenüber als fremd wahrgenommenen Gruppen sehr konstant.

Nur wenige der Befragten haben gegenwärtig die Fähigkeit, mit uneindeutigen Situationen umzugehen (Ambiguitätstoleranz). Vielmehr wird der Wunsch, es möge klare Verhältnisse geben, von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Die konstante Krisenwahrnehmung mündet offenbar in eine Sehnsucht nach Entscheidungsmomenten ein. Dies aber verschließt die Offenheit für Differenz, und es bleibt für die nachfolgenden Kapitel die Frage, ob sich diese Sehnsucht zu einer apokalyptischen Auslegung der Gegenwart verdichtet, in dem Wunsch nach einem destruktiven Morgen oder nach einem nostalgisch verklärten Gestern.

Literatur

Adorno, T. W. (1954). Minima Moralia. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften, Bd. 4*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality.* New York: Harper.

Bergmann, W. & Erb, R. (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 38*, 223–246.

Chasseguet-Smirgel, J. (1987). *Das Ichideal. Psychoanalytischer Essay über die »Krankheit der Idealität«.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Decker, O. (2011). *Der Warenkörper. Zur Sozialpsychologie der Medizin*. Springe: zu Klampen.

Decker, O. (2022). Dynamiken des Autoritarismus. Ein Essay. In G. Frankenberg & W. Heitmeyer (Hrsg.), *Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts* (S. 307–320). Frankfurt am Main: Campus.

Decker, O. & Brähler, E. (2016). Autoritäre Dynamiken. Die Ergebnisse der »Mitte«-Studien. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Leipziger »Mitte«-Studie 2016* (S. 11–21). Gießen: Psychosozial.

Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler, E. (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Leipziger »Mitte«-Studie 2012* (S. 197–212). Gießen: Psychosozial.

Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2024a). Antisemitismus als individuelles Ressentiment und gesellschaftliches Sediment – empirische Befunde. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 133–160). Gießen: Psychosozial.

Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2024b). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 29–100). Gießen: Psychosozial.

Decker, O., Schuler, J., Yendell, A., Schließler, C. & Brähler, E. (2020). Das autoritäre Syndrom: Dimension und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 179–210). Gießen: Psychosozial.

Dilling, M., Heller, A., Schliessler, C., Kiess, J., Brähler, E. & Decker, O. (2026). Authoritarianism today – a revised measurement model. *Frontiers in Psychology* (in Druck).

ESRA Committee (2026). Reporting on Opinion Polls in the Mass Media: Statement by the 2025–2027 Committee of the European Survey Research Association. *Survey Research Methods*, *20*, 247–252.

Frenkel-Brunswik, E. (1949). Intolerance of ambiguity as an emotional and perceptual personality variable. *Journal of Personality*, *18*(1), 108–143.

Fromm, E. ([1936] 1987). Sozialpsychologischer Teil. In M. Horkheimer (Hrsg.), *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung* (S. 77–187). Springe: zu Klampen.

Glick, P. & Fiske, S.T. (1996). The ambivalent sexism inventory: Differentiating hostile and benevolent sexism. *Journal of personality and social psychology, 70*(3), 491–512.

Grosche, C. & Rothmund, T. (2025). Yesterday, all our troubles seemed so far away – (Re)conceptualizing nostalgic deprivation as a predictor for radical-right support. *Political Psychology,* 47(2), e70057.

Heller, A., Brähler, E. & Decker, O. (2020). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (S. 151–172). Gießen: Psychosozial.

Heller, A., Dilling, M., Kiess, J., Decker, O. & Brähler, E. (2024). Methodische Überlegungen zur Erhebung rechtsextremer und autoritärer Einstellungen. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 207–228). Gießen: Psychosozial.

Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2011). *Deutsche Zustände – Folge 10*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heyder, A. & Decker, O. (2011). Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In A. Langenohl & J. Schraten (Hrsg.), *(Un-)Gleichzeitigkeiten. Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert* (S. 189–222). Marburg: Metropolis.

Höcker, C., Heller, A., Brähler, E. & Decker, O. (2025). Assessing antifeminism introducing the *Leipzig Antifeminism Short Scale* (LAF-S) in a German representative sample. *Frontiers in Psychology, 16*. DOI: 10.3389/fpsyg.2025.1596397

Höcker, C., Pickel, G. & Decker, O. (2020). Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 249–282). Gießen: Psychosozial.

Kiess, J. (2022). Learning by doing. The impact of experiencing democracy in education on political trust and participation. *Politics, 42*(1), 75–94.

Morgenthaler, F. (1974). Die Stellung der Perversionen in Metapsychologie und Technik. *Psyche – Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen*, *28,* 1077–1088.

Redecker, E. von (2026). *Dieser Drang nach Härte. Über den neuen Faschismus.* Frankfurt am Main: S. Fischer.

Statistisches Bundesamt/Destatis (2026). GENESIS-Online, Bevölkerung ab 15 Jahren in Hauptwohnsitzhaushalten: Deutschland, Jahre, Geschlecht, Altersgruppen, Allgemeine Schulausbildung. *Code: 12211-0100*. https://genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/12211/table/12211-0100 (03.08.2026).

Stein, A., Gummer, T., Naumann, E., Rohr, B., Silber, H., Auriga, R., Bergmann, M., Bethmann, A., Blohm, M., Cornesse, C., Christmann, P., Coban, M., Décieux, J. P., Gauly, B., Hahn, C., Helmschrott, S., Hochman, O., Lemcke, J., Naber, D., Pötzschke, S., Roßmann, J., Schanze, J.-L., Schmidt, T., Schneider, S. L., Spangenberg, H., Rettig, T., Trappmann, M., Weinhardt, M. & Weiß, B. (2026). Education bias in probability-based surveys in Germany: evidence and possible solutions. *International Journal of Social Research Methodology, 29*, 197–214.

Ulbrich-Herrmann, M. (1995). Zur Verbreitung von gewaltbefürwortenden Einstellungen und Gewaltverhalten. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus* (S. 127–141). Weinheim: Juventa.

3. Apokalypse und Antisemitismus im späten Neoliberalismus

Oliver Decker, Kim Hesch, Nina Heinke & Barbara Handke

Seit Beginn unserer Studienreihe beobachten wir in Deutschland zwei parallele Entwicklungen: die als Polykrise bezeichnete ununterbrochene Krisenwahrnehmung und die Zunahme des Antisemitismus. 2000/2001 platzte die sogenannte Dotcom-Blase und führte zu wirtschaftlichen Verwerfungen; von 2008 bis 2012 überlappten sich die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise mit der griechischen Staatsschuldenkrise von 2010, die sich mit der sogenannten Eurokrise verband. 2011 kam es zur Atomkatastrophe von Fukushima, doch all diese enormen Probleme traten ab 2014 mit der ›Flüchtlingskrise‹ in den Hintergrund, die nun die öffentliche Aufmerksamkeit voll beanspruchte. 2020 bis 2022 wurde sie von der Covid-Pandemie abgelöst. Nahtlos folgte der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der noch immer anhält, und damit verbunden eine Energieversorgungskrise in Deutschland, die sich wegen des Kriegs am Persischen Golf weiter zuspitzt. Die Sorge um eine Stagnation der deutschen Wirtschaft und die Angst vor einer unkontrollierbar werdenden Künstlichen Intelligenz sind die vorläufig letzten Ereignisse dieser Entwicklung, die zudem von der Klimakrise flankiert ist. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert verdichtet sich unsere Epoche zu einer Krisen- und Umbruchszeit (Decker & Kiess, 2013). Im selben Zeitraum nahm auch die Zahl der antisemitischen Straftaten zu. Insbesondere die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, aber auch die Pandemie waren von offen geäußerten antisemitischen Ressentiments und Verschwörungserzählungen begleitet. Seit dem Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel im Oktober 2023 ist der Antisemitismus in Deutschland wieder sprunghaft angestiegen, und zwar nicht nur in rechtsextremen, sondern auch in linksautoritären und muslimischen Milieus.

Zwar könnte das Zusammentreffen von zunehmendem Antisemitismus und der Wahrnehmung permanenter Krisen rein zufällig sein, doch sehen wir – wie es sich auch in der fachübergreifenden Literatur zeigt – Anzeichen einer Verbindung zwischen ihnen. Daher gehen wir in diesem Kapitel der Frage nach, ob es einen Zusammenhang zwischen ihnen gibt, und wenn ja, wie er sich spezifizieren lässt. Dazu werden wir zunächst ein theoretisches Fundament legen, das wegen des schwer zu fassenden Gegenstandes etwas mehr Raum beanspruchen wird. Im zweiten Teil werden wir empirische Daten heranziehen, die wir für die Leipziger Autoritarismus Studie 2026 erhoben haben.

Krisengesellschaft, Apokalypse und Antisemitismus

Um die Krisengesellschaft zu verstehen, ist ein Aspekt von besonderer Bedeutung: Ob ein negatives Ereignis ausgerechnet als *Krise* erlebt wird, hängt nicht allein von den Ereignissen selbst ab – mitunter sogar von diesen zuletzt. In manche Katastrophe ist die Menschheit sehenden Auges geraten, ohne vorher schlaflose Nächte gehabt zu haben oder beunruhigt gewesen zu sein. Andere Entwicklungen dagegen wurden in ihrer Dimension maßlos überzeichnet (vgl. Decker et al., 2024, S. 13). Erst Wahrnehmung und Interpretation machen aus einer Entwicklung eine Krise. Das bedeutet ausdrücklich nicht, dass es keinen Anlass zur Sorge gäbe, denn die Gegenwart ist durchaus mit Katastrophen wie dem Klimawandel oder Kriegen konfrontiert. Doch sind Krise und Katastrophe nicht dasselbe. Eine Krise ist der Moment, in dem sich alles Weitere entscheidet. Erst durch sie kann sich die Entwicklung zum Guten wenden oder den Untergang besiegeln. In jedem Fall aber – und hierauf richtet sich die Sehnsucht – hört ein belastender Zustand endlich auf, und etwas Neues kann beginnen. Die Katastrophe dagegen bricht in den Alltag ein und kennt nur eine Richtung: nach unten. In der Krisenwahrnehmung äußert sich der Wunsch, ein bedrückender gegenwärtiger Zustand möge zu Ende gehen und zur Vergangenheit werden, damit eine bessere Zukunft kommen kann.

Wenn eine Gesellschaft immer wieder in diese Zukunftssehnsucht gerät, nicht nur von *einer* Krise bewegt wird, sondern ständig neue Entwicklungen als Krise deutet, stellt sich die Frage nach den Gründen für diese Häufung. Mit Blick auf die diesbezüglich vergleichbaren 1920er Jahre hatte der

Soziologe Alfred Doren Begriffe wie »Wunschzeiten« und »Heilzeiterwartungen« geprägt (Doren, 1927 [1924], S. 157). Knapp einhundert Jahre später schrieb Ulrich Bröckling von seiner Beobachtung, dass die Krisenpolitik und die »Politik der Apokalypse« nahe beieinander liegen (Bröckling, 2023). Bei der alltäglichen Verwendung des Begriffs ›Apokalypse‹ wird meist außer Acht gelassen, dass Heilzeiterwartungen und Apokalypse in ihrer Bedeutung nahezu deckungsgleich sind: ›Apokalypse‹ ist ein griechisches Lehnwort, das sich als ›Offenbarung‹ übersetzen lässt. Der Begriff steht im Kontext einer religiösen Erwartung, doch anders als die Rede von einer ›drohenden‹ Apokalypse vermuten ließe, geht es nicht primär um den Weltuntergang. Vielmehr steht der Weltuntergang nicht nur für ein Ende, sondern auch für einen Neuanfang, was auch an der wohl bekanntesten apokalyptischen Erzählung deutlich wird, der Offenbarung des Johannes in der christlichen Bibel. Darin offenbart der Messias dem Propheten das Ende der Zeit, der Prophet daraufhin der Gemeinde aber das baldige Gottesreich. Die Wortbedeutung hat sich also vom Vorgang der Offenbarung auf den Bericht über das Offenbarte ausgedehnt. Alle apokalyptischen Texte interpretieren ihre Gegenwart in diesem Sinn und »markieren«, wie Vondung schreibt, »den Zerreißpunkt der Spannung« (Vondung, 1988, S. 76), und zwar dem dreiteiligen Grundmotiv von Krise, Gericht und Erlösung folgend (ebd., S. 291). So beschreiben Apokalypse-Erzählungen stets einen Untergang, eine Entscheidungsschlacht zwischen dem Guten und dem Bösen und endlich den Eintritt in eine grundlegend neue und bessere Welt, nach der sich die Menschen sehnen. Klaus Vondung hatte schon 1988 in seinem Buch *Die Apokalypse in Deutschland* die Verbindung beschrieben, die wir in ähnlicher Weise auch für die Gegenwart vermuten können: In Zeiten extremer Krisenwahrnehmung häufen sich auch die Apokalypse-Erzählungen (ebd., S. 101). Weil Krisen als Zeichen einer heranziehenden Endzeit gedeutet werden, verbindet sich mit der Apokalypse die Lösung – nicht für nur eine Krise, sondern für alle (ebd., S. 304). In der Rhetorik von Krise und Apokalypse zeigt sich daher der menschliche Wunsch nach Erlösung. Er wird dringlicher, wenn die Gegenwart als besonders drückend erlebt wird, denn die Gesellschaft bringt ihn durch ihre Spannungen und Konflikte hervor.

Was wir hier an modernen Gesellschaften sehen, entspricht dem Geschichtsverständnis des Christentums – später werden wir ein ähnliches Muster im Islam zeigen –, in dem alles auf das Ende zuläuft, von dem die Erlösung erhofft wird. Das frühe Christentum zehrte von dieser heils-

ökonomischen Spekulation, hoffte es doch, dass mit der Menschwerdung Gottes und dem Tod des Messias das Ende der Geschichte und damit die Erlösung erreicht wäre. Diese vergebliche Hoffnung – offensichtlich blieb das Reich des Herrn aus und die Geschichte schritt unberührt voran – führte allerdings nicht zum baldigen Ende dieser Religion. Sie fand stattdessen neue Wege, um in der Gemeinschaft das versprochene Heil zu erleben: In der Kommunion ist es für einen Augenblick im Hier und Jetzt präsent (vgl. Decker, 2011). Auch wenn die Erlösung nicht eingetreten ist, lässt sich so in der Gegenwart ein Ausblick auf eine kommende Versöhnung finden. Die christlichen Heilsgüter blieben damit aber nur Ersatz für das eigentlich Gemeinte und erinnerten im Trost, den sie spendeten, doch immer auch an das Vermisste. Vondung zufolge begannen die christlichen Propheten gerade in Zeiten, in denen der Mangel besonders deutlich zu spüren war, das nahe Ende in den Vordergrund ihrer Botschaft zu rücken (Vondung, 1988): Wurde die Not zu groß, wollte man nicht mehr passiv auf das Paradies warten. Vondungs Begriff dafür ist die »aktivistische Apokalypse« (ebd., S. 144), womit er den Zustand beschreibt, in dem die Geduld am Ende ist und das Diesseitige in Eigenregie zerstört werden soll. Wenn nichts von dem, was bisher war, das Ende der Zeit überdauern darf – nicht einmal die bis dahin errungenen Momente der Versöhnung –, dann schlägt der Wunsch nach Erlösung in Destruktivität um. Für dieses Weltbild, das nach seinen Anhängern das *manichäische Weltbild* genannt wird, ist eine Aufteilung charakteristisch, die jeweils nur zwei Kategorien kennt, z. B. hell und dunkel, gut und böse, rein und unrein. Auch ist das Böse (Dunkle, Unreine) nicht abstrakt. Vielmehr sei das Ausbleiben der Erlösung nach diesem Erklärungsmodell einem »außerordentlich mächtigen und bösartigen Feind« geschuldet (ebd., S. 328), den es mit allen Mitteln aufzuhalten gelte und gegen den die letzte Schlacht geführt werden müsse. Hier wird die christliche Heilsgeschichte zur Unheilsgeschichte.

Denn mit dem Bösen wurden vor allem die Juden in Verbindung gebracht. So identifiziert der Text der Johannes-Apokalypse Juden mit dem Anti-christen als »Synagoge Satans« (Apokalypse, 2:9 und 3:9); und als die erste Jahrtausendwende weder Endzeit noch Erlösung brachte, entlud sich die Wut darüber in einem noch nie dagewesenen Ausmaß an Judenverfolgungen (Gow, 2010, S. 27). Die Frustration traf damit diejenigen, die unfreiwillig zum konkreten Gegner des ersehnten Endkampfes geworden waren.

Die Rolle von Juden als Antichrist war über Jahrtausende im christlichen Horizont fest verankert (Strickland, 2022) und stand den Gläubigen in Krisenzeiten als »dunkle Ressource« in Wort und Bild zur Verfügung (Decker & Reimer-Gordinskaya, 2024). Erst in den letzten Jahrzehnten hat sich im Christentum das Verhältnis zum Judentum geändert. Doch obwohl dieses Geschichtsverständnis über die Jahrhunderte der Aufklärung säkularisiert und modifiziert wurde, greifen Menschen in Krisenzeiten noch immer auf die ihm innewohnende Dynamik zurück.

Denn auch wenn sich die Rolle der Religion gewandelt hat, bleibt die Sehnsucht nach einer erlösenden Zukunft bestehen, nun nicht mehr als Transzendenz – also als erhoffter Eintritt in das vollentfaltete Reich des Herrn – sondern als Immanenz – als Erwartungshaltung an die Fortschrittsorientierung der Moderne. Ihr wird nun zugetraut, den versöhnten Zustand direkt in das Leben der Zeitgenossen zu bringen. Insofern hat die Moderne das christliche Versprechen auf einen versöhnten Zustand in der Zukunft geerbt, genauso aber die Enttäuschungen, die das vergebliche Warten begleiten. Schlimmer noch: Der Grund dafür, dass die Gegenwart so unbefriedigend geblieben ist, wird auch heute in pathischer Projektion gesucht, sodass der Antisemitismus fest in der Moderne verankert geblieben ist (Kaplan, 2022).

Die apokalyptische Matrix

S. H. Foulkes hat für seine psychoanalytische Arbeit mit Gruppen den Begriff der »Matrix« geprägt, um damit einen übergreifenden Rahmen zu bezeichnen, an dem sich die Mitglieder einer Gruppe unbewusst orientieren (Foulkes, 2024 [1970], S. 320). Auf die Gesellschaft übertragen, könnte man den Begriff zur *apokalyptischen Matrix* weiten. Durch sie legt sich das alte Deutungsschema einer begehrten Endzeit über die Herausforderungen der jeweils hinter den Erwartungen zurückbleibenden realen Gegenwart.

Die apokalyptische Matrix prägt jede Jenseitserwartung, gleichgültig, welche Form sie annimmt. Ein Beispiel ist die unvollständige Apokalypse, die schon mit dem Weltuntergang endet – ohne die zweite Hälfte der Erlösung. Klaus Vondung nannte diese Form eine »kupierte Apokalypse« (Vondung, 1988, S. 12), also einen gestutzten Weltuntergang. In der Zeit, in der er sein Buch verfasste, spielte die reale Katastrophenangst durch die

atomare Bedrohung eine große Rolle: die Erwartung »unserer Selbstauslöschung« als Gattung (Anders, 1972, S. 93).

Mit dem Ende des Kalten Krieges schien die atomare Vernichtungsgefahr zunächst gebannt. Doch auch die Erzählungen seit dieser Zeit sind von der apokalyptischen Matrix geprägt, etwa im prominenten Buchtitel *Das Ende der Geschichte* (Fukuyama, 1992), der als Triumphgeste eines siegreichen Neoliberalismus über den »real existierenden Sozialismus« begriffen wurde. Die Menschheitsgeschichte werde – gewissermaßen *nach* der Entscheidungsschlacht zwischen den beiden politischen Blöcken – in den Neoliberalismus einmünden. Die Menschheit habe es nun selbst in der Hand, sich durch permanentes und entgrenztes Wachstum die Erlösung schon im Diesseits zu erschließen. Voraussetzung dafür sei allerdings der Abbau aller Barrieren des Marktes. Eine transzendierende Jenseitsvorstellung erschien damit unnötig, zumal sie die Entfaltung des freien Marktes mit seinem immanenten Fortschrittsversprechen behindern würde. Zwar war der Neoliberalismus nicht Fukuyamas Erfindung, aber sein Buchtitel markierte eine neue Dominanz der diesseitigen Heilsökonomie. Berufen konnte er sich auf eine Strömung, die seit Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre mit den *Reaganomics* in den USA und dem Thatcherismus in Großbritannien Fahrt aufgenommen und viele Anhänger gefunden hatte. In Deutschland trat sie erst nach dem Mauerfall deutlicher hervor, als die Marktgesellschaft keine Konkurrenz mehr hatte. Der »Prosperity-Gospel« (Nagel, 2021, S. 141) war nun auch in der neuen Bundesrepublik zu hören – und wurde in Ost wie West gern vernommen. Der Neoliberalismus stellte die große Befreiung in Aussicht, Wohlstand für alle und eine immer klüger, besser und gesünder werdende Menschheit, die alle ihre Probleme lösen würde.

Zu diesem »immanenten Fortschritt« der Menschheitsgeschichte gehörten allerdings die »Legitimation fortgesetzten Wandels« (Kaufmann, 1989, S. 35) und eine auf Dauer gestellte Transformation. Das Verlaufsrisiko des Neoliberalismus war daher von Anfang an erkennbar. Freisetzung und Entgrenzung hatten ihre Verrechnungskosten, auf die der Soziologe Stuart Hall bereits Anfang der 1980er Jahre hinwies, als er in Großbritannien einen autoritären Populismus ausmachte (Hall, 1982). Mehr noch: Damit der Neoliberalismus seine heilsökonomische Kraft entfalten konnte, mussten seine Regeln unumschränkt gelten. Nie zuvor war die Ökonomie so tief in das Alltagsleben und das Bewusstsein der

Menschen eingedrungen. Jeder Einzelne hatte sein Leben zu optimieren und »seines eigenen Glückes Schmied« zu werden – was im Effekt hieß, dafür, nicht ganz oben anzukommen, selbst verantwortlich zu sein. Daneben wurden Lebensbereiche, die zuvor der Ökonomie entzogen gewesen waren, der Akkumulation zugeführt und ausgebeutet, um dann als politisches Problemfeld der Allgemeinheit zurückgegeben zu werden: Die Privatisierung der Gewinne und die Vergesellschaftung der Verluste (vor denen im Vorfeld durchaus gewarnt worden war) machen das gebrochene Versprechen in der Gegenwart überdeutlich. Und schließlich war auch der Umstand, dass für das Individuum die zunehmende Beschleunigung auf Dauer nicht durchzuhalten sein würde, früh augenfällig (Rosa, 2005). So ist die Häufung von Erschöpfungssymptomen (Ehrenberg, 2008 [1998]) und depressiven Reaktionen (Morgenroth, 2005; King, 2011) zwar seit Jahrzehnten Thema, das Leiden der Individuen an den Lebensbedingungen aber nicht behoben.

Die Gesellschaftsmitglieder sind im Begriff, den Glauben an das geschichtsimmanente Fortschrittsversprechen zu verlieren, das die letzten Jahrzehnte geprägt hat. Doch wenn man das eigene Leben und Handeln eng an der Heilsökonomie orientiert hat, ist es schwierig, die Identifikation damit aufzugeben. Zu verstrickt sind die Einzelnen in das Scheitern des neoliberalen Projektes, denn es waren die eigenen Wünsche und Bedürfnisse, die zur freiwilligen Akzeptanz seiner Regeln und des Regimes der Akkumulation geführt hatten. Wie wir anderswo beschrieben haben, spielt die Wirtschaft zudem die Rolle einer »sekundären Autorität« (Decker, 2019), für die man auf viel verzichtet (hat), um dafür einen Ausgleich zu erhalten – bleibt der jedoch aus, sind autoritäre Aggressionen vorprogrammiert. Sie richten sich, im Modus des spaltenden manichäischen Weltbildes, nicht auf den Teil in sich selbst, der sich geirrt hat, sondern auf externe andere, die für ›das Böse‹ verantwortlich sein müssen.

Zu den Bedürfnissen des Menschen gehört ganz essentiell die Hoffnung, die in unserem Kulturraum jedoch vor dem Hintergrund der apokalyptischen Matrix beides enthält: Erlösung und Zerstörung. Aktuell richtet sich der Glaube weder auf eine drohende »kupierte Apokalypse«, also den Weltuntergang ohne Erlösung, noch auf den geschichtsimmanenten Fortschritt, der zweifelhaft geworden ist. Die Enttäuschung scheint vielmehr die aktivistische Apokalypse zu befeuern: die proaktive Zerschlagung der aktuellen Situation.

Apokalypse-Sehnsucht und politische Bewegungen

Von Krisenzeiten profitiert insbesondere die extreme Rechte (Virchow & Häusler, 2018). Sie betreibt die aktivistische Apokalypse, wobei ihr die Vorstellung eines Entscheidungskampfes zugutekommt, weil Aggressionen legitimiert erscheinen, wenn es gilt, das Bestehende und Alte zugunsten einer neuen Ordnung zu zerstören. Viele Anhänger extrem rechter Bewegungen und Parteien wollen auch längst nicht mehr passiv auf den »Tag X« warten. Der apokalyptische Kosmos ist oft manifest. So rechnen zum Beispiel die Anhänger eines als Erlöser phantasierten »QAnon« in Internetforen mit seinem baldigen Erscheinen, damit er die Schlacht gegen das Böse aufnehme und die Seinen heim ins Reich führe (Weinberg et al., 2025). Der Name einer anderen Gruppe lässt ebenfalls keinen interpretativen Spielraum offen: Eine »Letzte Verteidigungswelle« aus jungen Erwachsenen und Minderjährigen sah sich in einem »Rassenkrieg« (Weiß, 2026) und plante Anschläge auf Migranten, nachdem sie sich die antisemitische Erzählung vom »Großen Austausch« zu eigen gemacht hatte (Roepert, 2021; Schilk, 2021, S. 461f.). Eine andere Vereinigung von antisemitischen und verschwörungsgläubigen »Reichsbürgern«, diesmal am anderen Ende des Altersspektrums, rechnete mit der Wiederauferstehung Jesu, und plante die Wiedererrichtung des Deutschen Reichs (Gaschke, 2026).

Auch die Alternative für Deutschland (AfD) interpretiert die gegenwärtigen Ereignisse im Schema von Krise, Gericht und Erlösung. So war 2016 für sie ein »deutsches Schicksalsjahr«, in dem sich »Untergang oder eine etwaige Zukunft des ›deutschen Volkes‹« entscheide, wobei sich die AfD als »letzte evolutionäre Chance« bzw. als »letzte friedliche Chance für unser Land« darstellte (zit. n. Pradella, 2023, S. 225). Mit dieser Endzeitrhetorik erhöhte sie damals den Druck zum Handeln und hat sich seither nicht gemäßigt. Tatsächlich honoriert eine steigende Anzahl von Wählern dieses verbale Hinwirken auf ein Entscheidungsmoment, denn dieser Duktus befriedigt das Bedürfnis nach apokalyptischer Auslegung und rechtfertigt Aggressionen gegen gesellschaftliche Emanzipationsbestrebungen (Rhein, 2026, S. 83). Der Erfolg der AfD liegt nicht zuletzt in ihrem Versprechen, die autoritären Wünsche der Wähler zu erfüllen, denn ›die Bösen‹ sollen gerichtet werden und die erlöste Zukunft übersichtlich und geordnet sein. Diese Partei schürt eine Niedergangsstimmung, die an die teilweise durchaus nachvollziehbare Frustration vieler Menschen ankoppeln kann.

Dieselbe Dynamik aus aufsteigendem Rechtsextremismus und aktivistischer Apokalypse kann für die USA nachgezeichnet werden. So sollen die Bücher der russisch-amerikanischen Autorin Ayn Rand (1905–1982) – einer »Prophetin der Gleichheitsapokalypse« (Kainz, 2025, S. 13) – zur bevorzugten Lektüre des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump, seines Vizepräsidenten J. D. Vance und einer Reihe von Tech-Milliardären wie Peter Thiel und Elon Musk gehören. Rand stellt in ihrem Roman *The Fountainhead* (1943) den Niedergang als Resultat des demokratischen Gleichheitsdenkens dar und hält sich dabei an das bekannte apokalyptische Muster: Die Welt müsse untergehen, damit auf sie eine »neue kapitalistische, individualistische Ordnung der Freiheit« folgen könne (Kainz, 2025, S. 14). In Rands Vision werde danach eine neue Welt menschlicher Götter aufziehen.

Ähnliche Ideen werden allerdings nicht nur im Gewand der Literatur wie bei Ayn Rand verbreitet, sondern auch in dem der Wissenschaft. Eine neue Spielart der Naherwartung beschwört der Historiker Yuval Noah Harari mit dem Begriff des Transhumanismus. Er schreibt: »Während wir und die Neandertaler zumindest noch Menschen sind, werden unsere Erben Göttern gleichen« (Harari, 2018, S. 502) – und zwar schon demnächst, denn »[wir] bewegen uns in großen Schritten auf eine zukünftige Singularität zu« (ebd.), eine Einschätzung, die Harari mit dem ›Futuristen‹ Ray Kurzweil teilt (Kurzweil, 2005). Beide äußern das nicht etwa aus kritischem Abstand; es geht ihnen nicht um die Reflexion eines auffälligen Phänomens, sondern um die Bestärkung und Beschleunigung einer Entwicklung, die sie als wünschenswert und realistisch erachten. Letztlich radikalisieren sie die neoliberale Diesseitserwartung. Im Silicon Valley hat diese entgrenzte Vorstellung menschlicher Möglichkeiten manch prominenten Anhänger unter den Superreichen. So beschwört zum Beispiel der Mitbegründer des Bezahldienstes PayPal und Mitbesitzer von Palantir Peter Thiel, ein bekennender Christ, die Gefahren, die seiner Weltsicht gemäß gegenwärtig vom Antichristen ausgehen (Thiel & Wolfe, 2025). Für ihn ist die Regulierung von Kapital wortwörtlich des »Teufels«. Das Böse erscheint ihm personifiziert, z. B. im »woken« amerikanischen Papst oder in der prominenten Klimaaktivistin Greta Thunberg, über die er im apokalyptischen Vokabular des *Katechons* spricht, also desjenigen, der den Antichristen aufzuhalten vermag: *»Greta is, I mean she's maybe sort of a type or a shadow of an antichrist«* (Bericht im Wortlaut von Bhuiyan et al., 2025). Eine vertiefte Analyse dieser Denkart hat Rainer Mühlhoff in seinem Buch *Künstliche*

Intelligenz und der neue Faschismus (2025) vorgenommen. Die Hoffnung der Superreichen liege demnach auf enthemmten Märkten und einer unregulierten technologischen Entwicklung, die den baldigen Eintritt in das messianische Zeitalter – zumindest für die Reichen und Mächtigen – herbeiführen soll (Mühlhoff, 2025).

Doch die apokalyptische Matrix kann in vielen Milieus wirksam sein, selbst wenn sie den Weltuntergang auf der manifesten Ebene verhindern wollen. Erkennbar wird die Matrix dann einerseits an der manichäischen Weltsicht, die gut und böse klar voneinander trennt, andererseits an der Rolle des Aufhalters, des *Katechons*, die sie – wenn auch komplementär zu Figuren wie Peter Thiel – für sich in Anspruch nehmen. So zeugen ausgerechnet in Teilen der Klimabewegung klare Feindbilder vom Kampf gegen ›das Böse‹. Wer es in diesem Fall genau verkörpert, war nicht von Anfang an ausgemacht, kurzzeitig gab es sogar den Versuch, die Guten und die Bösen nach Geburtsjahr zu trennen, als würden junge Menschen den mit dem Wachstumsimperativ verbundenen Energiehunger der Gesellschaft nicht mittragen. Doch in einer Welt, die in hell und dunkel aufgeteilt erscheint, beschuldigen sich die apokalyptischen Aktivisten mitunter gegenseitig, Vertreter des Antichristen zu sein. So wusste auch Greta Thunberg, dass sie in Davos die personifizierten Schuldigen, die ›Eliten‹, vor sich hatte, und auch sie verwendet eine Rhetorik der Endzeit, in der sich der dringliche Gestus der Aktivistin mit der Prognose eines »Weltenbrandes« paart, ohne dass es vorrangig darum ginge, die strukturellen Bedingungen zu verstehen und zu thematisieren, die zum Klimawandel geführt haben und es bis jetzt so schwer machen, ihn einzugrenzen. Der latente Sinngehalt, der in Thunbergs Ausführungen in Davos bereits durchschien, wurde von den radikaleren Teilen der Bewegung durchaus verstanden, so etwa von Teilen der »Last Generation« oder der »Extinction Rebellion«, die sowohl das manichäische Weltbild als auch die Endzeiterwartung aufgegriffen und verstärkt haben (Nagel, 2021, S. 97). Schon ihre Namen geben zu erkennen, wie sehr sie um die apokalyptische Auslegung der Gegenwart bemüht sind – oder anders gesagt: dass sie die Herausforderungen der Gegenwart aus dem Rahmen einer Analyse in den Radius einer Endzeiterwartung verschieben.

Der Wunsch, das Zeitenende herbeizuführen, damit die bessere Welt endlich entstehen kann, ist nicht auf die westliche Welt beschränkt. Der Historiker Frank Bösch behandelt in seinem Buch *Zeitenwende 1979* neben dem

Thatcherismus auch die »islamische Revolution« im Iran (Bösch, 2019). Was als fundamentale Konkurrenz der Systeme erschien – der Glaube an die Macht des unreglementierten Marktes hier, der Glaube an den einen Gott dort – lag im Antrieb nicht weit auseinander. Bei allen Unterschieden zwischen Marktgesellschaft und politischem Islam ist die aktivistische Apokalypse gegenwärtig ihre Überschneidung.

Die apokalyptischen Motive, die aus dem Christentum vertraut sind, stehen auch im Koran an zentraler Stelle, zum Beispiel Weltuntergang, Auferstehung der Toten, letztes Gericht und Paradies (Möller, 2011). In der Schia, der zweitgrößten Glaubensrichtung des Islam, ähnelt auch die Choreografie des Messianismus der des Christentums. In der Glaubensvorstellung der Schiiten ist der zwölfte Imam, der auch der letzte in der direkten Erbfolge Mohammeds war und 873 gestorben ist, der letzte »unfehlbare Imam« (Halm, 2014). Auf seine Wiederkehr hoffen und warten die Gläubigen und verbinden damit das Gericht über die Welt und die Wiederherstellung einer gerechten Herrschaft. Sowohl der ›Heilige Krieg‹ als auch der Märtyrerkult resultieren im Islam aus einer dem Christentum nicht unähnlichen Handhabung des Dilemmas, dass der Erlöser ausgeblieben ist. Doch erst mit der Machtübernahme des klerikalfaschistischen Regimes im Iran Ende der 1970er Jahre sind diese Aspekte der Religion auch politisch bedeutsam geworden. Der Islam hat wie das Christentum eine apokalyptische Tradition, die aber nicht in allen Phasen mit derselben Intensität aktivistisch ausgelegt wurde. Die Politisierung, die in den 1970er Jahren begann und sich seither über die Grenzen des Irans ausgedehnt hat, war ein »revolutionärer Traum zur Erlösung der Zukunft« (Büttner, 1998, S. 205). Seither konnte »jeder Selbstmordanschlag oder revolutionäre Umsturzversuch [...] mit dem Etikett ›Jihad‹ versehen und so mit einer religiösen Legitimation [ausgestattet]« werden (Halm, 2014, S. 88). Mit anderen Worten: Aggressionen erscheinen auch in diesem apokalyptischen Kosmos als redliches Mittel, um das Bestehende zu beenden, das Böse auszumerzen und den Weg in eine neue Zeit freizumachen.

Seit der Invasion der USA im Irak im Jahr 2003 hat die aktivistische Apokalypse auch im Sunnitentum, der größten islamischen Glaubensrichtung, viele neue Anhänger gewonnen (Covi, 2015, S. 60). 2015 brachte diese Entwicklung schließlich den sogenannten Islamischen Staat hervor, eine zutiefst aggressive politische Bewegung mit eindeutig apokalyptischer Programmatik, die sich in einer Entscheidungsschlacht gegen neue »Kreuzzüge« am Ende der Zeit sieht (Panzer, 2018). Auch im Gazastreifen setzte

sich 2007 mit der Hamas eine islamistische Organisation durch und löste die weitgehend säkulare PLO ab, die bis dahin in der palästinensischen Bewegung dominant gewesen war. Die Hamas ist nicht nur zutiefst religiös (Laqueur, 1987, S. 179), sondern verfolgt mit ihrer – die eigene Bevölkerung einschließenden – Märtyrerideologie auch eine endzeitliche Programmatik (Ahmad, 1994).

Sowohl die apokalyptische Matrix als auch die aktivistische Form der Endzeiterwartung sind in der gegenwärtigen Epoche somit in sehr unterschiedlichen Strömungen virulent. Ihre Gemeinsamkeiten liegen weder in ihren offenkundig völlig verschiedenen politischen Zielen noch im Ausmaß ihrer Destruktivkraft, sondern in der manichäischen Spaltung in gut und böse – man könnte also mit Else Frenkel-Brunswik sagen: ihrer Ambiguitätsintoleranz –, in ihrer Aggression gegen die Feinde und in ihrem Auftrag, das Böse aufzuhalten und das Bestehende durch eigenes Tun zu zerstören. Die Erlösung wird daher nicht nur in der ersehnten neuen Zeit gesucht, sondern auch in der Entladung und Abfuhr der aufgestauten Frustrationen, um endlich zu zerschlagen, was einen enttäuscht. Über diese Destruktivität wird die Zukunftserwartung des Autoritären nicht hinauskommen.

Erlösungsantisemitismus

In Deutschland wurde, Klaus Vondung zufolge, »der apokalyptische Ton« schon Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg »besonders laut und häufig angeschlagen« (Vondung, 1988, S. 9). Die Apokalypse-Sehnsucht blieb auch in der Weimarer Republik immens, wie Jürgen Brokoff (2001) herausgearbeitet hat, und sie fand in Nazideutschland ihren Kulminationspunkt: Der Nationalsozialismus wähnte sich im »apokalyptischen Endkampf« mit dem »Judentum« als endzeitlichem Feind, dessen Vernichtung Voraussetzung dafür war, diesen Kampf zu gewinnen (Brokoff, 2001, S. 143). Vondung hat viele Beispiele für die apokalyptische Matrix dieser Zeit zusammengetragen, etwa die Reden Hitlers im Zweiten Weltkrieg, die »mit dem Schauer des Apokalyptischen [versehen waren], den die Vorstellung des ›Letzten‹ erregt« oder sein Auftrag an die Soldaten, ihre Pflicht »bis zum letzten zu erfüllen« (Vondung, 1988, S. 487). Und nicht nur das: Die ganze Welt sollte diesem Glaubenssystem zufolge durch den deutschen Kampf erlöst werden (ebd., S. 208). Hitler war mit diesem Glauben nicht

allein (Burrin & Bischoff, 2004). Fanatisierte Massen überzogen Europa begeistert mit einem entsetzlichen Krieg, und ganz normale Deutsche setzten den Zivilisationsbruch der Shoah in die Tat um, der sich in diesem psychotischen Kosmos als »Realisierung des Utopischen« ausnahm (Mommsen, 1983). Mit dieser aktivistischen Apokalypse sollte der Antichrist endgültig aus der Welt verschwinden.

Auch wenn die christliche Religion in der Zeit des Nationalsozialismus keine große Rolle mehr spielte, war »die religiöse Erbschaft« doch »auf einer tieferen, unbewussteren Ebene« immer noch wirksam (Adorno et al., 1950, S. 728; eigene Übersetzung). Mit anderen Worten: Die Muster, mit der man sich die Welt zu erklären versuchte, waren von der fortschreitenden Säkularisierung nur oberflächlich betroffen, während die Kontinuität des antisemitischen Ressentiments ungebrochen war. Die aktivistische Apokalypse des Nationalsozialismus konnte daher mit ›dem Juden‹ auf einen schon lange etablierten Gegner zurückgreifen – den Antichristen, dessen Charakterisierung als ›böse‹ im Kulturkreis bereits feststand und der den Weg in den erlösten Zustand angeblich seit jeher blockiert hatte. Saul Friedländer prägte dafür den Begriff »Erlösungsantisemitismus«, womit er eine Weltanschauung beschrieb, in der die Juden in die endzeitliche Bedürfnisstruktur als diejenigen eingebaut werden, die bekämpft werden müssen (Friedländer, 1998, S. 102) – bzw. projektiv bekämpft werden *dürfen*.

Die heutige politische Situation unterscheidet sich zwar in vielem von der des Jahres 1933, aber seit mehr als zwei Jahrzehnten sehen wir, dass sich die Krisenrhetorik zusammen mit der Zahl antisemitischer Vorfälle steigert (European Union Agency for Fundamental Rights, 2024; Bundesministerium des Innern, 2026). Die Daten unserer Studienreihe zeigen zudem, dass die Gefahr für Juden und jüdisches Leben in Deutschland in Zeiten der am tiefsten empfundenen Krisen der nationalen Wirtschaft am größten ist – daher der manifeste Antisemitismus von der Finanzmarktkrise 2008 bis zum Ende der Wirtschaftskrise 2014. Der Antisemitismus, der sich aus Furcht vor sozialen Sanktionen nur auf Umwegen äußert, verläuft dazu parallel.

In der gegenwärtigen Lage lässt sich beobachten, dass der Antisemitismus nicht nur von der extremen Rechten ausgeht (Probst, 2023). Vielmehr treffen sich in dieser Brückenideologie inzwischen sehr unterschiedliche politische Lager und Milieus (Decker et al., 2025). Auch ist der Antisemitismus als »dunkle Ressource« nicht auf Europa beschränkt und

das Ressentiment längst globalisiert.[1] In den Worten von Detlev Claussen ist der Antisemitismus also eine »Alltagsreligion« (Claussen, 1992), und zwar eine mit großer Gemeinde. Die Feststellung der Ausweitung des antisemitischen Ressentiments soll jedoch seine noch immer starke Verankerung in der extremen Rechten nicht relativieren (Virchow & Häusler, 2018; Probst, 2023), denn gerade sie bewirtschaftet die Polykrise am erfolgreichsten, kann sie doch die aktivistische Apokalypse in ihrer Rhetorik und Programmatik unmittelbar mit ihrer Ideologie der Ungleichwertigkeit verbinden. Aber auch im Islam sehen wir den israelbezogenen Antisemitismus in einen Vernichtungsantisemitismus umschlagen. Am Beispiel der Hamas ist sowohl die ideologische Einbettung des Antisemitismus in eine apokalyptische Auslegung als auch die Übersetzung in den Vernichtungswillen zu erkennen. So zeugt schon die Hamas-Charta aus dem Jahr 1988 von endzeitlichen Sehnsüchten, wonach die letzte Stunde erst komme, wenn die »Juden besiegt und getötet worden seien« (Ahmad, 1994; Möller, 2011). Dass dies nicht leere Worte sind, wurde am 7. Oktober 2023 überdeutlich. Der Angriff auf Israel war von unbedingtem Vernichtungswillen geprägt – je mehr Leid, je mehr Schaden die Hamas den Juden zufügen konnte, desto siegreicher gebärdete sie sich. Die eigene Tat sollte im Sinn der aktivistischen Apokalypse den Umschlagpunkt herstellen (Sobelman, 2026).

Im global gewordenen Antisemitismus wird Israel als ›Jude‹ unter den Nationen gehasst (Klug, 2003; Rensmann, 2020). Dieses Denken findet sich auch in Teilen der radikalisierten deutschen und internationalen Linken. Schon kurz nach dem Überfall der Hamas auf Israel solidarisierten sich linke Bewegungen mit den Angreifern. Am 7. Oktober 2024, dem ersten Jahrestag des Pogroms, sprach eine Leipziger antiisraelische Gruppe öffentlich von ihrer an jenem Tag empfundenen »Freude« – einem Tag der Morde, Vergewaltigungen und Entführungen.[2] Von Empathie mit den jüdischen Opfern ist bis heute in der deutschen und internationalen Linken erstaunlich wenig zu hören und zu lesen (Illouz, 2024). In anderen Publikationen hatten wir bereits gezeigt, dass die ideologischen Grenzen ver-

1 https://www.adl.org/adl-global-100-index-antisemitism (09.09.2026).

2 Unter anderem wegen solcher Äußerungen stellte das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen im Monatsbericht November 2024 fest, dass sich die Gruppe Handala gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richtet (https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/handala-e-v-6656.html; 27.01.2026).

wischen und insbesondere der postkoloniale und israelbezogene Antisemitismus das Ressentiment für linke Bewegungen attraktiv gemacht hat (Decker et al., 2025). Kathrin Renz hat dieselbe Entwicklung für einen relevanten Teil der Klimabewegung nachgezeichnet: Die Radikalisierung zu einem antisemitischen Aktionsbündnis gegen Israel wird von der apokalyptischen Matrix angetrieben, von jener Endzeiterwartung und -sehnsucht, die sich teilweise schon in den demokratischen Protesten gegen die Klimakatastrophe zeigte (Renz, 2024). Die Kriegsführung oder die Siedlungspolitik der Regierung Netanjahus zu verurteilen – und das zu Recht – genügt vielen der Aktivisten nicht. Stattdessen zweifeln sie das Existenzrecht nur dieses einen Staates an, während sie das aller anderen Nationen, sei ihre Geschichte oder Gegenwart noch so blutig, nicht infrage stellen. Israel nimmt in dieser apokalyptischen Auslegung den Platz des Schuldigen an aller menschlichen Misere ein, den Platz des absolut ›Bösen‹, des Reichs des Dunklen, des Antichristen.

Apokalypse-Sehnsucht, Autoritarismus und Antisemitismus

Wie wir gesehen haben, legt die permanente Krisenrhetorik apokalyptische Wunschängste offen. Allerdings limitiert die andauernde Beschwörung von Krise und Apokalypse die Möglichkeiten, Katastrophen tatsächlich abzuwenden – ganz im Gegenteil schafft sie eher die Bedingungen für ihre Ausweitung. In diesem empirischen Teil werten wir nun den Datensatz der LAS 2026 aus, indem wir fragen: Bei welchen Gruppen lässt sich die Auslegung der Gegenwart als Apokalypse finden? Für wen sind die Krisen ein Aufruf zum Handeln? Welche Verbindung zur politischen Orientierung lassen sich erkennen? Und vor dem Hintergrund der theoretischen Erörterungen: Lässt sich mit dieser Welterklärungsideologie der gewaltvolle Antisemitismus erklären, dessen Anstieg wir seit Jahren beobachten?

Unseren Fragebogen zur aktivistischen Apokalypse haben wir bereits in Kapitel 2 vorgestellt. Mit den drei Items[3] heben wir auf eine aggressive Form der Gegenwartsauslegung ab, bei der nicht die Sehnsucht nach Er-

3 Die Aussagen, mit denen wir die aktivistische Apokalypse operationalisiert haben, waren: »Es braucht etwas Radikales, damit der gegenwärtige Zustand sich ändert«, »Nur wenn man endlich mit allem in der Gesellschaft vollständig aufräumt, wird es eine Zukunft geben« und »Alles muss kaputtgehen, damit wieder etwas Neues entsteht« (s. Kap. 2).

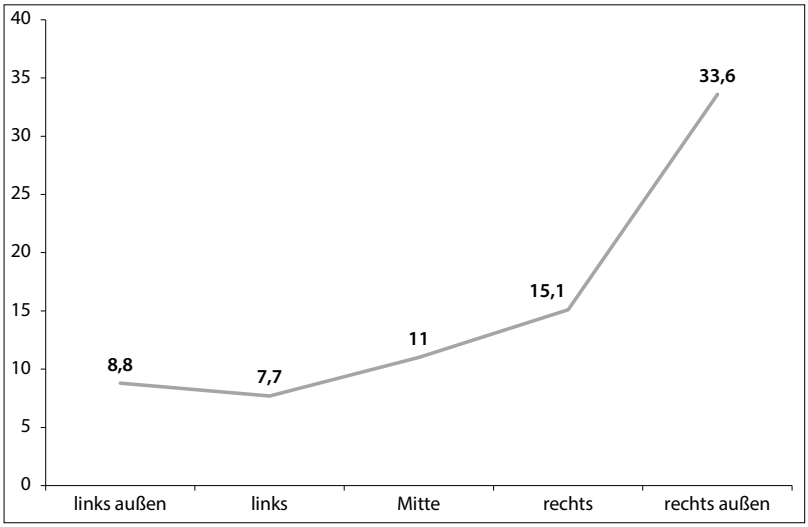
lösung im Vordergrund steht, sondern das Streben, auf destruktive Weise politisch wirksam zu werden. Der Fragebogen besitzt eine gute interne Konsistenz (α = .81, ω = .81). Wie bei den anderen Fragebögen, die auf einer fünfstufigen Likert-Skala beantwortet werden konnten, fassen wir zunächst die Befragten zusammen, die einen Grenzwert von mindestens 12 erreichen, also allen drei Items durchschnittlich zustimmen. Diese Gruppe mit manifester Apokalypse-Sehnsucht wird in den folgenden Abbildungen dargestellt. Gleichwohl geht es uns nicht allein um diese manifeste Zustimmung, sondern auch um das Klima, das sie anzeigt. Es herrscht nicht nur bei denjenigen, die die aktivistische Apokalypse-Sehnsucht offen zu erkennen geben.

Erste Ergebnisse haben wir bereits berichtet (s. Kap. 2, Grafik 30), doch seien sie hier noch einmal kurz zusammengefasst. Die Verbreitung der Apokalypse-Sehnsucht ist in beiden Landesteilen nahezu identisch: In Ostdeutschland stimmen durchschnittlich 11,9 % allen drei Aussagen zu, in Westdeutschland 11,5 % (gesamt: 11,8 %); bei Männern findet sich die Apokalypse-Sehnsucht etwas häufiger (14 %) als bei Frauen (9,8 %), bei Jüngeren (16 bis 30 Jahre: 8,2 %) und Älteren (ab 61 Jahre: 10,8 %) etwas seltener als im mittleren Alter (31 bis 60 Jahre: 13,7 %).

Für die weitere Auswertung betrachten wir als erstes die Verbreitung der Apokalypse-Sehnsucht in verschiedenen politischen Milieus. Dafür schauen wir uns an, wie sich die Befragten, die eine aktivistische Apokalypse bejahen, politisch selbst verorten. Diese Skala reicht von »links außen« (1) bis »rechts außen« (10). Grafik 1 stellt die Ergebnisse zusammengefasst auf fünf Stufen vor. Es zeigt sich: In den politischen Milieus der Mitte und links der Mitte ist der Anteil an Befragten mit Apokalypse-Sehnsucht geringer als in der Gesamtstichprobe, bleibt also jeweils unter 11,9 %. Die politischen Milieus rechts der Mitte und rechts außen weisen demgegenüber signifikant höhere Zustimmungsraten auf. Die wenigsten Apokalyptiker finden sich unter denen, die sich links verorten (7,7 % im Vergleich zu 33,6 % »rechts außen«).

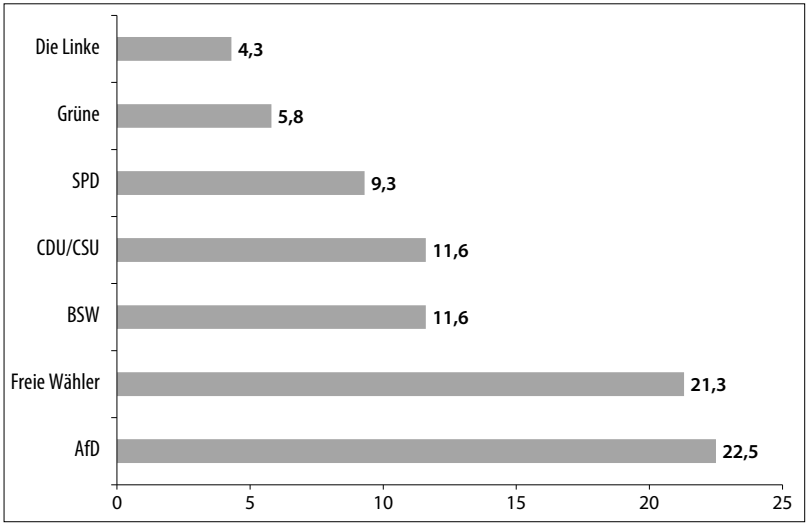
Unter den Parteianhängern finden wir eine ähnliche Verteilung (Grafik 2). Parteien mit einem extrem rechten Profil und konservative Parteien rechts der Mitte ziehen mehr Menschen an, die sich von der aktivistischen Apokalypse angesprochen fühlen. So wünschen sich 22,5 % der Anhänger der AfD und 21,3 % derer, die die Freien Wähler bevorzugen, eine apokalyptische – also das Bestehende zerschlagende – Politik. Unter den Anhängern von CDU und BSW ist der Anteil nur noch halb so groß und entspricht

Grafik 1: Apokalypse-Sehnsucht und politische Selbstverortung (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$

Grafik 2: Apokalypse-Sehnsucht unter Parteianhängern (in %)

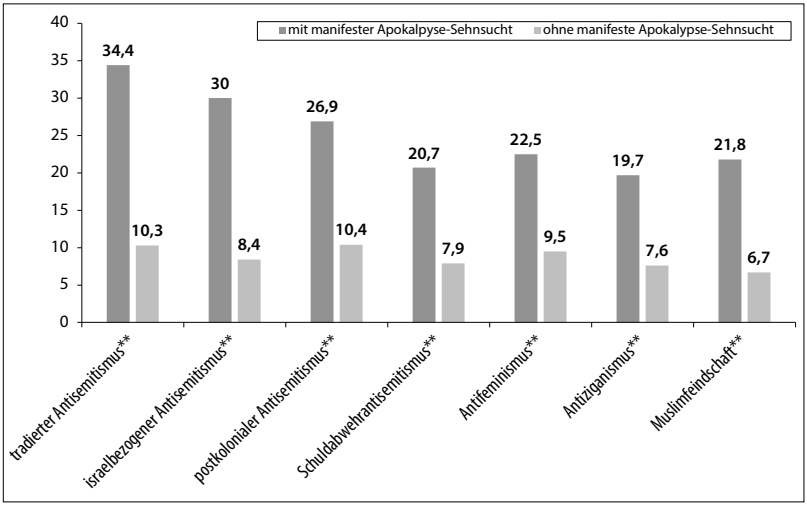


Signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$

etwa dem Bundesdurchschnitt. In der Anhängerschaft der Parteien des linken Spektrums sind Menschen mit diesen Wünschen deutlich unterdurchschnittlich vertreten, am seltensten bei der Linken mit 4,3 %.

Grafik 3 zeigt die Ausprägungen verschiedener Formen von Ressentiments unter den Befragten mit apokalyptischen Wünschen im Vergleich zu jenen, die keine manifeste Apokalypse-Sehnsucht zeigen. Dabei wird die enge Verbindung dieser Wünsche mit autoritären Aggressionen gegen spezifische Gruppen deutlich: Wer die aktivistische Apokalypse befürwortet, ist auch eher gegen Juden, Frauen, Sinti und Roma sowie gegen Muslime eingenommen. Von den hier untersuchten Ressentiments ist insbesondere der tradierte Antisemitismus in der Apokalypse-Gruppe deutlich erhöht. Die bereits beschriebenen historisch überlieferten Motive hatten diesen Zusammenhang bereits vermuten lassen, aber auch beim israelbezogenen und postkolonialen Antisemitismus kommen die Befragten mit Apokalypse-Sehnsucht auf deutlich höhere Ausprägungen als die Bevölkerung im Durchschnitt. Der Schuldabwehrantisemitismus ist dagegen weniger eng mit der aktivistischen Apokalypse assoziiert, wahrscheinlich weil diese spezifische Form des Antisemitismus in Deutschland um eine Täter-Opfer-

Grafik 3: Spezifische autoritäre Aggressionen bei Befragten mit und ohne manifeste Apokalypse-Sehnsucht (in %)



Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Umkehr, also gerade eine Leugnung von Aggressionen bemüht ist. Vergleicht man die Ausprägungen der verschiedenen Formen der autoritären Aggression, wird insgesamt deutlich, dass die apokalyptische Gedankenwelt und der Antisemitismus in seiner Funktion als »dunkle Ressource« besonders eng miteinander verknüpft sind. Antifeminismus, Antiziganismus und Muslimfeindschaft treten unter den Befragten mit Apokalypse-Wunsch zwar ebenfalls häufiger auf als in der Gesamtstichprobe, was zur manichäischen Spaltung der Welt in ›gut‹ und ›böse‹ durchaus passt, aber Juden und Jüdinnen nehmen eine besondere Position ein.

Im nächsten Schritt werden wir den Zusammenhang von ökonomischem Krisenerleben im Zusammenspiel von Autoritarismus und Apokalypse-Sehnsucht beim Zustandekommen des Antisemitismus untersuchen. Die von uns gewählte Methode eines Strukturgleichungsmodells ist am belastbarsten, wenn nur eine geringe Anzahl an Merkmalen in die Untersuchung eingeht. Wir haben deshalb die relevantesten Merkmale ausgewählt: erstens das ökonomische Krisenerleben, für das wir die subjektive Einschätzung der nationalen wirtschaftlichen Lage in Deutschland als Hinweis nehmen (Item: »Die nationale wirtschaftliche Lage ist schlecht bzw. sehr schlecht«), zweitens den Autoritarismus, den wir in zwei Erscheinungsweisen erfassen (Sadomasochismus und Fetischismus) und drittens die Apokalypse-Sehnsucht mit dem von uns entwickelten Fragebogen zur aktivistischen Apokalypse. Um den gemeinsamen Einfluss dieser Variablen auf den Antisemitismus zu bestimmen, konzentrieren wir uns auf den tradierten Antisemitismus, der zwar seltener manifest mitgeteilt wird, aber ausdrücklich auf Motive der »dunklen Ressource« in Europa gerichtet ist. Details zu den Frage-

Tabelle 1: Korrelativer Zusammenhang von Apokalypse-Sehnsucht mit autoritären Bedürfnissen, subjektiver Krisenwahrnehmung und Antisemitismus

Faktoren	Sadomasochismus			Fetischismus		Krisenwahrnehmung	Antisemitismus
Dimensionen	autoritäre Aggression	autoritäre Unterwürfigkeit	Konventionalismus	Verschwörungsmentalität	Aberglaube	nationale wirtschaftliche Lage	tradierte Form
Apokalypse-Sehnsucht	.354**	.429**	.288**	.354**	.132**	.214**	.19**

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

bögen und zum Antwortverhalten sind in Kapitel 2 nachzulesen. Tabelle 1 sind die Produkt-Moment-Korrelationen zu entnehmen, mit denen sich einfache Zusammenhänge beschreiben lassen, aber noch keine Interaktionen.

Um die Interaktionen beim Zustandekommen des Antisemitismus zu erklären, haben wir ein Strukturgleichungsmodell gerechnet. Auf diesem Weg lässt sich ermitteln, ob und wie das ökonomische Krisenerleben auf den Antisemitismus wirkt, wenn wir die autoritären und apokalyptischen Bedürfnisse berücksichtigen. Wir gehen auf Grundlage unserer theoretischen Vorüberlegungen von einem engen Zusammenhang aus: Liegt ein Krisenerleben vor, führt dieses zu verstärkten autoritären Bedürfnissen und einer erhöhten Apokalypse-Sehnsucht, was wiederum zu stärkerem Antisemitismus führt. Wir haben das Modell statistisch geprüft.[4]

Das Strukturgleichungsmodell in Grafik 4 zeigt, wie die verschiedenen Variablen erstens miteinander zusammenhängen[5] und zweitens auf den Antisemitismus wirken. Die unabhängige Variable – im unteren Teil der Darstellung – ist das ökonomische Krisenerleben mit seinem direkten, gewissermaßen ungestörten Effekt auf den Antisemitismus. Der obere Teil der

4 Das Strukturgleichungsmodell wurde in RStudio mithilfe des Package lavaan (Rosseel, 2012) überprüft. Befragte mit fehlenden Werten wurden von der Analyse ausgeschlossen, wodurch sich eine Stichprobengröße von $N = 2.350$ ergab. Zur Modellschätzung wurde der WLSMV-Schätzer eingesetzt. Die global skalierten Fit-Indizes sind insgesamt akzeptabel bis gut. Der χ^2-Test ist signifikant ($\chi^2(216) = 1224.834$, $p < .001$), doch da er bei großen Stichproben wie der unsrigen und einer großen Anzahl von Freiheitsgraden ($df = 216$) sehr sensibel ist (Bollen, 1989), ziehen wir für die Beurteilung des Modells andere Fit-Indizes heran. Der CFI (= .932) und der TLI (= .927) befinden sich im akzeptablen Bereich, legen allerdings nahe, dass es noch Verbesserungsmöglichkeiten in der Modellkonzeption gibt. Nur wenn weitere Faktoren berücksichtig werden, kann die Wirkung der Krise auf den Antisemitismus besser erklärt werden. So könnten Ambiguitätsintoleranz oder die allgemeine Tendenz zur Destruktivität die Erklärungskraft möglicherweise noch erhöhen. RMSEA (= .045) und SRMR (= .035) sind dagegen als sehr gut zu bewerten und sprechen dafür, dass das Modell bereits in seiner jetzigen Form eine hohe Erklärungskraft besitzt. Die hohen Faktorladungen sprechen für einen guten Fit des Modells, mit Ausnahme lediglich des Aberglaubens, der nur mit .357 auf den Fetischismus lädt (für eine detaillierte Auseinandersetzung mit dieser Fit-Problematik des Fetischismus s. Dilling et al., 2026).

5 Es wurde zudem ein korrelativer Zusammenhang zwischen Sadomasochismus und Fetischismus modelliert, da diese als zwei Dimensionen des autoritären Syndroms konzeptuell verwandt sind und sich in der bisherigen Forschung klare Zusammenhänge zwischen den beiden gefunden haben (Dilling et al., 2026).

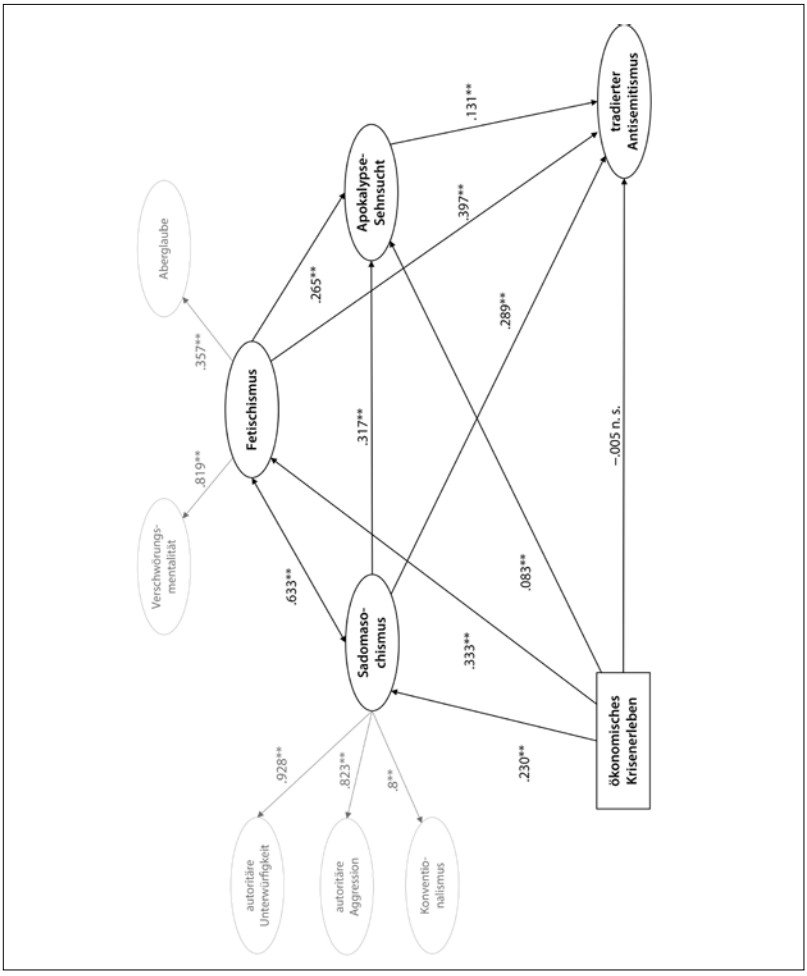
Grafik zeigt dagegen die drei Faktoren, die diesen Zusammenhang vermitteln: 1) Apokalypse-Sehnsucht, 2) Sadomasochismus mit seinen Dimensionen autoritäre Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression und Konventionalismus und 3) Fetischismus aus Verschwörungsmentalität und Aberglaube (Items und Verbreitung s. Kap. 2; vgl. auch Decker et al., 2020; Decker et al., 2024). Die konkreten Aussagen, die den Befragten jeweils zur Bewertung vorgelegt wurden, sind im Detail in Kapitel 2 nachzulesen. Die Zahlenwerte an den Pfeilen geben die Stärke des Zusammenhangs an.

In unserem Modell ist zu erkennen, dass der zunächst signifikante Zusammenhang zwischen ökonomischem Krisenerleben und Antisemitismus nicht mehr signifikant und deskriptiv sogar leicht negativ ist, wenn autoritäre Bedürfnisse und Apokalypse-Sehnsucht als vermittelnde Faktoren ins Modell aufgenommen werden. Das ökonomische Krisenerleben selbst führt also nicht zur Zunahme des antisemitischen Ressentiments, sondern nur indirekt über seinen Einfluss auf autoritäre Bedürfnisse und die Apokalypse-Sehnsucht: Der Effekt der Krisenwahrnehmung sowohl auf den Sadomasochismus als auch den Fetischismus ist jeweils deutlich positiv, und beide wirken sich ebenso auf den Antisemitismus aus. Interessant ist zudem die aktivistische Apokalyptik, die einerseits von der unabhängigen Variable abhängt – der Effekt zwischen Krisenwahrnehmung und Apokalyptik ist positiv –, andererseits von Sadomasochismus und Fetischismus. Auch die Apokalyptik zeigt schließlich einen signifikanten positiven Effekt auf den Antisemitismus. Die Ergebnisse, die für eine bessere Vergleichbarkeit vollständig standardisiert wurden, stützen unsere theoretischen Annahmen. *Der Einfluss des ökonomischen Krisenerlebens auf den Antisemitismus ist vollständig über Sadomasochismus, Fetischismus und Apokalyptik vermittelt.* Dabei verstärken autoritäre Bedürfnisse die Apokalypse-Sehnsucht als Reaktion auf die Krisenwahrnehmung, am deutlichsten der Fetischismus. Wer autoritäre Bedürfnisse hat, der teilt auch diese Endzeitwünsche. Der Einfluss des Autoritarismus auf den Antisemitismus ist größer als der der Endzeiterwartung; der Einfluss des Fetischismus ist auch hier größer als der des Sadomasochismus.

Fazit

In diesem Kapitel haben wir uns mit der Apokalypse-Sehnsucht einem Thema gewidmet, das im Alltag und in der wissenschaftlichen Literatur

Grafik 4: Ökonomisches Krisenerleben als Ursache für Antisemitismus sowie der Einfluss von autoritären Bedürfnissen und der Sehnsucht nach Apokalypse (zentrale Ergebnisse des Strukturgleichungsmodells)



Vereinfachte Darstellung des Modells. Die Faktorladungen der Einzelitems sind aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht dargestellt, sie liegen zwischen .629 und .934. Das Strukturmodell ist schwarz hervorgehoben. **p < .01, n. s. = nicht signifikant. Fit-Indizes: Scaled χ^2-Test: p < .01, Scaled TLI = .927, Scaled RMSEA = .045, Scaled SRMR = .035. Der Einfluss des ökonomischen Krisenerlebens auf den tradierten Antisemitismus beträgt .222, wenn die anderen Faktoren im Modell nicht kontrolliert werden. Er ist hochsignifikant (totaler Effekt; p < .01).

gegenwärtig eine hohe Präsenz hat. Dabei wird die Apokalypse in der Regel als Metapher verwendet, als bildhafte Zuspitzung der Irrationalität von politischen oder gesellschaftlichen Ereignissen. Selten jedoch wird sie als aus der Sache selbst kommend ernst genommen. Deshalb haben wir hier zunächst eine ausführlichere theoretische Einordnung gegeben. Damit konnten wir zeigen, dass das Bild der Apokalypse eine größere Berechtigung hat, als gemeinhin erkannt wird. Es verweist auf einen voraufgeklärten Kern unserer Gesellschaft, der bis heute als Antrieb gesellschaftlicher Entwicklung wirksam ist. Aus sozialpsychologischer Perspektive können wir damit einen Beitrag zum Verständnis der Gegenwartsgesellschaft leisten.

Um den Gegenstand aufzuklären, haben wir kurz die historische Linie sowohl des Apokalyptischen als auch des Antisemitismus nachgezeichnet, um schließlich mit dem Datensatz der LAS zu prüfen, ob die Empirie die Theorie stützt. Dabei waren wir von der Frage geleitet, ob sich mit der Apokalypse-Sehnsucht in ihrer deutlichsten Form – der aktivistischen Apokalypse, also der Endzeitsehnsucht, die selbst die Zerstörung des Bestehenden bewirken will – der gewaltvolle Antisemitismus erklären lässt, denn wir seit Langem in unserer Studienreihe beobachten.

Darüber hinaus haben wir geprüft, ob bestimmte gesellschaftliche Gruppen eher dazu neigen, die Gegenwart apokalyptisch auszulegen und damit ihre Aggressionen zu rechtfertigen, und ob es einen Zusammenhang dieser Welterklärung zur politischen Orientierung gibt. Tatsächlich konnten wir zeigen, dass die aktivistische Apokalypse in den politischen Milieus rechts außen und unter den Parteianhängern der AfD am häufigsten zu finden ist. Die Ausrichtung an einem gewaltvoll herbeigeführten »Ende« und der Wunsch nach etwas »radikal Neuem« gehören zu ihrem Selbstverständnis. Die Aggressionen, die sich hierin artikulieren, resultieren zwar aus dem Ausbleiben des Versprochenen und der eigenen, freiwilligen Unterordnung unter die Heilsökonomie des Neoliberalismus, richten sich aber auf Frauen, Muslime, Sinti und Roma. Den größten Hass jedoch ziehen Juden auf sich.

In unserer vertieften Analyse am Beispiel des tradierten Antisemitismus und der ökonomischen Krisenwahrnehmung wurde der Stellenwert des autoritären Syndroms und der Apokalypse-Sehnsucht beim Zustandekommen des antisemitischen Ressentiments sehr deutlich. Die Interaktion all dieser Faktoren erklärt die Manifestation des Antisemitismus, wenn eine ökonomische Krise wahrgenommen wird. Ein direkter Zusammenhang zwischen Krisenwahrnehmung und Antisemitismus besteht dagegen nicht. Das ökonomische Krisenerleben wirkt zunächst auf die beiden Dimensio-

nen des autoritären Syndroms, welche die Wirkung der Apokalyptik verstärken, die schließlich die Ausprägung von antisemitischen Einstellungen beeinflusst. Umgekehrt lassen diese spezifischen Krisenreaktionen – die autoritären Syndrome und die apokalyptische Sehnsucht – erkennen, dass die Wachstumsgesellschaft einer autoritären Dynamik unterliegt: Die starke Wirtschaft ist ein idealisiertes Objekt von Macht und Stärke, das bis heute mit einer Heilserwartung verbunden ist. Drohen sie zu versagen, wächst die autoritäre Wut über das Ausbleiben des versprochenen Heilsgutes – diese wird kanalisiert, indem das Ziel auf destruktivem Weg erreicht werden soll. Die Wut braucht und findet ein Ventil, ohne dass die Realität anerkannt werden muss, dass es zwar Fortschritt, aber keine Erlösung geben wird.

Die Zunahme des Antisemitismus während der letzten Jahre kann vor diesem Hintergrund als Bestandteil einer »Polykrise« interpretiert werden. Die wachsende Bereitschaft, gesellschaftliche Entwicklungen als Krisen zu interpretieren, stellt ihre ökonomischen wie psychosozialen Auswirkungen in den Horizont eines Entscheidungsmoments und entzieht diese gleichzeitig der Lösung. Der ersehnte Moment der unendlichen Fülle rückt in immer weitere Ferne, womit das neoliberale als falsches Versprechen spürbar wird. Aber selbst wenn Anstrengung und Versagung zugunsten dieses Versprechens zu nichts führen, werden sie eher noch intensiviert. Dass die Anhänger der AfD diese Partei paradoxerweise nicht trotz, sondern wegen ihrer neoliberalen Agenda wählen (Kim, 2018), hängt mit deren doppeltem Versprechen zusammen: Neben einem radikalisierten Neoliberalismus stellt sie auch die Legitimierung der autoritären Aggression in Aussicht. Zwar wird noch immer ein Mehr an Disziplin und Arbeitsmoral und die Aufgabe des individuellen Glücksbestrebens gefordert, und nach wie vor werden diese Forderungen akzeptiert – aber die Wut über die eigene Unterwerfung wird an denen ausgelebt, die als die »Anderen« identifiziert werden und das schöne Leben angeblich ohne diese Anpassungsleistungen haben. Entgegen der Evidenz wird der Wachstumsfetischismus, der dieser Dynamik zugrunde liegt, selbst in ökonomisch unsicheren Zeiten nicht aufgegeben.

Unsere theoretischen Annahmen haben wir hier anhand der bevölkerungsrepräsentativen Stichprobe für Deutschland empirisch nachvollziehen können. Doch wird dieselbe Dynamik auch in anderen Ländern zu finden sein – hierzu wäre weitere Forschung wünschenswert –, denn der Judenhass gehört als »dunkle Ressource« ebenso zur Kehrseite einer global gewordenen Erlösungshoffnung, wie der Warenfetisch total geworden ist.

Wir haben hier gezeigt, dass auch aufgeklärte Gesellschaften von einer Sehnsucht nach Erlösung durchdrungen sind; werden sie enttäuscht, sind die irrationalen und destruktiven Effekte, die aktuell zu beobachten sind, die Folge. Allerdings haben aufgeklärte Gesellschaften auch das Potenzial, über die Wiederholung der Katastrophen hinauszukommen. Daran gilt es anzuschließen. Andere Zukunftsvorstellungen sind nötig, die dem Individuum ein gutes Leben eröffnen, ohne weiter zu verleugnen, dass der Mensch Grenzen hat. Die praktische Frage ist daher, welche gesellschaftlichen Bedingungen geschaffen werden müssen, damit Menschen die Ressourcen ausbilden können, um mit der Endlichkeit und den Beschränkungen des Lebens umgehen zu können, ohne immer neuen, unhaltbaren Heilsversprechungen Glauben zu schenken, die letztlich zur Frustration führen. Nur Subjekte, die nicht »in der blinden Wut des Machens [...] unter irrem Zwang auf fremde Sterne einstürmen« (Adorno, 1950, S. 178f.), haben die Chance, nicht in eine autoritäre Dynamik zu verfallen. So wäre letztlich ein konstruktiver Umgang mit Konflikten und Katastrophen zu erreichen.

Literatur

Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R.N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality.* New York: Harper.

Ahmad, H. H. (1994). *Hamas. From Religious Salvation to Political Transformation: The Rise of Hamas in Palestinian Society. Jerusalem: Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs.*

Anders, G. (1972), *Endzeit und Zeitenende. Gedanken über die atomare Situation.* C. H. Beck: München.

Bhuiyan, J., Kerr, D. & Robins-Early, N. (2025). Inside tech billionaire Peter Thiel's off-the-record lectures about the antichrist. *The Guardian* vom 10.10.2025. https://www.theguardian.com/us-news/2025/oct/10/peter-thiel-lectures-antichrist?ref=keystone-collective.org (01.09.2026).

Bollen, K. (1989). Structural equations with latent variables. *New York: John Wiley*.

Bösch, F. (2019). *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann.* München: C. H. Beck.

Bröckling, U. (2023). Untergang als Argument. Politiken der Apokalypse. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten.* https://www.soziopolis.de/untergang-als-argument.pdf (19.06.2026).

Brokoff, J. (2001). *Die Apokalypse in der Weimarer Republik.* München: Fink.

Bultmann, R. (1982 [1964]). Ist die Apokalyptik die Mutter der christlichen Theologie? In K. Koch & J. M. Schmidt (Hrsg.), *Apokalyptik* (S. 370–376). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt.

Bundesministerium des Innern (2026). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2025.* Berlin: Bundesministerium des Innern.

Burrin, P. & Bischoff, M. (2004). *Warum die Deutschen? Antisemitismus, Nationalsozialismus, Genozid.* Berlin: Propyläen.

Büttner, F. (1998). Islamischer Fundamentalismus. Politisierter Traditionalismus oder revolutionärer Messianismus? In H. Bielefeldt & W. Heitmeyer (Hrsg.), *Politisierte Religion* (S. 188–212). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Claussen, D. (1992). Die antisemitische Alltagsreligion. Hinweise auf eine psychoanalytisch aufgeklärte Gesellschaftskritik. In W. Bohleber & J. S. Kafka (Hrsg.), *Antisemitismus* (S. 163–170). Bielefeld: Aisthesis.

Covi, C. (2015). Terror und Apokalypse. Zur Ideologie des IS. *Jahrbuch Terrorismus, 7*, 59–78.

Decker, O. (2011). *Der Warenkörper. Zur Sozialpsychologie der Medizin*. Springe: zu Klampen.

Decker, O. (2019). Secondary authoritarianism – the economy and right-wing extremist attitudes in contemporary Germany. *Journal of Psychosocial Studies, 12*, 203–213.

Decker, O., Heinke, N. & Brähler, E. (2025). Das Aufbrechen des Antisemitismus in linken Milieus nach dem 07.10.2023. Einige Befunde zur unterschätzten Präsenz von Ressentiments in linken Milieus und der Versuch einer gesellschaftstheoretischen Einordnung. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 8*. DOI: 10.1007/s41682-025-00222-w

Decker, O. & Kiess, J. (2013). Moderne Zeiten. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Die »Mitte«-Studie der Universität Leipzig 2012* (S. 13–64). Gießen: Psychosozial.

Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2024). Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 9–28). Gießen: Psychosozial.

Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (2024). Antisemitismus – eine »dunkle Ressource« in modernen Gesellschaften. In Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Nie wieder ist jetzt. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023*, Berlin. https://www.boell.de/de/nie-wieder-ist-jetzt (06.01.2024).

Decker, O., Schuler, J., Yendell, A., Schliessler, C. & Brähler, E. (2020). Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 179–210). Gießen: Psychosozial.

Dilling, M., Heller, A., Schliessler, C., Kiess, J., Brähler, E. & Decker, O. (2026). Authoritarianism today – a revised measurement model. *Frontiers in Psychology, Heftnummer 17*, 1–12. DOI: 10.3389/fpsyg.2026.1620427

Doren, A. (1927 [1924]). Wunschräume und Wunschzeiten. In F. Saxl (Hrsg.), Vorträge der Bibliothek Warburg, Band 4 (S. 158–205). Leipzig: B. G. Teubner.

Ehrenberg, A. (2008 [1998]). *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

European Union Agency for Fundamental Rigths (2024). *Jewish People's Experiences and Perception of Antisemitism*. Luxembourg: Publication Office of the European Union.

Foulkes, S. H. (2024 [1970]). Zugang zu unbewussten Prozessen in der gruppenanalytischen Gruppe. In M. Nießen (Hrsg.), *Ausgewählte Schriften zur Psychoanalyse und Gruppenanalyse* (S. 317–330). Gießen: Psychosozial.

Friedländer, S. (1998). *Das Dritte Reich und die Juden*. München: C. H. Beck.

Fukuyama, F. (1992). *The End of History and the Last Man.* New York/London/Toronto/Sydney: Free Press.

Gaschke, S. (2026). Das Gericht will an den ›Reichsbürgern‹ ein Exempel statuieren. *Neue Zürcher Zeitung, 178*, 5.

Gow, A. C. (2010). Apokalyptik. In W. Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Band 3: Begriffe, Theorien, Ideologien* (S. 25–28). Berlin: De Gruyter Saur.

Hall, S. (1982). Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In W. F. Haug & W. Efferding (Hrsg.), *Internationale Sozialismusdiskussion, Bd. 2, Neue soziale Bewegungen und Marxismus* (S. 104–124). Hamburg: Argument.

Halm, H. (2014). *Der Islam. Geschichte und Gegenwart.* München: C. H. Beck.

Harari, Y.N. (2018). *Eine kurze Geschichte der Menschheit.* München: Pantheon.

Horkheimer, M. & Adorno, T. W. (1944). Die Dialektik der Aufklärung. In G. Schmid Noerr (Hrsg.), *Max Horkheimer – Gesammelte Schriften Bd. 5.* Frankfurt am Main: Fischer.

Illouz, E. (2024). *Der 8. Oktober.* Berlin: Suhrkamp.

Kim, J. (2018). The radical market-oriented policies of the Alternative for Germany (AfD) and support from non-beneficiary groups. Discrepancies between the party's policies and its supporters. *Asian Journal of German and European Studies, 3*, 6.

Kainz, P. (2025). Prophetin der Gleichheitsapokalyse: Ayn Rand. Oder: Warum es uns interessieren sollte, was Donald Trump gerne liest. *Akademie-Report, 4-2025*, 13–15.

Kaplan, D. (2022). Martin Luther and the Reformation. In S. T. Katz (Hrsg.), *The Cambridge Companion to Antisemitism* (S. 273–290). Cambridge: Cambridge University Press.

Kaufmann, F.-X. (1989). *Religion und Modernität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven.* Tübingen: Mohr.

King, V. (2011). Beschleunigte Lebensführung – ewiger Aufbruch. *Psyche – Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen, 65*, 1061–1089.

Klug, B. (2003). The collective Jew: Israel and the new antisemitism. *Patterns of Prejudice, 37*, 117–138.

Kurzweil, R. (2005). *The Singularity is Near.* New York: Viking Books.

Laqueur, W. (1987). *Terrorismus. Die globale Herausforderung.* Frankfurt am Main: Ullstein.

Möller, R. (2011). Endzeitvisionen als Quelle islamistischer Gewalt? Bonn: *Bundeszentrale für politische Bildung.* https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36348/endzeitvisionen-als-quelle-islamistischer-gewalt/ (23.09.2026).

Mommsen, H. (1983). Die Realisierung des Utopischen. Die »Endlösung der Judenfrage« im »Dritten Reich«. *Geschichte und Gesellschaft, 9*, 381–420.

Morgenroth, C. (2005). Subjektives Zeiterleben, gesellschaftliche Entgrenzungsphänomene und depressive Reaktionen. Ein sozialpsychologischer Versuch. *Psyche – Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen, 59*, 990–1011.

Mühlhoff, R. (2025). *Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus.* Ditzingen: Reclam.

Nagel, A.-K. (2021). *Corona und andere Weltuntergänge. Apokalyptische Krisenhermeneutik in der modernen Gesellschaft.* Bielefeld: transcript.

Panzer, C. (2018). »The World Has Divided Into Two Camps«. In I. Leser & J. Schwarz (Hrsg.), *utopisch dystopisch. Visionen einer ›idealen‹ Gesellschaft* (S. 163–178). Wiesbaden: Springer.

Pradella, M. (2023). Die Entwicklung der Alternative für Deutschland. In M. Pradella (Hrsg.), *Hegemonialer Kampf um die öffentliche Sphäre. Eine kultursoziologische Reflexion des Rechtspopulismus* (S. 145–265). Wiesbaden: Springer.

Probst, H.-U. (2023). Der Antichrist als Zerstörer des christlichen Abendlandes. Antisemitische Motive der apokalyptischen Krisendeutung in der extremen Rechten. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 8,* 55–80.

Rensmann, L. (2020). The Contemporary Globalization of Political Antisemitism. Three Political Spaces and the Global Mainstreaming of the »Jewish Question« in the Twenty-First Century. *Journal of Contemporary Antisemitism, 3*, 83–108.

Renz, K. (2024). *Antisemitismus in der Klimabewegung. Zur Bedeutung und zum Diskurs um Antisemitismus in deutschen Klimagruppen.* Wiesbaden: Springer.

Rhein, P. (2026). The future is not for negotiation. Anti-political Apocalypticism in Far-Right Populism and beyond. *Journal of Political Sociology, 4,* 65–90.

Roepert, L. (2021). Der Mythos vom Großen Austausch. In G. J. Betz & S. Bosančić (Hrsg.), *Apokalyptische Zeiten. Endzeit- und Katastrophenwissen gesellschaftlicher Zukünfte* (S. 44–61). Weinheim: Beltz Juventa.

Rosa, H. (2005). *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rosseel, Y. (2012). lavaan. An R Package for Structural Equation Modeling. *Journal of Statistical Software, 48*, 1–36.

Schilk, F. (2021). »Heroismus als Weg zur Transzendenz«. Metadiskursive Religionsbezüge und apokalyptische Diskurspraxis der Neuen Rechten. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 5*, 445–469.

Sobelman, D. (2026). The Strategic Origins of Hamas's October 7 Attack. *Studies in Conflict & Terrorism*, 1–28. DOI: 10.1080/1057610X.2026.2613426

Strickland, D. H. (2022). Antisemitism in Medieval Art. In S. T. Katz (Hrsg.), *The Cambridge Companion to Antisemitism* (S. 248–271). Cambridge: Cambridge University Press.

Thiel, P. & Wolfe, S. (2025). Voyages to the End of the World. *First Things. A Monthly Journal of Religion & Public Life 357*, 17–27.

Türcke, C. (1995). Apokalypse. In ders. (Hrsg.), *Religionswende. Eine Dogmatik in Bruchstücken* (S. 88–97). *Lüneburg*: zu Klampen.

Virchow, F. & Häusler, A. (2018). Vom Lob der Krise – Krisenvorstellungen und Krisenpolitik rechtsaußen. In J. Roose, M. Sommer & F. Scholl (Hrsg.), *Europas Zivilgesellschaft in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Protest, Resilienz und Kämpfe um Deutungshoheit* (S. 163–179). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Vondung, K. (1988). *Die Apokalypse in Deutschland.* München: dtv.

Weinberg, D. B., Levy, M. D., Edwards, A., Kopstein, J. S., Frey, D., Antonaros, P., Baci, N., Cohen, N. D., Fernandez, J. A. & Ni, Y. (2025). Hidden in plain sight. Antisemitic content in QAnon subreddits. *Plos one, 20,* e0318988.

Weiß, T. (2026). Haftstrafen für Rechtsextreme – Jugendliche wollten »Chaos herbeiführen«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 180*, 2.

4. Regressive Nostalgie und AfD-Wahlpräferenz

Johannes Kiess, Oliver Decker & Elmar Brähler

Bäckereiketten, Joghurtmarken und Automobilkonzerne werben mit nostalgischen Motiven, aber auch politische Parteien mobilisieren mit der »bittersüßen Sehnsucht nach der Vergangenheit« (Behler et al., 2021), mit der sich offensichtlich Kauf-, Wahl- und sonstige Entscheidungen beeinflussen lassen. Dies macht sich auch die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) zunutze (Wistuba, 2025). Ganz neu ist die Bewirtschaftung der Nostalgie nicht, wovon die seit Jahrzehnten wiederkehrenden Nostalgiewellen in Mode und Popkultur zeugen (Arnold-Forster, 2025).

Nostalgie ist die Sehnsucht nach früheren Zeiten oder nach Orten, die es so nicht mehr gibt. Menschen können »Heimweh« nach gerade erst Vergangenem entwickeln und – wie Adorno es ausdrückte – »eben damit weltfernen Epochen« (Adorno, 1955, S. 548). Damit nutzen sie die Vergangenheit als Folie, um dem Unbefriedigenden und Schwierigen der Gegenwart etwas entgegenzusetzen. Oft ist Nostalgie »eine eher harmlose Vorliebe mit einem Anflug von Schrulligkeit« (Sabrow, 2021), kann in ihrer künstlerischen Bearbeitung aber auch zur Kritik der Verhältnisse oder zur Trauerarbeit nach einem Verlust beitragen. Die nostalgische Idealisierung der Vergangenheit kann jedoch auch regressive Züge annehmen, und wenn das Erleben der Ohnmacht in der Gegenwart mit einer autoritären Mobilisierung einhergeht, wird die regressive Nostalgie destruktiv. Daran, dass die Welt heute nicht mehr so gut und schön ist wie früher, muss dann – unter Ausblendung der gesellschaftlichen Komplexität – »jemand« schuld sein (Vobruba, 2020). In diesem Fall verbinden sich also nostalgische Motive mit der Wut gegen jene, die angeblich die Goldenen Zeiten verspielt haben.

Für extrem rechte Bewegungen ist charakteristisch, dass sie nostalgische Motive in einen Zusammenhang mit der Vorstellung bringen, als (ethnisch

definierte) Gruppe oder Einzelperson ungerecht behandelt zu werden. Die ›gute alte Zeit‹ wiederherzustellen, ist ihr Kernversprechen, ein immer wieder aufgewärmtes Deutungsangebot, ihr »master-frame« (Smeekes et al., 2021). Auch die AfD nutzt nostalgische Motive – seien es die Verklärung der DDR und der D-Mark, die Ablehnung des gesellschaftlichen Wertewandels oder das Feindbild 1968 –, die sie auf aggressive Weise mit dem Aufruf verbindet, sich »das Land zurückzuholen«. Diese Ansprache funktioniert, so unsere Ausgangsthese, weil sie auf ein Bedürfnis trifft. Wir fassen dies als *regressive Nostalgie*, da der Wunsch nach einem ›Zurück‹ mit einem aggressiven Impuls gegen die Zumutung der Gegenwart und die sie repräsentierenden Eliten verbunden ist. Ausgehend von einer kurzen Beschreibung der Verbreitung regressiver Nostalgie anhand ausgewählter soziodemografischer Merkmale beschäftigt uns die Frage, ob sich ein Zusammenhang von regressiver Nostalgie und einer Wahlpräferenz für die AfD belegen lässt. Nach einer begrifflich-theoretischen Einordnung und aufbauend auf unseren bisherigen Arbeiten zu wirtschaftlicher Deprivation (s. Decker et al., 2010, 2013; Kiess et al., 2024) und Parteipräferenz (Kiess et al., 2015; Celik et al., 2020) werden wir anhand der Daten der LAS 2026 (s. Kap. 2) bivariate Zusammenhänge testen und die These des Zusammenhangs von regressiver Nostalgie und AfD-Präferenz mithilfe einer logistischen Regressionsanalyse überprüfen.

Die regressive Sehnsucht nach dem Gestern

Der Schweizer Arzt Johannes Hofer prägte 1688 den Begriff Nostalgie (Hofer, 1688; Gerschmann, 1975), um am Beginn der Moderne ein Krankheitsbild zu beschreiben, das charakteristisch für Söldner war, die fern von zu Hause Kriegsdienst leisteten und an einem Kräfteverlust litten, der bis zum Tod führen konnte. Hofer leitete den Begriff aus den beiden griechischen Wörtern *nostos* (Heimkehr) und *algos* (Schmerz) ab (Cassin, 2023, S. 18), schilderte also vor allem ein Heimweh. Auch andere Menschen, die sich für längere Zeit von zuhause entfernten, zum Beispiel Studenten, befiel dieses Leiden gehäuft. Durch die Zunahme an Mobilität war Nostalgie zunächst auf einen bestimmten Ort, die Heimat, bezogen: Nur wer sie verloren hat, beginnt sie zu vermissen – wer ihrer noch habhaft ist, redet nicht über sie (Türcke, 2006). Ein sehr früher Ausdruck dieses Verlustempfindens findet sich in der biblischen Geschichte vom verlorenen Paradies, dem

Sehnsuchtsort in der Vergangenheit, der in der Zukunft wiederkehren möge. Auch heute sehen wir, dass die Objekte nostalgischer Gefühle variabel sind (Sabrow, 2021; Arnold-Forster, 2025): Während konkrete Orte vor allem in der erinnerten Zeit eine Rolle spielen (z. B. Orte der Kindheit), ist es eine vergangene Zeit, der das Heimweh nun gilt. Für die Moderne, die sich in ständiger Bewegung und Beschleunigung befindet (Decker & Kiess, 2013), ist die Nostalgie zum ständigen Begleiter avanciert, was angesichts der enormen Komplexitätssteigerung des Lebens nicht überrascht (Vobruba, 2024, S. 14ff.) – ist die Nostalgie doch, wie schon Hofer vermutete, eine Reaktion auf (extreme) Veränderung.

Das ersehnte Vergangene entsteht dabei weniger aus historischen Fakten, sondern vor allem im Kontrast zum Heute: Früher war alles besser als jetzt. Hinzu kommt, dass sich viele Gesellschaftsmitglieder der ungenügenden Gegenwart und der drohenden weiteren Verschlechterung in der Zukunft ohnmächtig ausgesetzt fühlen. Gerade in ihrer regressiven Ausprägung speist sich die Nostalgie aus dieser Ohnmachtserfahrung in der beständig auf Veränderung eingestellten Moderne. Leo Löwenthal beschrieb das Phänomen, als er zeigte, woran die faschistische Agitation anknüpft: »Mißtrauen, Abhängigkeit, Ausgeschlossensein und Enttäuschung vermischen sich zu einem Grundzustand des modernen Lebens: der Malaise, des Unbehagens« (Löwenthal, 1990 [1948], S. 29). Die politische Mobilisierung macht sich also eine pessimistische Haltung zunutze, die davon ausgeht, dass sich mit dem Voranschreiten der Zeit der gegenwärtige Zustand stets verschlechtert. Die bereits als unerträglich empfundene Gegenwart muss daher, so der Wunsch, in Richtung Vergangenheit verlassen und die Zeit umgekehrt werden. Das Unbehagen, das keine produktive Bearbeitung findet, bereitete schon in den 1930er Jahren das Feld für eine »Hoffnung auf einen Umschwung, wie immer er auch geartet sei« und damit den »Nährboden für das Wachstum der zum Siege des autoritären Staates führenden Ideologien«, also des Nationalsozialismus (Fromm, 1937, S. 116). An die Stelle der Suche nach einem Umgang mit der Ohnmacht können also Ideologien treten, die dem überforderten Subjekt eine (freiwillige) Identifikation mit der Autorität anbieten. Gewissermaßen im Tausch für diese Unterwerfung liefert die Ideologie einen Schuldigen, auf den sich die Aggression nun richten kann. Diese Lesart hat angesichts des allgemeinen Krisenerlebens (s. Kap. 1) nichts an Aktualität verloren. Entscheidend für das Verständnis extrem rechter Bewegungen ist, dass ihre Agitation das Problem nicht adressiert, um es zu bearbeiten, sondern mit dem uneinlös-

baren Versprechen, es einfach zum Verschwinden zu bringen. Das verschafft, Löwenthal zufolge, zwar kurzfristig eine »gewisse Erleichterung, verstärkt aber gleichzeitig [das] Bedürfnis [...] und verhindert eine erfolgreiche Heilung« (Löwenthal, 1990 [1948], S. 31). Mit anderen Worten: Es verschlimmert die Situation noch.

Dennoch ist Nostalgie in ihren unterschiedlichen Formen sehr verbreitet. Svetlana Boym (2008) spricht gar von einer globalen Nostalgie-Epidemie. Sie unterscheidet dabei zwischen einer reflektierenden – hier wird das Interesse an der Vergangenheit als Reflexionsfolie, nicht als Sehnsuchtsort genutzt – und einer wiederherstellenden, ins Regressive kippenden Nostalgie. Nicht jede Nostalgie oder warme Erinnerung an früher ist also gleich regressiv. Indem aber die wiederherstellende »Nostalgie die Gegenwart vereinnahmt, verschließt sie zugleich die Zukunft« (Schmidt, 2023, S. 15) und wirkt somit destruktiv auf die Gegenwartsgesellschaft. Individuell hilft Nostalgie, die eigene Identität als »verortet« zu bestätigen (ebd., S. 53), sie ist damit eine »Bewältigungsstrategie, um einen Ausgleich zu finden für die gestörte Orientierung, für die Dissonanz in der Erfahrung eines Ortes, die sich als Dislokation und Diskontinuität zeigt« (ebd., S. 57). Damit ist die individuelle Funktion nostalgischer Vorstellungen beschrieben: Jeder Mensch braucht Orientierung, die er auch in der Rückbesinnung suchen kann.

Politisch relevant wird Nostalgie allerdings, wenn die Sehnsucht nach Orientierung und Verortung in ein Versprechen gesellschaftlicher Wiederherstellung übersetzt wird. Zygmunt Bauman bezeichnet die durch Agitatorinnen und Agitatoren in Aussicht gestellte Rückkehr in die Vergangenheit als »Retropie«: eine idealisierte Welt ohne Widersprüche. Sie zieht »ihren Reiz aus der Hoffnung auf eine endgültige Versöhnung«, die aber ein »unmögliches Kunststück« darstellt (Bauman, 2017, S. 17). Politische Akteure greifen demnach den Menschheitstraum nach einem versöhnten Zustand auf, den sie aber in realitätsferner Weise und mit dem Ziel des Machtgewinns einsetzen. Aus diesen Überlegungen lässt sich das Spezifische der regressiven Nostalgie bestimmen: Sie verspricht nicht nur, dass die Leiden, sondern auch, dass die Widersprüche endlich aufhören. In diesem Sinne ist die regressive Nostalgie auch nicht bloß rückwärtsgewandt oder tatsächlich auf die Wiederherstellung der Welt von gestern ausgerichtet, sondern zielt auf die Zerstörung der aktuellen Situation. Diesen doppelten Wunsch nach Destruktivität *und* dem Ende eines unerträglichen Zustands können extrem rechte Agitatoren aufgreifen, wenn sie für

die Durchsetzung ihrer destruktiven Agenda werben und dabei versprechen, das Wunschbild einer Vergangenheit herzustellen (vgl. die kritische Diskussion des Nostalgiefokus bei Leistner & Böcker, 2021).

Die bisherigen Überlegungen machen deutlich, warum Nostalgie insbesondere dort politisch wirksam werden kann, wo gesellschaftlicher Wandel als Bedrohung oder Verlust, auch von Kontrolle, gedeutet wird. Hier setzt die aktuelle interdisziplinäre Rechtsextremismus- und Populismusforschung an, die Nostalgie als Instrument extrem rechter Bewegungen untersucht. Im dualistischen Weltbild des Populismus wird das vermeintlich homogene, mit einem klar bestimmbaren Willen ausgestattete Volk den korrupten Eliten gegenübergestellt (Mudde, 2004), sodass populistischen Strömungen immer schon eine antipluralistische Tendenz innewohnt (Müller, 2016). Der zugespitzte Dualismus zwischen ›gut‹ und ›böse‹ drängt zu einer Entscheidung, woran apokalyptische Vorstellungen anknüpfen können (s. Kap. 3). Mit der Konstruktion einer idealisierten Vergangenheit erhält der Dualismus eine zeitliche Dimension: auf der einen Seite das als korrupt und bedrohlich dargestellte Heute, auf der anderen das angeblich heile und sichere Gestern.

Paul Taggart führte zur Illustration solcher Versprechungen den Begriff »heartland« ein und betonte, dass es dabei letztlich weder um das Volk oder die Menschen noch um die historische Vergangenheit geht, sondern um die Vorstellung von einer besseren Welt: »The heartland is a construction of an ideal world but, unlike utopian conceptions, it is constructed retrospectively from the past – it is, in essence, a past-derived vision projected onto the present as that which has been lost« (Taggart, 2004, S. 274). Auch er zielt mit seinem Begriff also auf die Vermischung von Erinnerung und Phantasie, mit der ein tiefempfundener Mangel in der Gegenwart behoben werden soll, denn mit nostalgischen Motiven lässt sich ein solches »heartland« als Kontrast zur Gegenwartsgesellschaft entwerfen, die ihrerseits stark überzeichnet wird, indem ›korrupte Eliten‹ und andere Feindbilder pauschal für das schwer Erträgliche am heutigen Leben verantwortlich gemacht werden. Hier zeigen sich Gemeinsamkeiten mit der aktivistischen Apokalypse (s. Kap. 3): sowohl im Wunsch, der gegenwärtige Zustand möge enden, als auch im manichäischen Weltbild, also in der Vorstellung einer in Gut und Böse eingeteilten Welt.

Die nostalgisch-regressive Reaktion beschrieb auch die Soziologin Arlie Hochschild in ihrer Studie zur US-amerikanischen Tea-Party-Bewegung. Demnach fühlen sich deren Aktivistinnen und Aktivisten »fremd im

eigenen Land« und projizieren die Möglichkeit, dass sich ihre Wünsche erfüllen, in eine Zeit zurück, in der Minderheiten (dazu gehören in dieser Weltsicht z. B. Frauen, Schwarze oder sexuelle Minderheiten) ihnen noch nicht ›ihren‹ Platz in der Gesellschaft streitig gemacht hatten (Hochschild, 2016). Beispiele für diese Rückprojektion, die wir im Folgenden für die AfD untersuchen werden, finden sich jedoch in vielen Ländern, etwa im Slogan der Brexit-Kampagne »Take back control!«, in Donald Trumps Wahlspruch »Make America Great Again!«, den er von der Kampagne Ronald Reagans aus dem Jahr 1980 übernommen hat, aber auch in Putins autoritär regiertem Russland (Bubich, 2025) oder bei der extremen Rechten in Polen (Kotwas & Kubik, 2022). Dabei liegen die vermissten ›goldenen Jahre‹ meist nicht weit zurück. In den USA und in Europa bilden die gut zwei Dekaden von 1950 bis 1973 den Bezugsrahmen (Toniolo, 1998) und damit die Zeit ungebremsten wirtschaftlichen Wachstums nach dem von Deutschland geführten und verlorenen Angriffs- und Vernichtungskrieg. Auch die im sachsen-anhaltinischen Wahlkampf von der AfD veranstalteten Simson-Ausflüge fanden auf Fahrzeugen statt, deren Entwicklung und Ästhetik in diese Phase gehört. Für manche begann in dieser Zeit der Verlust. So beklagte etwa der Vorsitzende des rechtsextremen Thüringer AfD-Landesverbands, Björn Höcke, im Juni 2026, Westdeutsche seien »Deutsch sprechende Amerikaner«. Ihre »kulturelle Identität« sei durch die amerikanische Besatzung nach dem zweiten Weltkrieg verlorengegangen.[1]

Die politische Verfügbarkeit nostalgischer Motive allein erklärt allerdings noch nicht ihre Wirkung. Entscheidend ist vielmehr, ob und warum sie auf Resonanz stoßen. Die internationale Forschung spricht in diesem Zusammenhang auch von »nostalgischer Deprivation« (z. B. Gest et al., 2018; Grosche & Rothmund, 2026). (Relative) Deprivation[2] ist ein in der Sozialforschung geläufiger Begriff, der das Empfinden eines Mangels bezeichnet, das sich aus einem Vergleich ergibt: Ein anderer hat *mehr* politischen Einfluss, soziale Anerkennung und Wohlstand als ich, so könnte die Übersetzung lauten. Sprechen Sozialforscher also von nostalgischer Deprivation, dann meinen sie einen empfundenen Mangel im Vergleich zu einem realen oder imaginierten Früher. Allerdings ist die Nostalgie stets die Antwort auf ein Mangelerleben, nicht dessen Ursache. Deshalb beto-

1 https://www.youtube.com/watch?v=73r12YbUTLk (15.09.2026).

2 Deprivation kommt vom lateinischen Verb privare (berauben, entziehen), das Präfix »de-« verweist auf eine Leerstelle.

nen wir mit dem Begriff der *regressiven Nostalgie* das in der Agitation angesprochene autoritäre Bedürfnis nach einem wie auch immer gearteten »Umschwung« (Fromm, 1937, S. 116) hin bzw. zurück zu einer einfacheren Welt. Während der Begriff der nostalgischen Deprivation also vor allem das subjektive Verlusterleben beschreibt, richten wir mit dem Konzept der regressiven Nostalgie den Blick auf die politische Verarbeitung dieses Erlebens.

Eine Reihe von Studien hat bereits Hinweise darauf geliefert, dass die extreme Rechte von (regressiver) Nostalgie profitiert. Das zeigt sich bei der Zustimmung zu Donald Trump (Lammers & Baldwin, 2020; Behler et al., 2021; Grosche & Rothmund, 2026), bei der radikalen Rechten in den USA und in Großbritannien (Gest et al., 2018) oder den Niederlanden (Smeekes et al., 2021), aber auch in migrationsfeindlichen und rassistischen Einstellungen (de Vries & Hoffmann, 2018; Wohl et al., 2020; Behler et al., 2021), bei einer rechten politischen Selbstzuordnung (de Vries & Hoffmann, 2018) und bei der Zustimmung zur AfD (Grosche & Rothmund, 2026). Mit den Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2026 können wir diese Befunde nun anhand einer aktuellen, bevölkerungsrepräsentativen Befragung für Deutschland und im Hinblick auf die AfD-Präferenz überprüfen.

Die Verbreitung der regressiven Nostalgie und ihr Einfluss auf die Präferenz der AfD

Zur Überprüfung des Zusammenhangs von regressiver Nostalgie und Parteipräferenz steht uns in der LAS 2026 die von Grosche und Rothmund (2026) eingeführte Skala *Nostalgische Deprivation (ND-S)* zu Verfügung. Sie umfasst neun Einzelaussagen in den drei inhaltlichen Dimensionen Ungerechtigkeit, kollektive Wut und kollektive Nostalgie, die jeweils auf den Ebenen des Sozialen, des Politischen und des Ökonomischen abgefragt werden (Tab. 1). Da sie bisher nur in drei relativ kleinen Online-Stichproben eingesetzt worden ist, nutzen wir hier auch die Möglichkeit, die Skala statistisch zu überprüfen.

Die Eingangsfrage im Fragebogen der LAS 2026 lautete: *Im Folgenden interessieren wir uns für Ihre persönliche Einschätzung dazu, wie sich die soziale, politische und wirtschaftliche Stellung von Leuten wie Ihnen im Vergleich zu früher verändert hat. In welchem Ausmaß treffen die nachfolgenden Aussagen auf Sie zu?* In Tabelle 1 sind die Zustimmungswerte zu den neun

Tabelle 1: Antwortverteilung für den Fragebogen »nostalgische Deprivation« (in %)

		stimme überhaupt nicht zu				stimme voll und ganz zu	Mittelwert
		1	2	3	4	5	
Ungerechtigkeit	1. Im Vergleich zu früher genießen Leute wie ich heute weniger Ansehen als uns zusteht.	29,7	19,6	31,2	14,1	5,4	2,46
	2. Verglichen mit früher werden Leute wie ich heutzutage systematisch von der Politik benachteiligt.	25,1	19,8	28,4	17,6	9,1	2,66
	3. Es ist unfair, dass Leute wie ich im Vergleich zu früher an Wohlstand verloren haben.	24,2	18,3	27,8	20,3	9,4	2,72
kollektive Wut	4. Es ärgert mich, dass Leute wie ich in unserer Gesellschaft nicht mehr den gleichen Respekt erhalten wie früher.	24,1	18,4	25,4	21,2	10,9	2,77
	5. Es macht mich wütend, dass Leute wie ich heutzutage schlechter von Politikern behandelt werden als früher.	25	18,6	27,2	18,7	10,5	2,72
	6. Es ärgert mich, dass Leute wie ich uns für Dinge abrackern müssen, die früher für uns selbstverständlich waren.	22,3	18	28,5	20	11,2	2,8
kollektive Nostalgie	7. Ich sehne mich nach den Zeiten, in denen Leute wie ich stärker respektiert und geachtet wurden.	23,3	17,7	25,6	21,5	11,9	2,81
	8. Ich wünsche mir die Zeit zurück, in der Politiker sich noch um die Bedürfnisse und Belange von Leuten wie mir gekümmert haben.	17,6	13,5	25,5	24,5	18,9	3,14
	9. Ich empfinde Sehnsucht beim Gedanken daran, welche wirtschaftlichen Vorteile Leuten wie mir früher zustanden.	23,2	17,3	31,7	18	9,8	2,74

Aussagen sowie die Mittelwerte abzulesen. Bis auf die vorletzte erfahren die Aussagen etwas mehr Ablehnung als Zustimmung – der Mittelwert auf einer Skala von 1 bis 5 liegt zwischen 2,46 und 3,14. Insgesamt aber bestätigt sich für die deutsche Stichprobe der Befund von de Vries und Hoffmann (2018), dass große Teile der europäischen Bevölkerung diesen Formen der Nostalgie etwas abgewinnen können.

Die Überprüfung der Skala führte zu folgendem Ergebnis: Das Cronbachs Alpha beträgt $\alpha = .95$, das McDonalds Omega ebenfalls $\omega = .95$. Die interne Konsistenz der Skala ist damit sehr gut. Eine explorative Faktorenanalyse ergab einen einzigen Faktor, auf den alle Items ähnlich stark luden. Dies legt nahe, dass es sich um ein eindimensionales Konstrukt handelt. Den Item-Formulierungen von Grosche und Rothmund (2026) folgend werden drei Dimensionen des Erlebens politischer, ökonomischer und sozialer Deprivation gemessen: Ungerechtigkeit, kollektive Wut und kollektive Nostalgie (Tab. 1). Mit einer konfirmatorischen Faktorenanalyse konnten wir diese Struktur für die Stichprobe der LAS 2026 bestätigen. Der Fragebogen kann damit sowohl als Gesamtskala als auch mit diesen drei Dimensionen einzeln verwendet werden. Im nächsten Abschnitt prüfen wir zunächst den Zusammenhang zwischen regressiver Nostalgie und anderen Konstrukten sowie der Parteipräferenz auch für die Einzeldimensionen.

Ergebnisse

Zuerst betrachten wir, wie sich das Vorkommen der regressiven Nostalgie nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen unterscheidet (zur Soziodemografie s. Tab. 1 in Kap. 2). Im Folgenden verwenden wir entweder einen Cut-Off-Wert (≥36), um die durchschnittliche Zustimmung zur regressiven Notalgie in Prozent anzugeben, oder einen Summenwert aus den Items je Einzeldimension der Skala »nostalgische Deprivation«.[3]

Insgesamt ist die regressive Nostalgie bei jedem sechsten Befragten anzutreffen (15 %), wobei deutliche Unterschiede entlang ausgewählter soziodemografischer Merkmale auffallen. Bei Älteren, in niedrigen Einkommens-

3 Für die multivariate Analyse verwenden wir die Gesamtskala, da die getrennte Berücksichtigung der stark miteinander korrelierten Einzeldimensionen die Ergebnisse der Regressionsanalyse verzerren würde (das Pearsons r als Zusammenhangsmaß der Einzeldimensionen liegt zwischen .78 und .87).

gruppen, bei Ostdeutschen und Befragten ohne Abitur finden wir die aggressive Ausprägung der Nostalgie signifikant häufiger als bei Jüngeren, in der höchsten Einkommensgruppe, bei Westdeutschen und Befragten mit Abitur.

Tabelle 2: Anteil der regressiven Nostalgie in verschiedenen Bevölkerungsgruppen (ausgewählte soziodemografische Merkmale; in %)

		regressive Nostalgie
Geschlecht	männlich	15,3
	weiblich	14,7
Altersgruppen**	16–30 Jahre	6,3
	31–60 Jahre	16,5
	ab 61 Jahre	18,1
Einkommensgruppen**	bis 1.250 €	18
	1.251 bis 2.000 €	15,4
	2.001 bis 3.000 €	16,4
	ab 3.000 €	11,3
Region**	Ost	18,6
	West	14,1
Bildungsgrad**	ohne Abitur	17,9
	mit Abitur	7,9

Signifikante Unterschiede getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Zur Vorbereitung unserer vertiefenden Analyse ist nun von Interesse, ob sich die regressive Nostalgie von den in den Leipziger Autoritarismus Studien standardmäßig eingesetzten Maßen für wirtschaftliche und politische Deprivation abgrenzen lässt und wie stark sie miteinander korrelieren, denn immerhin beziehen sich die Nostalgie-Items (Tab. 1) auf wirtschaftliche und politische Zustände in der Vergangenheit. Darüber hinaus verwenden wir die Variable »rechtsextreme Einstellung« aus unserem Fragebogen als Summenscore (s. Kap. 2), da der internationale Forschungsstand einen engen Zusammenhang nahelegt. In Tabelle 3 sind die Korrelationsmaße für vier Konstrukte abgebildet. Es zeigt sich: Sowohl die politische als auch die individuelle wie kollektive wirtschaftliche Deprivation korrelieren eindeutig, aber nicht übermäßig stark mit regressiver Nostalgie. Der Zusammenhang von rechtsextremer Einstellung und regressiver Nostalgie ist dagegen sehr deutlich: Der Korrelationskoeffizient von r = .54 zeigt einen

starken Zusammenhang an. Auffällig ist, dass die kollektive wirtschaftliche Deprivation – also die Wahrnehmung, dass die deutsche Ökonomie insgesamt schwächelt – am engsten mit der regressiven Nostalgie verbunden ist. Inhaltlich naheliegend ist, dass die individuelle wirtschaftliche Deprivation etwas stärker mit Ungerechtigkeit als mit den beiden anderen Dimensionen zusammenhängt. Ungerechtigkeit korreliert zudem etwas weniger stark mit einer rechtsextremen Einstellung, kollektive Nostalgie am stärksten. Kollektive Wut und kollektive Nostalgie gehen zudem mit politischer Deprivation einher, und diese Verbindung ist wieder etwas enger. Einen ähnlich engen Zusammenhang finden wir auch zwischen regressiver Nostalgie und der aktivistischen Apokalypse, also der Wunschzeit nicht in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft. Zwischen beiden Fluchtbewegungen aus der Gegenwart, die jeweils mit autoritären Aggressionen verbunden sind, besteht ein starker positiver Zusammenhang.

Tabelle 3: Zusammenhangsmaße regressive Nostalgie und Deprivation, rechtsextreme Einstellung und aktivistische Apokalypse (Korrelationskoeffizienten)

	Gesamtskala	Ungerechtigkeit	kollektive Wut	kollektive Nostalgie
politische Deprivation	.27**	.33**	.38**	.38**
individuelle wirtschaftliche Deprivation	.24**	.24**	.23**	.21**
kollektive wirtschaftliche Deprivation	.38**	.25**	.26**	.26**
rechtsextreme Einstellung	.54**	.47**	.52**	.54**
aktivistische Apokalypse	.38**	.32**	.34**	.35**

Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05, **p < .01

Ein genauerer Blick zeigt, dass die sechs Dimensionen der rechtsextremen Einstellung, die wir in jeder Erhebungswelle abfragen, zwar unterschiedlich, aber jeweils stark mit regressiver Nostalgie korrelieren. Die beiden Dimensionen des Ethnozentrismus »Ausländerfeindlichkeit« und »Chauvinismus« erreichen hier noch höhere Werte als die vier Dimensionen der Neo-NS-Ideologie (Tab. 4). Dieses Muster wiederholt sich auf der Ebene der drei Einzeldimensionen der regressiven Nostalgie, wobei der Zusammenhang von »Ungerechtigkeit« und den Dimensionen der rechtsextremen Einstellung etwas loser ist.

Tabelle 4: Zusammenhangsmaße regressive Nostalgie und Dimensionen der rechtsextremen Einstellung (Korrelationskoeffizienten)

	regressive Nostalgie
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	.44**
Antisemitismus	.44**
Sozialdarwinismus	.41**
Verharmlosung des Nationalsozialismus	.40**
Chauvinismus	.52**
Ausländerfeindlichkeit	.48**

Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05, **p < .01

Im nächsten Schritt sehen wir uns an, wie die regressive Nostalgie über die Anhängerinnen und Anhänger verschiedener Parteien verteilt ist (Tab. 5). Passend zu unseren Ausgangsüberlegungen sind die Werte in der potenziellen AfD-Wählerschaft am höchsten (3,29). Mit knappem Abstand folgen die Anhängerinnen und Anhänger der Freien Wähler (3,22) und mit größerem Abstand die der FDP, des BSW sowie die Befragten, die sich aus verschiedenen Gründen für keine bestimmte Partei ausgesprochen haben (allerdings sind sie alle nicht signifikant von der Gruppe mit AfD-Präferenz unterschieden). Mit deutlichem und zu den bisher genannten Gruppen signifikantem Abstand ist die potenzielle Wählerschaft der Grünen am wenigsten nostalgisch (2,03), gefolgt von jener der Linken (2,37). Der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen (Grüne und Linke) ist wiederum statistisch nicht signifikant. Wer die Grünen wählen würde, unterscheidet sich jedoch signifikant von jenen Befragten, die die CDU/CSU und die SPD favorisieren, während die Unterschiede zwischen der Linken und der CDU/CSU sowie der SPD nicht signifikant ausfallen. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die drei Einzeldimensionen.

Um den Zusammenhang zwischen AfD-Präferenz und regressiver Nostalgie näher zu untersuchen und weitere für die Parteipräferenz relevante Variablen zu berücksichtigen, haben wir zudem eine logistische Regression gerechnet. Dabei bildet die AfD-Präferenz (Sonntagsfrage) die dichotome abhängige Variable (ja oder nein). Wir prüfen, wie verschiedene Variablen mit der Wahrscheinlichkeit zusammenhängen, dass die abhängige Variable – in unserem Fall die Präferenz für die AfD – den Wert 1 annimmt. Die Ergebnisse werden als sogenannte Odds angegeben (engl. für Quoten);

Tabelle 5: Regressive Nostalgie und Parteipräferenz (Mittelwerte)*

	CDU/CSU (*N* = 355)	**SPD** (*N* = 205)	**Die Grünen** (*N* = 173)	**FDP** (*N* = 42)	**AfD** (*N* = 324)	**Die Linke** (*N* = 140)	**Freie Wähler** (*N* = 47)	**BSW** (*N* = 43)	**andere** (*N* = 59)	**weiß nicht** (*N* = 144)	**keine Angabe** (*N* = 396)	**geht nicht wählen** (*N* = 258)	**weiß nicht, ob wählen** (*N* = 227)	**nicht wahlberechtigt** (*N* = 87)
regressive Nostalgie	2,64	2,56	2,03	2,88	3,29	2,37	3,22	2,82	2,33	2,63	2,89	2,82	2,85	2,73
Ungerechtigkeit	2,49	2,46	1,99	2,73	3,08	2,25	3,02	2,7	2,18	2,54	2,74	2,68	2,69	2,68
kollektive Wut	2,63	2,56	2,02	2,98	3,32	2,35	3,31	2,81	2,3	2,63	2,89	2,84	2,85	2,73
kollektive Nostalgie	2,8	2,69	2,08	2,94	3,48	2,51	3,33	2,98	2,52	2,77	3,04	2,95	3,01	2,82

* Eine Varianzanalyse (ANOVA) ergab statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen. Die Gruppe »ungültig« wurde aufgrund der geringen Fallzahl (*N* = 7) ausgeschlossen. Weil die Bedingung der Varianzhomogenität verletzt ist, wurde zur Überprüfung der Unterschiede der Games-Howell-Test verwendet.

mit ihnen beschreiben wir die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten eines Ereignisses in einer Gruppe (in unserem Fall: Präferenz für die AfD). Werte über 1 sprechen für eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die AfD gewählt wird, wenn das Merkmal vorliegt (z. B. Geschlecht männlich), Werte unter 1 für eine niedrigere Wahrscheinlichkeit (z. B. Geschlecht weiblich). Neben der politischen und wirtschaftlichen Deprivation werden in den Modellen soziodemografische Variablen berücksichtigt (Bildung, Geschlecht, Alter, Haushaltsäquivalenzeinkommen, Wohnort in Ost oder West, Arbeitslosigkeit, Selbstbezeichnung als Arbeiter und subjektive Schichtzuordnung). Zusätzlich wurden die Variablen auf Multikollinearität geprüft; als Robustheitscheck haben wir zudem ein zweites Modell gerechnet, in dem die Befragten, die angaben, nicht zur Wahl zu gehen, ausgeschlossen wurden. Dieses Modell zeigte ähnliche Ergebnisse.

Tabelle 6: Regressive Nostalgie und AfD-Präferenz (logistische Regression)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
regressive Nostalgie	1,714**	1,59**	1,392**
	(9,15)	(7,32)	(4,79)
Geschlecht (weiblich)		0,445**	0,417**
		(6,12)	(6,4)
Wohnort (Westdeutschland)		0,463**	0,463**
		(5,37)	(5,2)
Alter (älter)		0,929	0,92*
		(1,89)	(2,03)
Bildung (Abitur)		0,582**	0,605**
		(3,16)	(2,82)
arbeitslos (ja)		0,983	1,143
		(0,05)	(0,4)
Haushaltsäquivalenzeinkommen		1,03	1,023
		(0,94)	(0,71)
Arbeiter (nein)		0,536**	0,544**
		(4,15)	(3,94)
subjektive Schichtzuordnung		1	1,011
		(0)	(0,14)
politische Deprivation			0,99
			(0,24)
kollektive Deprivation			1,695**
			(6,33)
individuelle Deprivation			0,908
			(1,12)
Pseudo R^2	0,0475	0,1059	0,132
N	2.481	2.369	2.254

Pearsons Chi-Quadrat; *p < .05, **p < .01

Das erste Modell enthält zunächst nur die regressive Nostalgie als unabhängige Variable (Tab. 6). Mit jedem Anstieg der regressiven Nostalgie um einen Skalenpunkt (von 1 bis 5) steigt die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, um 71 % (OR = 1,71). Der Einfluss der regressiven Nostalgie verringert sich aber unter Berücksichtigung weiterer Variablen in den folgenden Modellen. Modell 2 berücksichtigt soziodemografische Merk-

male. Die Wahrscheinlichkeit, bei vorliegender regressiver Nostalgie die AfD zu wählen, geht nun geringfügig zurück. So haben Frauen unter sonst gleichen Bedingungen der weiteren im Modell berücksichtigten Variablen eine um 55,5 % niedrigere Wahrscheinlichkeit als Männer, die AfD zu präferieren. Ähnlich hoch ist der Effekt bei einem Wohnort in Westdeutschland sowie für die Variable Bildung bzw. Abitur. Alter, Arbeitslosigkeit, Haushaltsäquivalenzeinkommen und Selbstzuordnung zu sozialen Schichten weisen dagegen keinen statistisch signifikanten Zusammenhang mit der AfD-Präferenz auf.

Im Modell 3 berücksichtigen wir weitere Facetten des Deprivationserlebens: Die politische Deprivation und das Gefühl, dass sich die eigene wirtschaftliche Lage verschlechtere, zeigen keinen statistisch signifikanten Zusammenhang mit der AfD-Präferenz – im Gegensatz zur kollektiven Deprivation, also zur Wahrnehmung, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland insgesamt schlecht sei. Je Skalenpunkt erhöht sich bei dieser Variablen *ceteris paribus*[4] die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, um 69,5 %. Der Zusammenhang von regressiver Nostalgie und AfD-Präferenz bleibt auch hier bestehen. Die Wahrscheinlichkeit einer AfD-Präferenz erhöht sich mit jedem zusätzlichen Skalenpunkt der regressiven Nostalgie um 39 % (OR = 1,39), sofern die anderen Variablen im Modell konstant gehalten werden. Insgesamt können wir also festhalten: Der Zusammenhang zwischen regressiver Nostalgie und AfD-Präferenz bleibt auch unter Kontrolle der berücksichtigten Variablen statistisch signifikant.

Fazit

Durch den gesellschaftlichen, sozialen, politischen und technologischen Wandel verlieren Menschen notwendigerweise immer auch etwas – und manche mehr als andere. Doch während die moderne Gesellschaft rasante Veränderungen auf vielen Ebenen durchläuft, finden viele Gesellschaftsmitglieder offenbar nicht mehr genügend Angebote zur Verarbeitung der mit den Veränderungen verbundenen psychosozialen Verlusterfahrungen vor: Die kulturellen Formen des *Containments* sind nicht intakt; es fehlt an allgemein zugänglichen Möglichkeiten, das Schwere und Enttäuschende als kollektiv aufgehoben zu erleben, zu transformieren und sich als ein

4 D. h. unter Konstanthaltung der weiteren im Modell berücksichtigten Variablen.

Individuum zu erleben, das mit den Rückschlägen des Lebens umgehen kann. Die extreme Rechte, die sich mit großem Erfolg darauf spezialisiert hat, grundlegende menschliche Bedürfnisse zu adressieren und mit falschen Versprechungen für den eigenen Machtanspruch zu instrumentalisieren, nutzt diese gärenden, bitteren und aggressiven Verlustempfindungen, die wir hier als regressive Nostalgie gefasst haben. Ihr Umgang mit der Geschichte, der ohnehin vom Wahrheitsanspruch wenig hält, arbeitet hier mit einem zugespitzten Vergleich zwischen einer angeblich idealen Vergangenheit und einer abgewirtschafteten Gegenwart.

Zu Beginn dieses Kapitels haben wir skizziert, dass in der Fachliteratur schon seit einiger Zeit ein Einfluss der Nostalgie auf eine rechtsextreme Parteipräferenz vermutet wurde. Unsere Daten und Analysen bestätigen diese These nicht nur, sondern differenzieren sie aus. Insgesamt lässt sich festhalten: Die regressive Nostalgie erhöht die Wahrscheinlichkeit, die AfD unter allen Parteien zu favorisieren. Dieser Effekt schwächt sich allerdings ab, wenn weitere Faktoren berücksichtigt werden. So sehen wir, dass Männer und Frauen zwar etwa gleich hohe Nostalgiewerte erreichen, die Wahrscheinlichkeit, die extrem rechte AfD zu wählen, jedoch bei nostalgischen Männern deutlich höher liegt. Noch auffälliger ist eine andere Diskrepanz: Während sich unter den Älteren mehr regressive Nostalgie ausgebreitet hat, ist bei jenen mit höherem Lebensalter die Wahrscheinlichkeit, für die AfD zu stimmen, geringer. Andere Faktoren, insbesondere niedrige Bildung oder ein Wohnort in Ostdeutschland, ändern jedoch nichts am Zusammenhang zwischen AfD-Präferenz und Nostalgie. Vorsichtig formuliert, sind reale Verluste also tatsächlich mit regressiver Nostalgie und diese wiederum mit einer autoritären Politikerwartung verbunden.

So fällt bei einer Betrachtung der deskriptiven Ergebnisse erstens auf, dass die regressive Nostalgie in schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen stärker um sich gegriffen hat, zum Beispiel unter Menschen mit niedrigerem Bildungsgrad oder einem geringen Einkommen. Allerdings ist die Einschätzung der *eigenen* wirtschaftliche Lage dabei schwächer mit der regressiven Nostalgie assoziiert als die der *nationalen* wirtschaftlichen Lage. Hier kommt also neben der objektiven Benachteiligung – dem messbaren Mangel an Ressourcen – auch eine Form des Wirtschaftschauvinismus zum Tragen. Dies deckt sich mit unserem Konzept des »sekundären Autoritarismus« (Decker, 2019), das eine autoritäre Dynamik beschreibt, die an die Stelle einer menschlichen Autorität die deutsche Wirtschaft setzt. Und wie

bei jeder autoritären Unterwerfung ist auch hier die projektive Aggression die Kehrseite der Identifikation mit der Macht und Überlegenheit der gewählten Autorität.

Zweitens ist relevant, dass der Anteil regressiver Nostalgiker mit dem Alter zunimmt. Das überrascht nicht, nehmen doch auch die Verlusterfahrungen mit den Lebensjahren zu. Ebenso entspricht der höhere Anteil in Ostdeutschland den Erwartungen, da der Einschnitt der Wende und die Transformationserfahrungen eine negative Bilanz von Gewinn und Verlust wahrscheinlicher machen. Außerdem ist der Anteil der unter 30-Jährigen im Osten deutlich geringer als im Westen, der Anteil der über 61-Jährigen dagegen deutlich höher.

Drittens geben die deskriptiven Daten schon einen Hinweis auf den Zusammenhang von regressiver Nostalgie und einer Präferenz für die AfD: Die Anhänger demokratischer Parteien stimmen den Items des Fragebogens »nostalgische Deprivation« seltener zu als die der AfD (Tab. 5). Auch dieser Befund ist erwartungskonform, denn auch die Dimensionen der rechtsextremen Einstellung hängen eng mit regressiver Nostalgie zusammen (Tab. 4). Der Wunsch nach nationaler Größe und Stärke Deutschlands (»Chauvinismus«) und die Abwertung von Fremden (»Ausländerfeindlichkeit«) sind unter Nostalgikern am stärksten ausgeprägt. Die im Ethnozentrismus zum Ausdruck kommende Sehnsucht nach einer homogenen und widerspruchsfreien Volksgemeinschaft bestätigt das regressive Moment dieser Nostalgie. Da der Ethnozentrismus neben der Neo-NS-Ideologie eines der Hauptmotive der AfD-Propaganda ist, kann er als ›Einstiegsdroge‹ in den Rechtsextremismus fungieren, trägt aber auch das NS-Erbe in sich.

Unsere Regressionsanalyse gestattet es, diese Ansprechbarkeit der verschiedenen Bevölkerungsgruppen für faschistische Propaganda näher zu bestimmen. Der Einfluss der wahrgenommenen nationalen wirtschaftlichen Lage bei gleichzeitig bestehender regressiver Nostalgie hat den größten Einfluss auf die Wahlpräferenz für die AfD. Dies deutet auf eine psychodynamische Verstärkung der regressiven Gegenwartsverarbeitung durch die Gefühlserbschaft des NS hin. Denn die besondere Funktion der Rückversicherung von nationaler Größe und Geltung erwarben die bundesdeutsche Wirtschaft und ihr Wachstum unmittelbar im postnationalsozialistischen Deutschland (Decker, 2019) als Folge der Unfähigkeit, den Verlust nationaler Größenphantasien der NS-Ideologie zu betrauern, weil dem zunächst eine Anerkennung von Schuld hätte vorausgehen müssen

(Mitscherlich & Mitscherlich, 1967). Die ersehnten ›goldenen 1950 Jahre‹ Deutschlands sind daher mit dem Erbe der NS-Herrenideologie aufgeladen. Das Wirtschaftswachstum und die manische Aktivität dieser Jahre waren behilflich, die Ermordung der europäischen Juden durch Deutsche zu verdrängen. Die regressive Nostalgie ist in Deutschland sehr wahrscheinlich auch ein unbewusster Ausdruck eines Fortwirkens der NS-Volksgemeinschaft und daher einer Wiederkehr des Verdrängten – so wie auch ihr scheinbares Gegenstück: der Versuch, das Geschehene durch zwanghafte Verpflichtung auf Wachstum und Transformation aus dem Bewusstsein zu verdrängen.

Wir konnten in diesem Kapitel anhand der Daten der LAS 2026 zeigen, dass regressive Nostalgie mit einer Präferenz für die AfD zusammenhängt, aber auch auf relevante Abweichungen von dieser Erwartung hinweisen. Aus unseren Befunden ergeben sich praktische Implikationen. Die Gegenwartsgesellschaft braucht Mechanismen, um Verluste zu verarbeiten. Aktuell ist es vor allem die AfD, die sich diese Lücke zunutze macht, indem sie eine ›Schiefheilung‹ anbietet. Damit gelingt es ihr, die Nostalgie auf politischer Ebene in ihrer regressiven Form zu einem Mobilisierungsinstrument zu machen. Von ihrer rechtsextremen Agenda sind jedoch noch nicht einmal die versprochenen wiederherstellenden Folgen zu erwarten, auch keine konservativen, sondern lediglich destruktive. Die demokratischen Bewegungen und Parteien sollten daher darauf achten, die Verrechnungskosten nicht zu verleugnen, die der auch von ihnen angestrebte Wandel mit sich bringt. Auch dem Imperativ des dauerhaften Wandels kann noch etwas von der Verleugnung durch rastlos getriebene Tätigkeit beigemischt sein, die die 1950er Jahre in Deutschland bestimmte. Dafür braucht es ein größeres Bewusstsein. Daher ist es wichtig, eine politische Kultur zu etablieren, in der Raum ist, Verluste zu benennen und zu betrauern, um ihnen eine konstruktive Wendung zu geben und sie für eine Politik wirksam zu machen, die nicht auf autoritären Bedürfnissen basiert.

Literatur

Adorno, T. W. (1955). Nach einem Vierteljahrhundert. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften, Bd. 18* (S. 548–551). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Arnold-Forster, A. (2025). *Nostalgia. A History of a Dangerous Emotion*. London: Picador.
Bauman, Z. (2017). *Retrotopia*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Behler, A. M. C., Cairo, A., Green, J. D. & Hall, C. (2021). Making America Great Again? National Nostalgia's Effect on Outgroup Perceptions. *Frontiers in Psychology*, *12*, 555667.

Boym, S. (2008). *The Future of Nostalgia*. New York: Basic Books.

Bubich, O. (2025). Nostalgie als Waffe. Wie Russland Geschichte benutzt, um Krieg zu führen. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, *11*, 75–84.

Cassin, B. (2023). *Nostalgie. Wann sind wir wirklich zuhause?* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Celik, K., Decker, O. & Brähler, E. (2020). Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 149–175). Gießen: Psychosozial.

Decker, O. (2019). Secondary authoritarianism – the economy and right-wing extremist attitudes in contemporary Germany, *Journal of Psychosocial Studies, 12*(1–2), 203–2013.

Decker, O. & Kiess, J. (2013). Moderne Zeiten. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Die »Mitte«-Studie der Universität Leipzig 2012* (S. 13–64). Gießen: Psychosozial.

Decker, O., Rothe, K., Weissmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2013). Economic Prosperity as »Narcissistic Filling«. A Missing Link Between Political Attitudes and Right-wing Authoritarianism. *International Journal of Conflict and Violence*, *7*(1), 135–149. DOI: 10.4119/ijcv-2969

Decker, O., Weissmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Die »Mitte«-Studie der Universität Leipzig 2010*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

de Vries, C. E. & Hoffmann, I. (2018). *The Power of the Past. How Nostalgia Shapes European Public Opinion* (eupinions #2018/2). Bielefeld: Bertelsmann Stiftung.

Fromm, E. (1937). Zum Gefühl der Ohnmacht. *Zeitschrift für Sozialforschung*, *6*(1), 95–118.

Gerschmann, K.-H. (1975). Johannes Hofers Dissertation »De Nostalgia« von 1688. *Archiv für Begriffsgeschichte*, *19*, 83–88.

Gest, J., Reny, T. & Mayer, J. (2018). Roots of the Radical Right. Nostalgic Deprivation in the United States and Britain. *Comparative Political Studies*, *51*(13), 1694–1719.

Grosche, C. & Rothmund, T. (2026). Yesterday, all our troubles seemed so far away—(Re)conceptualizing nostalgic deprivation as a predictor for radical-right support. *Political Psychology*, *47*(2), e70057.

Hochschild, A. R. (2016). *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*. New York: New Press.

Hofer, J. (1688). *De Nostalgia*. Basel: Bertschius.

Kiess, J., Decker, O. & Brähler, E. (2015). Die Wählerinnen und Wähler von AfD und NPD – Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus. Die »Mitte«-Studie der Universität Leipzig 2014* (S. 83–104). Gießen: Psychosozial.

Kiess, J., Dilling, M., Heller, A. & Brähler, E. (2024). Soziale Ungleichheit, Deprivation, sozialräumlicher Kontext und rechtsextreme Einstellung. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 101–131). Gießen: Psychosozial.

Kotwas, M. & Kubik, J. (2022). Beyond »Making Poland Great Again«. Nostalgia in Polish Populist and Non-populist Discourses. *Sociological Forum*, *37*(S1), 1360–1386.
Lammers, J. & Baldwin, M. (2020). Make America gracious again. Collective nostalgia can increase and decrease support for right-wing populist rhetoric. *European Journal of Social Psychology*, *50*(5), 943–954.
Leistner, A. & Böcker, J. (2021). »Im Osten geht die Sonne auf«. Nostalgie als soziologische Erklärung der Gegenwart von Vergangenheit in Ostdeutschland? *Zeithistorische Forschungen – Studies in Contemporary History, 18*(1), 133–139.
Löwenthal, L. (1990 [1948]). *Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Mitscherlich, A. & Mitscherlich, M. (1967). *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens.* München: Piper.
Mudde, C. (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition 39*(4), 541–563.
Müller, J.-W. (2016). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Redecker, E. V. (2020). Ownership's Shadow. Neoauthoritarianism as Defense of Phantom Possession. *Critical Times, 3*, 33–67.
Sabrow, M. (2021). Nostalgie als historisches Zeit-Wort. *Zeithistorische Forschungen – Studies in Contemporary History, 18*(1), 140–150.
Schmidt, S. W. (2023). *Nostalgie oder der flüchtige Duft der Heimat*. Wien: Passagen.
Smeekes, A., Wildschut, T. & Sedikides, C. (2021). Longing for the »good old days« of our country. National nostalgia as a new master-frame of populist radical right parties. *Journal of Theoretical Social Psychology*, *5*(2), 90–102.
Taggart, P. (2004). Populism and representative politics in contemporary Europe. *Journal of Political Ideologies*, *9*(3), 269–288.
Toniolo, G. (1998). Europe's Golden Age, 1950–1973. Speculations from a Long-Run Perspective. *The Economic History Review, 51*(2), 252–267.
Türcke, C. (2006). *Heimat. Eine Rehabilitierung.* Springe: zu Klampen.
Vobruba, G. (2020). Einfachdenken in der komplexen Gesellschaft. Das Volk, die repräsentative Demokratie und der Populismus. In M. Endreß, S. Nissen & G. Vobruba (Hrsg.), *Aktualität der Demokratie. Strukturprobleme und Perspektiven* (S. 105–155). Weinheim: Beltz Juventa.
Vobruba, G. (2024). *Das Verschwörungsweltbild. Denken gegen die Moderne*. Weinheim: Beltz Juventa.
Wistuba, F. W. (2025). *National Nostalgia. How the political right exploits the yearning for the ›good old days‹.* Bielefeld: Universität Bielefeld.
Wohl, M. J. A., Stefaniak, A. & Smeekes, A. (2020). Longing is in the memory of the beholder. Collective nostalgia content determines the method members will support to make their group great again. *Journal of Experimental Social Psychology*, *91*, 104044.

5. Hostiler Sexismus und Antifeminismus – autoritäre Abwehrreaktion und antidemokratisches Gefahrenpotenzial

Johanna Niendorf, Julia Dresselhaus, Gert Pickel & Ayline Heller

Gewalt gegen Frauen stellt in Deutschland ein wachsendes gesamtgesellschaftliches Problem dar. So verzeichnet etwa das Bundeskriminalamt regelmäßig neue Höchststände häuslicher Gewalt mit überwiegend weiblichen Betroffenen. Geschlechtsspezifische Gewalt nimmt allerdings nicht nur in diesem Bereich zu, sondern auch im digitalen Raum, im Kontext frauenfeindlicher Hasskriminalität (BKA, 2025) sowie antifeministischer Vorfälle (Meldestelle Antifeminismus, 2026). Ein Erklärungsansatz für diese Gewalt liegt in der Ablehnung der Gleichberechtigung der Geschlechter, die von den (überwiegend männlichen) Tätern als Bedrohung traditioneller Rollenbilder aufgefasst wird, während ihnen die Emanzipation von Frauen als Gefahr für die ›natürliche Ordnung‹ erscheint (Schnabel et al., 2022) – womit eine Ordnung mit männlicher Hegemonie gemeint ist. Im Antifeminismus werden diese Vorstellungen mit dem politischen Ziel verknüpft, die alte Geschlechterordnung zu verteidigen. Geschlechtsspezifische Gewalt übernimmt dabei eine Doppelrolle: Einerseits greifen antifeministische Akteure Maßnahmen und Einrichtungen gezielt an, die dem Schutz gegen Gewalt an Frauen dienen; andererseits nutzen sie Gewalt und Drohungen selbst als Mittel der Einschüchterung.

Neben Antifeminismus als politischer Ideologie tragen auch alltägliche sexistische Einstellungen zur Legitimierung von Gewalthandlungen bei. Die Studie *Sexismus am Arbeitsplatz* liefert erstmals repräsentative Daten zu Ausmaß, Erscheinungsformen und Folgen von Sexismus im deutschen Arbeitskontext (Giardina et al., 2026). 63 % der Befragten berichten von sexistischen Erfahrungen, wobei insbesondere Frauen, trans- und intergeschlechtliche sowie nicht-binäre Personen betroffen sind, aber auch jeder zweite Mann. Sexismus geht dabei überwiegend von Männern aus, häufig

im Zusammenspiel mit weiteren Diskriminierungsdimensionen. Während die Mehrheit der Befragten Sexismus als System begreift, das die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verstärkt, versteht ihn ein Viertel als eine Ideologie, die Männer benachteiligt (ebd.). Dieser Befund verweist auf verschiedene Sichtweisen in der Gesellschaft, die es notwendig machen, sexistische Einstellungen in ihrer politischen Dimension zu erfassen, aus denen sich zwar das Verhalten nicht unmittelbar vorhersagen lässt, die aber eine Voraussetzung dafür sind.

Bereits in der Ausblendung und Verleugnung fortbestehender struktureller Ungleichheiten kommt die Abwertung von Frauen zum Ausdruck. So verstehen wir Antifeminismus und Sexismus als umfassende und sich wandelnde Einstellungsmuster, aber auch als problematische gesellschaftliche Symptome – und damit als Verarbeitungsformen sozialer Krisen und Konflikte, ökonomischer Prekarität und Ungleichheit sowie der Infragestellung tradierter (Geschlechter-)Ordnungen. Besonders in Zeiten großer Umbrüche können klare Geschlechterrollen unter bestimmten Bedingungen ein Gefühl von Orientierung und Stabilität vermitteln. Zugleich können sie mit der Imagination einer besseren Vergangenheit verknüpft werden, in der die Rollenverteilung klar geregelt war.

Vor diesem Hintergrund untersuchen wir die Frage, *wie verbreitet antifeministische und sexistische Einstellungen in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen sind, was die Zustimmungsbereitschaft begünstigt und welches demokratiegefährdende Gewaltpotenzial damit einhergeht.* In dieser Erhebungswelle der LAS setzten wir dazu einen neuen Sexismus-Fragebogen ein. Die bisher verwendeten Items zu traditionellem Sexismus führten immer wieder zu Kritik, da sie modernisierte Sexismusformen nicht erfassen konnten. Um das sexistische Einstellungsmuster differenzierter abzubilden, greifen wir in diesem Kapitel auf das Konzept des *ambivalenten Sexismus* zurück und nutzen eine Teilauswahl der zugehörigen Skalen (Glick & Fiske, 1996). Wir konzentrieren uns dabei auf den *hostilen* (d. h. feindseligen) Sexismus und seine Zusammenhänge mit antifeministischen und autoritären Orientierungen, weil wir davon ausgehen, dass hostiler Sexismus den Nährboden für eine erhöhte Gewaltakzeptanz und -bereitschaft gegenüber Frauen bereitet. Ausgehend von der Orientierung an einer traditionellen Geschlechterordnung untersuchen wir einige psychosoziale Hintergründe sexistischer und antifeministischer Einstellungen. Dabei interessiert uns, inwiefern sie mit der Vorstellung verknüpft sind, eine bessere Vergangenheit verloren zu haben *(regressive Nostalgie*, s. Kap. 4*)* sowie mit

dem Wunsch nach Widerspruchsfreiheit *(Ambiguitätsintoleranz)*, also einem Schwarz-Weiß-Denken. Zunächst nehmen wir eine theoretische Einordnung des *ambivalenten Sexismus* vor, stellen seine Verbindung zum Antifeminismus und Autoritarismus dar und diskutieren anschließend unsere empirischen Ergebnisse.

Ambivalenter Sexismus und Ambiguitätsintoleranz

Im Rahmen der Leipziger Autoritarismus Studie wird die Dimension »Sexismus« bereits seit einem längeren Zeitraum erhoben;[1] die Erfassung des Antifeminismus dagegen begann erst 2020, womit eine Lücke in der Autoritarismusforschung geschlossen wurde. In diesem Jahr nehmen wir erstmals das Verhältnis dieser beiden Einstellungsdimensionen in den Blick und nutzen dafür einen neuen Sexismus-Fragebogen. Grafik 28 in Kapitel 2 zeigt die Entwicklungen der Zustimmungswerte zu antifeministischen Aussagen im Zeitverlauf. Grafik 29 gibt einen Überblick über die Zustimmungswerte zu hostilen sexistischen Einstellungen.

In unserem Verständnis des Sexismus-Begriffs haben wir uns bisher an Heitmeyer (2002) orientiert, nach dessen Definition Sexismus die Unterschiede zwischen den Geschlechtern betont, fixierte Geschlechterrollen zuschreibt und davon ausgeht, dass Männer Frauen überlegen sind (S. 20f.). Diese Konzeption wird als *klassischer* bzw. *traditioneller Sexismus* bezeichnet. Rollenzuweisungen haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert, ohne dass damit zwangsläufig ein Rückgang sexistischer Vorstellungen verbunden war. Bereits in den 1990er Jahren wurden sozialpsychologische Konzepte und Verfahren entwickelt, die verschiedene Formen von Sexismus differenzieren. In der Konzeption des *modernen Sexismus* wird auf die Leugnung fortgesetzter Diskriminierung von Frauen fokussiert (Swim & Cohen, 1997; Eckes & Six-Materna, 1998). Die *multidimensionale* Sexismuskonzeption verweist zudem auf die unterschiedliche Ausprägung sexistischer Einstellungen je nach Kontext und Lebensbereich (Ashmore et al., 1995).

Anders als *traditioneller* und *moderner* Sexismus unterscheidet das Konzept des *ambivalenten* Sexismus zwischen negativen, offen feindseligen

1 Die Dimension »Sexismus« wurde vorher schon in den Wellen 2006 und 2016, ab 2020 dann regelmäßig anhand von vier Items zu stereotypen Geschlechterrollen erhoben.

(Hostilität) und vermeintlich positiven, wohlwollenden Einstellungen (Benevolenz; Glick & Fiske, 1996). Für Glick und Fiske ist Sexismus von einer tiefen Ambivalenz geprägt, die sich in zwei – einander ergänzenden – Seiten derselben Ideologie ausdrückt: Im *hostilen Sexismus* werden (emanzipierte) Frauen als Bedrohung und Konkurrenz um Machtpositionen wahrgenommen; *benevolenter Sexismus* beschreibt eine paternalistische, vermeintlich wohlwollende Position gegenüber Frauen, solange sie konventionellen Rollenbildern entsprechen. Beide Dimensionen korrelieren miteinander und dienen als komplementäre Rechtfertigungen für Geschlechterungleichheit (ebd., S. 492). Die Ambivalenz, die bis zur Feindseligkeit gegenüber Frauen und Weiblichkeit reichen kann, lässt sich sozialpsychologisch aus dem hohen Maß an gegenseitiger Abhängigkeit von Frauen und Männern erklären, die insbesondere für Männer in geschlechterhierarchischen Gesellschaften, in denen sie eine dominante und vermeintlich autonome Position einnehmen, schwer auszuhalten ist (ebd.; Eckes & Six-Materna, 1999; Pohl, 2004).[2] Bereits die Psychoanalytikerin Else Frenkel-Brunswik hat in ihren Interviewanalysen in den *Studien zum autoritären Charakter* auf diese Abhängigkeits- und Ambivalenzkonflikte hingewiesen (Frenkel-Brunswik, 1950). Sie zeigte, dass der Typus der autoritären Persönlichkeit, den die Studien herausarbeiteten, unfähig ist, mit Ambivalenz – also emotionaler Zweideutigkeit und damit verbundenen inneren Konflikten – umzugehen, was sich in einer kognitiven Intoleranz gegenüber Ambiguität – also Mehrdeutigkeit – niederschlägt. In den Interviews wurde dies insbesondere in den Einstellungen gegenüber den Eltern und dem anderen Geschlecht deutlich und damit gegenüber jenen Menschen, von denen die Befragten früher oder zum Zeitpunkt des Interviews besonders abhängig waren. Hinter vorgeblicher Bewunderung beobachtete Frenkel-Brunswik tiefer liegende Ressentiments, die auf verleugnete emotionale Konflikte verwiesen (Frenkel-Brunswik, 1950, S. 391, 463). Sie prägte dafür den Begriff der *Ambiguitätsintoleranz*, übersetzbar etwa als das Nichtertragen von Mehrdeutigkeit, das stereotypes Denken, autoritäre Abwehrmechanismen und auf Spaltung basierende Weltbilder nötig macht

2 In geschlechterhierarchischen und heteronormativen Gesellschaften steht der männlichen strukturellen Macht eine weibliche dyadische Macht gegenüber, die sich aus interpersonalen Abhängigkeiten ergibt und Männer dazu zwingt, sich auf Frauen als Gebärende und für die Befriedigung sexueller Bedürfnisse zu verlassen (Guttentag & Secord, 1983; Glick & Fiske, 1996, S. 492).

(Frenkel-Brunswik, 1949). Unter Rückgriff auf die Analysen Frenkel-Brunswiks beschreiben Nadler und Morrow (1959) die Ambivalenz sexistischer Einstellungen als zwei Arten von autoritären Einstellungen: einerseits jene, die Frauen offen unterordnet, andererseits eine Art Ritterlichkeit oder Kavalierstum, der zufolge Frauen zu verehren und zu beschützen seien. Auf dieser Grundlage konzipierten Glick und Fiske mit dem *Ambivalent Sexism Inventory* (ASI) ein theoretisch und empirisch fundiertes Messverfahren für die Erfassung ambivalenter sexistischer Einstellungen (Glick & Fiske, 1996). Sie nehmen drei Ursprünge der geschlechtlichen Ambivalenzkonflikte an: Paternalismus, Geschlechterdifferenzierung und Heterosexualität (ebd., S. 493).

Jüngere Studien verweisen darauf, dass beide Sexismusformen mit einer stärkeren Befürwortung von Gewalt gegenüber Frauen zusammenhängen, bei Männern auch mit einem tatsächlich höheren Ausmaß an Gewaltausübung (z.B. Gutierrez & Leaper, 2023). Gewalt erscheint hier als Versuch, der Abhängigkeit durch eigene Machtausübung zu begegnen und widersprüchliche Gefühle aufzulösen. Wir gehen dem in unserer Untersuchung nach, mit einem Fokus auf hostilen Sexismus, da dieser gegenüber der benevolenten Form noch stärker mit Macht- und Dominanzmotiven (Bareket & Fiske, 2023) und der Befürwortung politischer Gewalt verbunden ist (Piazza & O'Rourke, 2024). Bevor wir die Ergebnisse der empirischen Analyse präsentieren, gehen wir zunächst der theoretischen Verbindung von hostilem Sexismus und Antifeminismus nach und ordnen diese als Formen autoritärer Abwehr gesellschaftlicher Konflikte und Veränderungen ein.

Hostiler Sexismus und Antifeminismus als autoritäre Abwehrreaktionen

Während benevolenter Sexismus Frauen, die sich konform zu traditionellen Geschlechterrollen verhalten, positiv bewertet und privilegiert, richtet sich hostiler Sexismus vor allem gegen Frauen, die diese Rollen infrage stellen. Damit geht eine Spaltung in ›gute‹ und ›böse‹ Frauen einher. Die im hostilen Sexismus enthaltene Feindseligkeit gegenüber ›bösen‹ Frauen macht ihn anschlussfähig für antifeministische und autoritäre Orientierungen. Im Kern geht es um Machtkonkurrenz und ein (sexuelles) Bedrohungserleben von Männern, das sich durch ihre Abhängigkeit von Frauen ergibt. (Emanzipierten) Frauen wird zugeschrieben, durch Feminismus oder

sexuelle Attraktivität Macht und Kontrolle (über Männer) erlangen zu wollen (Glick & Fiske, 1996; Becker, 2014). Auch Frauen können sich diesem Motiv anschließen, wie sich beispielsweise am Phänomen der ›Tradwives‹ zeigt (Lang, 2025; Rösch, 2025). In dieser Machtzuschreibung wird die ideologische Nähe zu autoritären Kontroll- und Strafwünschen sowie antifeministischen Verschwörungsnarrativen offenbar.

Statistische Zusammenhänge zwischen traditionellem Sexismus, Antifeminismus und autoritären Orientierungen konnten wir bereits in früheren Leipziger Autoritarismus Studien nachweisen (Höcker et al., 2020; Kalkstein et al., 2022, 2024). Auch andere sozialpsychologische Faktoren korrelierten mit sexistischen und antifeministischen Positionen, etwa geschlechtliche Sozialisationseffekte, die Orientierung an rigiden Männlichkeitsvorstellungen, soziale Dominanzorientierung und Verlustängste (Höcker et al., 2020, S. 271; Kalkstein et al., 2022, S. 261). Das ließ uns Antifeminismus als Ressentiment begreifen, als ein »Symptom« des Unbehagens in der Moderne (Adorno, 1973; Höcker et al., 2020, S. 253), mit dem negative Aspekte der modernen kapitalistischen Vergesellschaftung samt widersprüchlicher Geschlechterverhältnisse projektiv bekämpft werden. So treiben feministische Bewegungen Modernisierungsprozesse voran, die die bestehenden Machtverhältnisse, die unter anderem durch sexistische Vorstellungen legitimiert werden, infrage stellen. Die damit verbundenen Verschiebungen in der etablierten Geschlechterordnung können als Verlust von Orientierung erlebt werden. Entsprechend lässt sich Antifeminismus als symptomatische Abwehrreaktion verstehen, die das Infragestellen der ›natürlichen Ordnung‹ als Bedrohung begreift (Höcker et al., 2020, S. 267; Niendorf & Rodemerk, 2023; Simon & Kohl, 2023; Blomen et al., 2026). Wahrgenommener Macht-, Status- oder Kontrollverlust wird dabei auf ›den Feminismus‹ projiziert. Ähnlich lässt sich auch der hostile Sexismus als Abwehr gegen emanzipatorische Bestrebungen deuten, hier bezogen auf die Dimensionen Macht, Geschlechterunterschiede und Heterosexualität.

Diesem psychoanalytisch-sozialpsychologischen Pfad weiter folgend fragen wir uns in diesem Kapitel, unter welchen subjektiven Bedingungen gesellschaftlicher Wandel und feministische Emanzipation als Bedrohung erlebt werden. In Anlehnung an Frenkel-Brunswik gehen wir davon aus, dass es eine Rolle spielt, wie gut Menschen mit Widersprüchen und Uneindeutigkeiten umgehen können. Deshalb knüpfen wir an das Konzept der *Ambiguitätsintoleranz* an, das durch das Bedürfnis nach eindeutigen Kate-

gorien und klaren Ordnungen gekennzeichnet ist (Frenkel-Brunswik, 1950; Kalkstein et al., 2024). Feministische Forderungen und gesellschaftliche Pluralisierung erhöhen die Komplexität sozialer Rollenbilder und stellen traditionelle Vorstellungen von Geschlecht, Familie und Autorität infrage. Menschen mit geringer Ambiguitätstoleranz können solche Veränderungen als Verunsicherung erleben. Antifeministische und sexistische Einstellungen sind demzufolge ein Versuch, gesellschaftliche Ambiguitäten zugunsten einer vermeintlich eindeutigen, widerspruchsfreien Geschlechterordnung und -identität aufzulösen.

Die Sehnsucht nach Eindeutigkeit richtet sich oft auf eine idealisierte Vergangenheit, in der soziale Verhältnisse als überschaubar und stabil imaginiert werden (Niendorf et al., 2025). Das Konzept der *regressiven Nostalgie* (s. Kap. 4) beschreibt die politische Verarbeitung des subjektiven Empfindens, dass einem etwas genommen wurde, das als legitim oder selbstverständlich angesehen wurde. Im Zusammenhang mit Antifeminismus betrifft diese Sehnsucht insbesondere traditionelle Geschlechterverhältnisse, die rückblickend als natürlich, eindeutig und konfliktfrei konstruiert werden und für Männer eine Machtposition vorsehen. Feministische Entwicklungen erscheinen dann als die Ursache eines wahrgenommenen Verlustes. Mayne (2021) beschreibt die nostalgische Sehnsucht nach der Wiederherstellung heteronormativer Geschlechterordnungen als *Heterostalgie*. Bäumel (2026) spricht in der Analyse von Interviews mit prekär beschäftigten Arbeiterinnen und Müttern von einem *retronormativen Begehren,* in dem traditionelle Familien- und Geschlechterbilder als Versprechen von Sicherheit, Ordnung und sozialer Anerkennung idealisiert und mit Antifeminismus verbunden werden. Die Form der Nostalgie kann als affektive Bearbeitung jener Verunsicherung verstanden werden, die aus gesellschaftlicher Pluralisierung, ökonomischer Prekarisierung und dem Verlust tradierter Geschlechterrollen hervorgeht. Ambiguitätsintoleranz und regressive Nostalgie lassen sich somit als sozialpsychologische Dimensionen verstehen, die eine autoritäre Abwehrreaktion begünstigen.

Neben sozialpsychologischen Dispositionen können soziale Erfahrungen zur Übernahme antifeministischer Ressentiments beitragen. So konnte beispielsweise gezeigt werden, dass Einsamkeit mit einer höheren Zustimmung zu antifeministischen Aussagen zusammenhängt (Langenkamp et al., 2025). Soziale Isolation geht häufig mit einem verstärkten Bedürfnis nach Zugehörigkeit einher, aber auch mit der Suche nach Wegen, die eigene emotionale Verletzlichkeit zu überwinden (ebd.). Soziale Medien können in

diesem Zusammenhang als Verdichtungs- und Symbolisierungsräume fungieren, in denen Erfahrungen von Verunsicherung und Ausschluss emotional und kollektiv bestätigt werden. So tragen sie dazu bei, antifeministische Ressentiments laut werden zu lassen und ihre Normalisierung zu begünstigen (Regehr, 2022; Regehr et al., 2025). Die beschriebenen Ressentiments verbleiben nicht auf der individuellen Ebene, sie werden von politischen Akteuren gezielt aufgegriffen und mobilisiert. Insbesondere die AfD verbindet antifeministische Positionen mit nostalgischen Erzählungen von traditionellen Familien- und Geschlechterverhältnissen und entwirft so das Bild einer vermeintlich intakten, aber bedrohten gesellschaftlichen Ordnung.[3]

Methode und empirische Ergebnisse zur Verbreitung von hostilem Sexismus und Antifeminismus

Erstmals wurden im Rahmen der LAS neben antifeministischen Einstellungen auch hostile sexistische Einstellungen mit vier Items des *Ambivalent Sexism Inventory* (ASI) erhoben. Die Auswahl war sowohl inhaltlich als auch methodisch geleitet: Zum einen verwendeten wir Items, die in der Validierungsstudie besonders hohe Faktorladungen auf das latente Konstrukt aufwiesen; zum anderen waren wir an jenen Items mit besonderer inhaltlicher Nähe zu den vorgezeichneten Problemfeldern interessiert. In Tabelle 1 sind die Antifeminismus-Items (AF; s. auch Kap. 2, Grafik 28) und die Items des hostilen Sexismus (HS) gelistet. Die Verteilung der Zustimmungswerte für jedes Item der neuen Sexismus-Skala findet sich in Kapitel 2 (Grafik 29) .

In einer explorativen Faktorenanalyse (Tab. 1) konnte die Aufteilung der acht Items in zwei Subdimensionen statistisch belegt werden. Die Faktoren erklären insgesamt 73 % der Gesamtvarianz der Items. Diese Analyse belegt die Existenz von zwei empirisch unterscheidbaren und eigenständigen Konstrukten. Sie stehen allerdings aufgrund der gemeinsamen Prägung in enger Beziehung zueinander. Die Dimension »antifeministische Einstellungen« erreicht eine interne Skalengüte von Cronbachs Alpha $\alpha = .84$, »hostile sexistische Einstellungen« sogar $\alpha = .88$. Die enge Verbindung beider Skalen

3 Wie diese Form der Nostalgie mit einer Wahlpräferenz für die AfD zusammenhängt, wird in Kapitel 4 vertieft.

Tabelle 1: Faktorenanalyse antifeministische und sexistische Einstellungen

	Dimension antifeministische Einstellungen	Dimension hostile sexistische Einstellungen
Frauen machen sich in der Politik häufig lächerlich. (AF)	.94	
Frauen, die mit ihren Forderungen zu weit gehen, müssen sich nicht wundern, wenn sie wieder in ihre Schranken gewiesen werden. (AF)	.87	
Frauen übertreiben ihre Schilderungen über sexualisierte Gewalt häufig, um Vorteile aus der Situation zu schlagen. (AF)	.62	
Durch den Feminismus werden die gesellschaftliche Harmonie und Ordnung gestört. (AF)	.52	.37
Frauen sind zu schnell beleidigt. (HS)		.89
Hat eine Frau erst mal einen Mann »rumgekriegt«, dann versucht sie ihn an die Leine zu legen. (HS)		.86
Die meisten Frauen interpretieren harmlose Äußerungen oder Handlungen als frauenfeindlich. (HS)		.85
Viele Frauen versuchen unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung besondere Vergünstigungen zu erlangen wie z. B. eine Bevorzugung der Besetzung von Arbeitsstellen. (HS)	.32	.59

HS = Hostiler Sexismus, AF = Antifeminismus

Ergebnisse einer Hauptkomponentenanalyse, Rotation oblim mit Kaiser-Normalisierung, ausgewiesen Faktorwerte auf Dimension der Mustermatrix; Werte unter dem Schwellenwert .30 aus Übersichtlichkeitsgründen nicht ausgewiesen; *N* = 2.454

wird durch eine Korrelation von r = .62 bestätigt. Die Ergebnisse sprechen dafür, dass beide Skalen unterschiedliche Ausprägungen der Abwertung von Frauen erfassen. Insgesamt erwies sich die Itemauswahl als geeignet, um hostilen Sexismus reliabel zu messen. Für die folgenden Analysen nutzen wir zwei dichotomisierte Variablen, die geschlossen sexistische bzw. antifeministische Einstellungen erfassen und sich aus den jeweils vier Items zu antifeministischen bzw. sexistischen Einstellungen zusammensetzen.[4]

4 Geschlossene Einstellung bedeutet, dass die Befragten mehrheitlich den vorgegebenen Aussagen zustimmen und daher eine konsolidierte antifeministische oder sexistische Einstellung besteht. Der Grenzwert für die Bestimmung ist 10 bei einem Spektrum zwischen 4 und 16 summierten Antwortvorgaben (vierstufige Antwortskala).

Die empirisch belegte enge Verbindung zwischen Antifeminismus und hostilem Sexismus in den Daten lässt sich auf zwei Weisen deuten: Zum einen geht sie zumindest in Teilen auf eine inhaltliche Überlappung der Erhebungsinstrumente zurück, da die ausgewählten Items zum hostilen Sexismus – etwa die Unterstellung strategischer Vorteilsnahme unter dem »Deckmantel der Gleichberechtigung« oder die Wahrnehmung übertriebener Empfindlichkeit gegenüber vermeintlich harmlosen Äußerungen – bereits eine antifeministische Stoßrichtung aufweisen. Zum anderen lässt sich dieser Befund theoretisch interpretieren: Die enge Verschränkung von hostilem Sexismus und Antifeminismus in unseren Skalen stützt die These, dass es sich bei beiden Konstrukten um Ausdrucksformen eines Ressentiments und einer geschlechtsbezogenen autoritären Abwehrdynamik gegen gesellschaftliche Veränderungen handelt. Möglicherweise lässt sich hostiler Sexismus als eine Vorform oder ideologische und emotionale Basis antifeministischer Einstellungen begreifen, die sich stärker an alltäglichen Erfahrungen orientiert.[5]

Dafür sprechen auch die Unterschiede in den Zustimmungswerten. So wird hostiler Sexismus deutlich häufiger bejaht als Antifeminismus – und zudem häufiger als die bislang verwendeten Items zum tradierten Sexismus (Kalkstein et al., 2024, S. 167). Während wir bei etwa 18 % der Deutschen 2026 geschlossen antifeministische Einstellungen finden, sind es für geschlossen hostile sexistische Einstellungen 29 % (Tab. 2). Diese signifikante Differenz bleibt über alle sozialstrukturellen Differenzierungen erhalten.

Antifeministische und hostile sexistische Einstellungen sind unter Männern stärker verbreitet, sinken mit höherer formaler Bildung und finden sich eher bei älteren als bei jüngeren Befragten. Anders als 2024 finden wir bei den antifeministischen Einstellungen 2026 kaum Ost-West-Unterschiede und nun sogar einen etwas geringeren geschlossen hostilen Sexismus in Ostdeutschland. Möglicherweise liegt das an einer Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland, die wir bereits in der LAS 2024 unter der Überschrift *Vereint im Ressentiment* für verschiedene antimoderne Einstellungen beobachten konnten (Decker et al., 2024).

5 Auch Glick und Fiske verweisen darauf, dass hostiler Sexismus mit dem Antifeminismus verwandt ist, sich jedoch stärker auf die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen Männern und Frauen als auf politische Standpunkte konzentriert (Glick & Fiske, 1996, S. 509).

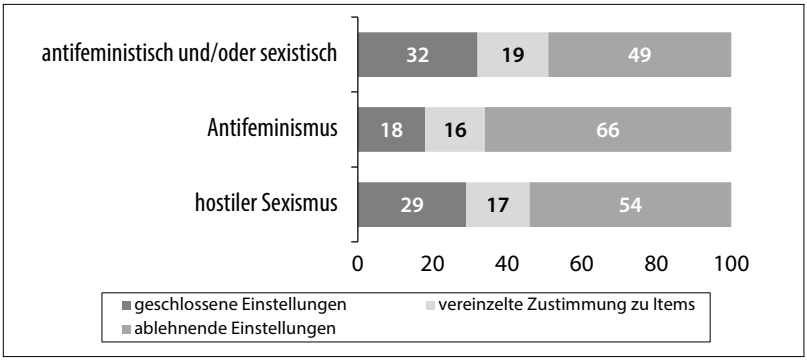
Tabelle 2: Häufigkeit von geschlossen antifeministischen und sexistischen Einstellungen im Ost-West-Vergleich sowie entlang sozialstruktureller Merkmale (in % gerundet)

Gruppen/Skala	Antifeminismus	hostiler Sexismus
gesamt***	18	29
Regional		
2026 West***	18	29
2026 Ost***	18	26
Geschlecht		
weiblich***	11	18
männlich***	26	40
formaler Bildungsstand		
formal hohe Bildung***	14	21
formal mittlere Bildung***	18	29
formal niedrige Bildung***	24	35
Alter		
18–24 Jahre***	10	25
25–34 Jahre***	18	29
35–54 Jahre***	17	26
55–64 Jahre***	21	31
65+ Jahre***	23	32

Ergebnisse auf der Basis von Skalenzustimmungswerten; die Fallzahl für das Geschlecht »divers« von lediglich zwei ermöglichte keine Analyse; für alle anderen Vergleiche: $N = 2.454$; ***$p < .001$; außer Ost-West auch signifikante Differenzen entlang der sozialstrukturellen Merkmale

Insgesamt zeigt sich, dass antifeministische und sexistische Einstellungen in hostiler Ausprägung in Deutschland in beachtlichem Ausmaß verbreitet sind (Grafik 1). Zwar lehnt die Mehrheit der Befragten die Aussagen ab, doch kommen zu dem schon dargestellten Anteil an diesbezüglich geschlossenen Einstellungen noch jeweils 16 % bis 19 % hinzu, die zumindest einzelnen Items zustimmen. Etwa ein Drittel der Deutschen teilt demnach alle oder einzelne antifeministische Einstellungen und etwa die Hälfte alle oder einzelne hostile sexistische Einstellungen. Bringt man beide Formen zusammen, reduziert sich der Anteil ganz ohne antifeministische oder hostile sexistische Einstellungen auf 49 %, während 32 % geschlossen antifeministisch, geschlossen sexistisch oder beides sind. 19 % der Befragten stimmten mindestens einer antifeministischen oder sexistischen Aussage zu.

Grafik 1: Antifeministische und hostile sexistische Einstellungen (in % gerundet)



Kombination aus geschlossenen Einstellungen und summiertem Antwortverhalten; Ergebnis sind geschlossene Überzeugungen (Zustimmung zu min. drei Items), einzelne Zustimmung zu Items oder eine komplette Ablehnung aller Items; antifeministisch und/oder sexistisch kombiniert beide Antwortverhalten und bestimmt überschneidende, vereinzelte Zustimmung oder keine sexistischen oder antifeministischen Einstellungen

Hostiler Sexismus und Antifeminismus als autoritäre Ausprägungen

Vor dem Hintergrund der theoretischen Einordnung und der vorangegangenen empirischen Untersuchungen (Höcker et al., 2020; Kalkstein et al., 2022, 2024) gehen wir davon aus, dass antifeministische und hostile sexistische Einstellungen mit dem autoritären Syndrom in Beziehung stehen, das wir in der LAS ebenfalls erfasst haben (s. Kap. 2). Tabelle 3 zeigt, dass sich dieser Zusammenhang bestätigt: Bis auf den Aberglauben korrelieren die Dimensionen des Sadomasochismus (autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus) und des Fetischismus (Verschwörungsmentalität) mit Antifeminismus und hostilem Sexismus. Beim Aberglauben ist die Beziehung zum Antifeminismus schwächer und zum hostilen Sexismus nicht signifikant. Da Frauen häufiger abergläubisch, antifeministische und hostile sexistische Einstellungen jedoch unter Männern verbreiteter sind, könnte diese gegenläufige Geschlechterverteilung den Zusammenhang in der Gesamtstichprobe abschwächen.

Auch andere psychosoziale Faktoren werden als mögliche Einflussfaktoren für antifeministische und sexistische Einstellungen diskutiert.

Tabelle 3: Korrelation antifeministischer und sexistischer Einstellungen mit Autoritarismus

	antifeministische Einstellungen	hostile sexistische Einstellungen
autoritäre Aggression	.27**	.30**
autoritäre Unterwürfigkeit	.30**	.30**
Konventionalismus	.28**	.27**
Verschwörungsmentalität	.27**	.28**
Aberglaube	.08**	

Bivariate Korrelationsanalysen getestet mit Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05, **p < .01; *N* = 2.452–2.497

Mithilfe einer multivariaten, linearen Regression haben wir diese Zusammenhänge überprüft. Zwar kann eine solche Analyse keine Auskunft darüber geben, ob diese Faktoren ursächlich für Ressentiments gegen Frauen sind, doch ermöglichen sie es uns, die Wirkrichtung zwischen Prädiktor und Kriterium zu interpretieren. In der Regressionsanalyse berücksichtigen wir sozialstrukturelle Merkmale, aber auch die Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage, die Dauer der Social-Media-Nutzung, politische Items, autoritäre Orientierungen sowie regressive Nostalgie, Ambiguitätstoleranz sowie Einsamkeit (Tab. 4). Beide Modelle weisen mit einem R-Quadrat von .23 bzw. .26 eine mittlere bis hohe Güte bei einer hohen Fallzahl auf, dennoch bleibt ein nicht zu vernachlässigender Erklärungsrest.

Die Erklärungsstrukturen für Antifeminismus und hostilen Sexismus stimmen weitgehend überein. Hervorzuheben ist, dass antifeministische und hostile sexistische Einstellungen insbesondere unter Männern zu finden sind. Auch eine rechte politisch-ideologische Einstellung erweist sich als bedeutsam – für antifeministische Einstellungen etwas stärker als für sexistische –, was sich mit unserer bisherigen Erkenntnis deckt, dass Antifeminismus politisch aufgeladener ist als Sexismus (Kalkstein et al., 2024, S. 170). Beide jedoch sind mit dem autoritären Syndrom verbunden, wobei die autoritäre Unterwürfigkeit und die Verschwörungsmentalität die stärksten Prädiktoren für Antifeminismus sind. Dies lässt sich dahingehend interpretieren, dass sowohl das Bedürfnis nach einer eindeutigen hierarchischen Ordnung (wie bei der autoritären Unterwürfigkeit) als auch die Tendenz, gesellschaftliche Veränderungen über vereinfachende Feindbilder zu verarbeiten (wie bei der Verschwörungsmentalität),

Tabelle 4: Erklärungsfaktoren für antifeministische und sexistische Einstellungen im Vergleich

	antifeministische Einstellungen	hostile sexistische Einstellungen
Alter	.09**	.06**
Bildung (Abitur)		
Staatsbürgerschaft (deutsch)		
Geschlecht (weiblich)	–.21**	–.25**
Haushaltsnettoeinkommen		
Einschätzung eigene wirtschaftliche Lage		
Einschätzung wirtschaftliche Lage Deutschland		
politisches Interesse	–.07*	–.04*
politische Deprivation [Skala]		
Links-rechts-Skala (rechts)	.21**	.16**
Einsamkeit [Skala]		.04*
Social-Media-Nutzung		
Ambiguitätstoleranz [Skala]	–.06*	–.11**
autoritäre Unterwürfigkeit [Skala]	.11**	.06*
autoritäre Aggression [Skala]		.07*
Konventionalismus [Skala]		
Verschwörungsmentalität [Skala]	.10**	.08**
Aberglaube [Skala]		
regressive Nostalgie [Skala]	.13**	.16**
R-Quadrat	.23	.26

Ergebnisse auf der Basis von multivariaten, linearen Regressionsanalysen; pairwise; ausgewiesen standardisierte Beta-Werte der Regression; **p < .001, *p < .05; nicht signifikante Werte sind nicht abgebildet; in runden Klammern Hinweis auf Richtung des Messinstrumentes, in eckigen Klammern Hinweis auf Skala; für die verwendeten Konstrukte s. Kap. 2; *N* = 2.411

zentrale Anknüpfungspunkte für antifeministische Einstellungen sind. Beim hostilen Sexismus spielt darüber hinaus die autoritäre Aggression eine Rolle. Auch die berücksichtigten psychosozialen Variablen behalten in diesem Modell ihre eigenständige Erklärungskraft. Sowohl regressive Nostalgie als auch eine geringe Ambiguitätstoleranz stehen unabhängig voneinander mit einer stärkeren Zustimmung zu antifeministischen und hostilen sexistischen Einstellungen in Zusammenhang, wobei beide Effekte

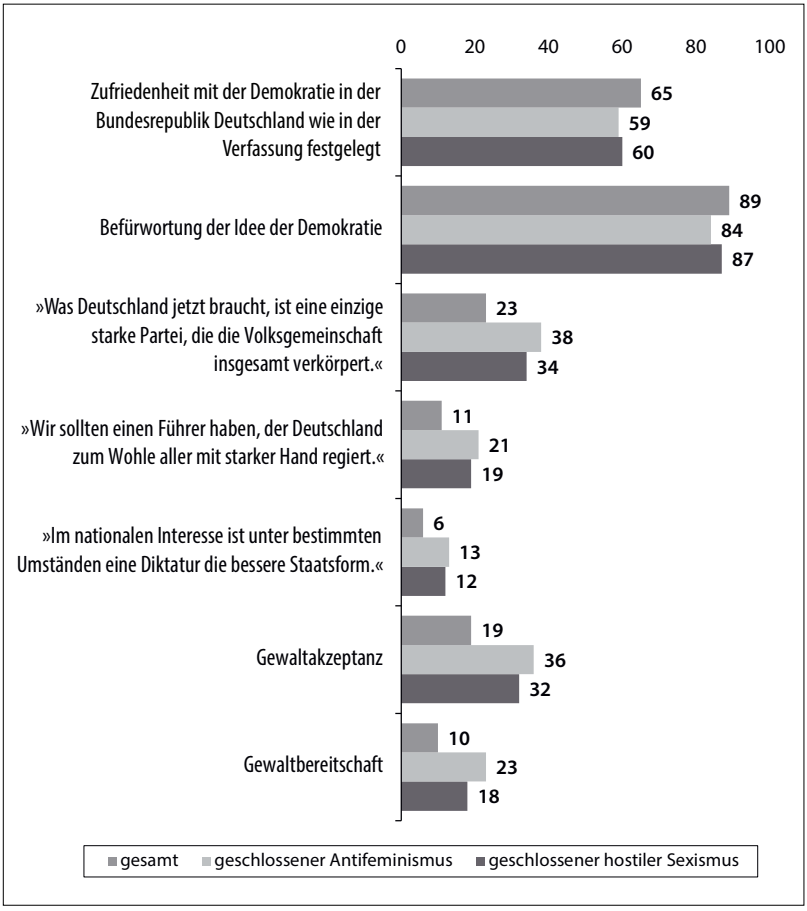
beim hostilen Sexismus etwas ausgeprägter sind. Ein nostalgischer Blick auf die Vergangenheit, der den eigenen Verlust betont, kann mit einem positiven Bezug zu einer patriarchalen Familien- und Gesellschaftsordnung in Verbindung gebracht werden, und damit auch mit der Befürwortung einer hegemonialen Stellung von Männern, die mit feministischen Forderungen in Gefahr zu geraten scheint. Nostalgische Vorstellungen einer ›guten‹ Geschlechterordnung verbinden sich mit fehlender Ambiguitätstoleranz. Einsamkeit erreicht beim hostilen Sexismus einen kleinen statistischen Effekt. Begleitet werden diese Haupteffekte von einer stärkeren Zustimmung im höheren Alter und bei geringerem politischen Interesse. Haushaltseinkommen, die Nutzungsdauer von Social Media und die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage spielen für sexistische und antifeministische Einstellungen in unseren Analysen dagegen keine Rolle. Insgesamt wird die starke Prägung beider Einstellungen durch Maskulinität und politische Ideologie, aber auch durch regressive Nostalgie und fehlende Ambiguitätstoleranz erkennbar. Dies kann man als moderne Form antimodernen Denkens bezeichnen.

Einstellungen zu Demokratie und Gewalt

Sowohl antifeministische als auch sexistische Einstellungen fungieren als Brückenideologien, die weitverbreitete Ressentiments mit autoritären und antidemokratischen Weltbildern verbinden und so demokratische Prozesse gefährden. Vergleicht man Befragte mit geschlossen antifeministischen und hostil sexistischen Einstellungen mit der Gesamtstichprobe (Grafik 2), so fällt ihre Zustimmung zur Demokratie nur leicht geringer aus. Sie bejahen jedoch deutlich häufiger die Aussagen der Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur«. Gerade bei einer geschlossen antifeministischen Überzeugung verdoppeln sich diese Zustimmungswerte. Antifeministische und hostile sexistische Einstellungen richten sich also gegen demokratische Vorstellungen.

Die Gefahr, die von Antifeminismus und hostilem Sexismus ausgeht, wird auch in den deutlich erhöhten Zustimmungswerten zu Gewaltbereitschaft und -akzeptanz erkennbar: Wenn jeder Vierte (und bei geschlechtsspezifischer Unterscheidung 29 % der Männer) bereit ist, gegebenenfalls körperliche Gewalt anzuwenden, kann dies als massiver Risikofaktor für Frauen angesehen werden.

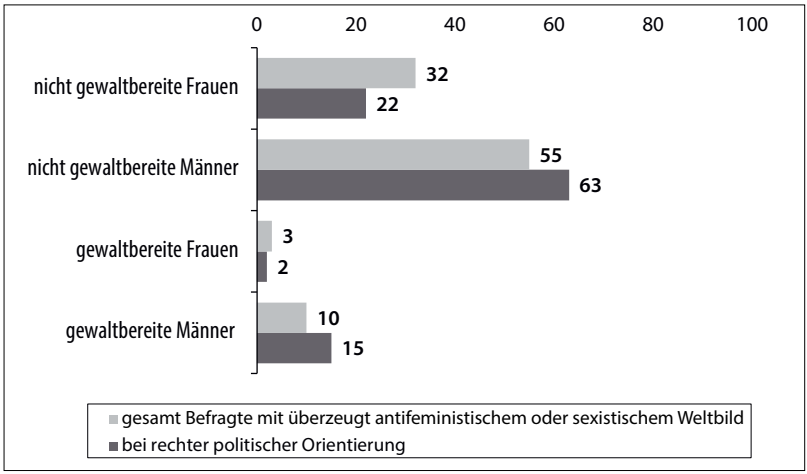
Grafik 2: Zustimmung zur Demokratie, zur Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« und zur Gewalt nach antifeministischen und sexistischen Einstellungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (in % gerundet)



N = 2.463–2.489

Dies wird insbesondere deutlich, wenn man den Blick allein auf die Befragten lenkt, die entweder ein geschlossen antifeministisches oder ein geschlossen hostiles sexistisches Weltbild aufweisen. Wie Grafik 3 zu entnehmen ist, gibt zwar ein Großteil von ihnen an, nicht gewaltbereit zu sein, doch unter den Männern mit dieser Einstellung bekennen sich auch 10 %

Grafik 3: Gewaltbereitschaft von Befragten mit antifeministischer und/oder sexistischer Einstellung nach Geschlecht und politischer Orientierung (in % gerundet)



N = 778

zur Gewaltanwendung, und dieser Anteil steigt nochmals auf 15 %, wenn eine extrem rechte politische Orientierung (auf einer Links-rechts-Skala) hinzutritt. Unter Frauen liegt er jeweils zwischen zwei und drei Prozent. Die Ergebnisse stützen die Annahme eines Gefährdungspotenzials durch Männer mit rechtsextremen Einstellungen, zeigen aber auch, dass nur eine Minderheit der sexistisch oder antifeministisch eingestellten Männer angibt, gewaltbereit zu sein. Zusätzliche Analysen zeigen, dass die Gewaltbereitschaft bei Männern zwischen 25 und 34 Jahren am höchsten ist (15 %; ohne Abb.). Selbst wenn antifeministische oder hostile sexistische Einstellungen bei Männern nicht unmittelbar zur Gewaltbereitschaft führen, stellen sie dennoch einen Risikofaktor dar.

Fazit und Diskussion

Unsere Ergebnisse zeigen, dass hostiler Sexismus und Antifeminismus zwei eng verbundene Formen der Abwertung von Frauen sind, die in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet sind. Beide können als Ausdruck einer autoritären Abwehr gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse verstanden

werden, wobei der hostile Sexismus aufgrund seiner weiteren Verbreitung den ideologischen Nährboden für die Entwicklung antifeministischer Ressentiments bilden kann. Dabei ist hostiler Sexismus keine harmlose Alltagsideologie, wohnt ihm doch ein beachtliches Gewaltpotenzial inne.

Begünstigende Faktoren für antifeministische und sexistische Denkweisen sind neben einer rechten politischen Orientierung und autoritären Überzeugungen vor allem die Sehnsucht nach einer vermeintlich besseren, patriarchal geordneten Vergangenheit *(regressive Nostalgie)* sowie das Bedürfnis nach Widerspruchsfreiheit und einer klar geregelten gesellschaftlichen Ordnung *(Ambiguitätsintoleranz)*. Diese Faktoren treten nicht isoliert voneinander auf, sondern sind Teil des umfassenden autoritären Syndroms und verweisen auf ein Bedürfnis nach Eindeutigkeit und Orientierung angesichts gesellschaftlicher Veränderung. Kein eigenständiger Effekt zeigte sich hingegen für sozioökonomische Variablen und für die selbsteingeschätzte Social-Media-Nutzungsdauer. Angesichts von Befunden zur inhaltlichen und algorithmischen Vermittlung antifeministischer Angebote dürfte die reine Nutzungsdauer diesen Wirkungspfad allerdings nur unzureichend abbilden (Regehr et al., 2025).

Gerade weil hostiler Sexismus und Antifeminismus in erheblichem Ausmaß in der Gesamtgesellschaft – und nicht nur in extrem rechten Milieus und Parteien – vorkommen, eignen sie sich für die politische Mobilisierung. Antifeminismus kann dabei als Brückenideologie verstanden werden, über die autoritäre und antimoderne Ressentiments an traditionelle Vorstellungen zu Geschlecht und Familie anknüpfen. Diese Ressentiments werden – wie etwa Anduiza und Rico (2024) gezeigt haben – von der AfD aufgegriffen, zugespitzt und instrumentalisiert. In der LAS 2020 haben wir bereits nachgewiesen, dass antifeministische Positionen in der AfD-Wählerschaft stark ausgeprägt sind und als zentrales Mobilisierungsmotiv eingesetzt werden (Höcker et al., 2020, S. 277). Dass gegen Frauen gerichtete Ressentiments politisch wirksam werden können, verweist zugleich auf ihr demokratiegefährdendes Potenzial. Angegriffen werden nicht allein gleichstellungspolitische Inhalte, sondern der Modus demokratischer Verständigung selbst, der auf Vorläufigkeit, Kompromiss und die Anerkennung von Pluralität angewiesen ist. Das zeigt sich in unseren Daten auch daran, dass die Zustimmung zur rechtsautoritären Diktatur bei antifeministisch und/oder hostil sexistisch eingestellten Personen besonders hoch ist. Die gesellschaftliche und politische Relevanz erschöpft sich jedoch nicht in ihrer Mobilisierbarkeit: Zwar sind nicht alle Personen mit antifeministischen

oder sexistischen Einstellungen gewaltbereit, allerdings sind Antifeministen und Sexisten erkennbar gewaltbereiter als nicht-sexistische oder antifeministische Männer (und Frauen). Insofern können diese Einstellungen dazu beitragen, geschlechtsspezifische Gewalt zu legitimieren und die Emanzipation von Frauen sowie Demokratisierungsprozesse insgesamt zu erschweren.

Daraus ergeben sich sowohl weiterer Forschungs- als auch Handlungsbedarf. Noch nicht in den Fokus genommen haben wir die benevolenten Ausprägungen von Sexismus, die nur auf den ersten Blick wohlwollend erscheinen. Sie sind von besonderem Interesse, weil sie eine ambivalente Form der Abwertung darstellen und damit die Frage aufwerfen, wie sich Ambivalenz und Eindeutigkeitsstreben zueinander verhalten. Auch bleibt zu klären, welche weiteren Ursachen sexistische und antifeministische Einstellungen beeinflussen. Vor dem Hintergrund der Befunde stellt sich zugleich die politische Frage, wie Gewaltschutz, Demokratie und Vielfalt angesichts der aktuellen Wahlerfolge der extremen Rechten, zunehmender Gewalt gegen Frauen und von Femiziden wirksam sichergestellt werden können. Symbolpolitik reicht dafür nicht aus; vielmehr müssen politische Wege gefunden werden, diese Grundwerte zu verteidigen und einzulösen.

Literatur

Adorno, T. W. (1973). Das Vorurteil im Interviewmaterial. In ders., *Studien zum autoritären Charakter* (S. 105–174). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Anduiza, E. & Rico, G. (2024). Sexism and the far-right vote. The individual dynamics of gender backlash. *American Journal of Political Science*, *68*(2), 478–493.

Ashmore, R. D., Del Boca, F. K. & Bilder, S. M. (1995). Construction and validation of the Gender Attitude Inventory, a structured inventory to assess multiple dimensions of gender attitudes. *Sex Roles*, *32*, 753–785.

Bareket, O. & Fiske, S. T. (2023). A systematic review of the ambivalent sexism literature. Hostile sexism protects men's power; benevolent sexism guards traditional gender roles. *Psychological Bulletin*, *149*(11–12), 637.

Bäumel, L. (2026). Retronormative desire. Nostalgia, antifeminism and the far-right appeal to working-class mothers in Austria. *Journal of Gender Studies*, 1–20. DOI: 10.1080/09589236.2026.2699166

Becker, J. C. (2014). Subtile Erscheinungsformen von Sexismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte, 64*(8), 29–34.

Blomen, H., Ostermayer, C. & Stutz, C. (2026). *Über die ›Natürliche Ordnung‹. Gesellschaftliche Verhältnisse zwischen Herrschaft und Emanzipation*. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Bundeskriminalamt (BKA) (2025). *Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten. Bundeslagebild 2024*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

Doerr, N. (2021). The Visual Politics of the Alternative for Germany (AfD). Anti-Islam, Ethno-Nationalism, and Gendered Images. *Social Sciences*, *10*(1), 20.

Eckes, T. & Six-Materna, I. (1998). Leugnung von Diskriminierung. Eine Skala zur Erfassung des modernen Sexismus. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, *29*, 224–238.

Eckes, T. & Six-Materna, I. (1999). Hostilität und Benevolenz. Eine Skala zur Erfassung des ambivalenten Sexismus. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, *30*(4), 211–228.

Frenkel-Brunswik, E. (1949). Intolerance of ambiguity as an emotional and perceptual personality variable. *Journal of Personality*, *18*(1), 108–143.

Frenkel-Brunswik, E. (1950). Sex, people and the self as seen through the interviews. In T. W. Adorno, E. Frenkel-Brunswik, D. J. Levinson, & R. N. Sanford (Hrsg.), *The Authoritarian personality* (S. 390–441). New York: Harper & Brothers.

Giardina, L., Sive, A., Rahman, L., Göroğlu, R. & Lohaus, S. (2026). *Sexismus am Arbeitsplatz. Ergebnisse einer Studie zu Erscheinungsformen, Verbreitung und Auswirkungen*. https://gemeinsam-gegen-sexismus.de/sexismus-am-arbeitsplatz-studie/ (13.08.2026).

Glick, P. & Fiske, S. (1996). The Ambivalent Sexism Inventory. Differentiating hostile and benevolent sexism. *Journal of Personality and Social Psychology*, *70*(3), 491–512.

Gutierrez, B. C. & Leaper, C. (2024). Linking ambivalent sexism to violence-against-women attitudes and behaviors. A three-level meta-analytic review. *Sexuality & Culture, 28*(2), 851–882.

Guttentag, M. & Secord, P. (1983). *Too many women?* Beverly Hills, CA: Sage.

Heinemann, I. (2022). Volk and family. National socialist legacies and gender concepts in the rhetoric of the Alternative for Germany. *Journal of Modern European History, 20*(3), 371–388.

Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände 1* (S. 15–36). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Höcker, C., Pickel, G. & O. Decker (2020). Antifeminismus – Das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 249–282). Gießen: Psychosozial.

Kalkstein, F., Pickel, G., Niendorf, J., Höcker, C. & Decker, O. (2022). Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller, & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 245–270). Gießen: Psychosozial.

Kalkstein, F., Pickel, G. & Niendorf, J. (2024). Antifeminismus und Antisemitismus – eine autoritär motivierte Verbindung. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 161–180). Gießen: Psychosozial.

Kourou, N. S. & Scheyer, V. (2024). Anti-feminist strategies of right-wing parties in Turkey and Germany. A comparative analysis of gender and sexuality politics. In T. Altay, N. Al-Ali & K. Galor (Hrsg.), *Resisting far-right politics in the Middle East and Europe. Queer feminist critiques* (S. 145–170). Edinburgh: Edinburgh University Press.

Lang, J. (2025). *Rechtsextremismus und Geschlecht im Wandel*. Wiesbaden: Springer VS.

Langenkamp, A. (2025). Linking social deprivation and loneliness to right-extreme radicalization and extremist antifeminism. *Current Opinion in Behavioral Sciences*, *63*, 101525.

Luxton, L., Jabra, D. & Braun, D. (2025). Anti-feminism in the spotlight. Media coverage of German parties' gender and sexuality policies in the 2024 European Parliament election campaign. *European Journal of Communication*, *40*(4), 345–359.

Mayne, M. (2021). Heterostalgia. The logic of Antifeminism. In L. R. Cooper (Hrsg.), *The Routledge Companion to Masculinity in American Literature and Culture* (S. 119–129). London: Routledge.

Meldestelle Antifeminismus. (2026). *Zivilgesellschaftliches Lagebild Antifeminismus 2025*. Rostock: Lola für Demokratie e.V.

Nadler, E. B. & Morrow, W. R. (1959). Authoritarian attitudes toward women, and their correlates. *Journal of Social Psychology*, *49*(1), 113–123.

Niendorf, J. & Rodemerk, H. (2023). Antifeminismus als autoritäre Krisenreaktion? Sozialpsychologische Perspektiven auf die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2022. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antifeminismus & Hasskriminalität*, Band 13, Online-Ausgabe (S. 86–99). Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Niendorf, J., Kalkstein, F., Rodemerk, H. & Höcker, C. (2025). *Antifeminismus und Provinzialität. Zur autoritären Abwehr von Emanzipation*. Bielefeld: transcript.

Piazza, J. A. & O'Rourke, L. (2024). Hostile Sexism, Social Dominance Orientation, Political Illiberalism, and Support for Political Violence in the United States. *Politics & Gender*, *21*(2), 144–168.

Pohl, R. (2004). *Feindbild Frau. Männliche Sexualität, Gewalt und die Abwehr des Weiblichen*. Hannover: Offizin.

Regehr, K. (2022). In(cel)doctrination: How technologically facilitated misogyny moves violence off screens and on to streets. *New Media & Society*, *24*(1), 138–155.

Regehr, K., Shaughnessy, C., Zhao, M., Cambazoglu, I., Turner, A., & Shaughnessy, N. (2025). Normalizing toxicity. The role of recommender algorithms for young people's mental health and social wellbeing. *Frontiers in Psychology*, *16*, 1523649.

Rösch, V. (2025). TradWives. Antifeminismus und die Ikonisierung von Provinzialität in den sozialen Medien. In J. Niendorf, F. Kalkstein, H. Rodemerk & C. Höcker (2025). *Antifeminismus und Provinzialität. Zur autoritären Abwehr von Emanzipation* (S. 193–211). Bielefeld: transcript.

Sauer, B. (2026). Right-Wing Populism and Gender on the Internet. How Right-Wing Populist Parties Negotiate Gender and Sexuality. In J. Dorer, B. Geiger, B. Hipfl & V. Ratkovi *Handbook of Media and Gender. Perspectives and Findings of Feminist Communication and Media Studies* (S. 475–482). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Schnabel, A., Beyer, H. & Ülpenich, B. (2022). Die wahrgenommene feministische Bedrohung. Empirische Befunde zum Antifeminismus in Deutschland. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, *47*(2), 175–198.

Simon, M. & Kohl, R. (2023). Antifeminismus und naturalisierte Differenzvorstellungen – Ergänzungen zur Messung antiegalitärer Überzeugungen. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, *3*(1), 83–101.

Swim, J. K. & Cohen, L. L. (1997). Overt, covert, and subtle sexism. A comparison between the Attitudes Toward Women and Modern Sexism Scales. *Psychology of Women Quarterly*, *21*(1), 103–118.

6. Klassenidentität, Autoritarismus und politische Orientierung

Kazim Celik, Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler

Die jüngeren Wahlerfolge der AfD und ihre wachsende Unterstützung unter Arbeitern haben die Frage nach dem Verhältnis von sozialer Lage und politischer Orientierung neu aufgeworfen. Doch folgt aus einer bestimmten Klassenlage tatsächlich ein bestimmtes politisches Bewusstsein? Wir richten unseren Blick auf diese Frage, indem wir untersuchen, wie Klassenlage, Arbeiterklassenidentität und autoritäre Bedürfnisse heute miteinander zusammenhängen. Damit greifen wir ein Problem auf, das bereits die frühe Autoritarismusforschung des Instituts für Sozialforschung beschäftigte. Ende der 1920er Jahre war angesichts der politischen Entwicklung der Weimarer Republik die Erwartung fragwürdig geworden, aus der Stellung der Arbeiter im Produktionsprozess müsse sich notwendig ein gemeinsames progressives Klassenbewusstsein entwickeln. Die 1929 begonnene Untersuchung von Arbeitern und Angestellten fragte deshalb nach dem Verhältnis von sozialer Lage, politischer Orientierung und autoritären Bedürfnissen (Fromm, 1980).

Vor diesem Hintergrund untersuchen wir zwei miteinander verbundene Fragen: *Wie verhalten sich erstens objektive Arbeiterposition, subjektive Arbeiterklassenidentität, gesellschaftliche Selbstverortung und politisch artikuliertes Klasseninteresse zueinander? Zweitens: In welchem Verhältnis stehen diese unterschiedlichen Dimensionen von Klasse zu autoritären Einstellungen, und lässt sich noch von einem spezifischen working-class authoritarianism sprechen?* Für die zweite Frage greifen wir Seymour Martin Lipsets (1959) These eines *working-class authoritarianism* auf, der zufolge Angehörige unterer sozialer Statusgruppen unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen stärker für autoritäre und intolerante Orientierungen empfänglich sein können.

Im Rahmen der empirischen Untersuchung unterscheiden wir für diesen Zweck objektive Merkmale sozialer Lage – berufliche Position, Bil-

dung und Einkommen – von Arbeiterklassenidentität, gesellschaftlicher Selbstverortung und unterschiedlichen Formen des Klasseninteresses. Deskriptive und bivariate Analysen werden mit binär-logistischen und linearen Regressionsmodellen verbunden, um zu prüfen, wie diese Dimensionen miteinander verknüpft sind und welche Zusammenhänge auch bei gemeinsamer Berücksichtigung der verschiedenen Merkmale bestehen bleiben.

Klasse und Autoritarismus

In der Marx'schen Gesellschaftstheorie hatte sich eine besondere historische Erwartung auf die Arbeiterklasse gerichtet. Aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess und der Erfahrung von Ausbeutung sollte sie ein Bewusstsein gemeinsamer Interessen entwickeln und zu einem politisch handlungsfähigen Kollektiv werden (Marx, 1867). Die politische Entwicklung des frühen 20. Jahrhunderts stellte diese Erwartung jedoch zunehmend infrage. Besonders deutlich wurde dies 1914, als die deutsche Sozialdemokratie die zur Finanzierung des deutschen Kriegseintritts und der Kriegsführung gegen Russland und Frankreich vorgesehenen Kriegskredite bewilligte und damit die Kriegspolitik des Kaiserreichs unterstützte (Miller, 1974). Die geteilte Klassenlage führte offenkundig nicht zu internationaler Solidarität oder einem emanzipatorischen politischen Bewusstsein.

An diesem Problem setzte die frühe Forschung des Instituts für Sozialforschung an. Horkheimer hielt an der Bedeutung der ökonomischen Strukturmomente der Gesellschaft fest (Horkheimer, 1937), betonte jedoch, dass sich »die Handlungsweise der Menschen in einem gegebenen Zeitpunkt nicht allein aus ökonomischen Vorgängen erklären« lasse (Horkheimer, 1936, S. 344). Zugleich zeigte die wachsende Gruppe der Angestellten besonders deutlich, dass objektive Lage und subjektive Klassenidentifikation auseinanderfallen können: Ihre ökonomische Stellung näherte sich in Teilen jener der Arbeiterschaft an, ohne dass daraus eine entsprechende Selbstzuordnung oder ein gemeinsames Klassenbewusstsein folgte (Kracauer, 1930). Die 1929 begonnene Untersuchung von Arbeitern und Angestellten nahm deshalb gerade das Verhältnis von sozialer Lage, politischer Orientierung und autoritären Bedürfnissen in den Blick; erste Ergebnisse erschienen 1936, umfassend wurde das Material jedoch erst

1980 veröffentlicht. Die Befunde belegten die deutliche Diskrepanz zwischen politischer Selbstverortung und Einstellung: Trotz überwiegend sozialdemokratischer oder kommunistischer Bindung ließ sich nur bei einer Minderheit eine konsistent »revolutionäre« Orientierung feststellen. Der weitaus größere Teil wies dagegen eine »autoritäre« oder »ambivalente« Orientierung auf (Horkheimer et al., 1936, S. 249; Fromm, 1980).

Die Differenz zwischen Klassenlage und Klassenbewusstsein blieb auch für die spätere Kritische Theorie zentral. Adorno hielt fest, dass das Fehlen eines proletarischen Klassenbewusstseins die Existenz von Klassen nicht widerlege: »Klasse war durch die Stellung zu den Produktionsmitteln bestimmt, nicht durchs Bewusstsein ihrer Angehörigen« (Adorno, 1968, S. 358). Gerade dieses mögliche Auseinanderfallen von objektiver sozialer Position, subjektiver Zugehörigkeit und politischer Orientierung ist auch für unsere Untersuchung entscheidend.

Objektive Klassenlage und subjektive Klassenidentifikation – aktuelle Konzeptionen

Trotz der Diagnose einer klassenlosen Klassengesellschaft (Adorno, 1942) wird auf den Klassenbegriff bis heute rekurriert, um die strukturierenden Momente der gesellschaftlichen Dynamik zu beschreiben – nicht zuletzt die autoritäre Dynamik (Vester, 2003). Auch die Debatten über Erfolge der AfD unter Arbeitern oder über eine Abwendung linker Parteien von der traditionellen sozialdemokratischen Klientel greifen explizit oder implizit auf Klassenvorstellungen zurück. Dabei wird nicht nur die oben zitierte Traditionslinie aufgegriffen, auch wenn die Überschneidungen zahlreich sind. Der marxistische Klassenbegriff richtet den Blick, stark vereinfacht formuliert, auf die Verfügung über Produktionsmittel und den grundlegenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Diese Gegenüberstellung betont, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung für den eigenen Lebensunterhalt auf Erwerbsarbeit angewiesen ist, während nur ein kleiner Teil über umfangreiches produktives Vermögen verfügt[1] (Piketty,

1 Nur 1 % der Erwachsenen in Deutschland besitzen mehr als eine Million US-Dollar an Finanzvermögen, und diese 1% besitzen gleichzeitig über die Hälfte des Vermögens in Deutschland (https://de.statista.com/infografik/36261/deutsche-nach-finanzvermoegensklassen-verteilung-des-deutschen-vermoegens/, 15.07.2026).

2014). Diese gemeinsame Abhängigkeit von Erwerbsarbeit führt jedoch nicht zu einer homogenen sozialen Lage.

Im Anschluss an Max Weber verstehen heute viele Autoren unter einer *Klassenlage* die gegenwärtige Markt- und Arbeitssituation eines Menschen und unterscheiden sie von der *sozialen Klasse*, der eine Person oder ihre Familie im Sinne einer längerfristigen sozialen Herkunft angehört (z. B. Scott, 1994). So wurden in die Analyse der sozialen Lage auch Unterschiede im Einkommen, in der Beschäftigungssicherheit, Qualifikation, beruflichen Autonomie und gesellschaftlichen Anerkennung aufgenommen. Maßgeblich für gegenwärtige Analysen sozialer Ungleichheit sind sogenannte Kapitaltheorien, die mit dem Marx'schen Kapitalbegriff kaum noch etwas gemeinsam haben. Bourdieu (1987) griff die marxistische Klassenanalyse mit seiner Kapitaltheorie im Grunde frontal an, dennoch war sein Anliegen sehr nah an unserer Untersuchungsfrage: Wie und entlang welcher Faktoren wirkt die Gesellschaft auf die in ihr lebenden Individuen? Indem er neben ökonomischem auch kulturelles, soziales und symbolisches Kapital als entscheidend für die soziale Position und damit auch für die gesellschaftliche Teilhabe ausmachte, erweiterte er das analytische Instrumentarium: Bildungsabschlüsse, Sprachformen, Lebensstile und soziale Netzwerke strukturieren, so seine Annahme, den sozialen Raum und tragen dazu bei, dass sich verschiedene Gruppen von Lohnabhängigen voneinander abgrenzen. Klassenunterschiede beruhen nicht allein auf Besitz und Einkommen, sondern ebenso auf der ungleichen Verfügung über kulturelle Ressourcen, soziale Beziehungen und gesellschaftliche Anerkennung. So wurden »moralisierte, auf Statusabgrenzungen angelegte Statusgruppenkonflikte innerhalb der Klassen« als neue Konfliktlinien in der Gesellschaft ausgemacht (Mau et al., 2023, S. 117). Bourdieu wollte aber gleichzeitig auch nicht weniger, als die »herkömmliche Vorstellung von Klasse außer Kraft zu setzen« (Bourdieu, 1997, S. 103). Konflikte zwischen Arbeit und Kapital sind aus dieser Perspektive zwar nicht erledigt, werden aber von Auseinandersetzungen um Lebensführung, Anerkennung und relative gesellschaftliche Positionen überlagert oder abgelöst.

Die Erkenntnis, dass die objektive soziale Position und ihre subjektive Wahrnehmung nicht dasselbe sind, machte es notwendig, einen weiteren Faktor in die Analyse von Klassenpositionen einzubeziehen. So bestimmt auch Kocka (1980, S. 104) eine Klasse zunächst als eine Gruppe von Menschen, die eine ähnliche wirtschaftliche Position und gemeinsame Interessen teilen, allerdings ohne zwangsläufig über eine gemeinsame Identität

oder politische Orientierung zu verfügen. Dass objektive und subjektive Klasse enger verbunden sein können, zeigen Butler und Stokes (1971, S. 49) für Großbritannien. Die Unterscheidung zwischen *blue-collar*-Arbeitern und *white-collar*-Angestellten war dort nicht nur beruflich, sondern auch räumlich, kulturell und sprachlich verankert. Aber damit wurde auch deutlich, dass die Klassenidentität nicht unmittelbar aus der Berufsposition entsteht. Vielmehr ist sie das Ergebnis der Stellung eines Menschen im sozialen Raum, seiner sozialen Herkunft und Erwerbsbiografie sowie der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen darüber, welche Gruppen als Klassen gelten und welche Eigenschaften ihnen zugeschrieben werden (Bourdieu, 1987; Westheuser & Zollinger, 2025). So kann jemand objektiv eine *blue-collar*-Tätigkeit ausüben (z. B. manuelle Arbeit im Industriebetrieb), ohne sich selbst der Arbeiterklasse zuzurechnen. Umgekehrt können auch Angestellte, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, Selbstständige oder berufliche Aufsteiger sich weiterhin mit der Arbeiterklasse verbunden fühlen.

So rechneten sich in einer Studie von Engels und Kollegen (2024) ungefähr die Hälfte der Befragten der Arbeiterklasse zu. Darunter waren vor allem Beschäftigte in der Produktionsarbeit und im Dienstleistungssektor, aber auch viele Bürokräfte, in technischen und soziokulturellen Berufen Tätige sowie Kleingewerbebetreibende und Soloselbstständige. Die Autoren sprechen deshalb von einer neuen, sozial und beruflich ausdifferenzierten Arbeiterklasse, die über die klassische Figur des männlichen Industriearbeiters hinausreicht. Zudem verstanden sich viele Befragte gleichzeitig als Angehörige der Arbeiterklasse und einer breiten »arbeitenden Mitte«. Die Arbeiterklassenidentität bezeichnet in diesem Verständnis also nicht unbedingt die Selbstverortung am unteren Rand der Gesellschaft, sondern kann ebenso an Erwerbsarbeit, Werkstolz oder soziale Herkunft gekoppelt sein (Engels et al., 2024). Damit ist sie noch immer von Momenten getragen, die Marx hoffen ließen, es könne sich ein Klassenbewusstsein bilden. Gleichzeitig zeichnet sich bei denjenigen, die eine Arbeiterklassenidentität für sich behaupten, aber immer deutlicher auch die Vorstellung ab, zu denjenigen zu gehören, die durch ihre Arbeit die Gesellschaft tragen. Sie hat womöglich mehr mit der Sehnsucht nach Zugehörigkeit zur gesellschaftlichen Mitte zu tun als mit der Arbeiteridentität. In diesem Sinne ist damit nicht etwa eine bestimmbare objektive Lage gemeint, sondern ein normativ aufgeladener Ort von Zugehörigkeit, Respektabilität und sozialer Anerkennung (Decker, 2022). Somit ist die Arbeiterklassenidentität etwas anderes als die Verortung im gesellschaft-

lichen Unten. Während sie eine soziale Gruppenzugehörigkeit ausdrückt, bezeichnet das Unten-Bewusstsein die subjektive vertikale Verortung innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie.

Unabhängig von der gesellschaftstheoretischen Fundierung wird durch die Forschung deutlich, dass die sozialräumliche Verortung erkennbar von einer politischen Einstellung, etwa einem klassenbewussten Interesse, zu unterscheiden ist. Im Anschluss an den Begriff »class interest consciousness« des marxistischen englischen Sozialforschers Wright (1997, S. 507) richtet ein solches Klasseninteresse die Wahrnehmung gesellschaftlicher Ungleichheit auf strukturelle Konflikte um Macht, Lohn und Arbeitsbedingungen. Sie kann sich etwa in der Unterstützung von Gewerkschaften, der Kritik an wirtschaftlicher Machtkonzentration oder der Befürwortung kollektiver Arbeitskämpfe ausdrücken. Eine Arbeiterklassenidentität impliziert jedoch nicht zwingend ein solches Klasseninteresse. Diese Unterscheidung ist auch für die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Klasse und Autoritarismus relevant. Eine Arbeiterklassenidentität oder eine ausgeprägte Verortung im gesellschaftlichen Unten kann Erfahrungen mangelnder Anerkennung, begrenzter Kontrolle und eines bedrohten sozialen Status bündeln, die unter bestimmten Bedingungen für autoritäre Deutungen anschlussfähig sind.

Klassenlage und die These eines *working-class authoritarianism* bei Lipset

Die traditionelle Arbeiterschaft ist im Zuge des Wandels von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft zahlenmäßig und politisch weniger dominant geworden. Zugleich haben sich die Arbeits- und Lebenslagen der Lohnabhängigen stark ausdifferenziert. Qualifikation, Beschäftigungssicherheit und Einkommen unterscheiden sich erheblich; Prekarisierung und wirtschaftlicher Strukturwandel haben zudem längst auch Teile der Angestellten und anderer Erwerbsgruppen erfasst. Hinzu kommt, dass das für lange Zeit dominierende Bild des männlichen Industriearbeiters die historische und gegenwärtige Vielfalt der Arbeiterschaft nur unzureichend erfasst. Diese Entwicklungen sprechen gegen eine einfache Gegenüberstellung von Arbeiter- und Mittelschicht.

Damit stellt sich zunächst die Frage, *was eine gegenwärtige Arbeiterklassenidentität überhaupt bezeichnet und wie eng sie noch an eine objektive*

Arbeiterposition gebunden ist. Wie wir gesehen haben, müssen berufliche Position und subjektive Identifikation nicht zusammenfallen. Auch außerhalb klassischer Arbeiterberufe können Menschen sich weiterhin aufgrund ihrer Herkunft, Erwerbsbiografie oder ihres Selbstverständnisses der Arbeiterklasse zurechnen; umgekehrt muss eine objektive Arbeiterposition nicht unbedingt eine solche Identifikation nach sich ziehen. Zu untersuchen ist deshalb, wie die Arbeiterklassenidentität mit Berufsposition, Bildung und Einkommen sowie mit der vertikalen Selbstverortung in der Gesellschaft zusammenhängt.

Dabei ist die Arbeiterklassenidentität wiederum nicht mit Klassenbewusstsein oder einem bestimmten politischen Klasseninteresse gleichzusetzen. Eine Selbstzuordnung zur Arbeiterklasse kann mit unterschiedlichen Vorstellungen von Arbeit, Leistung, Herkunft und gesellschaftlicher Zugehörigkeit verbunden sein. Demzufolge untersuchen wir zusätzlich, in welchem Verhältnis die Arbeiterklassenidentität zur Unterstützung von Gewerkschaften, zu einem Bewusstsein von wirtschaftlicher Machtkonzentration und zur Befürwortung kollektiver Arbeitskämpfe steht. Im Fokus steht damit nicht nur, *wer sich der Arbeiterklasse zurechnet, sondern auch, welche sozialstrukturellen Positionen und politischen Deutungen sich mit dieser Identifikation verbinden.*

Diese zweite Frage betrifft das Verhältnis von Klasse und Autoritarismus. Bereits in der frühen Autoritarismusforschung hatte man festgestellt, dass aus einer proletarischen Klassenlage weder notwendig ein entsprechendes Klassenbewusstsein folgte noch eine emanzipatorische politische Orientierung; vielmehr konnten autoritäre Dispositionen auch innerhalb der Arbeiterschaft verbreitet sein. Seymour Martin Lipsets (1959) These eines *working-class authoritarianism* greift dieses Verhältnis von sozialer Lage und Autoritarismus aus einer zugespitzten, vergleichend-empirischen Perspektive auf. Für unsere Untersuchung bietet sie somit einen guten Ausgangspunkt, denn sie nimmt an, dass Angehörige unterer sozialer Statusgruppen unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen stärker zu intoleranten und autoritären Orientierungen neigen können. Offen ist allerdings, ob sich ein solcher Zusammenhang tatsächlich spezifisch für Arbeiterpositionen zeigt oder allgemeiner mit niedrigeren beruflichen Status- und Qualifikationslagen verbunden ist.

Diese Unterscheidung ist auch deshalb wichtig, weil Lipsets Erklärung nicht allein auf die Berufsposition zielte. Eine zentrale Bedeutung schrieb er der formalen Bildung zu. Seine Auswertungen für die Vereinigten Staaten

und Deutschland zeigten, dass höhere Bildung innerhalb nahezu aller beruflichen Gruppen mit demokratischeren und toleranteren Einstellungen verbunden war und die Bildungsunterschiede teilweise stärker ausfielen als jene zwischen Berufsgruppen. Bildung und beruflichen Status verstand Lipset dabei als aneinander gekoppelte, aber auch analytisch eigenständige Erklärungskomponenten autoritärer Orientierungen. Spätere Untersuchungen unterstrichen diese Bedeutung der Bildung im Zusammenhang von sozialer Lage, beruflichem Status und autoritären Orientierungen (z. B. Grabb, 1979; Dekker & Ester, 1987; Middendorp & Meloen, 1990; Houtman, 2003).

Für unsere Untersuchung ist deshalb zentral, *ob die zunächst sichtbaren Unterschiede zwischen Arbeitern und anderen Berufsgruppen bestehen bleiben, wenn Bildung, Einkommen und weitere Merkmale sozialer Lage berücksichtigt werden*. Damit lässt sich unterscheiden, ob ein spezifischer Zusammenhang der Arbeiterposition mit dem Autoritarismus vorliegt oder ob Unterschiede eher mit anderen Bestandteilen der sozialen Lage in Beziehung stehen.

Allerdings ist Lipsets Erklärungsansatz in mehrfacher Hinsicht kritisiert worden. Honneth (1981, S. 560) wendet sich gegen ein Defizitmodell, das autoritäre Orientierungen von Angehörigen der Arbeiterklasse als Ausdruck vermeintlich geringerer kognitiver Differenzierungsfähigkeit interpretiert. Stattdessen seien konkrete Erfahrungen sozialer Abhängigkeit, begrenzter Handlungsmöglichkeiten und gesellschaftlicher Missachtung zu berücksichtigen. Scheuregger und Spier (2007, S. 62) verweisen zudem auf die geringe Beachtung der konkreten Arbeitssituation bei Lipset. Erfahrungen geringer Autonomie, Weisungsgebundenheit oder subalterner Stellung in betrieblichen Hierarchien können schließlich auch bei einfachen Angestellten oder Beschäftigten des unteren öffentlichen Dienstes auftreten. Diese Mechanismen können wir mit den vorliegenden Daten zwar nicht unmittelbar untersuchen; die Differenzierung der Berufsgruppen erlaubt uns jedoch zu prüfen, ob höhere Autoritarismuswerte tatsächlich auf klassische Arbeiterpositionen beschränkt sind.

Neben der objektiven Lage interessiert uns schließlich die *subjektive Verarbeitung der sozialen Position*. Deshalb untersuchen wir, ob die Arbeiterklassenidentität und die Selbstverortung im gesellschaftlichen Unten auch unter Berücksichtigung von Beruf, Bildung und Einkommen mit Autoritarismus verbunden bleiben. Dabei unterscheiden wir beide Konstrukte bewusst: Arbeiterklassenidentität bezeichnet eine soziale Zugehörigkeit,

Unten-Bewusstsein eine vertikale Positionierung innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie.

Allerdings ist Lipsets These weniger deterministisch, als es ihre spätere Rezeption teilweise nahelegt. Ihm zufolge sind autoritäre Orientierungen vom gesellschaftlichen Kontext abhängig und können insbesondere durch demokratische Parteien und Gewerkschaften politisch überformt werden. Eine dauerhaft in demokratische Organisationen eingebundene Arbeiterschaft müsse deshalb trotz autoritärer Dispositionen keineswegs autoritäre Parteien unterstützen (Lipset, 1959, S. 483–484). Für uns stellt sich daher abschließend die Frage, *ob unterschiedliche Formen politisch artikulierten Klasseninteresses gleichermaßen mit Autoritarismus verbunden sind oder unterschiedliche politische Verarbeitungsweisen sozialer Konflikte anzeigen*. Untersucht werden hierzu die Gewerkschaftsorientierung, die Wahrnehmung der übermäßigen Konzernmacht und die unterschiedlichen Vorstellungen über den Ausgang kollektiver Arbeitskämpfe.

Operationalisierung und Methodik

Zur Beantwortung der Forschungsfragen nutzen wir die Daten, die für die LAS 2026 mit 2.507 Befragten erhoben wurden (s. Kap. 2). Um sie auszuwerten, kombinieren wir deskriptive und bivariate Analysen mit multivariaten Regressionsmodellen. Die Arbeiterklassenidentität untersuchen wir zunächst anhand von Kreuztabellen und anschließend mittels binär-logistischer Regression. Die Zusammenhänge der verschiedenen Klassendimensionen mit Autoritarismus analysieren wir bivariat sowie mit linearen OLS-Regressionsmodellen; ergänzende hierarchische Modelle werden herangezogen, um zu prüfen, wie sich zunächst beobachtete Berufsgruppenunterschiede bei schrittweiser Berücksichtigung von Arbeiterklassenidentität und Bildung verändern. Politische Selbstverortung und Parteipräferenz werden abschließend anhand von Kreuztabellen und Signifikanzprüfungen betrachtet. Das schrittweise Vorgehen greift damit die Frage auf, ob Klassenlage, Klassenidentifikation und Autoritarismus eigenständig miteinander zusammenhängen oder ob sich zunächst sichtbare Beziehungen durch andere Merkmale sozialer Lage erklären lassen. Aufgrund des Querschnittsdesigns interpretieren wir die Ergebnisse als statistische Zusammenhänge und nicht als kausale Wirkungen.

Für unsere Berechnungen unterscheiden wir zwischen objektiver sozialer Lage und subjektiver Klassenwahrnehmung. Die objektive Lage erfassen wir über die berufliche Position, die Bildung und das Haushaltsäquivalenzeinkommen. Diese Merkmale verstehen wir nicht als konkurrierende Klassendefinitionen, sondern als miteinander verbundene Dimensionen sozialer Ungleichheit. Auf der subjektiven Ebene berücksichtigen wir die Arbeiterklassenidentität, die vertikale Selbstverortung und Indikatoren eines politisch artikulierten Klasseninteresses getrennt voneinander.

Lipsets (1959) Autoritarismusbegriff umfasst sowohl politische Intoleranz als auch rigide und vereinfachende Denkweisen. Die vorliegende Untersuchung verwendet dagegen einen engeren Begriff (s. Kap. 2) und unterscheidet autoritäre Aggression ($\alpha = 0{,}87$), autoritäre Unterwürfigkeit ($\alpha = 0{,}85$) und Konventionalismus ($\alpha = 0{,}84$). Jede Dimension besteht aus drei fünfstufig beantworteten Items, die zu Indizes von 3 bis 15 zusammengefasst werden. Für die multivariate Analyse werden die drei Dimensionen zusätzlich zu einem Autoritarismus-Gesamtindex summiert ($\alpha = 0{,}91$; Wertebereich 9 bis 45).

Bei der beruflichen Position unterscheiden wir in Anlehnung an Oesch (2006) nach beruflichem Status und Qualifikationsniveau. Eine vollständige Übertragung seines Klassenschemas ist aufgrund der im Datensatz verfügbaren, vergleichsweise groben Angaben zur beruflichen Stellung nicht möglich. Unterschieden werden acht Gruppen:

1. **einfache oder nicht näher bestimmte Arbeiterpositionen**: Arbeiter (auch landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Arbeiter); einfache Arbeiten (Hauptsache: Körperkraft)
2. **qualifizierte Arbeiterpositionen**: schwierige Arbeiten (Hauptsache: Geschicklichkeit); Facharbeiter, Vorarbeiter, Polier, Handwerksgeselle
3. **einfache oder mittlere Angestelltenpositionen**: einfache Angestellte, Aufgaben ohne Weisungsbefugnis; mittlere Angestellte
4. **qualifizierte oder leitende Angestelltenpositionen**: qualifizierte Angestellte; leitende Angestellte mit Zeichnungsberechtigung
5. **einfacher oder mittlerer öffentlicher Dienst**: einfacher Dienst; mittlerer Dienst
6. **gehobener oder höherer öffentlicher Dienst**: gehobener Dienst; höherer Dienst (ab Regierungsassessor, -rat, Major oder vergleichbaren Dienstgraden)
7. **kleine Selbstständigkeit**: Selbstständige ohne Beschäftigte; mit bis zu fünf Beschäftigten

8. **größere oder professionelle Selbstständigkeit**: Selbstständige mit sechs bis neun Beschäftigten; mit zehn bis 49 Beschäftigten; mit 50 und mehr Beschäftigten; freie Berufe, z. B. Ärzte, Anwälte

Die Gruppen behandeln wir als kategoriale Variable; die Referenzgruppe in den multivariaten Modellen sind qualifizierte oder leitende Angestellte. Diese Einteilung bildet den beruflichen Status und die Qualifikation ab, allerdings mit der Einschränkung, dass sie Arbeitsautonomie, Weisungsgebundenheit und betriebliche Hierarchie nicht unmittelbar misst. Für die bivariaten Analysen werden zusätzlich einfache und qualifizierte Arbeiterpositionen zu einer dichotomen Arbeitervariable zusammengefasst.

Die formale Bildung verstehen wir einerseits als Teil der sozialen Lage, andererseits als möglichen Mechanismus, über den berufliche Klassenunterschiede mit dem Autoritarismus verbunden sein können. Wir unterteilen sie in niedrige, mittlere, höhere nichtakademische und akademische Bildung; niedrige Bildung bildet die Referenzkategorie. Das Haushaltsäquivalenzeinkommen beschreibt das Haushaltseinkommen, also die tatsächlich zur Verfügung stehenden Nettoeinnahmen, geteilt durch die Quadratwurzel der Haushaltsgröße. In den Regressionsmodellen berücksichtigen wir es kontinuierlich in Schritten von 1.000 Euro.

Die Arbeiterklassenidentität erfassen wir über die Frage, ob sich die Befragten eher der Arbeiterklasse oder eher nicht der Arbeiterklasse zurechnen. Das Unten-Bewusstsein erheben wir mit einer siebenstufigen vertikalen Selbstverortung in der Gesellschaft. Die Variable wird umgepolt und um den Skalenmittelpunkt zentriert: Der Wert 0 bezeichnet die gesellschaftliche Mitte, positive Werte eine Position darunter, negative Werte eine Position darüber.

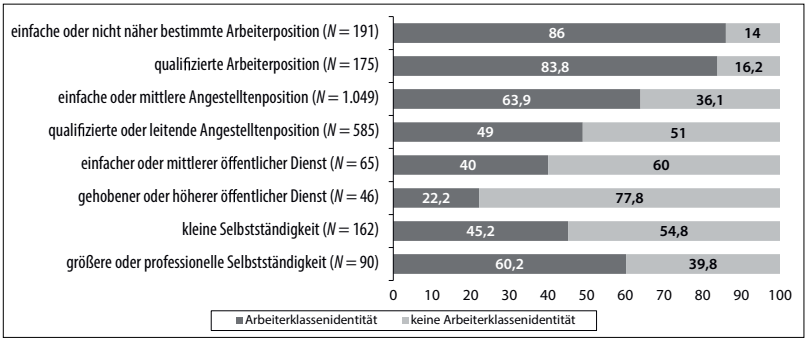
Das Klasseninteresse erfassen wir schließlich über verschiedene Indikatoren: Unterstützung von Gewerkschaften, Wahrnehmung übermäßiger Konzernmacht und gewünschter Ausgang eines länger andauernden Arbeitskampfs. Bei der Streikfrage waren Mehrfachnennungen möglich; die Antworten werden daher als separate dichotome Variablen kodiert. In den multivariaten Modellen werden sowohl ein weitgehender Erfolg der Arbeitnehmerseite als auch eine Rückkehr ohne Durchsetzung ihrer Forderungen berücksichtigt.

Als Kontrollvariablen verwenden wir das Alter in Zehnjahresschritten, das Geschlecht, den Wohnort in Ost- bzw. Westdeutschland, die Migrationsgeschichte und die konfessionelle Bindung.

Wer zählt sich zur Arbeiterklasse?

Die Ergebnisse zeigen, dass die Arbeiterklassenidentität zwar in der beruflichen Position verankert ist, aber weit über die klassische Arbeiterschaft hinausreicht. Wie in Grafik 1 dargestellt, identifizieren sich einfache und qualifizierte Arbeiter mit 86 % bzw. 83,8 % am häufigsten mit der Arbeiterklasse. Die objektive Berufsposition und die subjektive Identifikation stimmen hier also weitgehend überein. Zugleich findet sich die Arbeiterklassenidentität aber auch bei einem erheblichen Anteil der Beschäftigten außerhalb klassischer Arbeiterpositionen, unter anderem bei einfachen und mittleren Angestellten sowie Selbstständigen. Am seltensten ist diese Identifikation im gehobenen und höheren öffentlichen Dienst anzutreffen. Die Unterschiede zwischen den Berufsgruppen sind deutlich und statistisch signifikant.

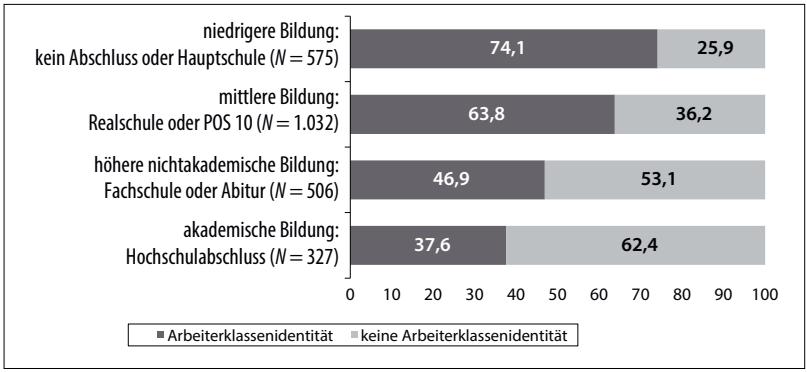
Grafik 1: Arbeiterklassenidentität nach beruflicher Status- und Qualifikationsgruppe (in %)



Die Anteile unterscheiden sich signifikant, $\chi^2(7) = 181{,}41$, $p < .001$, $N = 2.310$

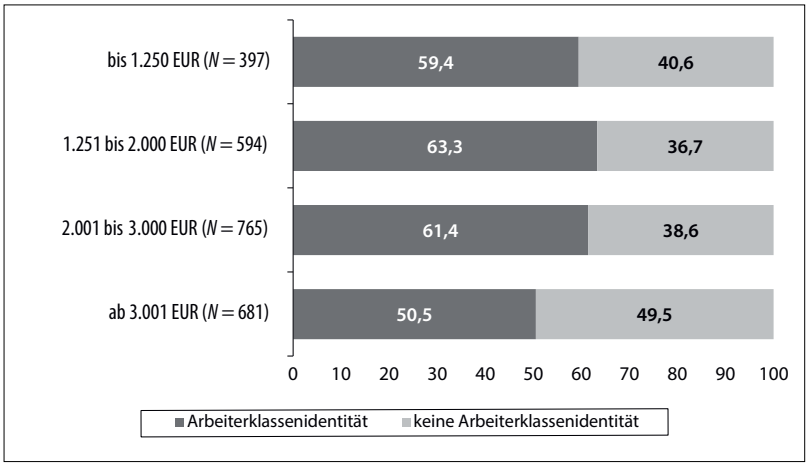
Neben der Berufsposition zeigt sich ein ausgeprägter Bildungsgradient. Mit zunehmendem Bildungsniveau sinkt der Anteil derjenigen, die sich der Arbeiterklasse zurechnen, nahezu kontinuierlich: Während sich unter Befragten mit niedriger Bildung 74,1 % mit der Arbeiterklasse identifizieren, sind es unter denen mit akademischer Bildung noch 37,6 % (Grafik 2). Bildung strukturiert die subjektive Klassenidentifikation damit stärker als die aktuelle Einkommensposition. Zwar unterscheiden sich auch die Einkommensgruppen signifikant, die Unterschiede fallen aber wesent-

Grafik 2: Arbeiterklassenidentität nach Bildungsniveau (in %)



Zwischen den Bildungsgruppen bestehen signifikante Unterschiede, $\chi^2(3) = 152{,}34$, $p < .001$, $N = 2.382$

Grafik 3: Arbeiterklassenidentität nach Haushaltsäquivalenzeinkommen (in %)

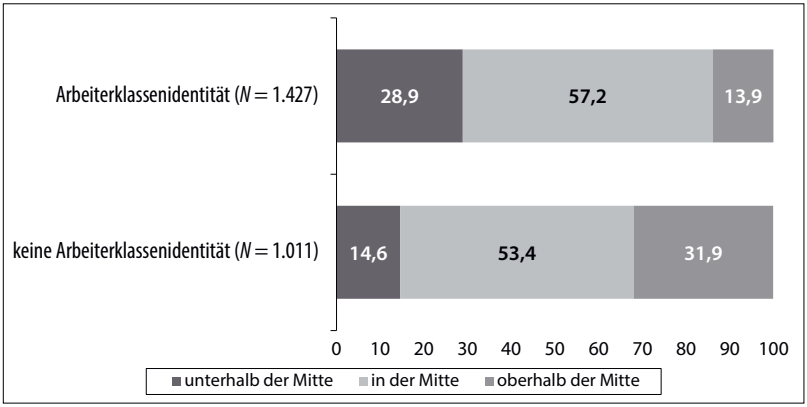


Zwischen den Einkommensgruppen bestehen signifikante Unterschiede, $\chi^2(3) = 26{,}40$, $p < .001$, $N = 2.437$

lich geringer aus (Grafik 3). Schon deskriptiv deutet sich damit an, dass die Arbeiterklassenidentität nicht einfach eine unmittelbare Abbildung gegenwärtiger materieller Ressourcen ist.

Auch mit einer subjektiven Positionierung im gesellschaftlichen Unten ist die Arbeiterklassenidentität nicht gleichzusetzen. Zwar verorten sich Menschen mit einer solchen Identität häufiger unterhalb der gesellschaftlichen Mitte als andere (Grafik 4), aber 57,2 % – und damit die Mehrheit – zählen sich zur gesellschaftlichen Mitte. Arbeiterklassenidentität und Unten-Bewusstsein erfassen damit unterschiedliche Aspekte subjektiver Klassenwahrnehmung: Die Identifikation mit der Arbeiterklasse bezeichnet eine soziale Gruppenzugehörigkeit, ohne notwendigerweise die Wahrnehmung einzuschließen, selbst am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie zu stehen. Die Unterschiede sind gleichwohl statistisch deutlich.

Grafik 4: Subjektive Positionierung relativ zur gesellschaftlichen Mitte nach Arbeiterklassenidentität (in %)



Die Verteilung unterscheidet sich signifikant zwischen Personen mit und ohne Arbeiterklassenidentität, $\chi^2(2) = 143{,}28$, $p < .001$, $N = 2.438$

Wie weit die objektive Position und die subjektive Identifikation auseinanderfallen können, zeigt der direkte Vergleich beider Variablen. 85 % der Befragten in einfachen oder qualifizierten Arbeiterpositionen identifizieren sich auch subjektiv mit der Arbeiterklasse und nur 15 % von ihnen nicht (Tab. 1). Allerdings ist bemerkenswert, dass sich auch 56,1 % der Befragten ohne objektive Arbeiterposition zur Arbeiterklasse rechnen. Die

Tabelle 1: Kongruenz und Diskrepanz von objektiver Arbeiterposition und Arbeiterklassenidentität

		keine Arbeiterklassen-identität	Arbeiter-klassen-identität	gesamt
keine Arbeiterposition	in %	43,9	56,1	100
	N	857	1.094	1.951
Arbeiterposition	in %	15	85	100
	N	54	305	359

Die Verteilungen unterscheiden sich signifikant, $\chi^2(1) = 105{,}91$, $p < .001$, $N = 2.310$

Arbeiterklassenidentität ist damit erkennbar sozialstrukturell verankert, geht aber keineswegs in der Berufsposition auf.

Die multivariate Analyse (Tab. 2) zeigt ein weiter ausdifferenziertes Bild. Es wird deutlich, dass bereits die berufliche Position erhebliche Erklärungskraft für die Arbeiterklassenidentität besitzt. Unter Kontrolle der übrigen Merkmale sind die statistischen Chancen, sich der Arbeiterklasse zuzurechnen, bei einfachen Arbeitern 3,29-mal und bei qualifizierten Arbeitern 3,12-mal so hoch wie bei qualifizierten und leitenden Angestellten. Auch bei einfachen und mittleren Angestellten ist die Wahrscheinlichkeit erhöht (OR = 1,29). Angehörige des gehobenen und höheren öffentlichen Dienstes identifizieren sich dagegen deutlich seltener mit der Arbeiterklasse (OR = 0,44). Die beruflichen Unterschiede bleiben somit auch bestehen, wenn weitere Dimensionen der sozialen Lage berücksichtigt werden.

Gleichzeitig zeigt der schrittweise Modellaufbau, dass die Arbeiterklassenidentität nicht allein beruflich bestimmt ist. Die Aufnahme von Bildung und Einkommen erhöht die Varianzaufklärung des Modells (Nagelkerkes R^2 verbessert sich von 0,106 auf 0,139). Besonders die Bildung bleibt im Endmodell relevant: Gegenüber der Referenzkategorie (niedrige Bildung) liegen die Odds einer Arbeiterklassenidentität für die höhere nichtakademischen Bildung bei OR = 0,45 und für die akademische Bildung bei OR = 0,35. Für das Haushaltsäquivalenzeinkommen lässt sich dagegen kein eigenständiger Zusammenhang feststellen. Die zusätzlichen soziodemografischen Merkmale tragen nur wenig zur Modellgüte bei; ihre Hinzunahme verbessert das Modell nicht signifikant.

Deutlich relevanter ist wiederum die subjektive gesellschaftliche Selbstverortung. Mit jeder Einheit, die sie nach unten sinkt, steigen die Odds für eine Arbeiterklassenidentität um den Faktor 1,39. Die Aufnahme des Unten-Bewusstseins erhöht die Varianzaufklärung (Nagelkerkes R^2 von 0,145 auf 0,168). Dennoch zeigen die vorangegangenen deskriptiven Befunde, dass beide Konstrukte nicht identisch sind: Auch diejenigen, die sich der Arbeiterklasse zurechnen, verstehen sich in der Mehrheit als Teil der gesellschaftlichen Mitte.

Schließlich tragen auch einzelne Indikatoren des Klasseninteresses zur Erklärung bei. Eine stärkere Wahrnehmung übermäßiger Konzernmacht ist mit höheren Odds einer Arbeiterklassenidentität verbunden (OR = 1,21); das Gleiche gilt für die Unterstützung eines weitgehenden Erfolgs der Arbeitnehmerseite in einem Arbeitskampf (OR = 1,35). Für die allgemeine Gewerkschaftsorientierung und eine Rückkehr an den Arbeitsplatz ohne Durchsetzung der Forderungen zeigt sich dagegen kein eigenständiger Zusammenhang. Mit Aufnahme der Klasseninteressen steigt Nagelkerkes R^2 nochmals auf 0,192; das vollständige Modell klassifiziert 67,2 % der Fälle korrekt. Arbeiterklassenidentität erweist sich damit insgesamt als Ergebnis mehrerer Dimensionen: Beruf und Bildung spielen die größte Rolle, daneben jedoch auch die subjektive gesellschaftliche Positionierung sowie bestimmte politische Deutungen des Interessenkonflikts zwischen Arbeit und Kapital.

Tabelle 2: Hierarchische binär-logistische Regression zur Erklärung der subjektiven Arbeiterklassenidentität

Prädiktor	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
berufliche Position[1]					
einfache Arbeiter	**6,19** ***	**3,77** ***	**3,51** ***	**3,18** ***	**3,29** ***
qualifizierte Arbeiter	**5,34** ***	**3,58** ***	**3,20** ***	**3,06** ***	**3,12** ***
einfache/mittlere Angestellte	**1,82** ***	**1,41** **	**1,39** **	**1,27** *	**1,29** *
einfacher/mittlerer öffentlicher Dienst	0,75	0,77	0,76	0,77	0,81
gehobener/höherer öffentlicher Dienst	**0,29** ***	**0,41** *	**0,41** *	**0,43** *	**0,44** *
kleine Selbstständige	0,89	0,73	0,70	**0,68** *	0,70
größere/professionelle Selbstständigkeit	**1,64** *	1,40	1,31	1,30	1,35

Prädiktor	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Bildung und Einkommen[2]					
mittlere Bildung	–	**0,73 ***	**0,71 ****	**0,75 ***	**0,74 ***
höhere nichtakademische Bildung	–	**0,44 *****	**0,42 *****	**0,46 *****	**0,45 *****
akademische Bildung	–	**0,33 *****	**0,30 *****	**0,35 *****	**0,35 *****
Haushaltsäquivalenzeinkommen, je 1.000 Euro	–	0,96	0,99	1,07	1,08
soziodemografische Merkmale					
Alter in Zehnjahresschritten	–	–	0,98	0,99	0,99
Geschlecht: weiblich[3]	–	–	0,86	0,85	0,86
Wohnort: Ostdeutschland[4]	–	–	**1,34 ***	1,28	1,25
elterlicher Migrationsbezug[5]	–	–	1,09	1,06	1,09
überwiegend im Ausland aufgewachsen[5]	–	–	**1,54 ***	1,43	**1,52 ***
konfessionelle Bindung	–	–	1,08	1,12	1,12
subjektive Klassenposition					
Unten-Bewusstsein	–	–	–	**1,44 *****	**1,39 *****
Klasseninteressen					
Gewerkschaftsorientierung	–	–	–	–	1,10
Wahrnehmung übermäßiger Konzernmacht	–	–	–	–	**1,21 *****
weitgehender Erfolg der Arbeitnehmer im Streik	–	–	–	–	**1,35 ****
keine Durchsetzung der Forderungen der Arbeitnehmer im Streik	–	–	–	–	0,99
Modellkennwerte					
Block-χ^2	178,3 ***	59,9 ***	10,7	41,8 ***	45,2 ***
Modell-χ^2	178,3 ***	238,2 ***	248,8 ***	290,7 ***	335,8 ***
Nagelkerkes R^2	0,106	0,139	0,145	0,168	0,192
korrekt klassifiziert	63,1 %	66, %	66,2 %	66,7 %	67,2 %
N	2.190	2.190	2.190	2.190	2.190

Angegeben sind Odds Ratios, signifikante Werte sind hervorgehoben. Werte über 1 kennzeichnen höhere, Werte unter 1 geringere Chancen einer Arbeiterklassenidentität

[1] Referenzgruppe: qualifizierte oder leitende Angestelltenposition

[2] Referenzgruppe der Bildungskategorien: niedrige Bildung

[3] Referenzgruppe: männlich

[4] Referenzgruppe: Westdeutschland

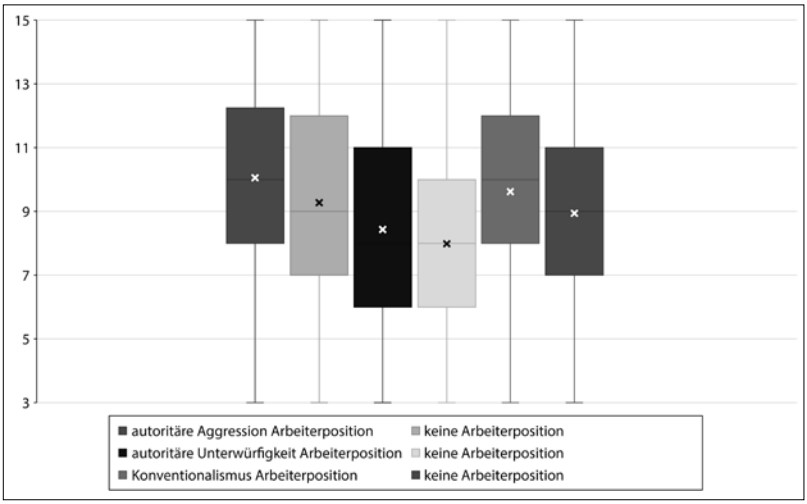
[5] Referenzgruppe: kein Migrationsbezug

Signifikanzniveaus: *p ≤ .05; **p ≤ .01; ***p ≤ .001

In welchem Verhältnis stehen die Dimensionen von Klasse zum Autoritarismus?

Im zweiten Analyseschritt geht es darum, in welchem Verhältnis die unterschiedlichen Dimensionen von Klasse zu autoritären Einstellungen stehen. Zunächst scheint sich die klassische These eines *working-class authoritarianism* auf der bivariaten Ebene zu bestätigen. Befragte in objektiven Arbeiterpositionen erreichen bei autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit und Konventionalismus jeweils höhere Mittelwerte als jene außerhalb von Arbeiterpositionen (Grafik 5). Die Unterschiede sind statistisch signifikant, bleiben mit Hedges g = 0,14 bis 0,23 jedoch klein. Die Verteilungen überlappen sich stark.

Grafik 5: Autoritarismusdimensionen nach objektiver Arbeiterposition



Dargestellt sind die Verteilungen der drei Autoritarismusdimensionen (farblich unterschieden) nach Arbeiterposition. Je Dimension werden Befragte in und ohne Arbeiterposition gegenübergestellt. Die horizontale Linie markiert den Median, das X den Mittelwert. Befragte in objektiver Arbeiterposition weisen in allen drei Dimensionen signifikant höhere Werte auf ($p \leq .017$); die Unterschiede sind klein und bei autoritärer Unterwürfigkeit am schwächsten (Hedges g = 0,14 bis 0,23).

Die bivariaten Korrelationen (Tab. 3) zeigen allerdings, dass die Arbeiterklassenidentität enger mit dem Autoritarismus verbunden ist als die objektive Arbeiterposition oder das Unten-Bewusstsein. Die Zusammenhänge

bleiben insgesamt schwach. Bei den Klasseninteressen ergibt sich kein einheitliches Muster: Die Unterstützung eines weitgehenden Arbeitnehmererfolgs korreliert schwach negativ mit autoritärer Unterwürfigkeit und Konventionalismus, die Wahrnehmung übermäßiger Konzernmacht dagegen schwach positiv mit autoritärer Aggression und Konventionalismus.

Tabelle 3: Bivariate Zusammenhänge zwischen Klassenlage, Klassenbewusstsein, Klasseninteresse und Autoritarismus

	objektive Arbeiterposition	subjektive Arbeiteridentität	subjektives Unten-Bewusstsein	Gewerkschafts-orientierung	Wahrnehmung übermäßiger Konzernmacht	Streik: Arbeitnehmer erreichen Forderung	Streik: einige Forderungen und große Zugeständnisse	Streik: nur wenige Forderungen	Streik: keine Forderungen
autoritäre Aggression	0,08 ***	0,14***	0,05*	–0,01	0,06 *	–0,03	0,02	0,03	0,04
autoritäre Unterwürfigkeit	0,05 *	0,11***	0,05*	0,00	0,03	–0,05*	0,01	0,05*	0,04
Konventionalismus	0,08 ***	0,16***	0,05*	0,05*	0,08 ***	–0,05*	0,04	0,02	0,03

Dargestellt sind Pearson-Korrelationskoeffizienten, *p < .05, **p < .01, ***p < .001

Entscheidend ist schließlich, welche Zusammenhänge bestehen bleiben, wenn die verschiedenen Dimensionen von Klasse gemeinsam berücksichtigt werden. Im multivariaten Modell werden dazu berufliche Position, Bildung, Einkommen, Arbeiterklassenidentität, Unten-Bewusstsein, Klasseninteressen und soziodemografische Merkmale gleichzeitig betrachtet (Grafik 6). Das Gesamtmodell ist statistisch signifikant und erklärt 11,3 % der Varianz des Autoritarismus.

Von einem eigenständigen Effekt der klassischen Arbeiterposition bleibt dabei wenig übrig. Weder einfache noch qualifizierte Arbeiterpositionen unterscheiden sich unter Kontrolle der übrigen Merkmale signifikant von qualifizierten oder leitenden Angestellten. Auch für einfache und mittlere Angestellte sowie die verschiedenen Gruppen von Selbstständigen finden sich keine eigenständigen Unterschiede. Auffällig ist dagegen der einfache bzw. mittlere öffentliche Dienst, der auch unter Kontrolle der übrigen Merkmale höhere Autoritarismuswerte aufweist (B = 0,46). Der Befund

spricht damit eher gegen einen spezifischen Zusammenhang manueller Arbeit mit Autoritarismus und für eine vertiefte Betrachtung beruflicher Status- und Hierarchiepositionen.

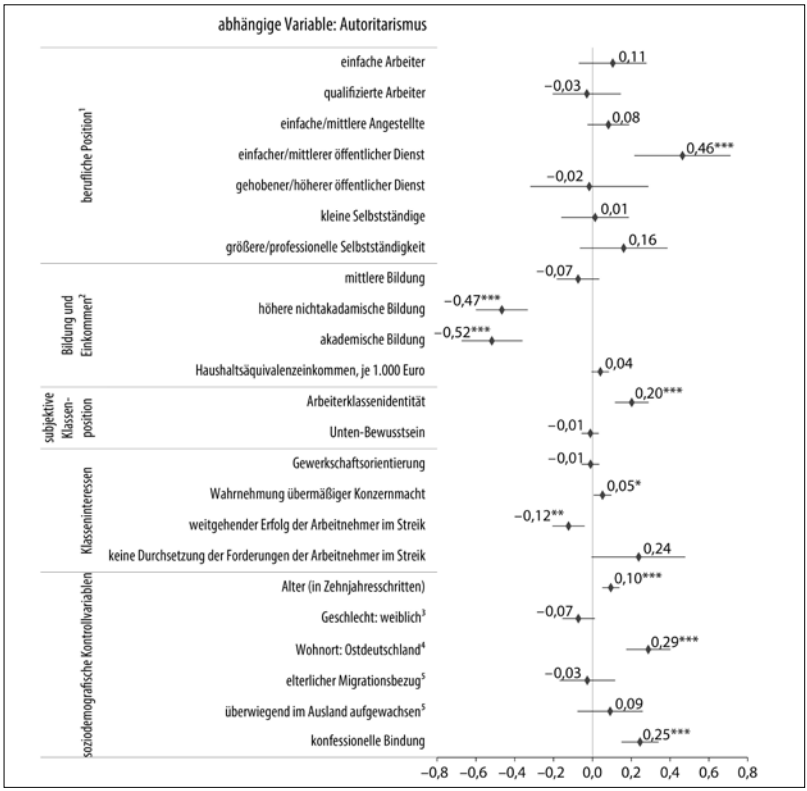
Unter den objektiven Merkmalen sozialer Lage sticht vor allem die Bildung hervor. Höhere nichtakademische Bildung (B = −0,47) und akademische Bildung (B = −0,52) sind mit deutlich niedrigeren Autoritarismuswerten verbunden. Für mittlere Bildung und das Haushaltsäquivalenzeinkommen ergibt sich dagegen kein statistisch gesicherter Zusammenhang. Bildung erweist sich damit als besonders bedeutsamer objektiver Klassenindikator, während das Einkommen kaum zusätzliche Erklärungskraft besitzt.

Anders als die objektive Arbeiterposition bleibt die subjektive Arbeiterklassenidentität auch im vollständigen Modell bedeutsam. Befragte mit einer Arbeiterklassenidentität haben bei vergleichbarer beruflicher Position, Bildung, ähnlichem Einkommen und den übrigen berücksichtigten Merkmalen höhere Autoritarismuswerte (B = 0,20). Für das Unten-Bewusstsein zeigt sich dagegen kein eigenständiger Zusammenhang. Damit bestätigt sich auch multivariat, dass die Arbeiterklassenidentität nicht lediglich eine andere Bezeichnung für eine subjektiv niedrige Position in der gesellschaftlichen Hierarchie ist.

Bei den Klasseninteressen bleibt das bereits bivariat erkennbare ambivalente Muster erhalten. Die Unterstützung eines weitgehenden Erfolgs der Arbeitnehmerseite geht mit niedrigeren Autoritarismuswerten einher (B = −0,12). Die Wahrnehmung übermäßiger Konzernmacht weist dagegen einen schwachen positiven Zusammenhang auf (B = 0,05). Weder die allgemeine Gewerkschaftsorientierung noch die Befürwortung einer Rückkehr ohne Durchsetzung der Arbeitnehmerforderungen erreichen das konventionelle Signifikanzniveau. Eine allgemein kritische Haltung gegenüber wirtschaftlicher Macht ist demnach empirisch von der Unterstützung erfolgreicher kollektiver Interessenvertretung zu unterscheiden.

Unter den Kontrollvariablen korrespondieren höheres Alter (B = 0,10), ein Wohnort in Ostdeutschland (B = 0,29) und konfessionelle Bindung (B = 0,25) mit höheren Werten beim Autoritarismus; die beiden Indikatoren der Migrationsgeschichte bleiben dagegen ohne eigenständige Zusammenhänge. Für die Beurteilung der These eines *working-class authoritarianism* ist jedoch vor allem entscheidend, dass der bivariat sichtbare Unterschied zwischen Arbeitern und Nicht-Arbeitern im vollständigen Modell nicht bestehen bleibt.

Grafik 6: OLS-Regression zur Erklärung des Autoritarismus



Angegeben sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten B mit 95 %-Konfidenzintervallen aus einem partiell standardisierten OLS-Modell. Der Autoritarismusindex sowie die kontinuierlich behandelten Prädiktoren Alter, Haushaltsäquivalenzeinkommen, Unten-Bewusstsein, Gewerkschaftsorientierung und Wahrnehmung übermäßiger Konzernmacht wurden z-standardisiert; dichotome und kategoriale Prädiktoren gingen in ihrer ursprünglichen Kodierung in das Modell ein. Damit geben die Koeffizienten Veränderungen bzw. Gruppenunterschiede in Standardabweichungen des Autoritarismusindex an. Positive Koeffizienten kennzeichnen höhere, negative niedrigere Werte des Autoritarismus.
Modellgüte: $R^2 = 0{,}113$, korr. $R^2 = 0{,}103$, $F(23, 2143) = 11{,}87$, $p < .001$, $N = 2.167$
[1] Referenzgruppe: qualifizierte oder leitende Angestelltenposition
[2] Referenzgruppe der Bildungskategorien: niedrige Bildung
[3] Referenzgruppe: männlich
[4] Referenzgruppe: Westdeutschland
[5] Referenzgruppe: kein Migrationsbezug
Signifikanzniveaus: *p < .05, **p < .01, ***p < .001

Eine ergänzende hierarchische Analyse verdeutlicht, an welcher Stelle sich der zunächst sichtbare Befund des *working-class authoritarianism* auflöst. Die höheren Autoritarismuswerte einfacher und qualifizierter Arbeiter bleiben auch nach Berücksichtigung der Arbeiterklassenidentität zunächst signifikant, verlieren ihre statistische Signifikanz jedoch in dem Moment, wenn die Bildung in das Modell aufgenommen wird. Die subjektive Arbeiterklassenidentität dagegen bleibt auch unter Berücksichtigung der Bildung eigenständig mit höheren Autoritarismuswerten verbunden.

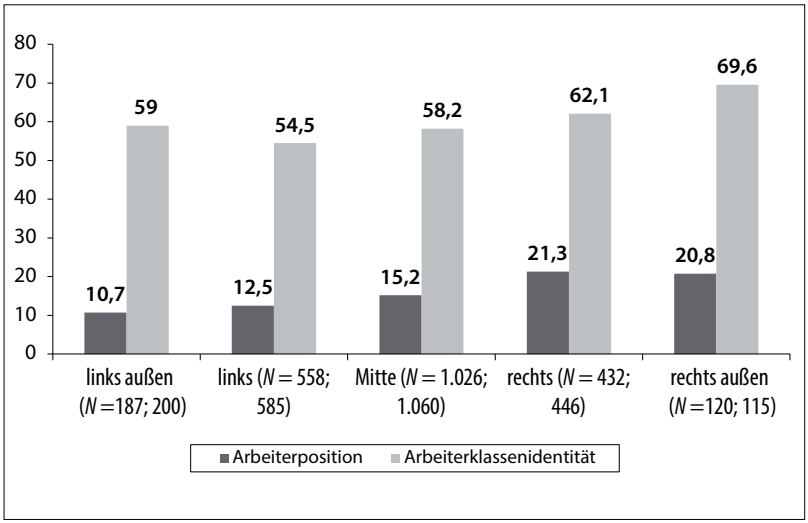
Gegenwärtige politische Orientierungen in der Arbeiterschaft

Die politische Orientierung der Arbeiterschaft ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der jüngeren Wahlerfolge der AfD von besonderem Interesse. Bei der Bundestagswahl 2025 wurde die AfD mit 20,8 % der Zweitstimmen insgesamt zweitstärkste Kraft (Bundeswahlleiterin, 2025); zugleich zeigte sich ihr Erfolg überdurchschnittlich stark unter Arbeitern. Nach den Wahltagsbefragungen von infratest dimap (ARD-aktuell/infratest dimap, 2025) lag sie in dieser Berufsgruppe vor allen anderen Parteien. Dieser Trend setzte sich auch bei nachfolgenden Landtagswahlen fort und verweist auf eine erhebliche Verschiebung gegenüber der lange Zeit dominierenden Bindung von Teilen der Arbeiterschaft an die Sozialdemokratie. Vor diesem Hintergrund untersuchen wir zunächst, wie sich objektive Arbeiterposition und subjektive Arbeiterklassenidentität entlang der politischen Links-rechts-Selbsteinstufung verteilen und welche Unterschiede sich bei der Parteipräferenz zeigen.

Unsere Berechnungen führen zu dem Ergebnis, dass die politische Selbstverortung ein Muster erkennen lässt, und zwar sowohl für die objektive Arbeiterposition als auch für die subjektive Arbeiterklassenidentität (Grafik 7). Der Anteil an Befragten in einer Arbeiterposition steigt von 10,7 % am linken Rand und 12,5 % im linken Spektrum auf 21,3 % bei rechts bzw. 20,8 % bei rechts außen. Noch deutlicher fällt die Verteilung bei der subjektiven Arbeiterklassenidentität aus. Während sich unter den Befragten, die sich als links einstufen, 54,5 % der Arbeiterklasse zurechnen, sind es unter denen, die sich rechts verorten, 62,1 % und rechts außen 69,6 %. Allerdings ist die Arbeiterklassenidentität keineswegs auf das rechte politische Spektrum beschränkt: Auch links außen identifizieren

sich 59 % mit der Arbeiterklasse. Die Unterschiede nach politischer Selbsteinstufung sind sowohl für die objektive Arbeiterposition als auch für die subjektive Arbeiterklassenidentität statistisch signifikant. Damit zeichnet sich zwar gegenwärtig eine stärkere Präsenz der Arbeiterschaft im rechten Spektrum ab, allerdings lässt sich die Arbeiterklassenidentität nicht eindeutig einem politischen Lager zuordnen.

Grafik 7: Politische Selbsteinstufung nach Arbeiterposition und -identität (in %)



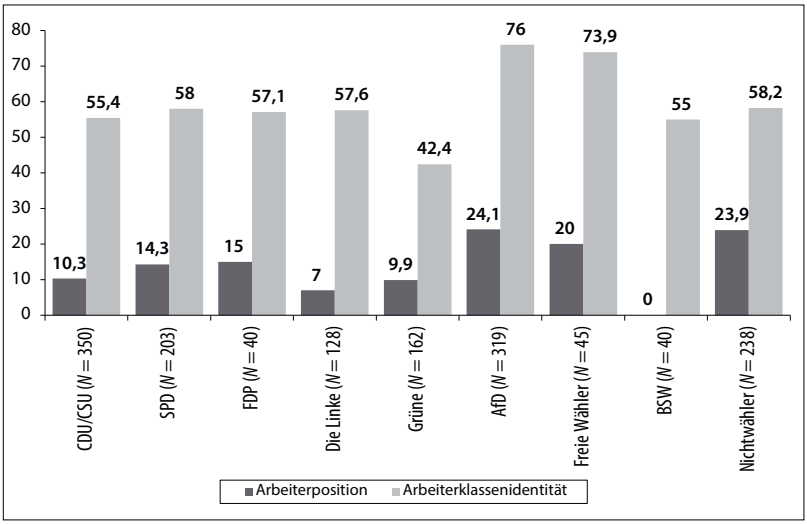
Sowohl objektive Arbeiterposition als auch subjektive Arbeiterklassenidentität unterscheiden sich signifikant nach politischer Links-rechts-Selbsteinstufung (objektiv: $\chi^2(4) = 20{,}61$, $p < .001$, $N = 2.323$; subjektiv: $\chi^2(4) = 12{,}04$, $p = .017$, $N = 2.406$)

Deutlicher werden die Unterschiede bei der Parteipräferenz (Grafik 8). Besonders auffällig ist die für die AfD: Unter den Befragten mit AfD-Präferenz befinden sich mit 24,1 % vergleichsweise viele in objektiven Arbeiterpositionen; zugleich identifizieren sich 76 % von ihnen subjektiv mit der Arbeiterklasse. Beide Werte liegen deutlich über den entsprechenden Anteilen bei CDU/CSU, SPD, Grünen oder der Linken. Eine ähnlich verbreitete Arbeiterklassenidentität zeigt sich bei den Freien Wählern (73,9 %), wobei die wesentlich geringere Fallzahl eine vorsichtige Interpretation nahelegt. Besonders wenig Verbreitung findet die subjektive Arbeiterklassenidentität bei den Grünen mit 42,4 %; bei CDU/CSU, SPD, FDP

und der Linken rechnet sich dagegen jeweils etwas mehr als die Hälfte der jeweiligen Anhängerschaft der Arbeiterklasse zu.

Auch hier lohnt der Vergleich zwischen objektiver und subjektiver Dimension. Unter den Nichtwählern ist der Anteil objektiver Arbeiterpositionen mit 23,9 % nahezu ebenso hoch wie unter AfD-Präferierenden. Ihre Arbeiterklassenidentität liegt mit 58,2 % jedoch deutlich niedriger. Die AfD zeichnet sich damit nicht allein durch einen hohen Anteil von Anhängern in Arbeiterberufen aus, sondern insbesondere durch die starke subjektive Identifikation ihrer Anhängerschaft mit der Arbeiterklasse. Die Parteipräferenz unterscheidet sich sowohl nach objektiver Arbeiterposition als auch nach subjektiver Arbeiterklassenidentität signifikant.

Grafik 8: Parteipräferenz nach Arbeiterposition und -identität (in %)



Sowohl objektive Arbeiterposition als auch subjektive Arbeiterklassenidentität unterscheiden sich signifikant nach Parteipräferenz (objektiv: $\chi^2(13) = 74{,}71$, $p < .001$, $N = 1.991$; subjektiv: $\chi^2(13) = 74{,}95$, $p < .001$, $N = 2.066$)

Die Ergebnisse unterstreichen damit die schon sichtbar gewordene Differenz zwischen sozialer Position, Klassenidentifikation und politischer Orientierung. Einerseits sind Menschen in Arbeiterpositionen und insbesondere jene mit Arbeiterklassenidentität im rechten politischen Spektrum und unter denen, die die AfD präferieren, überdurchschnittlich

häufig vertreten, doch andererseits ist weder die Arbeiterposition noch die -klassenidentität politisch eindeutig festgelegt. Sowohl die große Verbreitung der Arbeiterklassenidentität auch in anderen politischen Lagern als auch der hohe Anteil an Arbeitern unter den Nichtwählern sprechen gegen die Vorstellung einer geschlossenen politischen ›Arbeiterwählerschaft‹. Gerade die Verbindung von ausgeprägter Arbeiterklassenidentität und AfD-Präferenz wirft vielmehr die Frage auf, wie eine verbreitete Klassenidentifikation politisch aufgegriffen und mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Konfliktdeutungen verbunden wird.

Was bleibt vom autoritären Arbeiter?

Ausgangspunkt unserer Untersuchung war ein Problem, das bereits die frühe Autoritarismusforschung des Instituts für Sozialforschung beschäftigte: Aus einer objektiven Klassenlage ergibt sich kein zugehöriges politisches Bewusstsein. Die Erwartung, die Arbeiterklasse werde aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess notwendig ein gemeinsames, emanzipatorisches Interesse entwickeln, hatte sich spätestens in der Zwischenkriegszeit als fragwürdig erwiesen. Zugleich zeigten die frühen Untersuchungen von Arbeitern und Angestellten, dass berufliche Position, subjektive Zugehörigkeit und politische Orientierung auseinanderfallen können. Auch innerhalb der Arbeiterschaft waren autoritäre Orientierungen schon in den 1920er Jahren anzutreffen. Unsere Ergebnisse führen zu diesem Ausgangsproblem zurück: Zwischen sozialer Lage, Klassenidentifikation und politischer Orientierung bestehen Zusammenhänge, die jedoch keineswegs deterministisch sind.

Das zeigt sich bereits darin, wer sich heute überhaupt selbst der Arbeiterklasse zurechnet. Die Arbeiterklassenidentität ist in klassischen Arbeiterberufen besonders verbreitet, reicht aber weit über diese hinaus; umgekehrt versteht sich die Mehrheit derjenigen, die sich der Arbeiterklasse zurechnen, als Teil der gesellschaftlichen Mitte. Objektive Arbeiterposition, Arbeiterklassenidentität, Unten-Bewusstsein und Klasseninteresse bilden somit keine einheitliche Klassenlage ab. In diesem begrenzten Sinne bleibt Adornos (1942) Diagnose einer Gesellschaft aufschlussreich, in der Klassenverhältnisse fortbestehen, ohne notwendig ein entsprechendes Klassenbewusstsein hervorzubringen. Eine politisch handlungsfähige ›Arbeiterklasse‹ entsteht nicht unmittelbar aus ihrer sozialen Position, sondern erst durch

die Deutung und politische Artikulation gemeinsamer Erfahrungen und Interessen.

Auch die klassische These eines *working-class authoritarianism* wird durch unsere Befunde eher relativiert als bestätigt. Zwar weisen Befragte in Arbeiterpositionen zunächst höhere Autoritarismuswerte auf, doch sind die Unterschiede gering. Die hierarchischen Analysen zeigen zudem, dass dieser Zusammenhang nicht durch die subjektive Arbeiterklassenidentität verschwindet, sondern erst, wenn das Bildungsniveau berücksichtigt wird. Ein eigenständiger statistischer Zusammenhang einfacher oder qualifizierter Arbeiterpositionen mit Autoritarismus ist danach nicht mehr festzustellen. Damit erweist sich Bildung als zentraler Bestandteil jener sozialen Statuslage, auf die bereits Lipset hingewiesen hatte. Gleichzeitig bleibt die subjektive Arbeiterklassenidentität auch unter Kontrolle von Berufsposition und Bildung mit höheren Autoritarismuswerten verbunden. Der »autoritäre Arbeiter« ist folglich keine klar abgrenzbare Berufsgruppe: Bedeutsamer als die Arbeiterposition an sich erscheinen Bildungsunterschiede und die subjektive Verarbeitung sozialer Zugehörigkeit.

Vor diesem Hintergrund lassen sich auch die gegenwärtigen Wahlerfolge der AfD unter Arbeitern nicht einfach als Wiederkehr eines spezifischen *working-class authoritarianism* interpretieren. Zwar trifft zu, dass Befragte in Arbeiterpositionen im rechten politischen Spektrum und unter AfD-Präferierenden überdurchschnittlich häufig vertreten sind und dass unter Befragten mit AfD-Präferenz die Arbeiterklassenidentifikation besonders stark ausfällt; aber zugleich findet sich diese Identität in erheblichem Umfang auch in anderen politischen Lagern, während unter Nichtwählerinnen und Nichtwählern nahezu ebenso viele objektive Arbeiter zu finden sind wie unter AfD-Präferierenden. Die Arbeiterklassenidentität besitzt deshalb keine eindeutige politische Richtung. Gerade ihre politische Offenheit rückt die Frage in den Fokus, welche gesellschaftlichen Konflikte mit ihr verbunden und wie Erfahrungen von Zugehörigkeit, Anerkennung und Ungleichheit politisch gedeutet werden. Damit kehren wir zum Ausgangspunkt der frühen Autoritarismusforschung zurück. Horkheimers Feststellung, dass sich »die Handlungsweise der Menschen in einem gegebenen Zeitpunkt nicht allein aus ökonomischen Vorgängen erklären« lasse (Horkheimer, 1936, S. 344), hat wenig von ihrer Aktualität verloren. Klassenverhältnisse verschwinden nicht, wenn das Klassenbewusstsein brüchig wird. Vielmehr eröffnet gerade die Distanz zwischen sozialer Lage, subjektiver Zugehörigkeit und politischer Orientierung

Raum für konkurrierende Deutungen. Die entscheidende Frage lautet daher weniger, ob ›die Arbeiter‹ autoritär sind, sondern wie soziale Erfahrungen politisch verarbeitet werden – und wem es gelingt, sie zu mobilisieren.

Literatur

Adorno, T. W. (1942). Reflexionen zur Klassentheorie. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Gesammelte Schriften, Bd. 8: Soziologische Schriften I* (S. 373–391). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Adorno, T. W. (1968). Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? In R. Tiedemann (Hrsg.), *Gesammelte Schriften, Bd. 8: Soziologische Schriften I* (S. 354–370). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

ARD-aktuell/infratest dimap (2025). *Bundestagswahl 2025. Wen wählten Angestellte und Selbstständige?* tagesschau.de, 24. Februar 2025. https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-job.shtml (14.08.2026).

Bourdieu, P. (1987). *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, P. (1997). Wie eine soziale Klasse entsteht. In ders., *Der Tote packt den Lebenden. Schriften zu Politik & Kultur 2* (S. 102–129). Hamburg: VSA.

Bundeswahlleiterin (2025). *Bundestagswahl 2025. Endgültiges Ergebnis*. Pressemitteilung Nr. 29/25 vom 14. März 2025. Wiesbaden: Die Bundeswahlleiterin. https://www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endgueltiges-ergebnis.html (14.08.2026).

Butler, D. & Stokes, D. (1971). *Political Change in Britain. Forces Shaping Electoral Choice*. London: Macmillan.

Decker, O. (2022). Dynamiken des Autoritarismus. Ein Essay. In G. Frankenberg & W. Heitmeyer (Hrsg.), *Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts* (S. 307–320). Frankfurt am Main: Campus.

Dekker, P. & Ester, P. (1987). Working-Class Authoritarianism. A Re-Examination of the Lipset Thesis. *European Journal of Political Research*, *15*(4), 395–415. DOI: 10.1111/j.1475-6765.1987.tb00884.x

Engels, J. N., Arnold, A. & Schläger, C. (2024). *Wie viel Klasse steckt in der Mitte? Erwerbsklassen und ihr Blick auf Arbeit, Gesellschaft und Politik*. FES diskurs. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Fromm, E. (1980). *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung*. Bearbeitet und herausgegeben von Wolfgang Bonß. Stuttgart: DVA.

Grabb, E. G. (1979). Working-Class Authoritarianism and Tolerance of Outgroups. A Reassessment. *Public Opinion Quarterly*, *43*(1), 36–47. DOI: 10.1086/268489

Honneth, A. (1981). Moralbewußtsein und soziale Klassenherrschaft. Einige Schwierigkeiten in der Analyse normativer Handlungspotentiale. *Leviathan*, *9*(3/4), 556–570.

Horkheimer, M. (1936). Autorität und Familie. In G. Schmid Noerr (Hrsg.), *Max Horkheimer. Gesammelte Schriften, Bd. 3: Schriften 1931–1936* (S. 336–417). Frankfurt am Main: Fischer.

Horkheimer, M. (1937). Traditionelle und kritische Theorie. In G. Schmid Noerr (Hrsg.), *Max Horkheimer. Gesammelte Schriften, Bd. 4: Schriften 1936–1941* (S. 162–216). Frankfurt am Main: Fischer.

Horkheimer, M., Fromm, E. & Marcuse, H. (Hrsg.) (1936). *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*. Paris: Librairie Félix Alcan.

Houtman, D. (2003). Lipset and »Working-Class« Authoritarianism. *The American Sociologist*, *34*(1–2), 85–103. DOI: 10.1007/s12108-003-1008-8

Kocka, J. (1980). The Study of Social Mobility and the Formation of the Working Class in the 19th Century. *Le Mouvement Social*, *111*, 97–117.

Kracauer, Siegfried (1930). *Die Angestellten. Aus dem neuesten Deutschland*. Frankfurt am Main: Frankfurter Societäts-Druckerei.

Lipset, S. M. (1959). Democracy and Working-Class Authoritarianism. *American Sociological Review*, *24*(4), 482–501. DOI: 10.2307/2089536

Marx, K. (1867). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*. In *Karl Marx/ Friedrich Engels Werke*, Bd. 23. Berlin: Dietz.

Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023). *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

Middendorp, C. P. & Meloen, J. D. (1990). The Authoritarianism of the Working Class Revisited. *European Journal of Political Research*, *18*(2), 257–267. DOI: 10.1111/j.1475-6765.1990.tb00232.x

Miller, S. (1974). *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg.* Düsseldorf: Droste.

Oesch, D. (2006). Coming to Grips with a Changing Class Structure. An Analysis of Employment Stratification in Britain, Germany, Sweden and Switzerland. *International Sociology*, *21*(2), 263–288. DOI: 10.1177/0268580906061379

Piketty, T. (2014). *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C. H. Beck.

Scheuregger, D. & Spier, T. (2007). Working-Class Authoritarianism und die Wahl rechtspopulistischer Parteien. Eine empirische Untersuchung für fünf westeuropäische Staaten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, *59*(1), 59–80.

Scott, J. (1994). Class Analysis. Back to the Future. *Sociology*, *28*(4), 933–942. DOI: 10.1177/0038038594028004008

Vester, M. (2003). Autoritarismus und Klassenzugehörigkeit. In A. Demirović (Hrsg.), *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie* (S. 195–224). Stuttgart: Metzler.

Westheuser, L. & Zollinger, D. (2025). Cleavage Theory Meets Bourdieu. Studying the Role of Group Identities in Cleavage Formation. *European Political Science Review*, *17*(1), 110–127. DOI: 10.1017/S1755773924000249

Wright, E. O. (1997). *Class Counts. Comparative Studies in Class Analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.

7. Rechtsextremismus und raumbezogene Identität – wie Land- und Stadtidealisierung rechtsextreme Einstellungen beeinflussen

Rolf Frankenberger & Tim Fröhlich

Die Mobilisierung durch rechtsextreme politische Kräfte ist räumlich ungleich verteilt. Ihre Schwerpunkte liegen besonders häufig in sogenannten ländlichen Räumen – ein Befund, der oft mit einer vereinfachenden Gegenüberstellung von Stadt und Land erklärt wird (Belina, 2026). Wir argumentieren stattdessen, dass nicht der Wohnort als solcher, sondern eine saliente raumbezogene Identität und die damit einhergehende Idealisierung des Urbanen oder des Ruralen für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen entscheidend ist. Daraus ergibt sich unsere Fragestellung: Welchen Einfluss haben rurale und urbane Identitäten auf rechtsextreme Einstellungen? Zur Beantwortung greifen wir auf die Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2026 zurück. Zudem operationalisieren wir Stadt- und Land-Idealisierungen als Ausdrucksformen von raumbezogenen Identitäten. Im ersten Schritt betrachten wir hierfür die uni- und bivariaten Verteilungen, im zweiten Schritt prüfen wir mit einer Regressionsanalyse, wie die Stadt- und die Land-Idealisierung auf die einzelnen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen wirken. Dabei zeigt sich, dass eine saliente rurale Identität ein Treiber rechtsextremer Einstellungen ist, während die urbane Identität keinen Einfluss hat.

Rechtsextremismus und Raum

Die räumlichen Bezüge von Rechtsextremismus und extrem rechter Mobilisierung sind in der Politikwissenschaft und Geografie aus verschiedenen Perspektiven erforscht worden (z. B. Förtner et al., 2020; Mullis & Miggelbrink, 2021; Frankenberger, et al. 2024, 2025; Autor*innenkollektiv Terra-R, 2025). Dabei wurde zum Beispiel deutlich, dass die AfD von zwei sich

überlagernden räumlichen Differenzierungen profitiert, denn neben den Unterschieden zwischen Ost und West zeigt sich ein deutlicher Gegensatz zwischen Stadt und Land (Frankenberger et al., 2025), wobei auch die Städte selbst nicht homogen sind (Geilen & Mullis, 2021). Gleichzeitig sind diese Räume Gegenstand politischer Kämpfe um Deutungshoheiten und Territorialisierungen (Üblacker & Berg, 2020; Autor*innenkollektiv Terra-R, 2025).

Die Forschung konnte zudem zeigen, dass Raum in unterschiedlicher Weise auf die Verbreitung und Stärke rechtsextremer Einstellungen wirken kann. Strukturelle Raummerkmale wie Abwanderung, wirtschaftliche Benachteiligung oder fehlende Infrastruktur werden oft als Treiber rechtsextremer Einstellungen und eines dementsprechenden Wahlverhaltens konzeptualisiert; empirisch zeigt sich jedoch, dass diese Faktoren häufig von der *subjektiven Wahrnehmung* sozialer, ökonomischer oder kultureller Benachteiligung überlagert werden – und dass diese die größere Erklärungskraft besitzt (Kiess et al., 2024; Arzheimer & Bernemann, 2025). Neuere Studien betonen außerdem die Bedeutung der raumgebundenen Identität für die Wahl extrem rechter Parteien (de Lange et al., 2022; Claassen et al., 2025; Lang & Arzheimer, 2026). Nicht zuletzt zeigen Fallstudien den Einfluss der lokalen politischen Kultur auf die Verbreitung von und den Umgang mit Rechtsextremismus (Üblacker & Berg, 2020; Engelke & Belina, 2026).

Insgesamt verweisen die Befunde auf komplexe Zusammenhänge zwischen Raum, politischer Kultur, Identität und Einstellungen. Die unmittelbare Lebenswelt der Menschen konstituiert sich aus spezifischen Kombinationen räumlicher, politischer, sozialer und ökonomischer Prägungen, die sich lokal zu einer politischen Kultur verdichten und damit die Bildung und Entwicklung politischer Identitäten und Einstellungen maßgeblich beeinflussen (Schütz & Luckmann, 2003; Atteneder et al., 2026). Zwangsläufig beinhalten Erfahrungs- und Lebenswelten damit eine räumliche Dimension. Ein zentraler Teil dieser Dimension lässt sich analytisch über den relationalen Dualismus von Urbanität und Ruralität erfassen: Stadt und Land sind einerseits Siedlungsstrukturen, andererseits kulturelle, soziale und politische Konstrukte. Dabei sind die verdichteten urbanen Räume durch Zentralität gekennzeichnet, was auch die Produktion, Konzentration und Zirkulation von Personen, Gütern, Informationen und Ideen umfasst sowie die daraus resultierenden Vielfältigkeits- und Differenzerfahrungen (Lefebvre, 2013; Belina, 2022). Ruralität ist dagegen durch

Peripherie und reduzierte Zirkulation charakterisiert (ebd.), da sich Wissen, Reichtum und Macht eher an den städtischen Produktionsstandorten verdichten. Urbanität und Ruralität, Stadt und Land sind damit »not simply social phenomena but sensations and perceptions, spaces and times, images and concepts, language and rationality« (Lefebvre, 2013, S. 28). Das heißt, sie sind vielfältig mit Bedeutungen aufgeladen. Die so entstehenden Lebenswelten basieren auf geteilten Erfahrungen und Wissensbeständen und damit auf Sozialisationsformen. Städtische und ländliche Deutungs- und Interpretationsmuster werden von den Bewohnern erlernt und weitergegeben.

Die subjektive Zugehörigkeit zum Urbanen oder zum Ruralen schafft, vermittelt über die Lebenswelt, Identität. Diese aber wirft Fragen auf nach der Beziehung »zwischen dem Eigenen und dem Anderen, [nach dem] Verhältnis zwischen der Gruppe, der man sich zugehörig fühlt, und dem, was man als fremd empfindet« (Bergem, 2019, S. 249). Sie drückt sich in Einstellungen, Vorstellungen und Deutungen gegenüber der eigenen Gruppe und fremden Gruppen aus (Rohe, 1987). Soziale Identität als subjektive Konstruktion von Zugehörigkeit umfasst damit sowohl die Selbstzuschreibung einer Gruppenzugehörigkeit zu einer In-Group als auch die Abgrenzung zu anderen Gruppen, den Out-Groups (Tajfel & Turner, 1986; Jenkins, 2014; Breitenstein et al., 2025). Im Kontext rechtsextremer Einstellungen ist dabei von besonderer Bedeutung, dass Identität immer auch das Verlangen nach »Integration, Kohärenz und Sinn, [...] Sicherheit, Heimat und Verwurzelung« (Bergem, 2019, S. 249) beinhaltet. Die extreme Rechte bindet mit ihren völkisch-nationalen, ethnisch-kulturellen Identitätsangeboten die räumliche Zugehörigkeit systematisch ein. Urbane und rurale Identitäten werden dafür gegeneinander in Stellung gebracht: Diese Narrative idealisieren die Ländlichkeit und Ursprünglichkeit, die durch städtische Einflüsse bedroht erscheinen sollen (Bergem, 2019; Domann, 2024; Frankenberger et al., 2024; Autor*innenkollektiv Terra-R, 2025).

Raumbezogene Identität, politische Konfliktlinien und *place resentment*

Raumbezogene Identität als Form der sozialen Identität speist sich aus der Identifikation mit Räumen, die symbolisch aufgeladen und zu bedeutungsvollen Kategorien werden (Lalli, 1992, S. 291). Die Beziehung von Identität

und Raum ist wechselseitig: Räume werden durch menschliche Interaktion geformt und bedeutungsvoll, gleichzeitig formen sie aber auch die Art und Weise, wie Menschen sich selbst verstehen. Damit beeinflussen Räume auch die Wahrnehmung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen (Agnew, 1987; Jacobs & Munis, 2019, S. 265). Die raumbezogene Identität kann daher zur Grundlage einer sozialen Identität werden, welche die ›Menschen von hier‹ den ›Menschen von anderswo‹ gegenüberstellt, also eine In- und eine Out-Group konstruiert (Tajfel & Turner, 1986; Jacobs & Munis, 2019), was mit der Abwertung der als fremd und anders verstandenen Gruppe einhergeht (Jenkins, 2014).

Eine zentrale Konfliktlinie, die sich an räumlichen Unterschieden festmacht, ist die zwischen Stadt und Land (Lipset & Rokkan, 1967; Claassen et al., 2025; Lang & Arzheimer, 2026). Insbesondere Studien zu ruraler Identität zeigen ihre Relevanz für das politische Verhalten und die Entwicklung von *place resentment*, womit Vorurteile und Groll bezeichnet werden, die sich auf Räume des alltäglichen Lebens beziehen (Cramer, 2016; de Lange et al., 2022; Munis, 2022; Trujillo & Crowley, 2022; Borwein & Lucas, 2023, S. 1). *Place resentment* entsteht, wenn sich die raumbezogene Identität und wahrgenommene Missstände überschneiden. Wird die Zugehörigkeit zu einem Raum – z. B. zu einem Dorf – als Ursache für empfundene Ungerechtigkeiten oder Vernachlässigung wahrgenommen, kann sich daraus Groll und Ablehnung gegenüber jenen Räumen entwickeln, aus denen die Missstände mutmaßlich herrühren – z. B. aus der nächstgelegenen Stadt. Gleichzeitig können insbesondere ländlich geprägte Menschen eine starke ›Wir-gegen-die‹-Mentalität entwickeln, die sich auf Stadtbewohner bezieht (Cramer, 2016).

Die Zusammenhänge zwischen ruraler und urbaner Identität, politischen Konfliktlinien und *place resentment* wurden ebenfalls in mehreren Studien untersucht. Ortsbezogene Identitäten gibt es sowohl bei Stadt- als auch bei Landbewohnern (Jacobs & Munis, 2019), und in beiden Fällen konstruieren sie sich als gegensätzliche soziale Gruppen (Hegewald, 2024). Auch die Vorstellungen der Menschen davon, welche Werte in der Stadt oder auf dem Land eine größere Rolle spielen, unterliegen diesen Identitätskategorien (Lyons & Utych, 2023). Ferner wird das Ausmaß der eigenen Marginalisierung von Menschen, die sich mit dem Land identifizieren, als größer wahrgenommen; sie lehnen das Urbane auch eher ab, wohingegen sich kein solcher Effekt bei der Stadtbevölkerung gegen die Landbevölkerung findet (Jacobs & Munis, 2019). Daher ist *place resentment*,

passend zur lebensweltlichen Erfahrung, vor allem auf dem Land verbreitet (Borwein & Lucas, 2023).

Sowohl die raumbezogene Identität als auch die Konfliktwahrnehmung sind asymmetrisch verteilt: Beide spielen auf dem Land eine größere Rolle als in der Stadt (Lang & Arzheimer, 2026, S. 5). Claassen und Kollegen (2025) können zudem zeigen, dass das rurale Bewusstsein tendenziell mit einer (extrem) rechten Identität verbunden ist, während Lang und Arzheimer (2026) einen Zusammenhang zwischen raumbezogener Identität und der Wahrnehmung von Konflikten zwischen Stadt und Land finden, die sich in politischen Auseinandersetzungen zwischen grünen und linksliberalen Parteien auf der einen und extrem rechten Parteien auf der anderen Seite widerspiegeln. Die Identifikation mit dem Ruralen ist unter der ländlichen Wählerschaft der AfD stark ausgeprägt, während ihre städtische Wählerschaft sich nur unterdurchschnittlich stark mit dem Urbanen identifiziert. Wie die Autoren anmerken, passt dies zur Strategie der AfD, sich als Repräsentant und Retter des ländlichen Lebensstils zu präsentieren (ebd., S. 7).

Forschungslücke und -frage

Der bisherige Forschungsstand weist somit insgesamt auf die Bedeutung räumlicher Identitäten sowohl für die Polarisierung als auch für politische Wahlentscheidungen hin. Nahezu alle Studien, die sich mit diesem Thema befassen, erheben sie allerdings entweder über das objektive Merkmal des Wohnortes (Munis, 2022; Borwein & Lucas, 2023), über die Selbstzuschreibung der Befragten zum Wohnort (Lyons & Utych, 2023) oder zu ihrer Identität (Jacobs & Munis, 2019; Claassen et al., 2025). Gelegentlich wird sie auch über mehrere Identifikationsdimensionen erfasst (Lang & Arzheimer, 2026).

Welche Vorstellungen und Einstellungen die Befragten mit Urbanität und Ruralität verbinden, wurde bislang jedoch kaum untersucht, obwohl gerade sie Identität und politische Kultur verbinden (Rohe, 1987). Eine Ausnahme bildet die Studie von Kim und Kollegen (2024), die auf Basis einer Metaanalyse eine Skala zur Messung der Wahrnehmung des Ruralen entwickelt haben. Eine Operationalisierung des Urbanen fehlt allerdings bislang. Auch die Zusammenhänge von urbanen und ruralen Identitäten mit rechtsextremen Einstellungen sind nach wie vor ein Forschungsdesiderat.

Uns interessiert daher: *Welchen Einfluss haben raumbezogene Identitäten auf rechtsextreme Einstellungen? Und sind rurale Identitäten Treiber rechtsextremer Einstellungen?*

Methodik

Um Aufschluss darüber zu erlangen, welcher Zusammenhang zwischen Stadt- und Land-Idealisierung und Rechtsextremismus besteht, nutzen wir die Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2026, insbesondere die zu rechtsextremen Einstellungen (ausführliche Beschreibung der Stichprobenziehung, des Messinstruments und der Verteilungen s. Kap. 2). Für unsere Untersuchung haben wir zunächst die Stadt- und die Land-Idealisierung als Ausdrucksformen salienter urbaner und ruraler Identitäten operationalisiert und dazu in Anlehnung an Kim und Kollegen (2024) je drei Aussagen entwickelt. Sie enthalten positive Narrative über das Leben im ländlichen bzw. städtischen Raum, aber auch die Abgrenzung und Abwertung des jeweils anderen Lebensraums. Die Land-Idealisierung wird mit folgenden Aussagen erfasst: »Das ländliche Leben bringt das Beste in den Menschen zum Vorschein«, »Die Menschen auf dem Land halten enger zusammen als die Menschen in der Stadt« und »Das ländliche Leben ist viel erfüllender als das in der Stadt«. Passend dazu erfassen wir die positiven Narrative urbaner Räume mit den Items: »Die Menschen in der Stadt sind weltoffener und toleranter als die auf dem Land«, »Das städtische Leben ermöglicht den Menschen freie Entfaltung« und »In der Stadt zu leben, bedeutet Teil der modernen Gesellschaft zu sein«. Alle Aussagen konnten von den Befragten auf einer Likert-Skala mit fünf Antwortoptionen bewertet werden, von »stimme überhaupt nicht zu« (1) bis »stimme voll und ganz zu« (5). Eine explorative und konfirmatorische Faktorenanalyse bestätigte, dass es sich bei den sechs Items um zwei eigenständige Faktoren mit guter Modellpassung handelt.[1]

1 Analyse mit $N = 2.488$. Für die Ruralitätsdimension laden die Items auf einen Faktor. Item 1 = 0.79, Item 2 = 0.73, Item 3 = 0.80. Cronbachs $\alpha = 0.82$ und McDonalds $\omega = 0.82$. Für die Urbanitätsdimension laden die Items auf einen Faktor. Item 4 = 0.66, Item 5 = 0.85, Item 6 = 0.71 mit Cronbachs $\alpha = 0.78$ und McDonalds $\omega = 0.79$. Im kongenerischen (CFI = 0.99, RMSEA = 0.05, SRMR = 0.03) und Tau-Äquivalenzmodell (CFI = 0.99, RMSEA = 0.05, SRMR = 0.03) ergeben sich gute Modellanpassungen. Korrelationen der Residuen liegen unter 0.1. Schwache Korrelation zwischen den Faktoren ($r = -0.15$).

Tabelle 1: Zustimmungswerte zur Stadt- und Land-Idealisierung (in %)

	Ablehnung		teils/teils	Zustimmung	
	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Land-Idealisierung					
Das ländliche Leben bringt das Beste in den Menschen zum Vorschein. (Item 1) (*N = 2.501*)	7,1	15,9	44,7	24,4	8
Die Menschen auf dem Land halten enger zusammen als die Menschen in der Stadt. (Item 2) (*N = 2.503*)	2,6	7,8	24,4	43,1	22,1
Das ländliche Leben ist viel erfüllender als das in der Stadt. (Item 3) (*N = 2.499*)	5,2	15,2	38,1	27,9	13,7
Stadt-Idealisierung					
Die Menschen in der Stadt sind weltoffener und toleranter als die auf dem Land. (Item 4) (*N = 2.499*)	5,3	14,4	36,7	32,3	11,2
Das städtische Leben ermöglicht den Menschen freie Entfaltung. (Item 5) (*N = 2.498*)	4,5	14,8	42,2	28,5	9,9
In der Stadt zu leben, bedeutet Teil der modernen Gesellschaft zu sein. (Item 6) (*N = 2.500*)	6,8	16	37,2	30	9,9

Zentrale Befunde zu Stadt- und Land-Idealisierung und Rechtsextremismus

Wie sich die Zustimmung der Befragten zu den Aussagen der Stadt- und Land-Idealisierung verteilt, kann Tabelle 1 entnommen werden.[2] Dabei zeigen sich Auf- und Abwertungen des Ruralen und Urbanen. Die Items, die die Stadt gegenüber dem Land positiv hervorheben, finden zwischen 38,4 % (Item 5) und 43,5 % (Item 4) Zustimmung. Die Aussagen, die dagegen das Land positiv von der Stadt abgrenzen, werden von 32,4 % (Item 1) bzw. 65,2 % (Item 2) der Befragten bejaht. Gerade vor dem Hintergrund der identitätspolitischen Angebote der extremen Rechten mit ihrer Instrumentalisierung des Ruralen und Urbanen sind diese Anteile nicht zu vernachlässigen.

Aus den sechs Items wurden drei Variablen berechnet. In einem ersten Schritt haben wir aus den jeweils drei Items zur Messung der Stadt- und der Land-Idealisierung Summenscores gebildet. Diese können den Wert 3 (wenn alle drei Aussagen völlig abgelehnt werden) bis 15 (bei völliger Zustimmung) annehmen. Höhere Werte beschreiben demnach eine durchschnittlich höhere Idealisierung der Stadt bzw. des Landes. Die Mittelwerte der Summenscores liegen leicht über einem der Mittelkategorie entsprechenden Antwortverhalten (Land: $M = 10.1$; Stadt: $M = 9.71$) mit jeweils einer durchschnittlichen Abweichung um $\pm$ 2,5 Punkte. Positive Bewertungen der Stadt gehen dabei nur schwach mit negativeren Bewertungen des Landes einher und umgekehrt ($r = -0.120$, $p < .001$; $rho = -0.119$, $p < .001$).

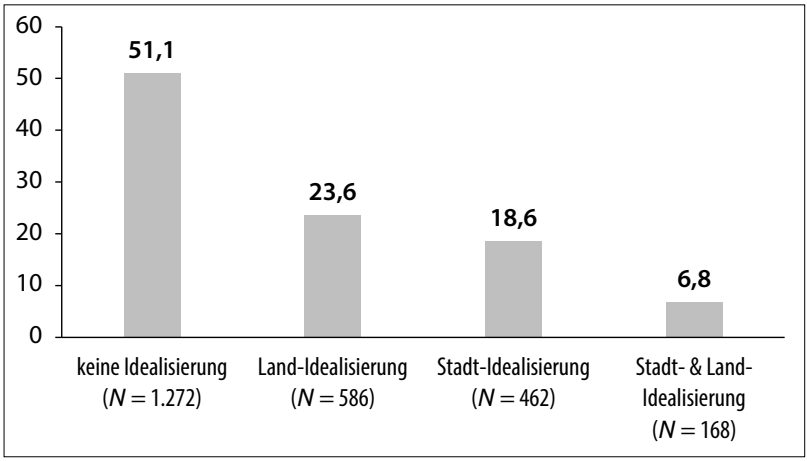
Im nächsten Schritt haben wir vier Typen gebildet: Befragte, die in den Summenscores zur Stadt- und Land-Idealisierung unter einem Wert von je zwölf blieben, wurden der Gruppe »keine Idealisierung« zugeteilt, da sie über alle Items hinweg im Durchschnitt weder das Stadt- noch das Landleben idealisieren. Befragte, die im Summenscore zu ruralen Einstellungen einen Wert von zwölf oder höher erreichten, aber bei den urbanen Einstellungen unter zwölf blieben, wurden der Gruppe »Land-Idealisierung« zugeordnet – sie werten das Landleben besonders auf; Befragte mit spiegelverkehrtem Summenscore kamen in die Gruppe »Stadt-Idealisierung«. Befragte schließlich, die in beiden Summenscores einen Wert von zwölf

2 Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt.

oder höher erreichten, wurden der Gruppe »Stadt- und Land-Idealisierung« zugeteilt – sie idealisieren beide Räume.

Grafik 1 zeigt die prozentuale Verteilung dieser raumbezogenen Idealisierungstypen.[3] Mit 51,1 % stellt die Gruppe ohne Idealisierungen eine knappe absolute Mehrheit. Hierauf folgen mit 23,6 % diejenigen, die das Land idealisieren; 18,6 % idealisieren dagegen die Stadt. Der Anteil an Befragten, die sowohl die Stadt als auch das Land idealisieren, ist mit 6,8 % sehr gering, was auf die gegenseitige Ausschließlichkeit dieser raumbezogenen Einstellungen hindeutet.

Grafik 1: Verteilung raumbezogener Idealisierungstypen (in %)

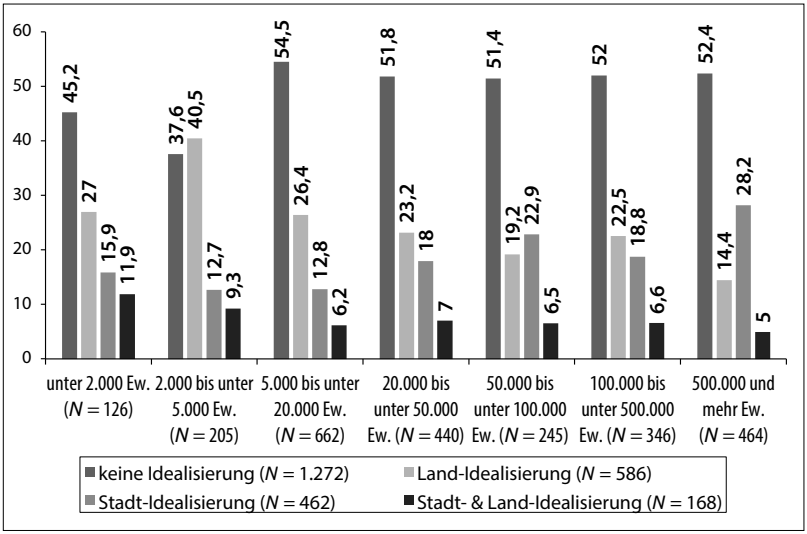


Ausgewählte Befunde zu den raumbezogenen Idealisierungstypen

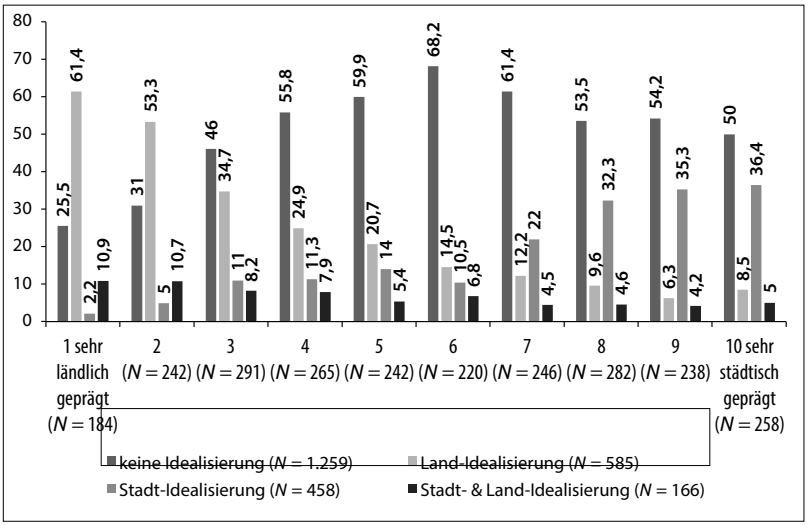
Betrachten wir die Verteilung der vier Idealisierungstypen nach Gemeindegröße (Grafik 2), ergibt sich ein erwartbares Bild: Je größer die Gemeinde, desto höher auch der Anteil an Befragten, die das Leben in der Stadt idealisieren; je kleiner die Gemeinden, desto mehr wird das Leben auf dem Land idealisiert.

3 Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt.

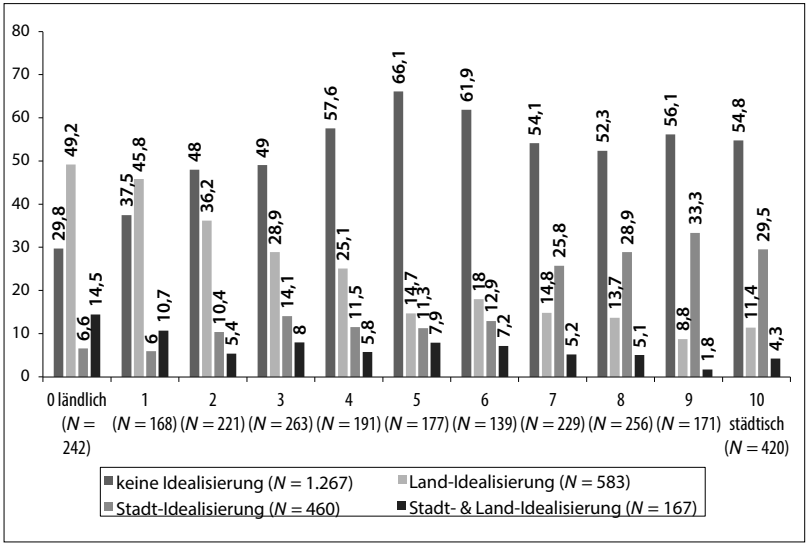
Grafik 2: Verteilung raumbezogener Idealisierungstypen nach politischen Gemeindegrößenklassen (in %)



Grafik 3: Verteilung raumbezogener Idealisierungstypen nach subjektiver Einschätzung ländlicher und städtischer Prägung (in %)



Grafik 4: Verteilung raumbezogener Idealisierungstypen nach subjektiver Wohnortswahrnehmung ländlich – städtisch (in %)

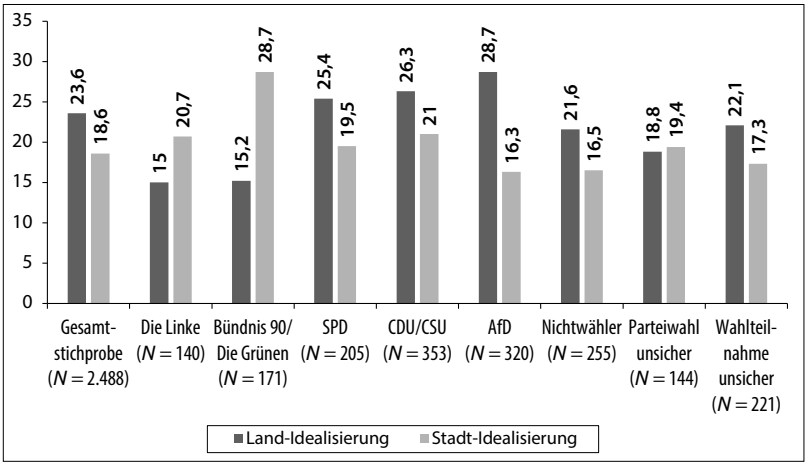


Auch die Verteilung der vier Idealisierungstypen je nach Selbsteinschätzung der eigenen Prägung zeigt ein klares Muster (Grafik 3): Je ländlicher die Befragten ihre Prägung bewerten, desto häufiger idealisieren sie das Land; je urbaner sich die Menschen einschätzen, desto höher ist der Anteil jener, die die Stadt idealisieren. Versteht man die Angaben zur städtischen bzw. ländlichen Prägung als Indiz für die Ausprägung räumlicher Identitäten, so deutet dies darauf hin, dass die raumbezogenen Einstellungstypen die damit einhergehenden Einstellungen gut abbilden.

Auch die subjektive Wohnortbeschreibung durch die Befragten hängt mit den Idealisierungstypen zusammen (Grafik 4). Je ländlicher der eigene Wohnort eingeschätzt wird, desto höher fallen die Anteile an Befragten aus, die das Land idealisieren, und je städtischer die Einschätzung des Wohnorts, desto höher der Anteil an Befragten mit Stadt-Idealisierung. Wie bei der Selbsteinschätzung zur städtischen und ländlichen Prägung sind die Anteile vor allem in den Randkategorien hoch, während in den mittleren Merkmalsausprägungen insbesondere Befragte ohne räumliche Idealisierungen am stärksten vertreten sind.

Die Ergebnisse weisen in dieselbe Richtung, wenn der subjektive Sozialisationsraum der Befragten im Alter von 12 bis 18 Jahren herangezogen wird (ohne Abb.). Wer im Jugendalter in der Stadt oder auf dem Land sozialisiert wurde, idealisiert diesen Raum dann später mit größerer Wahrscheinlichkeit. Insgesamt folgt die Verteilung demnach auch hier der sozialisationstheoretischen Annahme, dass vor allem frühere Erfahrungen in der Lebenswelt einen Einfluss auf Identitätskategorien und die daraus abgeleiteten Einstellungen haben.

Grafik 5: Anteil Land- und Stadt-Idealisierung nach Parteipräferenz (in %)



Auch im Hinblick auf die Parteipräferenz (s. Kap. 2) zeigen sich deutliche Unterschiede, die allerdings aufgrund der teils kleinen Gruppengrößen mit Vorsicht zu interpretieren sind. Befragte mit Präferenz für Bündnis 90/Die Grünen idealisieren besonders häufig die Stadt (28,7 % vs. 18,6 % in der Gesamtstichprobe), aber unterdurchschnittlich oft das Land (15,2 % vs. 23,6 % in der Gesamtstichprobe). Ähnlich, aber mit deutlich niedrigeren Werten, sieht das Muster für jene aus, die Die Linke favorisieren. Im Gegensatz dazu sehen wir bei Befragten mit einer Präferenz für die AfD (28,7 %) und die CDU/CSU (26,3 %) deutlich überdurchschnittliche Anteile bei der Land-Idealisierung. In der Gruppe mit CDU/CSU-Präferenz finden sich jedoch außerdem überdurchschnittlich häufig Idealisierungen der Stadt (21 %), was auf die Gruppe mit AfD-Präferenz (16,3 %) nicht zutrifft.

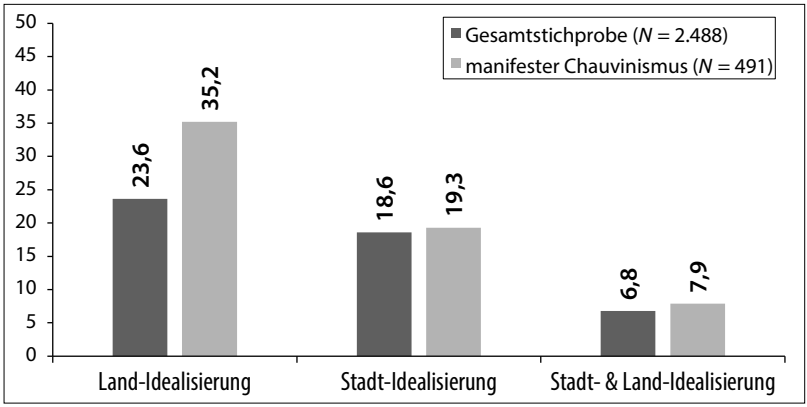
Stadt- und Land-Idealisierungen und Rechtsextremismus

Für die Fragestellung ist allerdings besonders relevant, ob und wie sich diese räumlichen Idealisierungen auf rechtsextreme Einstellungen auswirken. Die bivariaten Verteilungen weisen hierbei auf deutliche Zusammenhänge zwischen Stadt- oder Land-Idealisierung und rechtsextremen Einstellungen hin.

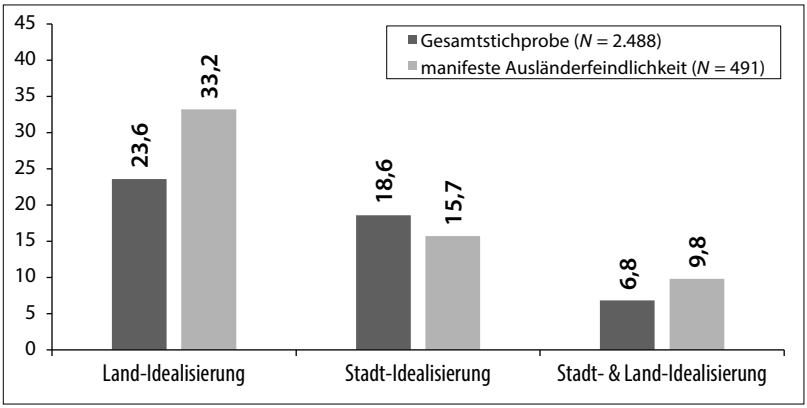
In der Gruppe der in der LAS 2026 Befragten mit manifestem Chauvinismus (Grafik 6) liegt der Anteil derer, die das Land idealisieren, nun bei 35,2 % – ein im Vergleich zur Gesamtstichprobe (23,6 %; s. Grafik 1) überproportional hoher Prozentsatz. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Ausländerfeindlichkeit (Grafik 7), denn mit 33,2 % liegt der Anteil an Befragten mit Land-Idealisierung wiederum höher als zuvor. Für beide Dimensionen des Ethnozentrismus ergeben sich Hinweise, dass die Idealisierung des Landes mit einer Zunahme an chauvinistischen und ausländerfeindlichen Einstellungen einhergeht, während diejenigen, die die Stadt idealisieren (18,6 %, s. Grafik 1) keine überproportionale Hinwendung zu diesen rechtsextremen Einstellungsdimensionen zeigen.

Unter Befragten mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild ist die Idealisierung des Landes mit 32,5 % deutlich häufiger zu finden als die der Stadt (13,6 %). Aufgrund der kleinen Stichprobengröße ist dieses Ergebnis jedoch mit Vorsicht und eher als Tendenz zu interpretieren.

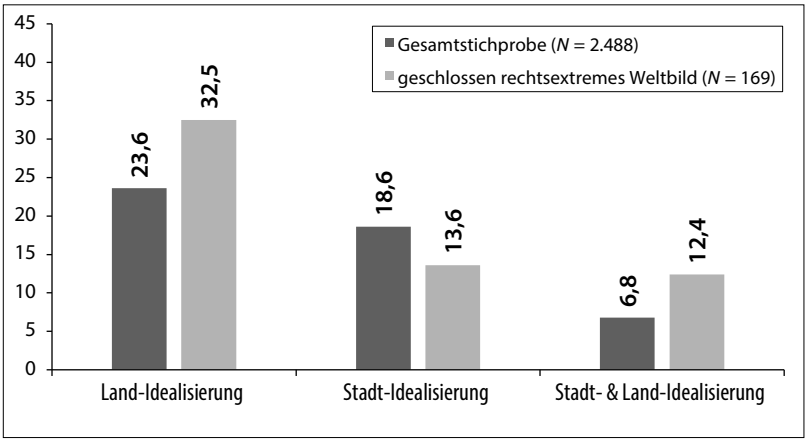
Grafik 6: Anteil raumbezogener Idealisierungstypen in der Gesamtstichprobe und in der Teilstichprobe mit manifestem Chauvinismus (in %)



Grafik 7: Anteil raumbezogener Idealisierungstypen in der Gesamtstichprobe und in der Teilstichprobe mit manifester Ausländerfeindlichkeit (in %)



Grafik 8: Anteil raumbezogener Idealisierungstypen in der Gesamtstichprobe und in der Teilstichprobe mit geschlossen rechtsextremem Weltbild (in %)



Im nächsten Schritt haben wir den Zusammenhang zwischen raumbezogenen Idealisierungen und rechtsextremen Einstellungen anhand einer OLS-Regressionsanalyse untersucht. Dazu wurden mehrere Kontrollvariablen in das Regressionsmodell eingeführt (vgl. zu Kontrollvariablen und deren Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen Kiess et al., 2024, S. 105–111): Alter, Geschlecht[4], Migrationshintergrund, Bildung, Konfession und Einkommen sind mit potenziell sehr verschiedenen lebensweltlichen Erfahrungen und Teilhabechancen verbunden und können auch die Einstellungen zur Stadt oder zum Land beeinflussen.

Um den Einfluss von subjektiven Raumkonstruktionen und Sozialisationseffekten zu kontrollieren, haben wir zudem folgende Variablen in das Modell aufgenommen: Wohnortgröße, subjektive Einschätzung des Wohnortes als ländlich oder städtisch, Selbstbeschreibung als stärker ländlich oder städtisch geprägt, Wohnsitzbeschreibung sowie hauptsächlich städtisches oder ländliches Lebensumfeld in der Jugend (s. Tab. 2). Um die Unabhängigkeit der Einstellungen von räumlichen und kollektiven Deprivationswahrnehmungen sicherzustellen, haben wir den Wohnsitz in Ost oder West aufgenommen, um Benachteiligungen im Zuge der Transformation seit 1990 zu kontrollieren (Lang & Arzheimer, 2026). Mit der Frage: »Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage Ihrer Stadt oder Gemeinde im Vergleich zum Rest von Deutschland?« ist zudem der kommunale ökonomische Vergleich eingeflossen. Zuletzt haben wir die Items der Skala zum *place resentment* verwendet, für die vier Antwortkategorien angeboten wurden (de Lange et al., 2024), um auch raumbezogene politische und soziale Deprivationseffekte zu berücksichtigen.

Die Regressionsmodelle wurden hierarchisch aufgebaut, um die Regression auf Multikollinearität zu überprüfen. Dabei, wie auch beim Varianzinflationsfaktor, waren keine Auffälligkeiten zu identifizieren. Zudem ließ sich keine signifikante Autokorrelation nachweisen, während sich mit Blick auf Linearität und Normalität der Residuen nur vernachlässigbare kleinere Abweichungen an den Enden der Verteilungen ergaben. Da es in den finalen Regressionsmodellen allerdings Hinweise auf Heteroskedastizität gab, wurden für alle Regressionsmodelle sogenannte HC3-robuste Standardfehler verwendet (MacKinnon & White, 1985; Davidson & MacKinnon, 1993, S. 552–554).

4 Die Fallzahl für das Geschlecht »divers« von lediglich zwei ermöglichte keine Analyse.

Tabelle 2: OLS-Regression – Einfluss raumbezogener Idealisierung auf die rechtsextreme Einstellung und ihre Dimensionen

	rechtsextreme Einstellung (Gesamtscore über alle Dimensionen)	Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	Antisemitismus	Sozialdarwinismus	Verharmlosung des Nationalsozialismus	Chauvinismus	Ausländerfeindlichkeit
Intercept	22.09 ***	4.20 ***	2.55 ***	3.78 ***	4.24 ***	4.45 ***	2.88 ***
raumbezogene Idealisierung [Referenzkategorie: keine]							
Land-Idealisierung	2.77 ***	0.50 **	0.30	0.31 *	0.19	0.77 ***	0.70 ***
Stadt-Idealisierung	–0.48	–0.31 *	–0.05	–0.17	–0.29 *	0.04	0.28
Stadt- und Land-Idealisierung	3.66 **	0.49	0.54	0.89 ***	0.48	0.50	0.74 *
Alter	0.01	–0.01 *	0.01	–0.00	–0.01 *	0.01 *	0.01 ***
Geschlecht [Referenzkategorie: männlich]	–1.10	–0.28 *	–0.13	–0.19	–0.26 *	–0.21	–0.04
Migrationshintergrund [Referenzkategorie: keiner]	2.35 **	0.90 ***	0.64 ***	0.60 ***	0.39 *	0.11	–0.29
Bildungsabschluss [Referenzkategorie: niedrig]							
mittlere Bildung	–3.03 ***	–0.40 *	–0.60 ***	–0.23	–0.63 ***	–0.44 *	–0.74 ***
hohe Bildung	–8.00 ***	–1.06 ***	–1.52 ***	–0.92 ***	–1.22 ***	–1.59 ***	–1.70 ***
in Schule	–3.01	–0.30	–0.71	–0.44	–0.60	–0.69	–0.27
Haushaltsäquivalenzeinkommen (€)	0.00	–0.00	0.00	–0.00	–0.00	0.00	0.00
konfessionelle Bindung [Referenzkategorie: keine]	1.47 *	0.18	0.41 **	0.25 *	0.23	0.19	0.22
Gemeindegrößenklasse in Einwohnern [Referenzkategorie: unter 2.000]							
2.000 bis unter 5.000	–0.60	–0.50	0.24	–0.43	–0.31	–0.28	0.68
5.000 bis unter 20.000	–0.83	–0.43	–0.13	–0.40	–0.27	–0.23	0.64
20.000 bis unter 50.000	–3.62 *	–1.08 **	–0.30	–0.95 **	–0.68 *	–0.74	0.14
50.000 bis unter 100.000	–1.89	–0.79 *	–0.27	–0.73 *	–0.65 *	–0.15	0.71
100.000 bis unter 500.000	–1.94	–0.65	–0.36	–0.46	–0.54	–0.41	0.49
500.000 und mehr	–0.52	–0.63	0.44	–0.60	–0.02	–0.02	0.31

	rechtsextreme Einstellung (Gesamtscore über alle Dimensionen)	Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	Antisemitismus	Sozialdarwinismus	Verharmlosung des Nationalsozialismus	Chauvinismus	Ausländerfeindlichkeit
Wohnsitzbeschreibung [Referenzkategorie: Innenstadt]							
Einfamilienhaus-Siedlung am Rand oder im Vorort einer Stadt	0.25	–0.12	0.14	–0.07	–0.22	0.38 *	0.12
Plattenbau-Siedlung am Rand oder im Vorort einer Stadt	0.86	0.06	0.28	–0.09	–0.20	0.38	0.43
Dorf	0.18	–0.04	–0.16	0.05	–0.08	0.17	0.24
Einzelgehöft oder alleinstehendes Haus auf dem Land	–2.13	–0.74	–0.55	–0.05	–0.37	–0.27	–0.14
Wohnortsbeschreibung (ländlich – städtisch)	–0.04	–0.03	–0.03	–0.01	0.04	0.00	–0.01
Sozialisationsraum 12–18 Jahre [Referenzkategorie: auf dem Land]	1.26	0.12	0.19	0.17	0.31 *	0.19	0.29
Selbstwahrnehmung Prägung (ländlich – städtisch)	–0.06	0.05	–0.01	0.02	–0.08 *	–0.01	–0.03
Wohnort [Referenzkategorie: Westdeutschland]	4.73 ***	1.00 ***	0.61 ***	0.56 ***	0.37 *	0.92 ***	1.27 ***
kommunale relative ökonomische Deprivation [Referenzkategorie: besser]							
ungefähr gleich	2.78 ***	0.47 ***	0.43 **	0.14	0.35 **	0.60 ***	0.79 ***
schlechter	5.06 ***	1.15 ***	0.73 ***	0.45 **	0.57 ***	1.02 ***	1.13 ***
Place-resentment-Score	2.00 ***	0.28 ***	0.38 ***	0.29 ***	0.28 ***	0.35 ***	0.42 ***
Beobachtungen	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300
R^2 / adjustiertes R^2	0.228 / 0.218	0.177 / 0.166	0.185 / 0.175	0.146 / 0.135	0.149 / 0.138	0.170 / 0.160	0.214 / 0.205

Signifikanzniveau: ***p < .001, **p < .01, *p < .05

Tabelle 2 zeigt den Einfluss der vier raumbezogenen Idealisierungstypen auf die sechs Dimensionen und den Gesamtscore der rechtsextremen Einstellung.[5] Wir sehen, dass der Einfluss der Land-Idealisierung auf die rechtsextreme Einstellung (Gesamtscore über alle Dimensionen) hochsignifikant ist: Befragte, die das Land idealisieren, weisen im Vergleich zu jenen, die weder die Stadt noch das Land verklären, einen um durchschnittlich 2.77 Punkte höheren Wert auf. Ähnlich verhalten sich einige Dimensionen der rechtsextremen Einstellung: Beim Chauvinismus und der Ausländerfeindlichkeit erreichen Befragte mit einer Land-Idealisierung jeweils im Durchschnitt um 0.77 bzw. 0.70 Punkte höhere Scores als Befragte, die nicht idealisieren. In der Gesamtschau haben diese beiden Dimensionen, die wir in der LAS zum Ethnozentrismus zusammenfassen, damit auch die größten signifikanten durchschnittlichen Effekte. Jene Dimensionen, die zur Neo-NS-Ideologie gehören, korrelieren hingegen nicht im selben Ausmaß mit räumlichen Idealisierungen. Während für die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur und den Sozialdarwinismus noch ein gewisser Einfluss der Land-Idealisierung erkennbar ist, lassen sich für den Antisemitismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus keine signifikanten Effekte ausmachen.

Beim Vergleich der Befragten, die das Stadtleben idealisieren, mit jenen, die weder das städtische noch das ländliche Leben überhöhen, sind dagegen keine signifikanten Zusammenhänge mit dem Chauvinismus, der Ausländerfeindlichkeit und der rechtsextremen Einstellung (Gesamtscore über alle Dimensionen) erkennbar. Lediglich für die Dimensionen »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« und »Verharmlosung des Nationalsozialismus« finden sich signifikante Zusammenhänge. Hier haben die Befragten, die das Stadtleben idealisieren, niedrigere Ausprägungen. Allerdings sind diese Effekte schwach. Die Idealisierung der Stadt scheint damit – im Vergleich zu abwesenden Idealisierungen – im Durchschnitt weder zur Resilienz gegen rechtsextremen Einstellungen noch zu ihrer Ausbildung beizutragen.

Bei Befragten, die sowohl das Land als auch die Stadt stark mit Bedeutung aufladen, sehen wir im Vergleich zu den Befragten ohne Idealisierungen für die Dimensionen »Chauvinismus«, »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« und »Antisemitismus« zwar keine signifikanten Effekte.

5 Aufgrund des kausalanalytischen Modellaufbaus und des Erkenntnisinteresses wird auf eine Beschreibung der Koeffizienten der Kontrollvariable verzichtet.

Bei den anderen Dimensionen – »Ausländerfeindlichkeit« und »Sozialdarwinismus« – sowie der rechtsextremen Einstellung sind dagegen signifikante, vergleichsweise starke positive Effekte zu erkennen. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass der Einfluss der Land-Idealisierung entscheidend ist, da die Stadt-Idealisierung für die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen irrelevant zu sein scheint. Allerdings bleibt zunächst unklar, warum die signifikanten Effekte bei den Dimensionen »Sozialdarwinismus« und »Verharmlosung des Nationalsozialismus« größer ausfallen als bei Befragten, die nur das Land idealisieren.

In einem zweiten Regressionsmodell mit gleicher Modellspezifikation (Tab. 3) haben wir die Summenscores für die Stadt- und Land-Idealisierung verwendet, um zu prüfen, inwiefern sie *voneinander unabhängig* Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen nehmen. Dabei gehen wir davon aus, dass sie linear zusammenhängen. Die OLS-Regression zeigt, dass eine stärkere Land-Idealisierung mit einer stärker ausgeprägten rechtsextremen Einstellung verknüpft ist. Die Zunahme um einen Punkt entlang des Summenscores geht bei der rechtsextremen Einstellung im Durchschnitt mit einem Anstieg um 0.56 Punkte einher. Gleichzeitig finden sich auch für die Dimensionen »Chauvinismus« und »Ausländerfeindlichkeit« größere, für »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« sowie »Sozialdarwinismus« zumindest kleinere signifikante Effekte. Nur bei den Dimensionen »Antisemitismus« und »Verharmlosung des Nationalsozialismus« sind keine signifikanten Effekte der Land-Identifikation erkennbar.

Für den Einfluss einer Stadt-Identifikation auf die rechtsextreme Einstellung lassen sich hingegen keine signifikanten Korrelationen ausmachen. Die Identifikation mit dem Urbanen scheint daher in keinem Zusammenhang mit der Ausprägung rechtsextremer Einstellung zu stehen.

Tabelle 3: OLS-Regression – Einfluss der Land- und der Stadt-Idealisierung auf die rechtsextreme Einstellung und ihre Dimensionen

	rechtsextreme Einstellung (Gesamtscore über alle Dimensionen)	Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	Antisemitismus	Sozialdarwinismus	Verharmlosung des Nationalsozialismus	Chauvinismus	Ausländerfeindlichkeit
Intercept	17.81 ***	3.67 ***	2.12**	3.10***	4.23***	3.11***	1.58 *
Land-Idealisierung (Score)	0.56 ***	0.11 ***	0.05	0.07 **	0.05	0.16***	0.13***
Stadt-Idealisierung (Score)	–0.02	–0.04	0.02	0.02	–0.04	–0.00	0.03
Alter	0.01	–0.01 *	0.01	–0.00	–0.01 *	0.01 *	0.01***
Geschlecht [Referenzkategorie: männlich]	–1.10	–0.28 *	–0.13	–0.19	–0.25 *	–0.22	–0.05
Migrationshintergrund [Referenzkategorie: keiner]	2.25 *	0.89***	0.62**	0.57 ***	0.39 *	0.09	–0.31
Bildungsabschluss [Referenzkategorie: niedrig]							
mittlere Bildung	–3.08 ***	–0.41 *	–0.61***	–0.24	–0.64 ***	–0.44 *	–0.74 ***
hohe Bildung	–8.09 ***	–1.07 ***	–1.55***	–0.95 ***	–1.24 ***	–1.58 ***	–1.70 ***
in Schule	–2.72	–0.24	–0.71	–0.43	–0.58	–0.58	–0.19
Haushaltsäquivalenz-einkommen (€)	0.00	–0.00	0.00	–0.00	–0.00	0.00	0.00
konfessionelle Bindung [Referenzkategorie: keine]	1.40 *	0.17	0.40 **	0.24 *	0.24	0.16	0.19
Gemeindegrößenklasse in Einwohnern [Referenzkategorie: unter 2.000]							
2.000 bis unter 5.000	–0.57	–0.48	0.23	–0.45	–0.32	–0.25	0.70
5.000 bis unter 20.000	–0.97	–0.45	–0.15	–0.44	–0.29	–0.25	0.61
20.000 bis unter 50.000	–3.69 *	–1.09 **	–0.32	–0.98 **	–0.71 *	–0.73	0.13
50.000 bis unter 100.000	–1.85	–0.78 *	–0.28	–0.76 *	–0.67 *	–0.10	0.74
100.000 bis unter 500.000	–1.88	–0.63	–0.36	–0.47	–0.55	–0.37	0.50
500.000 und mehr	–0.65	–0.66	0.42	–0.64 *	–0.05	–0.02	0.31
Wohnsitzbeschreibung [Referenzkategorie: Innenstadt]							
Einfamilienhaus-Siedlung am Rand oder im Vorort einer Stadt	0.13	–0.13	0.13	–0.09	–0.24	0.37	0.10
Plattenbau-Siedlung am Rand oder im Vorort einer Stadt	0.79	0.06	0.27	–0.11	–0.20	0.36	0.40

	rechtsextreme Einstellung (Gesamtscore über alle Dimensionen)	Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	Antisemitismus	Sozialdarwinismus	Verharmlosung des Nationalsozialismus	Chauvinismus	Ausländerfeindlichkeit
Dorf	0.09	−0.06	−0.17	0.02	−0.11	0.17	0.24
Einzelgehöft oder alleinstehendes Haus auf dem Land	−2.00	−0.73	−0.53	−0.04	−0.39	−0.22	−0.09
Wohnortsbeschreibung (ländlich – städtisch)	−0.08	−0.03	−0.04	−0.02	0.03	−0.00	−0.02
Sozialisationsraum 12–18 Jahre [Referenzkategorie: auf dem Land]	1.30	0.13	0.18	0.16	0.30 *	0.22	0.31
Selbstwahrnehmung Prägung (ländlich – städtisch)	0.01	0.06	−0.02	0.03	−0.07	0.01	−0.01
Wohnort [Referenzkategorie: Westdeutschland]	4.67***	0.99***	0.61***	0.55***	0.37*	0.90***	1.25***
kommunale relative ökonomische Deprivation [Referenzkategorie: besser]							
ungefähr gleich	2.64 ***	0.45***	0.41 **	0.12	0.35 **	0.57***	0.74***
schlechter	4.94 ***	1.13***	0.72***	0.43**	0.56***	0.99***	1.11***
Place-resentment-Score	1.99 ***	0.28***	0.38***	0.29***	0.28***	0.35***	0.42***
Beobachtungen	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300
R^2 / adjustiertes R^2	0.227 / 0.218	0.177 / 0.167	0.184 / 0.174	0.141 / 0.131	0.147 / 0.137	0.173 / 0.164	0.215 / 0.206

Signifikanzniveau: ***p < .001, **p < .01, *p < .05

Diskussion und Fazit

Wie hängen nun raumbezogene Identitäten und rechtsextreme Einstellungen zusammen? Die statistische Analyse bestätigt zunächst, dass urbane und rurale Identität, vermittelt über die Stadt- und die Land-Idealisierung, weitgehend getrennte Konstrukte sind, die unterschiedliche lebensweltliche und politische Erfahrungen, Vorstellungen und Präferenzen widerspiegeln. Unser wichtigster Befund ist, dass die Idealisierung der Stadt und des Landes unterschiedliche Auswirkungen auf rechtsextreme Einstellungen und die politische Mobilisierung haben: Während die Idea-

lisierung der Stadt und damit die urbane Identität keine signifikante Rolle spielen, fördern die Land-Idealisierung und die damit einhergehende rurale Identität rechtsextreme Einstellungen. Wer das Landleben überhöht und das Stadtleben abwertet, stimmt auch eher den Aussagen des Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung (FR-LF) zu, allen voran denen zur Ausländerfeindlichkeit und zum Chauvinismus. Diese beiden Dimensionen, die in der LAS zum »Ethnozentrismus« zusammengefasst werden, bilden ein zentrales neurechtes Ideologem ab, das für die extrem rechte Identitätspolitik und Mobilisierung – auch und insbesondere der AfD – im ländlichen Raum von besonderer Bedeutung ist. Die extreme Rechte kann über die Idealisierung ländlicher Lebensweisen mobilisieren, weil sie Narrative der Bedrohung des Ruralen konstruiert und diese völkisch-national wendet. Das Rurale mit Vorstellungen von Peripherie, Heimat, Tradition und Verwurzelung ist, vermittelt über Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit, ein Treiber rechtsextremer Einstellung. Urbane Identität hingegen ist aufgrund ihres Ursprungs in Zentralitäts-, Modernitäts- und Ambiguitätserfahrungen in der städtischen Lebenswelt wenig anfällig für rechtsextreme Mobilisierung.

Die Daten zeigen außerdem, dass die Wählerschaft konservativer und extrem rechter Parteien überdurchschnittlich häufig das Land idealisiert, die der progressiven Parteien dagegen die Stadt. Dies stimmt mit den Befunden von Claassen und Kollegen (2025) zu ruraler Identität und extrem rechter Identität überein, ebenso wie mit denen von Lang und Arzheimer (2026) zur Neigung, rechtsextreme Parteien zu wählen. Hier wird erneut die Relevanz von ruralen Identitäten als Brücke in den Rechtsextremismus deutlich.

Die Ergebnisse unserer Analyse validieren zudem frühere Forschungsergebnisse. So gehen z. B. Land- und Stadt-Idealisierungen mit Selbstzuschreibungen und räumlich strukturellen Merkmalen ruraler und urbaner Identität einher, und es bleibt die Ausnahme, dass Befragte sowohl die Stadt als auch das Land idealisieren, während die Verklärung des einen oder des anderen Raums in der Bevölkerung verbreitet ist – wobei dann der ›eigene‹ Raum überhöht, der ›andere‹ Raum abgewertet wird. Auch die Asymmetrie zwischen der Stadt- und der Land-Identität bei der Verteilung rechtsextremer Einstellungen deckt sich mit etablierten Befunden im Feld und findet sich auch zwischen Polarisierung, Konfliktwahrnehmung und Ablehnung der raumbezogenen Out-Group einerseits und raumbezogener Identität andererseits (Borwein & Lucas, 2023; Lang & Arzheimer, 2026).

Nicht zuletzt konnte der Zusammenhang von ruraler und extrem rechter Identität (Claassen et al., 2025) bestätigt werden.

Unsere Analyse raumbezogener Identität kann über die Idealisierung von Stadt und Land einen eigenständigen Beitrag dazu leisten, identitätsvermittelte Mobilisierungserfolge extrem rechter Akteure zu erklären. Unsere Befunde sollten dabei im Sinne einer kritischen Reflexion raumbezogener Forschung verstanden werden, die gegebene Muster nicht reproduziert, sondern einordnet (Domann, 2024). Die Analyse verweist auf die praktische Notwendigkeit, nativistisch, völkisch und essentialistisch aufgeladene, »provinzielle« (Adorno) Konstruktionen des Landes aufzubrechen und solche Perspektiven zu stärken, die das Land und das Ländliche als wichtigen Teil der modernen Gesellschaft konstruieren, anstatt die Polarisierung und Vorstellungen von »Provinzialität« (Adorno) zu verfestigen.

Literatur

Agnew, J. A. (1987). *Place and Politics. The Geographical Mediation of State and Society*. London: Routledge.

Arzheimer, K. & Bernemann, T. (2024). ›Place‹ does Matter for Populist Radical Right Sentiment, but How? Evidence from Germany. *European Political Science Review, 16*, 167–186. DOI: 10.1017/S1755773923000279

Atteneder, H., Frankenberger, R. & Pfau, B. (2026). Die Stadt im Kopf. Räumliche Muster extrem rechter Mobilisierung und deren Erklärung. In U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, S. Hutter, T. Richter, D. Rieger & S. Sobota (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2024/25* (S. 462–479). Wiesbaden: MOTRA. DOI: 10.57671/isbn.978-3-911329-02-6_2026_motra

Autor*innenkollektiv Terra-R (2025). *Das Ende rechter Räume. Zu Territorialisierungen der radikalen Rechten*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Belina, B. (2022). Land im Westlichen Marxismus. Adorno und Lefebvre. In B. Belina, A. Kallert, M. Mießner & M. Naumann (Hrsg.), *Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven* (S. 49–65). Bielefeld: transcript.

Bergem, W. (2019). Identität in politischer Kultur, Demokratietheorie und der Identitären Bewegung. In W. Bergem, P. Diehl & H. J. Lietzmann (Hrsg.), *Politische Kulturforschung Reloaded. Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse* (S. 249–271). Bielefeld: transcript.

Borwein, S. & Lucas, J. (2023). Asymmetries in Urban, Suburban, and Rural Place-based Resentment. *Political Geography, 105*, 102904, 1–10. DOI: 10.1016/j.polgeo.2023.102904

Breitenstein, S., Rodon, T., Riambau, G. & Rodilla, A. (2025). Unpacking the Rural-Urban Divide. Identities and Stereotypes. *Electoral Studies, 96*, 102935, 1–11. DOI: 10.1016/j.electstud.2025.102935

Claassen, C., Göbel, S., Lang, A., Ackermann, K., Bankov, P., Brookes, K., Cappelina, B., Carman, C., Freitag, M., García del Horno, R., Hernández, E., Rico, G., Rossteutscher, S., Traunmüller, R., Webb, M., Zmerli, S. & Zumbrunn, A. (2025). Measuring Rural and Urban Consciousness in Europe. *Electoral Studies, 95,* 102912, 1–11. DOI: 10.1016/j.electstud.2025.102912

Cramer, K.J. (2016). *The Politics of Resentment. Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker.* Chicago: University of Chicago Press.

Davidson, R. & MacKinnon, J.G. (1993). *Estimation and Inference in Econometrics*. Oxford: Oxford University Press.

de Lange, S., van der Brug, W. & Harteveld, E. (2022). Regional Resentment in the Netherlands. A Rural or Peripheral Phenomenon? *Regional Studies, 57*(3), 403–415. 10.1080/00343404.2022.2084527

Domann, V. (2024). Shifting Notions of the Rural. Protests over Traffic Infrastructure and Far-Right Normalization. *Nordia Geographical Publications*, *53*(1), 13–38. DOI: 10.30671/nordia.122137

Engelke, B. & Belina, B. (2026). Provinzielle politische Kultur und extreme Rechte im ländlichen Raum. *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 6*(1), 91–105. DOI: 10.3224/zrex.v6i1.06

Förtner, M., Belina, B. & Naumann, M. (2020). The Revenge of the Village? The Geography of Right-Wing Populist Electoral Success, Anti-Politics, and Austerity in Germany. *Environment and Planning C: Politics and Space, 39*(3), 574–596. DOI: 10.1177/2399654420951803

Frankenberger, R., Fröhlich, T. & Pfau, B. (2025). Stadt in der Wüste? Räumliche Muster extrem rechter Wahlergebnisse in Deutschland. In M. Böick, C. Goschler & R. Jessen (Hrsg.), *Jahrbuch Deutsche Einheit 2025* (S. 65–84). Berlin: Ch. Links.

Frankenberger, R., Hinz, L., Kühne, O., Pfau, B. & Schmid, E. (2024). *Raumkonstruktionen extrem rechter Parteien in Deutschland. Eine explorative Studie*. Berlin: Springer.

Geilen, J.L. & Mullis, D. (2021). Polarisierte Städte. Die AfD im urbanen Kontext. Eine Analyse von Wahl-und Sozialdaten in sechzehn deutschen Städten. *Geographica Helvetica, 76*(2), 129–141. DOI: 10.5194/gh-76-129-2021

Hegewald, S. (2024). Locality as a Safe Haven. Place-Based Resentment and Political Trust in Local and National Institutions. *Journal of European Public Policy, 31*(6), 1749–1774. DOI: 10.1080/13501763.2023.2291132

Jacobs, N. F. & Munis, B. K. (2019). Place-Based Imagery and Voter Evaluations. Experimental Evidence on the Politics of Place. *Political Research Quarterly, 72*(2), 263–277. DOI: 10.1177/1065912918781035

Jenkins, R. (2014). *Social Identity*. 4th ed. New York: Routledge.

Kiess, J., Dilling, M., Heller, A. & Brähler, E. (2024). Soziale Ungleichheit, Deprivation, sozialräumlicher Kontext und rechtsextreme Einstellungen. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller, E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 101–131). Gießen: Psychosozial.

Kim, S. J., Alford-Teaster, J., Schiffelbein, J. E. & Onega, T. (2024). Development of the Rural Perception Scale (RPS-18). *The Journal of Rural Health, 40*(2), 348–367. DOI: 10.1111/jrh.12795

Lalli, M. (1992). Urban-Related Identity. Theory, Measurement, and Empirical Findings. *Journal of Environmental Psychology, 12* (4), 285–303. DOI: 10.1016/S0272-4944(05)80078-7

Lang, A. & Arzheimer, K. (2026). The Psychological Basis of the Urban-Rural Divide. Evidence from Germany. *Electoral Studies, 102*, 103103, 1–9. DOI: 10.1016/j.electstud.2026.103103

Lefebvre, H. (2013). From the City to Urban Society. In N. Brenner (Hrsg.), *Implosions/ Explosions. Towards a Study of Planetary Urbanization* (S. 36–51). Berlin: Jovis.

Lipset, S. M. & Rokkan, S. (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction. In S. Rokkan & S.M. Lipset (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives* (S. 1–64). New York: The Free Press.

Lyons, J. & Utych, S. M. (2023). You're not from Here! The Consequences of Urban and Rural Identities. *Political Behavior, 45*, 75–101. DOI: 10.1007/s11109-021-09680-3

MacKinnon, J. G. & White, H. (1985). Some Heteroskedasticity-Consistent Standard Errors in the Linear Regression Model. *Journal of Econometrics, 29*, 305–325. DOI: 10.1016/0304-4076(85)90158-7

Mullis, D. & Miggelbrink, J. (2021). Rechtsextremismusforschung in der deutschsprachigen Humangeographie. *Geographische Zeitschrift, 109* (4), 184–207. DOI: 10.25162/gz-2021-0016

Munis, B. K. (2022). Us Over Here Versus Them Over There … Literally. Measuring Place Resentment in American Politics. *Political Behavior, 44,* 1057–1078. DOI: 10.1007/s11109-020-09641-2

Rohe, K. (1987). Politische Kultur und der aktuelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung politischer Kultur-Forschung. In D. Berg-Schlosser & J. Schissler (Hrsg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung* (S. 39–48). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schütz, A. & Luckmann, T. (2003). *Strukturen der Lebenswelt.* Konstanz: UVK.

Tajfel, H. & Turner, J. C. (1986). The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In S. Wochel & W. G. Austin (Hrsg.), *Psychology of Intergroup Relations* (S. 7–24), Chicago: Nelson.

Trujillo, K. L. & Crowley, Z. (2022). Symbolic versus Material Concerns of Rural Consciousness in the United States. *Political Geography, 96*, 102658, 1–12. DOI: 10.1016/j.polgeo.2022.102658

Üblacker, J. & Berg, L. (Hrsg.) (2020). *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte*. Bielefeld: transcript.

8. Die vermessene ›Mitte‹ – zwischen Antwortstil, sozialer Erwünschtheit und latenter Zustimmung

Ayline Heller, Marius Dilling & Timo Seitz

15,5 % der Befragten in Deutschland stimmen der Aussage »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß« offen zu, obwohl dies der sozial erwünschten oder akzeptierten Meinung widerspricht. Weitere 21,7 % antworten mit »stimme teils zu, teils nicht zu«. Diese zweite Gruppe ist die größere – und die umstrittenere. Denn was heißt es, einem antisemitischen Ressentiment »teils« zuzustimmen? Handelt es sich um einen Antwortstil, der Indifferenz widerspiegelt, um tatsächliche Ambivalenz oder um eine Zustimmung, die sich nicht zu erkennen geben will? Aufbauend auf unseren Ausführungen in der Leipziger Autoritarismus Studie 2024 (Heller et al., 2024) gehen wir diesen Fragen im vorliegenden Kapitel nach, indem wir unterschiedliche Perspektiven auf die Mittelkategorie unseres *Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung (FR-LF)* einnehmen.

Der Fokus auf die Mittelkategorie ergibt sich aus der Verbindung methodischer und inhaltlicher Überlegungen. In den Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) interpretieren wir die Mittelkategorie als latente Zustimmung, als eine Art Zustimmungs*potenzial,* das sich einer klaren Positionierung entziehen will. Die Mittelkategorie bietet demnach die Möglichkeit, zustimmende Einstellungen hinter vermeintlicher Ambivalenz zu verbergen, ohne damit gesellschaftlich anzuecken. Gerade diese Interpretation zieht seit Jahren Kritik auf sich (zuletzt prominent von Steffen Mau und Rainer Schnell; vgl. Weisskopf, 2023). Der Vorwurf lautet, wir deuteten vorschnell als verdeckte Zustimmung, was ebenso gut tatsächliche Ambivalenz, Meinungslosigkeit oder schlicht ein Antwortstil sein könne.[1]

1 Ein Missverständnis sei vorweg ausgeräumt: Wir weisen die Mittelkategorie in unseren Studien stets gesondert aus und schlagen sie nicht den manifest Zustimmenden zu.

In der Tat ergibt sich aus methodischer Sicht die Schwierigkeit, ›wahre‹ Einstellungen und Antwortstile voneinander zu trennen.[2] Der *midpoint response style* (MRS) ist seit Langem in der Umfrageforschung als ein Antwortstil bekannt, der es Befragten ermöglicht, die kognitive Belastung, die durch die Umfragesituation entsteht, zu reduzieren. Krosnick (1991) hat dieses Antwortverhalten als eine Form des *satisficing* bezeichnet, also als schlichte Anspruchserfüllung, bei der die nächstbeste Antwort angekreuzt wird. In der Wahl der Mittelkategorie spiegelt sich in solchen Fällen Gleichgültigkeit, ja Indifferenz gegenüber den teilweise menschenverachtenden Aussagen unseres Fragebogens wider.[3]

Ein weiterer Aspekt, der bei der Analyse berücksichtigt werden muss, ist die Frage, welche Positionen innerhalb der jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen akzeptiert sind und welche Ansichten zur jeweiligen Zeit als ›sagbar‹ gelten. Hier kommt die soziale Erwünschtheit (*socially desirable responding*, SDR) ins Spiel: das Bedürfnis, sich auch in anonymen Befragungen sozial konform zu präsentieren, insbesondere bei sensiblen Themen (vgl. Tourangeau & Yan, 2007; Heller et al., 2024). Entscheidend

Von »latenter Zustimmung« zu sprechen, heißt auch nicht, die oben genannten 21,7 % zu Antisemiten und Antisemitinnen zu erklären. Wir nehmen jedoch an, dass die Mittelkategorie im Sinne der oben genannten Ambivalenz auch einen zustimmenden Anteil enthält.

2 Die klassische Testtheorie geht davon aus, dass sich der Skalenwert in einer Befragung zusammensetzt aus einem ›wahren‹, über quantitative Methoden erfassbaren Einstellungswert und einem Fehlerterm. Es handelt sich dabei um einen hypothetischen Wert, der unbeachtet lässt, dass Einstellungen sich verändern können und dass sie von gesellschaftlichen Dynamiken abhängig sind. Vielmehr werden sie als zeitlich relativ stabile, rein individuelle Werte behandelt.

3 Ob eine Skala wie der FR-LF überhaupt eine Mittelkategorie anbieten sollte, ist in der Umfrageforschung umstritten (vgl. Heller et al., 2024). Aus methodischer Perspektive bietet die Mittelkategorie den Vorteil, dass die Befragten, die sich tatsächlich in der Mitte auf dem Kontinuum der zugrunde liegenden Konstrukte befinden – die also eine mittlere Ausprägung der jeweiligen Einstellung aufweisen – sich auch entsprechend ihrer tatsächlichen Einstellung positionieren und so ambivalente Positionen ausdrücken können (Schaeffer & Dykema, 2020). Die Mittelkategorie wird daher insbesondere bei bipolaren Antwortformaten, wie wir sie auch im FR-LF nutzen, empfohlen, bei denen also zwischen zwei Polen unterschieden wird: Ablehnung auf der einen und Zustimmung auf der anderen Seite (Krosnick & Presser, 2010; Schaeffer & Dykema, 2020). Im FR-LF gehen wir allerdings trotz der Nutzung des bipolaren Antwortformates davon aus, dass das zugrunde liegende Konstrukt unipolar ist, weil das jeweilige Merkmal kontinuierlich an Intensität zunimmt. In diesen Fällen kann das Anbieten einer Mittelkategorie die Datenqualität verbessern (Wang & Krosnick, 2020).

ist nun, dass dieser Konformitätsdruck nicht auf allen Einstellungsdimensionen, ja nicht einmal auf allen Items gleich stark lastet. Wir fokussieren uns in diesem Kapitel auf die Dimensionen Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit, bei denen wir aufgrund sozialer Sanktionierungsprozesse die größten Unterschiede im SDR erwarten.

Für den Antisemitismus haben Bergmann und Erb (1986) gezeigt, dass seine öffentliche Artikulation in Deutschland in Reaktion auf die Shoa als ein Tabu wahrgenommen wird. Antisemitische Ressentiments werden somit zwar nach wie vor gehegt, aber nicht mehr in der Öffentlichkeit geäußert. Im privaten Rahmen oder in Gruppen, in denen ein antisemitischer Konsens herrscht, ist eine Äußerung dieser Einstellungen eher möglich (Beyer & Liebe, 2013, 2015). Ausländerfeindliche Aussagen unterliegen demgegenüber einem deutlich schwächeren Kommunikationstabu, sie sind, wie nicht zuletzt die Debatten der vergangenen Jahre zeigen, weitgehend ›sagbar‹ geworden, gar ›normalisiert‹ (vgl. Wodak, 2021; vgl. Krzyżanowski, 2020). Darauf weisen auch die von uns erhobenen Zustimmungswerte hin, die für die Ausländerfeindlichkeit durchgehend höher lagen als für den Antisemitismus. Daraus lässt sich die differenzielle Erwartung ableiten, die dieses Kapitel leitet: Je stärker das Kommunikationstabu einer Einstellungsdimension ist, desto attraktiver sollte die Mittelkategorie als Fluchtpunkt sein – und desto stärker sollte eine konventionelle Auswertung, die die Mittelkategorie als äquidistante Position auf einer fünfstufigen Antwortskala unhinterfragt lässt, die tatsächliche Verbreitung der Einstellung unterschätzen. Für den Antisemitismus erwarten wir diesen Effekt in ausgeprägter Form, für die Ausländerfeindlichkeit hingegen kaum. Soziale Normen können sich im Zeitverlauf verändern und auch die Art und Weise, ob und wie stark sich Befragte an diesen orientieren, was die Ergebnisse unserer Auswertungen auf komplexe Art verzerren könnte: Der Rückgang des Antisemitismus, den wir seit 2002 beobachten, könnte demnach auch als Anstieg des sozialen Drucks bzw. der Verengung einer sozialen Norm verstanden werden, während der Anstieg bei der Ausländerfeindlichkeit zumindest in Teilen auf die Verschiebung der ›Sagbarkeitsgrenzen‹ seit 2014 zurückzuführen sein könnte. Gleichzeitig würde das Ausbleiben einer solchen komplexen Verzerrung auf hohe Datenqualität und korrekte Einschätzungen der zeitlichen Trends rechtsextremer Einstellungen in unserer Studienreihe hinweisen.

Damit sind zwei Lesarten der Mittelkategorie benannt, die es zusätzlich zur ›wahren‹, ambivalenten Mittelposition auf dem latenten Kons-

trukt analytisch zu unterscheiden gilt: Die erste ist die der *Verbergung*: Hinter »teils/teils« steht ein durchaus vorhandenes Urteil, eine zustimmende Einstellung, die unter einem Konformitätsdruck bestimmte Dinge nicht ausspricht, um nicht anzuecken, und die sich so der Offenlegung entzieht. Wir operationalisieren diese Lesart als SDR. Die zweite Lesart ist die der *Indifferenz*: das Ausbleiben einer klaren Positionierung ausgerechnet dort, wo Aussagen zur Abwertung ganzer Menschengruppen zur Bewertung stehen. Die Mittelkategorie signalisiert dann keine Ambivalenz im Sinne eines Abwägens, sondern Gleichgültigkeit gegenüber dem demokratie- und menschenfeindlichen Gehalt der Aussage selbst. Hannah Arendt (2011) hat am Fall Eichmann beschrieben, dass das Böse nicht notwendigerweise einer dämonischen Überzeugung entspringt, sondern der »Banalität« einer Gedankenlosigkeit – einem Desinteresse und einer Gleichgültigkeit gegenüber anderen Menschen, die sich der Perspektivübernahme und dem eigenen Urteil verweigert. Auch für Adorno war soziale Kälte – die Indifferenz gegenüber dem Schicksal der anderen – eine psychologische Bedingung dafür, dass »Auschwitz sich inmitten von einigermaßen gesitteten und harmlosen Menschen hat abspielen [können]« (Adorno, 2020, S. 101). Wir werden die Indifferenz über MRS erfassen.

Der Verbergende hat ein Urteil und versteckt es; der Indifferente verweigert das Urteil, wo es geboten wäre. Beide wählen eine Antwortkategorie, die nicht ihrer tatsächlichen Einstellung entspricht, und beide Konstellationen können in einem verzerrten Antwortverhalten bei antisemitischen und ausländerfeindlichen Aussagen ihr demoskopisches Echo finden. Welche der beiden Lesarten auf welcher Dimension das größere Gewicht hat und an welcher Stelle die Auswahl der Mittelkategorie vielleicht eine ›wahre‹, ambivalente, mittlere Positionierung ausdrückt, ist auch eine Frage der Messung – und genau dieser Fragestellung wenden wir uns im Folgenden zu.

Anhand einer Analyse der Antwortverteilungen auf den Dimensionen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus untersuchen wir, wie sich MRS, SDR und ›wahre‹ Einstellung zueinander verhalten und wie sich das auf unsere Ergebnisse im Zeitverlauf auswirkt. Methodisch ergibt sich dabei das Problem, dass sich das, was wir als ›wahre‹ Einstellung messen wollen, und das, was wir als Antwortstil und somit gewissermaßen als Messfehler annehmen, nur schwer voneinander trennen lassen. Wir nutzen in diesem Kapitel *multidimensionale nominale Antwortmodelle*

(MNRM), ein Verfahren, das Antwortstile, ›wahre‹ Einstellungen und soziale Erwünschtheit auf latenter Ebene simultan modelliert.[4] Durch eine solche Modellierung der Antwortkategorien lässt sich die Wahl der Mittelkategorie als eigenständiger Antwortprozess von einer Orientierung an der sozialen Norm und beides wiederum von der ›tatsächlichen‹, inhaltlichen Einstellungsdimension trennen. So lässt sich ein differenzierter Einblick in das Zusammenwirken von Messung und Einstellung gewinnen.

Methodische Ansätze zur Unterscheidung von Einstellung, Antwortstil und sozialer Erwünschtheit

Ziel unserer Untersuchung ist es zu analysieren, wie sich MRS und SDR im Zeitverlauf auf den Antwortprozess auswirken. Hierfür haben wir einen kumulierten Datensatz der Studienreihe erstellt, der den FR-LF in allen Wellen seit 2002 enthält. Obwohl uns damit ein Datensatz zur Verfügung steht, der eine Beantwortung der Frage zulässt, bleibt für unsere Analyse des MRS aus methodischer Sicht ein Problem bestehen: Insbesondere bei Skalen mit einheitlicher Polung, bei denen die Auswahl einer höheren Antwortkategorie (also größere Zustimmung) immer eine höhere Ausprägung der zugrunde liegenden Einstellungsdimension bedeutet,[5] können wir die Auswahl der Mittelkategorie als potenziell verzerrenden Antwortstil mit klassischen Methoden nicht von der tatsächlichen Ausprägung der jeweiligen Einstellungsdimension trennen. So ist der Anteil des MRS in der Dimension Ausländerfeindlichkeit schon allein deshalb höher als der im Antisemitismus, weil der Ausländerfeindlichkeit

4 Der statistische Latenzbegriff muss vom vorherigen inhaltlichen Latenzbegriff getrennt werden. In der modellbasierten Statistik sprechen wir immer dann von latenten Faktoren und Modellierungen, wenn Rückschlüsse auf theoretisch angenommene, nicht beobachtbare, aber einer Einstellung zugrunde liegende Faktoren gezogen werden sollen. So gehen wir z. B. davon aus, dass die Antworten auf die drei Items der Dimension »Antisemitismus« des FR-LF aufgrund der individuellen Ausprägung eines latenten, d. h. unbeobachtbaren Faktors »Antisemitismus« zustande kommen.

5 Für alle Items des FR-LF gilt, dass eine höhere Zustimmung (bzw. niedrigere Ablehnung) auch einer höheren Ausprägung der jeweiligen latenten Dimension entspricht; daher folgen wir hier der Konzeption als quasi-metrischem Likert-Antwortformat und gehen von einer unipolaren Skala aus (vgl. Rhemthulla et al., 2012).

im Mittel in unseren Befragungen eher zugestimmt wird. Hier kommt unweigerlich auch die soziale Erwünschtheit ins Spiel, sodass wir uns fragen müssen, wie sich methodisch die Indifferenz im Sinne des apathisch-indifferenten MRS vom Nicht-anecken-Wollen des SDR und beides wiederum von der ›tatsächlichen‹ Einstellung trennen lässt.

Multidimensionale nominale Antwortmodelle (MNRM) bieten hierfür eine methodische Lösung. Aus technischer Sicht handelt es sich bei MNRM um eine Modellierungsstrategie in der Tradition der Item-Response-Theorie. Sie ermöglicht es, die Antwortmuster der Befragten auf den verschiedenen Items anhand von probabilistischen Annahmen so zu modellieren, dass der Gesamtwert einer Dimension aufgeteilt werden kann in einen Fehleranteil und einen Anteil, der durch einen oder mehrere latente Faktoren beeinflusst wird. Das Verfahren funktioniert ähnlich wie der bekanntere Ansatz der *konfirmatorischen Faktorenanalyse* (CFA): Aus der Theorie wird eine Anzahl an Faktoren abgeleitet, welche die Beantwortung der Items beeinflussen. Dann wird überprüft, wie wahrscheinlich die getroffenen Annahmen bei gegebener Datenstruktur auftreten, mit anderen Worten: wie gut die Annahmen auf die Datenstruktur passen. Daher wird häufig von Modellpassung oder im Englischen von *model fit* gesprochen.

MNRM erlauben im Gegensatz zur CFA außerdem eine simultane Schätzung der Faktorwerte unter Berücksichtigung verschiedener Antwortstile. Während bei der CFA latente Faktoren nur auf einzelne Items wirken können, erlauben MNRM eine Modellierung des Einflusses des Faktors auf jede einzelne Antwortkategorie pro Item. Verschiedene Antwortstile lassen sich dann als je eigene latente Faktoren ins Modell einbauen, indem der Einfluss auf die jeweilige Antwortkategorie (z. B. auf die Mittelkategorie) vorab festgelegt wird. So kann die Mittelkategorie als Antworttendenz-Faktor vom ›tatsächlichen‹ Einstellungsfaktor getrennt werden.[6]

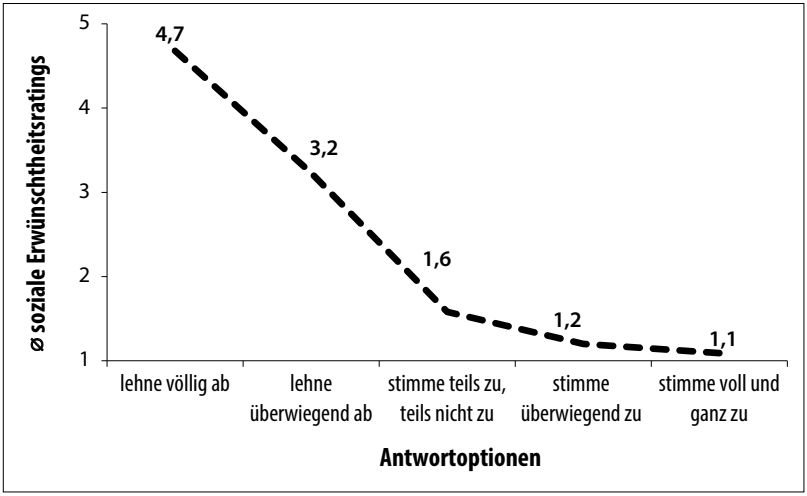
6 Auch wenn sich durch MNRM simultan verschiedene Antworttendenzen modellieren lassen, haben wir uns entschieden, uns auf den *midpoint response style* und die soziale Erwünschtheit zu konzentrieren. Andere Antwortstile wie *extreme point responding* (Auswahl der Endpunkte einer Antwortskala) und Akquieszenz (reine Zustimmungstendenz) haben wir unberücksichtigt gelassen. Grund dafür ist die starke Überlappung mit dem Einstellungsfaktor, also die Tatsache, dass ein großer Teil der Befragten tatsächlich ablehnende Positionen vertritt. Eine solche Überlappung kann zu Verzerrungen in der Schätzung führen (Merhof et al., 2024).

Um außerdem die soziale Erwünschtheit als zusätzlichen Faktor im Modell zu berücksichtigen, war es nötig, Informationen darüber zu erhalten, wie sozial erwünscht gewisse Antworten auf jedem Item überhaupt eingeschätzt werden (Seitz et al., 2025). Um sich dem möglichst zuverlässig anzunähern, haben wir im April 2026 Psychologiestudierenden der Universität Mannheim den FR-LF vorgelegt und sie gebeten, für jedes Item auf einer Skala von 1 (nicht erwünscht) bis 5 (erwünscht) anzugeben, für wie sozial erwünscht sie jede der fünf Antwortkategorien halten.[7] Die Antworten der insgesamt 90 Personen haben wir gemittelt, sodass sich für jedes Item ein individueller Verlauf der sozialen Erwünschtheit über die Antwortkategorien ergeben hat. Grafik 1 zeigt beispielhaft den Verlauf des Items »Auch heute ist der Einfluss der Juden noch zu groß«. Wie erwartet, wurde eine Ablehnung des Items eher als sozial erwünscht eingeschätzt, während eine Zustimmung generell als weniger sozial erwünscht beurteilt wurde. Die Verläufe waren – bis auf eine Ausnahme[8] – auch für die anderen Items erwartungskonform, denn stets wurde die Antwortoption »lehne völlig ab« als am meisten sozial erwünscht und die Antwortoption »stimme voll und ganz zu« als am wenigsten sozial erwünscht erachtet.

7 Die Erhebung fand online im Zeitraum vom 2. bis 21. April 2026 statt. 80 % der Befragten waren weiblich, das mittlere Alter betrug 23,07 Jahre (Standardabweichung = 5,85 Jahre). 96,7 % gaben an, in Deutschland geboren zu sein. 31,1 % gaben an, dass mindestens ein Elternteil außerhalb Deutschlands geboren wurde. Als Incentive erhielten die Befragten Versuchspersonenstunden, die für den Fortschritt des Studiums notwendig sind. Es ist wichtig zu erwähnen, dass wir aufgrund der Erhebung der Erwünschtheitsnormen im Jahr 2026 keine Aussagen über Veränderungen dieser Normen selbst im Zeitverlauf treffen können, sondern lediglich darüber, wie stark sich Befragte an den erhobenen Normen von 2026 orientieren.

8 Lediglich das Item »Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns« wies keine eindeutig abfallende Kurve dieser Art auf. Tatsächlich wurden bei diesem Item sowohl die Antwortkategorie »stimme voll und ganz zu« als auch die Antwortkategorie »lehne völlig ab« als mittelmäßig sozial erwünscht eingeschätzt.

Grafik 1: Einschätzung der sozialen Erwünschtheit des Items »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß« über die Antwortkategorien (Durchschnittswerte)



N = 90; niedrige Werte auf der y-Achse bilden eine geringere soziale Erwünschtheit ab, während höhere Werte eine höhere soziale Erwünschtheit anzeigen

Die gemittelten Einschätzungen der sozialen Erwünschtheit haben wir dann als Gewichte für einen sozialen Erwünschtheitsfaktor (SDR) ins MNRM eingespeist. Für alle Items wurde dabei eine Gewichtungsmatrix der jeweiligen Antwortkategorie erstellt, die den Einstellungsfaktor, den MRS-Faktor und den SDR-Faktor beinhaltete (vgl. Seitz et al., 2025). (1) enthält beispielhaft eine solche Gewichtungsmatrix für das oben abgebildete Item.[9]

(1) Gewichtungsmatrix des Beispielitems

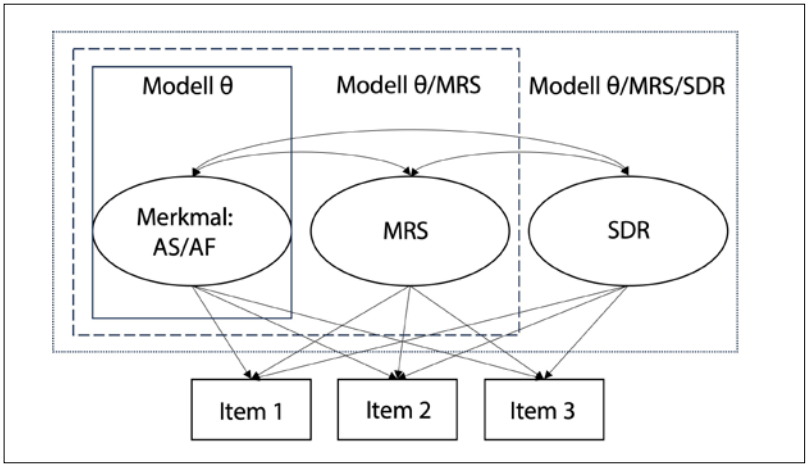
$$\begin{bmatrix} 1 & 2 & 3 & 4 & 5 \\ 1 & 1 & 5 & 1 & 1 \\ 4{,}7 & 3{,}2 & 1{,}6 & 1{,}2 & 1{,}1 \end{bmatrix}$$

9 Es handelt sich hier um eine vereinfachte Darstellung, da bei der Modellschätzung alle Dimensionen des FR-LF gleichzeitig geschätzt wurden, sodass die Matrix pro Item entsprechend alle Dimensionen enthielt.

Die Gewichte des Einstellungsfaktors (erste Zeile in der Matrix) wurden für jedes Item von 1 bis 5 gesetzt, da die Antwortoption »lehne völlig ab« für eine geringe Ausprägung des Faktors und die Antwortoption »stimme voll und ganz zu« für eine hohe Ausprägung des Faktors spricht. Im MRS-Faktor (zweite Zeile in der Matrix) wurde die mittlere Antwortoption mit einer 5 gewichtet, während die anderen Optionen auf 1 gesetzt wurden. Für den SDR-Faktor (dritte Zeile in der Matrix) wurden, wie bereits erwähnt, die Mittelwerte der sozialen Erwünschtheitseinschätzungen der jeweiligen Antwortoption als Gewichte eingesetzt.

Für die Analyse wurden drei verschiedene Modelle geschätzt. Das erste enthielt lediglich die Einstellungsfaktoren der verschiedenen Dimensionen des FR-LF; im zweiten wurde zusätzlich der MRS-Faktor berücksichtigt; im dritten wurde zuletzt auch der SDR-Faktor ergänzt. Grafik 2 gibt beispielhaft einen Überblick über die drei Modelle.[10]

Grafik 2: Überblick über die drei multidimensionalen nominalen Antwortmodelle MNRM



Vereinfachte Darstellung; Modell θ (durchgezogen) = Referenzmodell (enthält nur den Einstellungsfaktor θ); Modell θ/MRS (gestrichelt) = Modell mit zusätzlicher Kontrolle des *midpoint response styles*; Modell θ/MRS/SDR (gepunktet) = Modell mit Kontrolle des *midpoint response styles* und der sozialen Erwünschtheit; AS = Antisemitismus, AF = Ausländerfeindlichkeit

10 Auch hier handelt es sich um eine vereinfachte Darstellung, da bei der Modellschätzung alle 18 Items und die sechs Einstellungsfaktoren simultan berücksichtigt wurden.

Hypothesen

Generell gehen wir davon aus, dass sowohl MRS als auch SDR zu einer systematischen *Unterschätzung* der eigentlichen Stärke und Verbreitung der Dimensionen der rechtsextremen Einstellungen führen. Werden diese Verzerrungseffekte kontrolliert, so unsere Annahme, stellt sich der ›wahre‹ Einstellungswert durchweg höher dar.

Wie bereits erwähnt, werden wir uns in der Darstellung der Ergebnisse auf die beiden Dimensionen Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit beschränken, zwischen denen wir die größten Unterschiede bei der Verwendung der Mittelkategorie und der Orientierung an sozialen Normen erwarten. Da die soziale Sanktionierung beim Antisemitismus höher ist, rechnen wir in dieser Dimension mit deutlich stärkeren Effekten als bei der Ausländerfeindlichkeit. Während spätestens seit den Diskussionen zur ›Migrationskrise‹ zuwanderungskritische bis ausländerfeindliche Positionen durchaus gesellschaftsfähig geworden sind, gilt es nach wie vor als Tabu, sich öffentlich gegen Jüdinnen und Juden zu positionieren.

Konkret lassen sich daraus folgende Hypothesen für unsere Modelle ableiten:

- H1: Es gibt einen signifikanten Haupteffekt der Zeit, d. h. es lassen sich in allen Modellen signifikante Unterschiede der latenten Mittelwerte des Antisemitismus und der Ausländerfeindlichkeit im Zeitverlauf feststellen.
- H2: Es gibt einen signifikanten Haupteffekt des Modells, d. h. ein Modell, das lediglich die latente Ausprägung der Einstellung berücksichtigt (1), schätzt den latenten Mittelwert der Einstellung niedriger ein als ein Modell, das auch MRS berücksichtigt (2). Dieses Modell schätzt den latenten Mittelwert wiederum niedriger ein als ein Modell, das zusätzlich die soziale Erwünschtheit berücksichtigt (3).
  - H2.1: Dieser Effekt ist für den Antisemitismus ausgeprägter als für die Ausländerfeindlichkeit.
- H3: In Hypothese H3 untersuchen wir *explorativ* einen möglichen Interaktionseffekt zwischen Erhebungszeitpunkt und Modell, d. h. wir analysieren, ob sich die Orientierung an MRS oder SDR über den Erhebungszeitraum verändert hat. Dies ist theoretisch offen: Eine stärkere Orientierung an sozialen Normen würde eine Vergrößerung der Modelldifferenzen implizieren, während eine sich abschwächende

der Orientierung an der Norm eine Verkleinerung der Modelldifferenzen bedeuten würde. Bei einer stabilen Orientierung an den normativen Rahmenbedingungen sollten die Modelldifferenzen konstant bleiben – im letzten Fall wären die in unseren Studien berichteten Trends als valide Abbildung der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen zu lesen.

Da die Schätzung dieser Modelle viel Rechenkapazität beansprucht – die Berechnungen dauerten selbst mit zusätzlicher Rechenleistung mehrere Tage –, haben wir uns in der Betrachtung auf den Zeitraum von 2008 bis 2026 beschränkt. 2008 haben wir dabei als Referenzjahr gewählt, Abweichungen sind also jeweils im Verhältnis zu 2008 zu interpretieren.[11] Ferner lässt sich die Höhe der Abweichung nicht direkt quantifizieren, d. h. wir können keinen genauen Prozentwert der jeweiligen Verzerrungen angeben.

Ergebnisse

Um die Ergebnisse unserer Modelle zu präsentieren, beginnen wir mit den Schätzungen der latenten Mittelwerte der antisemitischen Einstellung. In Grafik 3 sind sie im Zeitverlauf in drei Varianten dargestellt. Die durchgezogene Linie zeigt die Faktorwerte der Einstellungen unter Kontrolle der Messfehler – ohne jede weitere Modellierung. Wie in H1 angenommen, können wir seit 2008 Unterschiede in den latenten Mittelwerten beobachten: Bis 2014 kam es zu einem Rückgang antisemitischer Einstellungen, danach waren die Mittelwerte recht konstant, aber bis 2022 stets leicht rückläufig. In den Erhebungen 2024 und 2026 war dann wieder ein leichter Anstieg zu beobachten, jedoch nicht bis auf das Niveau von 2008. Diese Trends decken sich mit den Verläufen, die wir in Kapitel 2 vorgestellt haben.

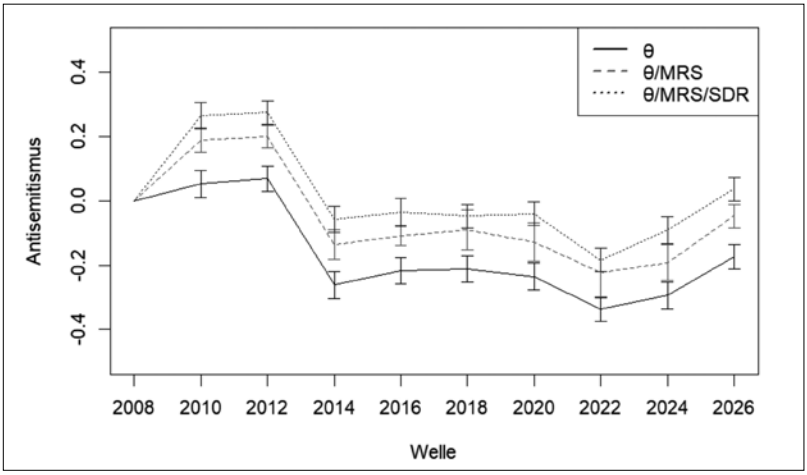
Die gestrichelte Linie berücksichtigt neben diesen Einstellungsfaktoren auch den MRS als Antwortstil: Kontrolliert man die Tendenz der Be-

11 Wir wählten hier das Jahr 2008, da die Erhebungen ab diesem Zeitpunkt besonders konstant verliefen. In den vorherigen Jahren war es zweimal zu Abweichungen im Erhebungsdesign gekommen: 2002 kamen 50 % der Befragten aus Ostdeutschland, während es in allen anderen lediglich 20 % waren. Außerdem wurde in diesem Jahr eine längere Version des FR-LF eingesetzt. Im Jahr 2006 wurden doppelt so viele Befragte rekrutiert, sodass auch hier eine Setzung als Referenzkategorie irreführend gewesen wäre.

fragten, sich *generell* an der Mittelkategorie zu orientieren, werden die latenten Mittelwerte des Antisemitismus systematisch höher geschätzt. Dies entspricht unserer H2. Wir können außerdem sehen, dass die gestrichelte und die durchgezogene Linie weitgehend parallel verlaufen. Seit 2010 liegt kein Interaktionseffekt zwischen Zeit und Modell vor (H3). Somit haben wir die Tendenz im Verlauf antisemitischer Einstellungen auch ohne latente Modellierung richtig eingeschätzt, lediglich deren Verbreitung als deutlich zu gering angenommen.

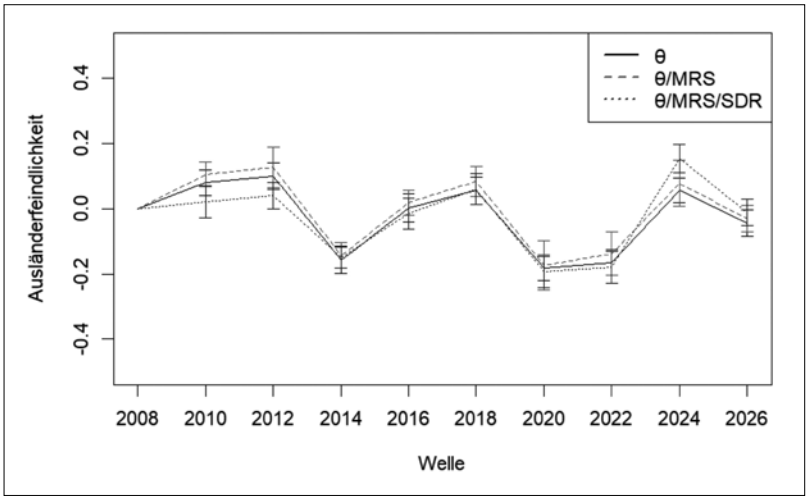
Abschließend berücksichtigt die gepunktete Linie zusätzlich zu MRS auch die soziale Erwünschtheit. Nun werden die latenten Mittelwerte nochmals höher eingeschätzt. Wie erwartet, führen also sowohl SDR als auch MRS zu einer Unterschätzung der Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland. Dieser Einfluss kann als systematisch verstanden werden, insofern er über die Zeit hinweg relativ konstant zu beobachten ist – die Verläufe der drei Modelle sind weitgehend parallel, es liegt auch hier kein Interaktionseffekt zwischen Modell und Zeit vor.

Grafik 3: Modellverläufe der geschätzten latenten Mittelwerte des Antisemitismus über die Zeit hinweg



N = 34.608; die durchgezogene Linie bildet den Verlauf des messfehlerbereinigten latenten Mittelwertes ab (θ); die gestrichelte Linie berücksichtigt zusätzlich den *midpoint response style* (MRS), die gepunktete Linie ergänzt schließlich die Orientierung an den Verläufen der sozialen Erwünschtheit (SDR); die Fehlerbalken beschreiben das Konfidenzintervall um den geschätzten latenten Mittelwert in Abhängigkeit zur Referenzkategorie 2008

Grafik 4: Modellverläufe der latenten Mittelwerte der Ausländerfeindlichkeit über die Zeit hinweg



N = 34.608; die durchgezogene Linie bildet den Verlauf des messfehlerbereinigten latenten Mittelwertes ab (θ); die gestrichelte Linie berücksichtigt zusätzlich den *midpoint response style* (MRS), die gepunktete Linie ergänzt schließlich die Orientierung an den Verläufen der sozialen Erwünschtheit (SDR); die Fehlerbalken beschreiben das Konfidenzintervall um den geschätzten latenten Mittelwert in Abhängigkeit zur Referenzkategorie 2008

Zur Kontrastierung zeigt Grafik 4 den Verlauf der latenten Mittelwerte der drei Modelle für die Dimension Ausländerfeindlichkeit. Während wir auch hier deutliche Fluktuationen über die Zeit hinweg beobachten können (H1), sind so gut wie keine Unterschiede zwischen den Modellen sichtbar: Die drei Linien verlaufen weitgehend deckungsgleich. Entgegen unserer Annahme (H2.1) kam es hier nicht zu einer systematischen Unterschätzung: Die Mittelwerte wurden von uns vielmehr bisher richtig eingestuft, die Orientierung an der von uns erhobenen sozialen Norm ist hier für die Schätzung der mittleren Ausprägung von Ausländerfeindlichkeit also nicht von Relevanz (H3).

Interessant ist, dass es in den Jahren 2010 und 2012 zu einer negativen Abweichung in den Modellen kam, die soziale Erwünschtheit mitberücksichtigen (gepunktete Linie), während im Jahr 2022 in diesen Modellen eher eine positive Abweichung zu beobachten war. Wenngleich diese Abweichungen aufgrund der geringen Höhe als zufällige Schwankungen ein-

gestuft werden können (was sich auch in der Überlappung der Fehlerbalken widerspiegelt), deuten sie darauf hin, dass die Orientierung an der sozialen Norm bei der Ausländerfeindlichkeit tatsächlich volatiler ist bzw. weniger eindeutig in ihrem Effekt. Die Einschätzung der sozialen Erwünschtheit könnte hier – stärker als bei den anderen Dimensionen – auch von den jeweiligen Referenznormen oder vom Erhebungszeitpunkt der Einschätzung abhängig sein.

Diskussion

Unsere Interpretation der Mittelkategorie als latente Zustimmung hat Kritik auf sich gezogen: Wir würden, so der Vorwurf, die Mittelkategorie überinterpretieren und dadurch das Niveau an rechtsextremen Einstellungen in der deutschen Gesellschaft überschätzen. Rainer Schnell nennt diese Interpretation in einem Interview gar »abenteuerlich«, und Steffen Mau warnt davor, dass wir damit einer Normalisierung rechtsextremer Einstellungen Vorschub leisteten, weil sich Menschen mit diesen Einstellungen (fälschlicherweise) in der Mehrheit wähnen könnten (vgl. Weisskopf, 2023). Aber was verbirgt sich tatsächlich hinter der Wahl der Mittelkategorie bei rechtsextremen Einstellungen – ›wahre‹ Ambivalenz, ein indifferenter Antwortstil oder verdeckte Zustimmung?

Multidimensionale nominale Antwortmodelle ermöglichen eine Differenzierung zwischen diesen drei Perspektiven: ›wahrer‹ Einstellungswert, MRS als Antwortstil und Orientierung an einer sozialen Norm. Die Ergebnisse unserer Modellierung weisen in eine andere Richtung, als die Kritik nahelegt: Wer die Mittelkategorie lediglich als mittlere Kategorie auf einer Skala ohne inhaltliche Bedeutung behandelt, läuft Gefahr, die tatsächliche Verbreitung sozial tabuisierter Einstellungen systematisch zu unterschätzen, was wir hier exemplarisch für den Antisemitismus zeigen konnten. Für diese Einstellungsdimension fielen die latenten Mittelwerte durchweg höher aus, sobald MRS als Antwortstil kontrolliert wurde, und nochmals höher, sobald zusätzlich die Orientierung an der sozialen Erwünschtheit Berücksichtigung fand. Der Vorwurf der Überinterpretation bzw. Überschätzung kehrt sich damit gewissermaßen um. Nicht unsere inhaltliche Lesart der Mittelkategorie erweist sich als zu weitgehend, vielmehr läuft eine konventionelle Auswertung, die »teils/teils« als äquidistante Position auf einer fünfer-skalierten Antwortskala interpretiert, Gefahr, die Verbreitung sozial tabuisierter Einstellungen zu unterschätzen. Zu einer *Überschätzung* der

Ausprägung der jeweiligen Einstellungsdimensionen durch die Berücksichtigung von MRS und SDR kam es auch in den anderen vier Dimensionen der rechtsextremen Einstellung in keinem Fall.[12]

Gleichzeitig haben unsere Analysen gezeigt, dass sich Antwortstile und soziale Tabus bei den verschiedenen Dimensionen unterschiedlich stark auf die Schätzung auswirken: Im Fall der Ausländerfeindlichkeit haben wir die Werte in der Vergangenheit richtig eingeschätzt; hier ist die Orientierung an der von uns erhobenen sozialen Norm für die Schätzung nicht relevant, und auch die strategische Nutzung der Mittelkategorie verzerrt die Antworten nicht maßgeblich. Vielmehr scheint die Mittelkategorie von den Befragten tatsächlich als mittlere Ausprägung der latenten Einstellungsdimension interpretiert und genutzt zu werden, um ambivalente Positionen auszudrücken.

Wir haben zu Beginn zwischen zwei interpretativen Lesarten der Mittelkategorie unterschieden, die es analytisch zu trennen gilt von der ›wahren‹, ambivalenten Haltung, die sich im latenten Einstellungsfaktor widerspiegelt: (1) Verbergung als eine vorhandene Zustimmung, die einem Konformitätsdruck weicht und sich der Offenlegung entzieht und (2) Indifferenz als Verweigerung einer Positionierung ausgerechnet dort, wo Aussagen zur Abwertung ganzer Menschengruppen angeboten werden. Unsere Modellierungsstrategie erlaubt es, diese beiden Konstellationen zumindest näherungsweise auf zwei getrennten Modellkomponenten abzubilden: Der Erwünschtheitsfaktor fängt das Nicht-anecken-Wollen auf, also die Orientierung an dem, was in der Befragungssituation als sozial konform gilt, sei es die Mittelkategorie oder eine der anderen Kategorien; der MRS-Faktor bildet demgegenüber jene inhaltsunabhängige Tendenz zur Mitte ab, in der sich die Indifferenz einer satisfizierenden Antwortpraxis widerspiegelt. Dass für den Antisemitismus die modellbasierte Kontrolle beider Faktoren jeweils zu einer höheren Schätzung der latenten Mittelwerte führt, lässt sich dann so lesen: Beide Konstellationen, Verbergung wie Indifferenz, finden in die Mittelkategorie Eingang, und beide tragen unabhängig voneinander zur Unterschätzung der Verbreitung antisemitischer Einstellungen bei.

Möglich wäre aber auch, dass MRS als Indifferenz und SDR als ›Nicht-anecken-Wollen‹ miteinander zusammenhängen. Mit anderen Worten:

12 In diesem Fall hätten die entsprechenden gestrichelten und gepunkteten Linien unterhalb der durchgezogenen verlaufen müssen.

Der Antwortstil, der zur Mittelkategorie tendiert, kann durchaus mit dem Bedürfnis in Verbindung stehen, keinen Anstoß zu erregen und sich als ›gemäßigt‹ darzustellen. Die beiden von uns initial getrennten Faktoren wären dann miteinander verschränkt – sie würden also, statistisch gesprochen, korrelieren. Inhaltlich liegt gerade darin eine ideologische Brisanz. Denn das Selbstbild, gemäßigt zu sein, gerät hier in Spannung zu autoritären, antisemitischen und extrem rechten Einstellungen, die gleichwohl vorhanden sein können. Auch diese Dissonanz können Befragte durch die Auswahl der mittleren Antwortkategorie entschärfen, denn wer »teils/teils« ankreuzt, muss die eigenen Ressentiments weder offenlegen noch revidieren, muss sie sich noch nicht einmal selbst ins Bewusstsein rufen, sondern kann sie hinter der Fassade der Ausgewogenheit unsichtbar machen.[13] So kann die Mittelkategorie bei besonders ›heiklen‹ Fragen ein attraktiver Fluchtort sein und damit weit mehr als eine äquidistante Position auf einer Antwortskala.

Und selbst dort, wo weder Indifferenz noch Orientierung an sozialen Normen für die Schätzung relevant wurden, wie wir es am Beispiel der Ausländerfeindlichkeit gesehen haben, widersprechen unsere Ergebnisse gerade nicht einer Interpretation der Mittelkategorie als teilweiser – *latenter* – Zustimmung, der also ein Zustimmungspotenzial innewohnt. Diese Setzung ist erstens durch die Benennung der Antwortoption legitimiert: »stimme teils zu, teils nicht zu« enthält die teilweise Zustimmung bereits im Namen; zweitens wird auch inhaltlich in einem teilweisen Ja schon die Anlage zu Demokratiefeindschaft und Menschenverachtung deutlich. Wer Aussagen wie »Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer im gefährlichen Maße überfremdet« oder »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken« nicht ablehnen möchte, lässt eine selektive Empathie und eine soziale Kälte er-

13 Das ambivalente Bedürfnis, sich als ›gemäßigt‹ zu verstehen, haben wir in der Studienreihe bereits an anderer Stelle ausführlicher diskutiert (Decker & Brähler, 2020). Es hat dabei auch eine gesellschaftliche Entsprechung: Die ›Mitte‹ fungiert als Sehnsuchtsort, der Normalität, Zugehörigkeit und Unverdächtigkeit verspricht – etwa in der verbreiteten Selbstverortung als ›Mittelschicht‹ oder in der politischen Rede von der ›Mitte der Gesellschaft‹. Mit der Vorstellung der Mitte verbindet sich dabei ideengeschichtlich nicht zuletzt die Idee des Maßvollen und Normalen (Decker & Brähler, 2020; Kalchreuter, 1911). Wie eng diese Vorstellungen von Mitte und Normalität im politisch extrem rechten Spektrum anschlussfähig sind, zeigt beispielsweise der AfD-Wahlkampfslogan »Deutschland. Aber normal« (Bundestagswahl 2021).

kennen, die dazu beitragen können, den ›Ausländer‹ als Feindbild zu sehen, auf das sich negative Affekte projizieren lassen.

Für die Einordnung unserer bisherigen Ergebnisse ist außerdem die weitgehende Parallelität der Modellverläufe im Antisemitismus zentral. Dass sich in der explorativen Analyse kein Interaktionseffekt zwischen Erhebungszeitpunkt und Modellen zeigte, bedeutet, dass wir den *Trend* antisemitischer Einstellungen über die Jahre hinweg richtig eingeschätzt haben. Das *Niveau* dieser Einstellungen haben wir jedoch systematisch unterschätzt. Das hat eine beruhigende und eine beunruhigende Seite. Beruhigend ist, dass die in der Einleitung aufgeworfene Möglichkeit, der seit 2002 beobachtete Rückgang des Antisemitismus könnte im Wesentlichen ein Artefakt einer sich verengenden sozialen Norm sein, für den hier betrachteten Zeitraum keine Bestätigung findet: Wäre der Konformitätsdruck, d. h. die Orientierung an der sozialen Norm, was gesagt werden darf und was nicht, im Zeitverlauf substanziell gewachsen, hätten wir eine zunehmende Spreizung zwischen den Modellvarianten beobachten müssen; das ist jedoch nicht der Fall. Beunruhigend ist, dass die tatsächliche Verbreitung antisemitischer Einstellungen auf einem durchweg höheren Niveau anzusiedeln ist, als unsere konventionellen Auswertungen bislang nahegelegt haben. Prävalenzangaben, die die Mittelkategorie unhinterfragt lassen, sind für tabuisierte Dimensionen wie den Antisemitismus daher als konservative Untergrenzen zu lesen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir im Vergleich zu 2024 nochmals einen Anstieg der antisemitischen Einstellungen beobachten können, ist dieser Befund besorgniserregend.

Mit Blick auf die Ausländerfeindlichkeit deuten die Ergebnisse nicht auf eine schwächere Orientierung an der sozialen Norm seit 2014 hin. Die Berücksichtigung der Orientierung der Befragten an der von uns erhobenen sozialen Norm führte zu keinem Erhebungszeitpunkt zu einer signifikanten Veränderung der geschätzten Werte. Während wir über die absolute Veränderung der Norm keine Aussagen treffen können, weil die Erhebungsart dies nicht gestattet (s. Fußnote 7), kann dies dennoch als Indiz für eine Verschiebung der Sagbarkeitsgrenzen gesehen werden: In der geringen Orientierung an der Norm kann sich auch ein Bedeutungsverlust dieser Norm ausdrücken. Interessanterweise zeigte sich dieses Muster in ähnlicher Form beim Chauvinismus, den wir klassischerweise zusammen mit der Ausländerfeindlichkeit unter den Ethnozentrismus fassen. Die Dimensionen, die wir dem Bereich Neo-NS-Ideologie zuordnen, verhielten sich ähnlich wie der Antisemitismus (Analysen hier nicht abgebildet). Die

Unterschätzung durch Nichtberücksichtigung von MRS und SDR ist also besonders für die Dimensionen der Neo-NS-Ideologie relevant, die somit eher von Antwortverzerrungen betroffen sind.

Die Unterschiede in der Orientierung an der sozialen Norm im Ethnozentrismus im Vergleich zu den Dimensionen der Neo-NS-Ideologie können auch vor dem Hintergrund unserer Art der Erfassung der sozialen Norm diskutiert werden: Eine Stichprobe, die sich überwiegend aus jungen Psychologiestudentinnen zusammensetzt, hat möglicherweise ein besonders enges Verständnis davon, was ›sagbar‹ ist – je nach Sozialisationshintergrund und Referenzgruppe könnten im Fall des Ethnozentrismus andere soziale Normen greifen und so die Schätzung beeinflussen. Unsere Einschätzungen der sozialen Erwünschtheit könnten schlicht zu ungenau sein, um die Bandbreite der Einschätzungen in der Gesamtbevölkerung adäquat widerzuspiegeln. Für die Dimensionen der Neo-NS-Ideologie würde diese Lesart nahelegen, dass die von den Studierenden eingeschätzte soziale Norm nicht nur für deren eigene Referenzgruppe relevant ist, sondern auch für die Gesamtbevölkerung: Denn in der repräsentativen Stichprobe zeigt sich, dass Befragte ihre Antworten tatsächlich an dieser Norm orientieren und diese somit auch über die Gruppe der Psychologiestudierenden hinaus Geltung besitzt, während dies nicht in gleicher Form für den Ethnozentrismus zutrifft.

Eine zweite Lesart der Unterschiede zwischen Ethnozentrismus und Neo-NS-Ideologie könnte jedoch auch nahelegen, dass zwar eine gesamtgesellschaftlich geteilte Sagbarkeitsnorm auch für den Ethnozentrismus existiert, diese aber im Fall von Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus das Antwortverhalten nicht beeinflusst. Dies würde bedeuten, dass es im Ethnozentrismus einfacher oder gesellschaftlich weniger folgenschwer ist, sich über diese soziale Norm hinwegzusetzen, als es in Bezug auf Neo-NS-Ideologie der Fall ist. Auch diese Lesart ist aus historischer Perspektive nicht abwegig.[14] Eine größer angelegte Untersuchung zur Einschätzung der

14 Die frühe Bundesrepublik durchlief zwar eine oberflächliche Entnazifizierung, indem zumindest die offen nationalsozialistische Ideologie und ihre Symbolik aus der Öffentlichkeit verdrängt wurden, aber diese Delegitimierung erstreckte sich nicht in gleicher Weise auf ethnozentrische Einstellungen: Ausländerfeindliche und nationalistisch-chauvinistische Deutungsmuster blieben gesellschaftlich weitgehend akzeptiert und öffentlich artikulierbar. Dies zeigt sich exemplarisch in den Debatten über die Anwerbung von ›Gastarbeitern‹, in abwertenden Bezeichnungen wie ›Spaghettifresser‹ oder in der Rede vom ›Türkenproblem‹.

sozialen Erwünschtheit unserer Items könnte weiteren Aufschluss darüber geben, in welchen sozialen Gruppen welche Normen vorherrschen und wie sich diese in differenzierter Form auf das Antwortverhalten auswirken können. Dabei sollte auch die zeitliche Stabilität dieser Einschätzungen überprüft werden – derzeit arbeiten wir mit Einschätzungen aus dem Jahr 2026, die wir rückwirkend auch auf frühere Erhebungen anwenden.

Festgehalten werden kann: Wo Einstellungen einem starken Kommunikationstabu unterliegen, ist die Antwort »teils/teils« eine Ausweichoption, die sich nicht pauschal als Ambivalenz oder Antwortstil deuten lässt. Unsere Berechnungen haben stattdessen gezeigt, dass eine differenzierte Analyse einen hohen Anteil an Gleichgültigen identifiziert, zusätzlich zu jenen, die ihre sozial unerwünschte Meinung nicht offenbaren wollen. Dadurch unterschätzen konventionelle Auswertungen die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland systematisch – nicht ihren Trend, wohl aber ihr Niveau. Die seit Jahren an uns gerichtete Kritik, wir überinterpretierten die Mittelkategorie, hält der empirischen Prüfung in dieser Allgemeinheit damit nicht stand. Die Mitte der Antwortskala ist – ebenso wenig wie die gesellschaftliche ›Mitte‹ – kein neutraler Ort.

Literatur

Adorno, T. W. (2020). *Erziehung zur Mündigkeit*. Berlin: Suhrkamp.

Arendt, H. (2011). *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen.* München: Piper.

Bergmann, W. & Erb, R. (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 38*, 223–246.

Beyer, H. & Liebe, U. (2013). Antisemitismus heute. Zur Messung aktueller Erscheinungsformen von Judenfeindlichkeit mithilfe des faktoriellen Surveys. *Zeitschrift für Soziologie, 42*(3), 186–200.

Beyer, H. & Liebe, U. (2015). Three experimental approaches to measure the social context dependence of prejudice communication and discriminatory behavior. *Social Science Research, 49*, 343–355. DOI: 10.1016/j.ssresearch.2014.08.017

Decker, O. & Brähler, E. (2020). Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 15–26). Gießen: Psychosozial.

Heller, A., Dilling, M., Kiess, J., Decker, O. & Brähler, E. (2024). Methodische Überlegungen zur Erhebung rechtsextremer und autoritärer Einstellungen. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 207–228). Gießen: Psychosozial.

Kalchreuter, H. (1911). *Die mesotes bei und vor Aristoteles. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde einer Hohen Philosophischen Fakultät der Universität Tübingen*. Tübingen: Philosophische Fakultät der Universität Tübingen.

Krosnick, J. A. (1991). Response strategies for coping with the cognitive demands of attitude measures in surveys. *Applied Cognitive Psychology*, *5*, 213–236.

Krosnick, J. A. & Presser, S. (2010). Question and Questionnaire Design. In P. V. Marsden & J. D. Wright (Hrsg.), *Handbook of Survey Research* (S. 264–313). Bingley: Emerald.

Krzyżanowski, M. (2020). Discursive shifts and the normalisation of racism: Imaginaries of immigration, moral panics and the discourse of contemporary right-wing populism. *Social Semiotics*, *30*(4), 503–527. DOI: 10.1080/10350330.2020.1766199

Merhof, V., Böhm, C. M. & Meiser, T. (2024). Separation of Traits and Extreme Response Style in IRTree Models: The Role of Mimicry Effects for the Meaningful Interpretation of Estimates. *Educational and Psychological Measurement*, *84*(5), 927–956. DOI: 10.1177/00131644231213319

Rhemtulla, M., Brosseau-Liard, P. É. & Savalei, V. (2012). When can categorical variables be treated as continuous? A comparison of robust continuous and categorical SEM estimation methods under suboptimal conditions, *Psychological Methods, 17*(3), 354–373. DOI: 10.1037/a0029315

Schaeffer, N. C. & Dykema, J. (2020). Advances in the science of asking questions. *Annual Review of Sociology*, *46*, 37–60.

Seitz, T., Spengler, M. & Meiser, T. (2025). »What if applicants fake their responses?«: Modeling faking and response styles in high-stakes assessments using the multidimensional nominal response model. *Educational and Psychological Measurement, 85*(4), 747–782. DOI: 10.1177/00131644241307560

Tourangeau, R. & Yan, T. (2007). Sensitive questions in surveys. *Psychological bulletin*, *133*(5), 859–883. DOI: 10.1037/0033-2909.133.5.859

Wang, R. & Krosnick, J. A. (2020). Middle alternatives and measurement validity: A recommendation for survey researchers. *International Journal of Social Research Methodology*, *23*(2), 169–184. DOI: 10.1080/13645579.2019.1645384

Weisskopf, M. (2023). *Sozialforscher kritisieren Rechtsextremismus-Studie*. Research.Table. https://table.media/research/news/sozialforscher-kritisieren-rechtsextremismus-studie (23.07.2026).

Wodak, R. (2021). *The Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean*. London: Sage.

Liste aller bisher erschienenen Studien dieser Reihe 2002–2024

Oliver Decker, Oskar Niedermayer & Elmar Brähler (2003). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin, 1*, 65–77.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2005). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschehen, 42*, 8–17.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland.* Berlin: FES.

Oliver Decker, Katharina Rothe, Marliese Weissmann, Norman Geissler & Elmar Brähler (2008). *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland.* Berlin: FES.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2008). *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008. Mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer.* Berlin: FES.

Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess & Elmar Brähler (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010.* Berlin: FES.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2012). *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012.* Bonn: Dietz.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2013). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Die »Mitte«-Studie der Universität Leipzig 2012.* Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2014). *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die »Mitte«-Studie der Universität Leipzig 2014*. Leipzig: Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig. (https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/38999/ssoar-2014-decker_et_al-Die_stabilisierte_Mitte_Rechtsextreme_Einstellung.pdf?sequence=1)

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2015). *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus. Die »Mitte«-Studie der Universität Leipzig 2014.* Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2016). *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Leipziger »Mitte«-Studie 2016.* Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.) (2018). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Leipziger Autoritarismus Studie 2018*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.) (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller & Elmar Brähler (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller & Elmar Brähler (Hrsg.) (2024). *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Gießen: Psychosozial.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Elmar Brähler war von 1994 bis zu seiner Emeritierung 2013 Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Seitdem ist er Gastwissenschaftler an der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz. Er leitete dort von 2019 bis 2025 das BMBF-Verbundprojekt »DDR-Vergangenheit und psychische Gesundheit: Risiko- und Schutzfaktoren«. Zudem ist er Gastwissenschaftler am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung an der Universität Leipzig.

Kazim Celik, M. A., Politikwissenschaftler, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung und seit 2019 Mitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Der Schwerpunkt seiner Forschung liegt auf der Bedeutung autoritärer Orientierungen für die politische Kultur in Deutschland sowie auf gesellschaftlicher Polarisierung und politischen Konfliktdynamiken.

Prof. Dr. Oliver Decker ist Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts sowie des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung, beide Universität Leipzig. Er ist zudem Professor für Sozialpsychologie an der Sigmund-Freud-Universität.

Marius Dilling, M. A., ist seit November 2020 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung und Mitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Zuvor studierte er Sozialwissenschaften an der Universität Siegen und war dort Wissenschaftliche Hilfskraft am

Lehrstuhl für Empirische Sozialforschung. Er forscht zu demokratiefeindlichen Einstellungen mit Fokus auf Autoritarismus und Rechtsextremismus.

Julia Dresselhaus, M. Sc., ist Psychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf Geschlechterdemokratie und antifeministischen Einstellungen. Darüber hinaus ist sie im Bereich Monitoring und Dokumentation antidemokratischer Mobilisierung in Sachsen tätig.

PD Dr. Rolf Frankenberger ist wissenschaftlicher Geschäftsführer am Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) der Universität Tübingen. Er verantwortet dort den Arbeitsbereich lokale politische Kulturen, das Rechtsextremismusmonitoring und die Surveyforschung des IRex. Zuvor arbeitete er von 2003 bis 2023 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Autokratie und Demokratie, politische Kulturen und politische Lebenswelten, die extreme Rechte und Faschismus.

Tim Fröhlich, M. A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) der Universität Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der politischen Kulturforschung mit einem Fokus auf Wahl- und Einstellungsforschung, die extreme Rechte, Entstehungs- und Erfolgsbedingungen extrem rechter Aktivitäten sowie Gedenkstätten und Erinnerungskultur.

Dr. Barbara Handke ist freiberufliche Schriftstellerin, Lektorin und Dozentin für wissenschaftliches und literarisches Schreiben. Sie studierte Anglistik und Soziologie (M. A.) in Rostock und Leipzig und wurde am Institut für Sprachkunst der Universität für angewandte Kunst Wien promoviert. Ihr Thema ist das ambivalente Verhältnis des Menschen zur Freiheit.

Nina Heinke, M. A., studierte Kulturwissenschaften, Philosophie und Psychologie. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Ihr Forschungsinteresse liegt in sozialpsychologischer Antisemitismus- und Radikalisierungsforschung sowie feministischer Subjekttheorie der Psychoanalyse.

Dr. Ayline Heller ist Postdoc für Vergleichbarkeit von Umfragedaten bei GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim. Als Mitherausgeberin der Leipziger Autoritarismus Studien forscht sie zu Entstehungsbedingungen rechtsextremer und autoritärer Einstellungen sowie zu Nachwirkungen des Nationalsozialismus in (Ost- und West-)Deutschland. Sie ist Mitherausgeberin diverser Sammelbände, z. B. des Open-Access-Bandes *Thirty Years After the Berlin Wall* sowie der Zeitschrift *Psychologie und Gesellschaftskritik*.

Kim Hesch, M. Sc., Psychologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut, wo sie im Bereich der psychoanalytischen Sozialforschung und der quantitativen Einstellungsforschung tätig ist. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Autoritarismus, Antisemitismus sowie ostdeutsche Transformationserfahrungen.

Dr. Johannes Kiess ist Soziologe, Politikwissenschaftler und stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Soziologie (insbesondere Rechtsextremismus- und Demokratieforschung), industrielle Beziehungen/Arbeitssoziologie und Europasoziologie. Derzeit leitet er u. a. das Drittmittelprojekt »Handlungsfähigkeit (wieder-)entdecken. Arbeitskämpfe und die lokale politische Kultur in Sachsen« (Hans-Böckler-Stiftung) sowie ein Forschungsprojekt zu antidemokratischer Mobilisierung in Sachsen.

Johanna Niendorf, M. A., studierte Soziologie, Psychologie und Sozialwissenschaften. Sie ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut und promoviert zu Geschlechterverhältnissen und autoritären Dynamiken. Sie ist Mitherausgeberin von *Freie Assoziation – Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie*.

Prof. Dr. Gert Pickel ist Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Universität Leipzig. Zudem ist er Leiter des Teilinstituts Leipzig des Forschungsinstitutes Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) und Co-Leiter des Kompetenzzentrums Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig.

Dr. Timo Seitz ist Postdoktorand am Lehrstuhl für Psychologische Methodenlehre und Diagnostik an der Universität Mannheim. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der statistischen Modellierung psychometrischer Daten sowie der allgemeinen Erforschung menschlichen Verhaltens in Test- und Fragebogensituationen. Im Rahmen seiner Dissertation widmete er sich der Modellierung sozial erwünschten Antwortverhaltens.

Psychosozial-Verlag

Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller, Elmar Brähler (Hg.)

Vereint im Ressentiment

Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen
Leipziger Autoritarismus Studie 2024



2024 · 274 Seiten · Broschur
ISBN 978-3-8379-3397-0

- **Neuer Band der zweijährig erscheinenden Studie, die stets auf breites Medienecho stößt**
- **Repräsentative Bevölkerungsumfrage als eines der wichtigsten Barometer der politischen Lage**

Die Wahlerfolge der rechts-autoritären AfD lenken die öffentliche Aufmerksamkeit wieder verstärkt auf die ostdeutschen Bundesländer: Wieso die hohen Zustimmungswerte für eine Partei, die vor allem mit Ressentiments Wahlkampf macht? Aus dem Blick gerät dabei oft, dass auch in den westdeutschen Bundesländern die Demokratie unter Druck steht.

Im vorliegenden Band stellen die Autor*innen der seit 2002 unter Leitung von Oliver Decker und Elmar Brähler bundesweit durchgeführten Untersuchungsreihe die Ergebnisse der 12. Leipziger Autoritarismus Studie vor. Zahlreiche Facetten der politischen Einstellung werden dokumentiert, wobei insbesondere Antisemitismus, Sexismus und Antifeminismus, Demokratieverdrossenheit und die sozialen Bedingungen der Ressentiments analysiert werden.

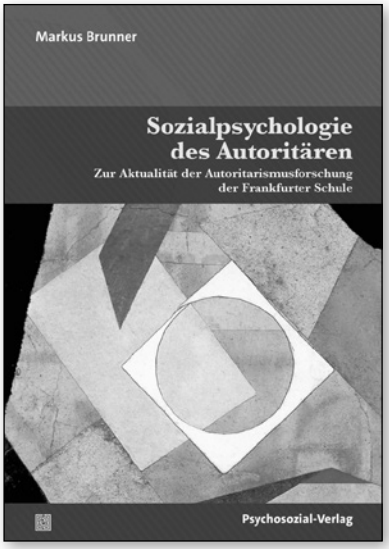
Mit Beiträgen von Marco Bitschnau, Elmar Brähler, Kazim Celik, Oliver Decker, Marius Dilling, Thorsten Fehlberg, Ayline Heller, Fiona Kalkstein, Johannes Kiess, Sebastian Koos, Dani Kranz, Johanna Niendorf, Gert Pickel und Susanne Pickel

Walltorstr. 10 · 35390 Gießen · Tel. 0641-969978-18 · Fax 0641-969978-19
bestellung@psychosozial-verlag.de · www.psychosozial-verlag.de

Psychosozial-Verlag

Markus Brunner

Sozialpsychologie des Autoritären
Zur Aktualität der Autoritarismusforschung der Frankfurter Schule



2025 · 173 Seiten · Broschur
ISBN 978-3-8379-3436-6

- **Die Theorien der Frankfurter Schule verhelfen zu einem vertieften Verständnis des aktuellen Rechtsrucks**
- **Detaillierte und systematische Darstellung der Autoritarismusforschung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung**

Um das Erstarken autoritärer Bewegungen und die Wahlerfolge autoritärer Parteien besser verstehen und einschätzen zu können, ist ein detaillierter und differenzierter Blick auf die Autoritarismusforschung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung notwendig.

Vor dem Hintergrund von Diskussionen über die Ursachen aktueller autoritärer Dynamiken und über neue Ausformungen des Autoritarismus legt Markus Brunner eine detaillierte und systematische Darstellung der vielfältigen Autoritarismusforschung der Frankfurter Schule vor. Die Diskussionen um den sogenannten »autoritären Charakter«, die Propagandaforschung sowie die massenpsychologischen Überlegungen zum Autoritarismus werden vorgestellt und im Kontext ihrer Rezeption sowie gegenwärtiger sozialpsychologischer Debatten neu beleuchtet und auf ihre Aktualität hin befragt. Brunner plädiert dabei insbesondere für eine dynamischere und stärker massenpsychologisch orientierte Perspektive und macht deutlich, wie diese zu einem besseren Verständnis des heutigen Autoritarismus beiträgt.

Walltorstr. 10 · 35390 Gießen · Tel. 0641-969978-18 · Fax 0641-969978-19
bestellung@psychosozial-verlag.de · www.psychosozial-verlag.de